

**WIR SIND IHRE
HAUSBANK**



KENNZAHLEN DER VOLKSBANK WIEN AG

Werte in EUR Mio.	31.12.2017	31.12.2016	angepasst 31.12.2015
Bilanz			
Bilanzsumme	10.616	10.008	10.004
Forderungen an Kunden	4.810	4.351	3.722
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.791	4.691	3.992
Verbriefte Verbindlichkeiten	488	725	798
Nachrangkapital	426	29	18
Eigenmittel nach Basel III für den VOLKSBANK WIEN AG Konzern			
Hartes Kernkapital (CET1)	533	449	364
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0	0	0
Kernkapital	533	449	364
Ergänzungskapital (T2)	407	7	10
Eigenmittel	941	456	374
Risikogewichtete Beträge Kreditrisiko	2.721	2.433	2.084
Gesamtrisikobetrag Abwicklungsrisiken	0	0	0
Gesamtrisikobetrag Marktrisiko	112	153	188
Gesamtrisikobetrag Operationelle Risiken	579	586	577
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	59	60	90
Gesamtrisikobetrag	3.470	3.233	2.939
Harte Kernkapitalquote¹⁾	15,37 %	13,88 %	12,38 %
Kernkapitalquote¹⁾	15,37 %	13,88 %	12,38 %
Eigenmittelquote¹⁾	27,11 %	14,10 %	12,74 %
Ergebnisse			
	1-12/2017	1-12/2016	1-12/2015
Zinsüberschuss	127,2	99,7	70,1
Risikovorsorge	2,4	-13,6	13,8
Provisionsüberschuss	53,8	41,1	30,1
Handelsergebnis	5,6	4,9	7,1
Verwaltungsaufwand	-204,9	-174,4	-121,5
Restrukturierungsergebnis	1,3	3,1	-0,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	65,2	39,0	1,3
Ergebnis Finanzinvestitionen	-7,5	1,7	8,5
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	6,2	10,3	-6,5
Ergebnis vor Steuern	49,4	11,7	2,4
Ertragsteuern	4,6	13,3	12,6
Ergebnis nach Steuern	54,0	25,0	15,0
Fremdanteile	0,0	-1,4	0,0
Konzernergebnis	54,0	23,6	15,0
Ratios²⁾			
Operative Cost-Income-Ratio	80,6 %	82,7 %	110,9 %
ROE vor Steuern	9,5 %	2,9 %	0,9 %
ROE nach Steuern	10,4 %	6,1 %	5,5 %
ROE Konzern	10,5 %	5,8 %	5,5 %
NPL Ratio	2,5 %	3,5 %	3,4 %
Net interest margin	1,2 %	1,0 %	0,7 %
Leverage Ratio	4,3 %	3,8 %	2,9 %
Net Stable Funding Ratio (NSFR)	131,7 %	118,1 %	99,1 %
Loan Deposit Ratio	79,8 %	80,5 %	85,7 %
Coverage Ratio I	27,0 %	25,3 %	27,2 %
Coverage Ratio III	103,7 %	96,2 %	86,1 %
Ressourcen			
	1-12/2017	1-12/2016	1-12/2015
Ø-Anzahl Mitarbeiter	1.284	1.139	815
hievon Inland	1.284	1.139	815
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	1.327	1.242	1.130
hievon Inland	1.327	1.242	1.130
Anzahl Vertriebsstellen	78	78	64
hievon Inland	78	78	64
Kundenanzahl	348.488	368.935	350.652

1) Bezogen auf das Gesamtrisiko

2) Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Betriebsertrag im Verhältnis zum Betriebsaufwand. Der Betriebsertrag besteht aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis sowie wenn positiv Sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Der Betriebsaufwand enthält den Verwaltungsaufwand sowie wenn negativ Sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis einer Veräußerungsgruppe werden um sonstige Steuern, Entkonsolidierungsergebnis und Bewertungsergebnis IFRS 5 bereinigt. Der ROE vor Steuern zeigt das Ergebnis vor Steuern in Verhältnis zum Ø-Eigenkapital inkl. Fremdanteile. Der ROE nach Steuern zeigt das Ergebnis nach Steuern in Verhältnis zum Ø-Eigenkapital inkl. Fremdanteile. Der ROE Konzern zeigt das Konzernergebnis in Verhältnis zum Ø-Eigenkapital ohne Fremdanteile. Die NPL Ratio zeigt den Bestand der non performing loans im Verhältnis zum Gesamtrahmen aller Kundenforderungen. Die net interest margin zeigt den Zinsüberschuss im Verhältnis zur Bilanzsumme. Die Leverage Ratio zeigt das Geschäftsvolumen (CCF-gewichtete off-balance-Positionen sowie Add-on Derivate, Wiederbeschaffungswert Derivate, Forderungsanrechnung bei Derivatgeschäften und bilanzielles Volumen) im Verhältnis zum Kernkapital Tier 1 (CET 1 + AT1). Die NSFR zeigt die verfügbare stabile Refinanzierung im Verhältnis zu der erforderlichen stabilen Refinanzierung. Die Loan Deposit Ratio zeigt die Summe aus Darlehenskrediten, Kontokorrentkrediten abzüglich Konsortialkrediten im Verhältnis zu der Summe aus Spareinlagen, Sichteinlagen, Festgeldern und verbrieften Verbindlichkeiten. Die Coverage Ratio I zeigt die Deckungsquote der ausgefallenen Kredite (NPL) durch Risikovorsorgen. Die Coverage Ratio III zeigt die Deckungsquote der ausgefallenen Kredite (NPL) durch Risikovorsorgen und Sicherheiten.

INHALT

VOLKSBANK WIEN AG

- 4 Vorwort des Generaldirektors
- 6 Bericht des Aufsichtsrates
- 10 Der Vorstand
- 12 Der Aufsichtsrat

KONZERNLAGEBERICHT

- 16 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 16 Geschäftsverlauf
 - 19 Bericht über Zweigniederlassungen
 - 19 Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 20 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
- 22 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 22 Wirtschaftliches Umfeld
 - 23 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
 - 23 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 23 Bericht über Forschung und Entwicklung
- 23 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

KONZERNABSCHLUSS**EINZELABSCHLUSS****PERSONEN UND ADRESSEN**

28 Konzerngesamtergebnisrechnung	146 Bilanz zum 31. Dezember 2017	212 VOLKSBANK WIEN AG
29 Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017	148 Gewinn- und Verlustrechnung	213 Terminologie
30 Entwicklung des Konzerneigenkapitals	150 Anhang	214 Impressum
31 Konzerngeldflussrechnung	182 Lagebericht	
32 Inhaltsverzeichnis Notes	205 Bestätigungsvermerk	
34 Anhang (Notes) zum Konzernabschluss	209 Bilanzaid	
138 Bestätigungsvermerk		
143 Bilanzaid		

VORWORT DES GENERALDIREKTORS



DI Gerald Fleischmann

Generaldirektor und
Vorsitzender des Vorstandes

Für die VOLKSBANK WIEN AG war 2017 ein außergewöhnliches und entscheidendes Jahr. Die VOLKSBANK WIEN AG hat einerseits als größte Regionalbank unter den österreichischen Volksbanken, andererseits auch in der Funktion als Zentralorganisation für den gesamten Volksbanken-Verbund in Österreich sehr große Fortschritte gemacht.

Nach Abschluss der im Rahmen der Neuordnung des Verbundes vereinbarten regionalen Fusionen umfasst das Einzugsgebiet der VOLKSBANK WIEN AG ganz Wien, das gesamte Burgenland und die Osthälfte Niederösterreichs. 2017 hat darüber hinaus auch die SPARDA BANK Austria mit der VOLKSBANK WIEN AG fusioniert, sodass diese nun unter der Marke SPARDA in ganz Österreich tätig ist. Die Marke SPARDA positioniert sich als Bank für ArbeitnehmerInnen und bearbeitet die Zielkundensegmente stark über Betriebsräte und die Gewerkschaft vida.

Neben den Fusionen und der Optimierung der neuen Verbundstrukturen ergaben sich für die VOLKSBANK WIEN AG wie für die ganze Finanzbranche große Herausforderungen durch das Niedrigzinsumfeld und die großen regulatorischen Aufwendungen. Durch die Vereinfachung des Geschäftsmodells werden mittelfristig Einsparungen angestrebt. Die Bank konzentriert sich auf die Kernbereiche Einlagen, Kredite und Zahlungsverkehr. Im Dienstleistungsgeschäft bei Versicherungen, Wertpapieren, Leasing, Bausparen und weiteren Geschäftsfeldern vertreibt die VOLKSBANK WIEN AG Produkte von Kooperationspartnern, die in diesen Bereichen höchste Expertise und Qualität besitzen.

Das Dienstleistungsgeschäft mit den Produktpartnern entwickelte sich sehr erfreulich. In der schon mehrjährigen Zusammenarbeit mit der TeamBank in der Konsumfinanzierung konnten im Vorjahr erneut Rekordabsätze und ein zweistelliges Wachstum erreicht werden. Im Fondsbereich verlief das zweite Jahr der Zusammenarbeit mit Union Investment sehr erfreulich, die ausgezeichneten Produkte der internationalen Fondsgesellschaft wurden vom österreichischen Markt sehr positiv aufgenommen. Der Provisionssaldo im Wertpapiergeschäft konnte um fast 30 % gesteigert werden.

Dank der guten Kapital- und Liquiditätssituation war es der VOLKSBANK WIEN AG und dem Verbund möglich, mit den Schwerpunkten „KMU-Milliarde“ und „Wohnbaumilliarde“ das Kreditgeschäft deutlich auszuweiten. Die VOLKSBANK WIEN AG konnte im Jahr 2017 das Kreditvolumen um nicht weniger als 6,6 % steigern.

Die Filialen stellen in der VOLKSBANK WIEN AG weiterhin den zentralen Vertriebsweg dar. Durch einzelne Zusammenlegungen von Filialen soll erreicht werden, dass an allen Standorten eine hohe Kompetenz sowohl im Privatkundengeschäft als auch im Kommerzbereich vorhanden ist. Alle Maßnahmen in der Filial- und der Vertriebsorganisation zielen darauf ab, den Kunden und die Beratungsqualität noch stärker in den Fokus zu rücken. Dazu gehören selbstverständlich auch kontinuierliche Investitionen in die Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter. Unsere Mitarbeiter sind und bleiben die wichtigste Ressource in unserem beratungs- und beziehungsorientierten Ansatz. Die weitere Erhöhung der Beratungsstandards ist ein klares Ziel.

Die digitale Welt wird für alle Banken ein weiterer wichtiger Vertriebsweg. Die VOLKSBANK WIEN AG hatte mit der Einführung eines neuen digitalen Auftritts in der zweiten Jahreshälfte 2016 auf diese Entwicklung reagiert und bietet ein Angebot, das auch 2017 um einige neue Funktionen erweitert wurde.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor im Vertrieb wird es sein, einerseits bei komplexen Finanzangelegenheiten eine kompetente und vertrauenswürdige Beratung bieten zu können, andererseits sicherzustellen, dass unsere Kunden rund um die Uhr und von jedem Ort aus alle öfter gebrauchten Transaktionen und Informationsbedürfnisse durchführen können. Konsequenterweise entwickeln wir unsere Vertriebsorganisation. Die Volksbank will als Hausbank in Österreich wahrgenommen werden, als erster Ansprechpartner in finanziellen Angelegenheiten.

Im Jahr 2017 haben wir auch große Anstrengungen unternommen, um die stabile Eigenkapitalausstattung zu erreichen. Die Kapitalausstattung konnte im Jahresvergleich gesteigert werden. Damit können wir unsere Hauptaufgabe im Sinne unserer volkswirtschaftlichen Funktion, die Finanzierung von Privaten und Unternehmen, gut wahrnehmen. Besonders die klein- und mittelständischen Unternehmen, eine wesentliche Säule der österreichischen Wirtschaft, stehen bei uns im Fokus. Privatkunden schätzen die gute Beratung und die für ihren individuellen Bedarf passenden Leistungen.

Sehr große Fortschritte wurden der VOLKSBANK WIEN AG und dem Verbund von den Ratingagenturen und dem Kapitalmarkt bescheinigt. Im ersten Halbjahr 2017 haben die Ratingagenturen Moody's und Fitch die Bonität auf „Investment Grade“ hochgestuft, im September konnte am internationalen Markt eine Nachrangdarlehenleihe mit einem Volumen von 400 Mio. Euro platziert werden, wobei mehr als das Doppelte des Emissionsvolumens gezeichnet worden war.

Das Jahr 2017 war von massiven Veränderungen geprägt, die eine chancenreiche Basis für die nächsten Jahre geschaffen haben. Für den enormen Einsatz danke ich allen Mitarbeitern, Funktionären und Eigentümern. Besonderer Dank gilt unseren Kunden, die der VOLKSBANK WIEN AG im letzten Jahr ihre große Treue bewiesen haben.

Wien, im April 2018



DI Gerald Fleischmann
Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

gemäß § 96 AktG für das Geschäftsjahr 2017



Mag. Heribert Donnerbauer

Vorsitzender
des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2017 in vier ordentlichen und zwei außerordentlichen Sitzungen, weiteren Besprechungen sowie in zahlreichen Ausschuss-Sitzungen über die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung sowie über die Lage, die Entwicklung und die Geschäftspolitik des Unternehmens informiert. Ebenso hat sich der Aufsichtsrat mit jenen Themen, für die die VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken gemäß § 30a BWG zuständig ist, befasst.

Die entsprechenden Berichte des Vorstandes wurden intensiv diskutiert und zur Kenntnis genommen und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Über die Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrates berichteten die Vorsitzenden der Ausschüsse regelmäßig im Aufsichtsrat. Darüber hinaus wurden die Unterlagen aller Ausschüsse, mit Ausnahme des Personalausschusses, allen Aufsichtsratsmitgliedern zugänglich gemacht. Der Aufsichtsrat hatte somit in ausreichendem Maße Gelegenheit, seiner Informations- und Überwachungspflicht zu entsprechen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse gebildet: Arbeits- und Risikoausschuss, Prüfungsausschuss, Vergütungsausschuss, Nominierungsausschuss, Personalausschuss sowie Ausschuss Transformation und Fusionen.

Der Arbeits- und Risikoausschuss hielt im Jahr 2017 vier Sitzungen ab, in denen die in seine Kompetenz fallenden Veranlagungen sowie die Risikothesen, die Risikostrategie und die aktuelle Risikolage der Gesellschaft und des Volksbanken-Verbundes behandelt wurden. Kreditentscheidungen wurden vom Arbeits- und Risikoausschuss auch im Umlaufwege gefasst.

Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2017 vier Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wurden neben der Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses und des Verbundabschlusses insbesondere das interne Kontrollsystem, das interne Revisionssystem und das Risikomanagementsystem behandelt.

Der Vergütungsausschuss befasste sich im Jahr 2017 in drei Sitzungen mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik sowie dem Vergütungsbericht der VOLKSBANK WIEN AG und des Volksbanken-Verbundes.

Der Nominierungsausschuss hielt im Jahr 2017 fünf Sitzungen ab. Ein wesentliches Thema war hierbei die Besetzung des Vorstandsmandates eines CRO. Weiters befasste sich der Nominierungsausschuss mit der jährlichen Evaluierung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, der Evaluierung der Schlüsselkräfte und der Behandlung der Fit & Proper Policy der Gesellschaft.

Der Personalausschuss befasste sich im Jahr 2017 in drei Sitzungen mit den in seine Zuständigkeit fallenden Vorstandsanlässen, insbesondere mit dem Abschluss des Vorstandsvertrages mit dem neu zum CRO bestellten Vorstandsmitglied Dr. Thomas Uher.

Der Ausschuss Transformation und Fusionen hielt im Jahr 2017 zwei Sitzungen ab, in denen die Einbringung des Bankbetriebes der SPARDA-BANK AUSTRIA eGen in die VOLKSBANK WIEN AG behandelt sowie über den jeweils aktuellen Stand der Fusionen im Volksbanken-Verbund berichtet wurde.

Die Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse waren von einem hohen Anwesenheitsquorum der Mitglieder geprägt.

Im Jahr 2017 wurde der 2014 eingeleitete Fusionsprozess im Volksbanken-Verbund weitgehend abgeschlossen. Die Einbringung des Bankbetriebes der SPARDA-BANK AUSTRIA eGEN in die VOLKSBANK WIEN AG wurde nach den bereits erwähnten Beratungen im Ausschuss Transformation und Fusionen vom Aufsichtsrat geprüft, in der ordentlichen Hauptversammlung am 18.05.2017 genehmigt und erfolgte mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 22. Mai 2017 rückwirkend per 31. Dezember 2016 gemäß § 92 BWG, nach den Grundsätzen des Umgründungssteuergesetzes.

Der Personalausschuss des Aufsichtsrates war auch im Jahr 2017 mit personellen Änderungen im Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG befasst. Mag. Schauer schied auf eigenen Wunsch und unter einvernehmlicher Auflösung seines Vorstandsvertrages mit 31. Jänner 2017 aus dem Vorstand aus. Daraufhin wurde ein Auswahl- und Besetzungsprozess für die Nachbesetzung des vakanten vierten Vorstandsmandates in die Wege geleitet, wobei hierfür die Funktion des CRO ausgeschrieben wurde. Der Auswahl- und Besetzungsprozess wurde vom Nominierungsausschuss begleitet und endete mit der Entscheidung für Dr. Thomas Uher als den bestgeeigneten Kandidaten. Auf diesbezügliche Empfehlung des Nominierungsausschusses hat der Aufsichtsrat somit Dr. Thomas Uher per 15. Oktober 2017 zum Vorstandsmitglied der VOLKSBANK WIEN AG mit der Funktion des CRO bestellt. Der Personalausschuss war mit dem Abschluss seines Vorstandsvertrages befasst. Der Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG besteht somit nun wieder aus vier Mitgliedern: Generaldirektor DI Gerald Fleischmann, Vorstandsvorsitzender und verantwortlich für das Retailgeschäft, Josef Preissl, Vorsitzender-Stellvertreter und verantwortlich für das Kommerz- und Immobiliengeschäft, Dr. Rainer Borns, Finanzvorstand, und Dr. Thomas Uher, Risikovorstand.

Im Jahr 2017 gab es auch eine personelle Änderung im Aufsichtsrat. So hat das von der Republik Österreich entsandte Aufsichtsratsmitglied Dr. Johannes Linhart sein Mandat mit 14. September 2017 zurückgelegt und wurde an seiner Stelle Mag. Eva Hieblinger-Schütz in den Aufsichtsrat entsendet.

Ebenso gab es Änderungen bei den Staatskommissären: an Stelle der bisherigen Staatskommissäre, Mag. Helga Ruhdorfer und Ministerialrat Dipl. Ing. Dietmar Mitteregger, wurden per 1. August 2017 Ministerialrat Christian Friessnegg und per 1. September 2017 Kommissarin Mag. Dr. Katharina Hafner zu Staatskommissären bestellt.

Mit Gültigkeit ab 1. Jänner 2017 hat der Aufsichtsrat eine Policy für den Umgang mit Interessenkonflikten durch Organe der VOLKSBANK WIEN AG beschlossen. Mit Beschluss des Aufsichtsrates in seiner ordentlichen Sitzung am 12.12.2017 wurde die Policy konkretisiert und aktualisiert. In dieser Policy wird explizit auch darauf hingewiesen, dass einzelne Mitglieder des Aufsichtsrates aufgrund der Ausgestaltung des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG einem systemimmanenten Interessenkonfliktpotenzial dahingehend ausgesetzt sind, als dass sie in Personalunion als Geschäftsleiter/Vorstand eines Kreditinstitutes im Volksbanken-Verbund die Funktion des Aufsichtsrates der VOLKSBANK WIEN AG wahrnehmen als auch von der Reichweite der Befugnisse der VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes betroffen sind. Dem Aufsichtsrats- und Vorstandsgremium der VOLKSBANKEN WIEN AG ist dieses Konfliktpotenzial bewusst. Aufgetretene Interessenkonflikte sind im Geschäftsjahr 2017 dadurch gelöst worden, dass die von einem Interessenkonflikt betroffenen Organmitglieder an der Beschlussfassung über den Gegenstand ihres Interessenkonfliktes nicht teilgenommen bzw. sich der Stimme enthalten haben.

Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 samt Lagebericht wurde von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (KPMG) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 samt Konzernlagebericht wurde von der KPMG geprüft und ebenfalls mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zur Kenntnis genommen und den Jahresabschluss samt Lagebericht sowie den Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht nach vorheriger Befassung des Prüfungsausschusses gemäß § 96 Abs. 1 Aktiengesetz geprüft. Diese Prüfung durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; insbesondere wurden der Jahresabschluss und der Konzernabschluss durch den Aufsichtsrat als ordnungsgemäß aufgestellt befunden.

Der Aufsichtsrat billigt daher den Jahresabschluss samt Lagebericht, womit dieser gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt ist, sowie den Konzernabschluss samt Konzernlagebericht und die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht. Der Aufsichtsrat geht auch mit den Ergebnissen der Abschlussprüfung, welche im Prüfungsausschuss mit der KPMG eingehend besprochen wurden, konform und ist mit dem vom Vorstand vorgelegten Vorschlag für die Gewinnverwendung einverstanden.

Die VOLKSBANK WIEN AG ist gemäß § 243b UGB zur Abgabe einer nichtfinanziellen Erklärung sowie gemäß § 267a UGB zur Abgabe einer konsolidierten nichtfinanziellen Erklärung verpflichtet. Diese werden zusammengefasst und in einem gesonderten nichtfinanziellen Bericht (Nachhaltigkeitsbericht) veröffentlicht. Der Nachhaltigkeitsbericht wurde dem Aufsichtsrat vorgelegt und von diesem geprüft. Weiters wurde die KPMG Advisory GmbH vom Aufsichtsrat mit der Prüfung des Nachhaltigkeitsberichts beauftragt und liegt der diesbezügliche Prüfbericht dem Aufsichtsrat vor. Die Prüfungen des Aufsichtsrats und der KPMG Advisory GmbH haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben und geht der Aufsichtsrat auch mit den Ergebnissen der Prüfung durch die KPMG Advisory GmbH konform.

Festgehalten wird, dass die VOLKSBANK WIEN AG auch im abgelaufenen Geschäftsjahr dem in § 3 der Satzung verankerten und von den Gesellschaftern erteilten Förderungsauftrag nachgekommen ist.

Abschließend bedankt sich der Aufsichtsrat beim Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr hohes Engagement und die erreichten Erfolge im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Wien, im März 2018

Für den Aufsichtsrat der VOLKSBANK WIEN AG:



Mag. Heribert DONNERBAUER,
geb. 04.08.1965
Vorsitzender des Aufsichtsrats



DER VORSTAND



Vorsitzender:

DI Gerald Fleischmann

geb. am 27.02.1969

Generaldirektor

Zuständigkeitsbereich:

- Digitalisierung
- Generalsekretariat
- MarktServiceCenter / KundenServiceCenter
- Organisation & IT
- Personalmanagement
- PR & Kommunikation
- Private Banking / Treasury
- Retail
- Revision
- Verbundstrategie
- Vertriebsmanagement / Marketing



Vorsitzender-Stellvertreter:

Josef Preissl

geb. am 02.03.1959

Generaldirektor-Stellvertreter

Zuständigkeitsbereich:

- Corporates
- Immobilitätöchter
- Real Estate
- VB Services für Banken

Mitglied des Vorstandes:

Mag. Dr. Rainer Borns

geb. am 07.08.1970

Zuständigkeitsbereich:

- Controlling
- Financial Data Steering
- Finanzen
- Legal und Compliance



Mitglied des Vorstandes:

Dr. Thomas Uher

geb. am 15.06.1965

Vorstandsdirektor ab 15.10.2017

Zuständigkeitsbereich:

- Kreditrisikomanagement
- Risikocontrolling
- Transition Kredit



Mag. Wolfgang Schauer

Vorstandsdirektor bis 31.01.2017

DER AUFSICHTSRAT

Mag. Heribert Donnerbauer

Donnerbauer & Hübner Rechtsanwälte GmbH

Vorsitzender

Vorstandsdirektor Mag. Martin Holzer

Volksbank Tirol AG

1. Vorsitzender-Stellvertreter

Vorstandsdirektor Dr. Rainer Kuhnle

Volksbank Niederösterreich AG

2. Vorsitzender-Stellvertreter

Mag. Susanne Althaler

IBD Steuerberatung GmbH & Co KG

Mitglied

Franz Gartner

Stadtgemeinde Traiskirchen

Mitglied

Mag. Eva Hieblinger-Schütz

Rechtsanwaltskanzlei Hieblinger-Schütz

Mitglied ab 14.09.2017

Vorstandsdirektor Mag. Markus Hörmann

Volksbank Tirol AG

Mitglied

Dr. Johannes Linhart

Selbständiger Konsulent für Kapitalmarkt und Finanzen

Mitglied bis 14.09.2017

Mag. Harald Nogrsek

Mitglied

Dr. Monika Wildner, LL.M. (NYU)

Selbständige Rechtsanwältin

Mitglied

Direktor Otto Zeller, MBA

Volksbank Salzburg eG

Mitglied

Vom Betriebsrat delegiert:

Betriebsratsvorsitzender Manfred Worschischek

Hans Lang

Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger

Rainer Obermayer

Michaela Pokorny

Staatskommissäre:

Ministerialrat Dipl.-Ing. Dietmar Mitteregger

Staatskommissär bis 31.07.2017

Ministerialrat Christian Friessnegg

Staatskommissär ab 01.08.2017

Mag. Helga Ruhdorfer

Staatskommissär-Stellvertreterin bis 31.08.2017

Kommissärin Mag. Dr. Katharina Hafner

Staatskommissär-Stellvertreterin ab 01.09.2017

KONZERNLAGEBERICHT

16 Bericht über den Geschäftsverlauf
und die wirtschaftliche Lage

16 Geschäftsverlauf

19 Bericht über
Zweigniederlassungen

19 Finanzielle
Leistungsindikatoren

20 Nichtfinanzielle
Leistungsindikatoren

22 Bericht über die voraussichtliche
Entwicklung und die Risiken des
Unternehmens

22 Wirtschaftliches Umfeld

23 Voraussichtliche Entwicklung
des Unternehmens

23 Wesentliche Risiken und
Ungewissheiten

23 Bericht über Forschung
und Entwicklung

23 Berichterstattung über wesentliche
Merkmale des internen Kontroll-
und des Risikomanagementsystems
im Hinblick auf den
Rechnungslegungsprozess

KONZERNLAGEBERICHT

Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Geschäftsverlauf

Im Februar 2017 wurde in der VBW beschlossen, dass die VBW und die Sparda mit vorbereitenden Gesprächen und Evaluierungen für die Fusion beginnen. In den Haupt- bzw. Generalversammlungen der beiden Gesellschaften wurde von den Eigentümern der beiden Institute noch im ersten Halbjahr 2017 die Einbringung des Bankbetriebs der Sparda in die VBW beschlossen, welche im August 2017 mit Eintragung in das Firmenbuch durchgeführt wurde.

Ebenfalls im Februar 2017 vergab Moody's Investors Service erstmalig mit Baa2 ein Rating für Einlagen der VBW. Ebenfalls erstmalig wurde auch im März 2017 das Covered Bond Programm (hypothekarisch besicherte fundierte Bankschuldverschreibungen) der VBW von Moody's mit einem Rating versehen und zwar mit der bestmöglichen Bewertung von Aaa.

Die Rating Agentur Fitch hob das Langfristige Emittenten-Ausfalls-Rating des Volksbanken-Verbundes im März 2017 von BB+ auf BBB- an und versah dieses mit einem positiven Ausblick.

Seit Ende Juni 2017 besteht eine gesicherte Judikatur zum Umgang mit Negativzinsen. Die VBW war in keinem Verfahren beklagte Partei. Mögliche betroffene Kreditkonten wurden überprüft und im Falle eines Anspruchs wurden zu viel verrechnete Zinsen im Oktober 2017 an unsere Kunden refundiert.

Die VBW hat im Oktober 2017 eine, von Moody's mit Baa3 eingestufte, nachrangige Anleihe (T2) mit einem Emissionsvolumen von EUR 400 Mio. zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung begeben. Dies führte im Oktober dazu, dass Moody's das Rating für Einlagen der VBW auf Baa1 anhob.

Wirtschaftliches Umfeld

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt ist laut Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vom Dezember im Jahr 2017 um 3,0 % J/J gewachsen. Dies stellt eine spürbare Zunahme der Dynamik gegenüber dem Jahr 2016 dar, in dem das Wachstum nur 1,5 % betragen hatte. Die Wirtschaft Österreichs hat damit im vergangenen Jahr deutlich stärker zugelegt als die der Eurozone, die laut Schätzungen der Europäischen Zentralbank um 2,4 % gewachsen ist. Das Wachstum in Österreich beruhte sowohl auf erhöhter Binnennachfrage als auch auf verstärkter Exportnachfrage.

Vor dem Hintergrund dieser Wachstumsbeschleunigung ist die österreichische Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr leicht gesunken: Sie fiel von 5,7 % zu Beginn des Jahres auf 5,4 % im November. In der Eurozone war der Abwärtstrend noch deutlicher: Von wesentlich höheren Werten ausgehend fiel die Arbeitslosenrate von 9,6 % zu Jahresbeginn auf 8,7 % im November. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die Inflationsrate in Österreich in den ersten elf Monaten des Jahres zwischen 2,0 % und 2,5 %. Österreich gehörte damit, wie schon in den Jahren davor, zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone. Im gemeinsamen Währungsraum lag die Teuerungsrate im vergangenen Jahr zwischen 1,3 % und 2,0 %.

Die Geldpolitik in der Eurozone blieb auch im vergangenen Jahr sehr expansiv. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0,00 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25 % und den Einlagensatz bei -0,40 %. Im März entschied die EZB aber, ihre monatlichen Wertpapierkäufe von EUR 80 Mrd. auf EUR 60 Mrd. zu senken. Im Oktober erklärte sie, die Nettokäufe ab Jänner 2018 im verminderten Umfang von monatlich EUR 30 Mrd. zumindest bis September 2018 weiterzuführen.

Die Geldmarktzinsen blieben das gesamte vergangene Jahr fast unverändert. Der Dreimonatssatz begann das Jahr mit -0,32 % und beendete es mit -0,33 %. Die Renditen am Kapitalmarkt haben im vergangenen Jahr hingegen geringfügig angezogen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in Österreich stieg 2017 von 0,43 % auf 0,59 % an. In Deutschland stieg sie von 0,20 % auf 0,42 %.

Trotz der Straffung der Geldpolitik in den USA – die US-Notenbank hob 2017 ihren Leitzins in drei Schritten um insgesamt 75 Basispunkte an – wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf deutlich auf. Und zwar von 1,05 USD/EUR auf 1,20 USD/EUR. Auch gegenüber dem Schweizer Franken zeigte sich der Euro deutlich stärker.

Regionalentwicklung und Branchen

Gemessen am Zuwachs der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 war die regionale Konjunktorentwicklung in Wien mit einem Plus von 2,9 % J/J zwar robust, aber unterdurchschnittlich. Mit dem gesamtösterreichischen Schnitt mithalten konnten lediglich die Bauproduktion sowie die Übernachtungszahlen im Tourismus. Mit Ausnahme der Sachgütererzeugung verzeichneten aber alle Segmente reale Wertschöpfungszuwächse. Die Zahl der Arbeitslosen ist im ersten Halbjahr 2017 gesunken, der Rückgang blieb im Bundesländervergleich aber unterdurchschnittlich.

In Niederösterreich entwickelte sich die regionale Bruttowertschöpfung im Bundesländervergleich unauffällig. Bei einem Plus von 3,6 % J/J der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr war die für das Bundesland sehr wichtige Sachgütererzeugung sehr stark. Auffällig schwächer als der österreichische Durchschnitt war dagegen trotz Zuwächsen die Bauproduktion. Der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen war schwächer als in den anderen Bundesländern; im ersten Quartal kam es im Jahresvergleich sogar zu einem leichten Anstieg.

Ebenso sehr ähnlich wie die gesamtösterreichische Entwicklung war die des Burgenlandes. Hervorgestochen ist das Bauwesen, das im ersten Halbjahr die bei weitem höchsten Zuwächse aller Bundesländer verzeichnete. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern entwickelte sich der Tourismus am schwächsten, dieser hatte allerdings im Vorjahr auch einen ungewöhnlich starken Zuwachs erlebt. Die Zahl der Arbeitslosen ist überdurchschnittlich stark zurückgegangen.

Die Steiermark verzeichnete ebenfalls eine kaum vom gesamtösterreichischen Trend abweichende wirtschaftliche Entwicklung in den ersten beiden Quartalen 2017. Im Bundesländervergleich überdurchschnittlich gut war die Lage im Dienstleistungssektor, vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Deutlich verbessert hat sich die Lage am Arbeitsmarkt, der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen war stärker als im österreichischen Durchschnitt.

Kärnten war im ersten Halbjahr 2017 das Bundesland mit dem stärksten Zuwachs bei der Bruttowertschöpfung. Dies hat es unter anderem einem sehr starken Zuwachs bei der Sachgüterproduktion, aber auch beim Bauwesen zu verdanken. Kein einziger Wirtschaftssektor entwickelte sich im Bundesländervergleich unterdurchschnittlich. Dementsprechend kam es in Kärnten auch zu einem deutlichen Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen.

Nach Kärnten konnte Oberösterreich im ersten Halbjahr 2017 mit einem Plus von 4,2 % bei der Bruttowertschöpfung die zweitbeste Entwicklung aller Bundesländer verzeichnen. Die Sachgütererzeugung, die in Oberösterreich eine sehr große Rolle spielt, und das Bauwesen trugen wesentlich dazu bei. Der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen entsprach dem österreichweiten Trend.

Salzburg belegte im ersten Halbjahr 2017 bei der wirtschaftlichen Entwicklung den letzten Platz unter den Bundesländern. Die Bruttowertschöpfung war lediglich um 2,0 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Einzelhandel war der einzige Sektor der im Bundesländervergleich eine überdurchschnittliche Zuwachsrate erzielen konnte. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Salzburg aber dennoch zurückgebildet.

Die sehr gute Entwicklung im Tourismus im zweiten Quartal verhalf Tirol nach einem enttäuschenden ersten Quartal zu einem durchschnittlichen Anstieg der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr insgesamt. Die anderen Sektoren zeigten kaum Abweichungen vom österreichweiten Muster, ebenso wenig die Zahl der Arbeitslosen.

Vorarlberg belegte im ersten Halbjahr 2017 vor Salzburg den zweitletzten Platz in der regionalen Konjunktorentwicklung. Hauptverantwortlich dafür war die schwache Entwicklung bei der Sachgüterproduktion, die im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres sogar gesunken ist. Auch der Tourismus blieb hinter dem Durchschnitt zurück. Ansonsten zeigte die Vorarlberger Wirtschaft wenig Auffälligkeiten.

Am österreichischen Wohnimmobilienmarkt setzte sich 2017 die gute Entwicklung der Vorjahre fort. Die Preisschere zwischen Wien und den anderen Bundesländern nahm etwas ab. Im dritten Quartal 2017 lagen die Jahreswachstumsraten für die Preise von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern außerhalb Wiens jeweils bei rund 4 %. In Wien nahmen die Preise für Eigentumswohnungen um 3,6 % J/J, jene für Einfamilienhäuser um 0,6 % J/J zu. Einen starken Anstieg verzeichneten die Preise für Baugrundstücke für Wohnimmobilien mit 11,5 % J/J in Wien und 12,5 % J/J außerhalb Wiens (jeweils Q3/2017). Die Leistbarkeit, gemessen am Verhältnis zwischen Preisen und verfügbarem Nominaleinkommen, war Mitte 2017 sowohl in Wien als auch in Österreich insgesamt etwas besser als im Vorjahr, wobei der entsprechende Index der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) mit 98,4 Punkten in Wien deutlich ungünstiger ausfiel als im restlichen Österreich mit 123,6 Punkten. Die

anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien schlug sich auch am Kreditmarkt nieder. Die Wachstumsrate der Wohnbaukredite an private Haushalte war in den ersten zehn Monaten des Jahres mit durchschnittlich 4,5 % J/J nur geringfügig schwächer als 2016.

Ebenso wie 2016 war auch 2017 ein gutes Jahr für die österreichische Tourismuswirtschaft. Die Wintersaison 2016/2017 brachte trotz Schneemangels knapp einen neuen Nächtigungsrekord, wobei die Nächtigungen ausländischer Gäste leicht rückläufig waren. In der Sommersaison 2017 wurde das beste Nächtigungsergebnis seit dem Sommer 1992 erzielt. Überdurchschnittliche Zuwächse erzielten in beiden Saisons gewerbliche Betriebe und Ferienwohnungen. Auch der Auftakt der Wintersaison 2017/2018 verlief erfreulich, sodass die Statistik Austria für die ersten elf Monate des Jahres sowohl für die Anzahl der Übernachtungen als auch für die Ankünfte neue Höchstwerte auswies. Alle Bundesländer verzeichneten zunehmende Nächtigungen. Die meisten Nächtigungen entfielen auf Tirol, gefolgt von Salzburg, Wien, der Steiermark, Kärnten, Oberösterreich, Niederösterreich, Vorarlberg und dem Burgenland. Die höchste Wachstumsrate verzeichnete Niederösterreich mit 7,6 %, die Geringste Vorarlberg mit 0,4 %.

Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2017

Aufgrund der im zweiten Halbjahr 2017 erfolgten Einbringung, sind die Zahlen der Berichtsperiode mit den Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar.

Das VBW Konzernergebnis vor Steuern beträgt EUR 49 Mio. (2016: EUR 12 Mio.). Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheiten beträgt EUR 54 Mio. (2016: EUR 24 Mio.).

Der Zinsüberschuss beträgt für das Geschäftsjahr 2017 EUR 127 Mio. und liegt damit um EUR 28 Mio. über dem Ergebnis der Vergleichsperiode (2016: EUR 100 Mio.). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die erfolgten Fusionen im Jahr 2016 und 2017 zurückzuführen.

Die Position Risikoversorge hat sich 2017 mit EUR +2 Mio. gegenüber der Vergleichsperiode mit EUR -14 Mio. stark verbessert. Dieser Effekt resultiert aus Auflösungen von Einzelwertberichtigungen und geringerem Vorsorgebedarf bei Portfoliowertberichtigungen.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR 54 Mio. und konnte im Vergleich zur Vorperiode (2016: EUR 41 Mio.) gesteigert werden. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den Fusionen im zweiten Halbjahr 2016 sowie 2017. Das Handelsergebnis beträgt für die Berichtsperiode EUR 6 Mio. und konnte im Vergleich zum Vorjahr verbessert werden.

Der Verwaltungsaufwand mit EUR 205 Mio. (2016: EUR 174 Mio.) ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Der Personalstand erhöhte sich gegenüber dem Ultimo 2016 von 1.242 Mitarbeiter um 85 Mitarbeiter und beträgt zum 31. Dezember 2017 1.327 Mitarbeiter. Aus der Fusion Sparda wurden 142 Mitarbeiter übernommen.

Aufgrund von Auflösungen von Restrukturierungsrückstellungen ergibt sich im Geschäftsjahr 2017 ein positives Ergebnis im Restrukturierungsaufwand in Höhe von EUR 1 Mio. (2016: EUR 3 Mio.).

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist neben den Erträgen aus Kostenverrechnungen das Ergebnis aus der Einbringung der Sparda in Höhe von EUR 18 Mio. enthalten. Aus vorzeitigen Tilgungen von Emissionen wurde im Geschäftsjahr 2017 ein Verlust in Höhe von EUR -1 Mio. (2016: EUR 12 Mio.) erzielt. Für die Dotierung von Zinsansprüchen für die Jahre 2015 und 2016 aus der Verrechnung von Negativzinsen wurden in dieser Position EUR -2 Mio. erfasst. Die Bankenabgabe ist mit EUR -2 Mio. (2016: EUR -26 Mio.) enthalten. Aufgrund des durchgeführten impairment tests für die, durch die Einbringungen der Vorjahre entstandenen Firmenwerte, mussten diese mit einem Betrag von EUR 8 Mio. (2016: EUR 6 Mio.) abgewertet werden.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR -7 Mio. und liegt damit um EUR 9 Mio. unter der Vergleichsperiode (2016: EUR 2 Mio.). Der Effekt kommt fast ausschließlich aus der Bewertung von Derivaten.

Das Ergebnis der at equity bewerteten Unternehmen beträgt für 2017 EUR 6 Mio. (2016: EUR 10 Mio.). Aus der Übernahme der anteiligen Ergebnisse wurden EUR 1 Mio. (2016: EUR 3 Mio.) erfasst. Bei der Beteiligung an der VB Kärnten konnten die in Vorjahren vorgenommenen Abwertungen aufgrund des Marktwertanstiegs mit EUR 5 Mio. wieder zugeschrieben werden. Im Vorjahr wurden aus der erstmaligen Bewertung der VB Verbund-Beteiligung eG. ein Ergebnis von EUR 6 Mio. erfasst. Aus dem im Geschäftsjahr 2016 erfolgten Verkauf der Immo-Bank AG wurde 2016 ein Ergebnis von EUR 1 Mio. vereinnahmt.

Aufgrund der Steuerplanung der nächsten vier Jahre konnten in der Berichtsperiode aktive latente Steuern auf einen Teil der steuerlichen Verlustvorträge angesetzt werden. Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 268 Mio. (31.12.2016: EUR 304 Mio.) werden weiterhin keine aktiven latenten Steuern angesetzt. Auf die übrigen Bewertungsunterschiede vor allem im Bereich Derivate- und Wertpapierbewertung werden latente Steuern erfasst.

Vermögenslage

Aufgrund der im zweiten Halbjahr 2017 erfolgten Einbringung, sind die Zahlen der Berichtsperiode mit den Vorjahreszahlen nur bedingt vergleichbar. Die Anstiege bei den einzelnen Bilanzpositionen resultieren im Wesentlichen aus der Einbringung des Bankbetriebes der Sparda.

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 10,6 Mrd. und hat sich im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 10,0 Mrd.) geringfügig erhöht.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 1,7 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 2,2 Mrd.) gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem geringeren Refinanzierungsbedarf der Verbundbanken.

Die Forderungen an Kunden abzüglich Risikovorsorgen betragen zum 31. Dezember 2017 EUR 4,8 Mrd. und sind im Vergleich zum Ultimo Vorjahr (EUR 4,3 Mrd.) gestiegen.

Die Finanzinvestitionen blieben mit EUR 1,8 Mrd. auf einem ähnlichen Niveau wie zum Ultimo 2016 (EUR 1,9 Mrd.).

In den Vermögenswerten zur Veräußerung bestimmt werden zum 31. Dezember 2017 Buchwerte von betrieblich genutzten Immobilien und leerstehenden Objekten dargestellt, deren Verkauf zum 31. Dezember 2017 bereits vertraglich fixiert bzw. höchstwahrscheinlich ist.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 3,3 Mrd.) mit EUR 2,7 Mrd. gesunken. Hauptgrund sind geringere Einlagen der Volksbanken bei der VBW. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 5,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo 2016 (EUR 4,7 Mrd.) gestiegen. Das ist vor allem auf die Einbringung des Bankbetriebes der Sparda zurückzuführen.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2017 EUR 0,5 Mrd. und sind im Vergleich zum 31. Dezember 2016 (EUR 0,7 Mrd.) aufgrund von vorzeitigen Tilgungen gesunken.

Die von der VBW im Oktober 2017 emittierte Nachranganleihe führte zu einem Anstieg im Nachrangkapital, das zum 31. Dezember 2017 EUR 0,4 Mrd. beträgt.

Das Eigenkapital verändert sich im Vergleich zum Vorjahresultimo um EUR 96 Mio. Neben dem Konzernjahresergebnis stieg die available for sale Rücklage vor allem durch die Aufwertung von Beteiligungen um EUR 32 Mio. nach Abzug latenter Steuern an. Im August 2017 führte die VBW eine Barkapitalerhöhung von EUR 15,5 Mio. durch. Die Kapitalerhöhung im Zusammenhang mit der Einbringung des Bankbetriebes Sparda betrug EUR 3,9 Mio. Im Geschäftsjahr 2017 wurde eine Ausschüttung der VB Rückzahlungsgesellschaft mbH an den Bund in Höhe von EUR 13 Mio. durchgeführt.

Bericht über Zweigniederlassungen

Die VBW Konzern verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der VBW KI-Gruppe betragen zum 31. Dezember 2017 EUR 1 Mrd. (31.12.2016: EUR 0,5 Mrd.). Der Gesamtrisikobetrag belief sich zum 31. Dezember 2017 auf EUR 3,5 Mrd. (31.12.2016: EUR 3,2 Mrd.). Die CET 1 Ratio bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 15,37 % (31.12.2016: 13,88 %), die Eigenmittelquote bezogen auf das Gesamtrisiko liegt bei 27,11 % (31.12.2016: 14,10 %). Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel, Gesamtrisikobetrag und daraus errechneter Kennzahlen wurden gemäß CRR (EU-Verordnung Nr. 575/2013) ermittelt. Zu näheren Ausführungen verweisen wir auf die Notes.

Kennzahlen	2017	2016	2015
Return on Equity vor Steuern	9,5 %	2,9 %	0,9 %
Return on Equity nach Steuern	10,4 %	6,1 %	5,5 %
Cost-Income-Ratio	80,6 %	82,7 %	110,9 %

Der ROE vor Steuern berechnet sich als Quotient von Ergebnis vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres.

Der ROE nach Steuern berechnet sich als Quotient von Ergebnis nach Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und dem Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Betriebsertrag im Verhältnis zum Betriebsaufwand. Der Betriebsertrag besteht aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis sowie wenn positiv sonstiges betriebliches Ergebnis und Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Der Betriebsaufwand enthält den Verwaltungsaufwand sowie wenn negativ das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis einer Veräußerungsgruppe. Das sonstige betriebliche Ergebnis und das Ergebnis einer Veräußerungsgruppe werden um sonstige Steuern, Entkonsolidierungsergebnis und Bewertung IFRS 5 bereinigt.

Die dargestellten Kennzahlen werden als branchenüblich angesehen und tragen wesentlich zur Bonitätsbeurteilung von Banken bei. Weiters wurde die Cost-Income-Ratio in der VBW als ein Frühwarnsanierungsindikator für das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (BaSAG) definiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Das Projektportfolio des Volksbanken-Verbundes ist in 4 Clustern strukturiert: Vertrieb & Digitalisierung, Effizienz, Infrastruktur und Regulatorik. Im Folgenden werden die wesentlichen Initiativen des Jahres 2017 dargestellt:

Cluster Vertrieb & Digitalisierung

Unter dem Titel „digitales Volksbank Banking“ wurden neue Onlinebanking-Produkte entwickelt. Das umfangreiche Angebot im digitalen Banking am Desktop (mit Personalisierung, Personal Financial Management, globaler Suche uvm.) wurde mit innovativen Volksbank Apps ergänzt (bspw. Banking-App mit allen Funktionen wie am Desktop, Quick-App für eine rasche Kontostandsabfrage und TAN-App als neues sicheres Zeichnungsverfahren). Das digitale Banking als Informations-, Kommunikations- und Vertriebskanal zwischen Kunde und Bank wurde 2017 somit weiter forciert und wird auch im Jahr 2018 ein großer Schwerpunkt im Volksbanken-Verbund sein.

2017 wurde der Kreditprozess im Volksbanken-Verbund weiter optimiert. Ziel ist die Digitalisierung und Automatisierung der Prozesskette vom Beratungsgespräch bis zur Auszahlung des Kredites. Im Sinne eines Omnikanalansatzes soll ein Prozess umgesetzt werden, der sowohl vom Kunden online als auch in der Filiale verwendet werden kann. Der definierte Prozess wird ab Jänner 2018 implementiert. Dazu werden zunächst die konkreten technischen Anforderungen definiert und anschließend systemtechnisch und prozessual umgesetzt. Die Integration in das Kernbanksystem soll über definierte Schnittstellen erfolgen.

Die Erarbeitung dieser Schnittstellen – um künftig flexibel Applikationen von Drittanbietern anbinden zu können – erfolgt im Projekt Flexrail. Die Flexrail ist eine moderne serviceorientierte Architektur mit standardisierten Schnittstellen, an die künftig sowohl ARZ-Applikationen als auch Drittapplikationen angebunden werden.

Eine erste Anwendung der Flexrail erfolgt im Projekt „Online Kunde werden“. Mit diesem Projekt wurde eine online Antragsstrecke für die Eröffnung eines Girokontos inkl. Karten umgesetzt. Neukunden haben mit dieser Applikation die Möglichkeit ein Girokonto komplett online anzulegen. Die Legitimation erfolgt per Video.

Cluster Effizienz

Im August 2017 wurde die Einbringung des bankgeschäftlichen Unternehmens der SPARDA AUSTRIA Verwaltungsgenossenschaft eGen in die VBW im Firmenbuch eingetragen. Das zugrundeliegende Fusionsprojekt umfasste die organisatorische Eingliederung, die technische Zusammenführung und alle organisatorischen und technischen Maßnahmen zur Führung des Markennamens „SPARDA-BANK eine Marke der VOLKSBANK WIEN AG“.

Im Projekt MSC (Markt Service Center) wurden verbundweit einheitliche Prozesse für die Abwicklung von Kunden-, Konto- und Depotprozessen erarbeitet. Für eine künftig zentrale Servicierung sowie eine einheitliche Weiterentwicklung wurde ein technischer Servicemandant entwickelt. Dieser Servicemandant ermöglicht die zentrale Parametrisierung für den gesamten Volksbanken-Verbund.

Zusätzlich zum MSC wurde ein KSC (Kunden Service Center) eingerichtet. Dieses übernimmt bereits die Inbound-Telefonie für 120.000 Kunden und unterstützt so den Vertrieb. Das KSC übernimmt die Auskunftserteilung von Kunden, die Terminvereinbarung mit dem Berater und die Durchführung einfacher Prozesse (z.B. Neuausstellung von Karten). Mit Ende des Jahres sind 80.000 Kunden mit 26.000 Girokonten in der Betreuung des KSC.

Cluster Regulatorik

Das regulatorisch erforderliche MiFID II Projekt umfasst die verbundweite Umsetzung aller gesetzlichen Anforderungen aus dem MiFID II/MiFIR Regulativ bzw. dem österreichischen WAG 2018 sowie PRIIPs (Anlegerschutz, Markttransparenz, Meldewesen, etc.). Dabei ist die gesamte Wertschöpfungskette im Wertpapier- sowie Derivatgeschäft gleichsam betroffen. Die Anforderungen betreffend Anlegerschutz beinhalten die Aspekte Produkteinführungs- und Produktüberprüfungsprozess, Anlageberatung inkl. Kundeninformation, Erweiterungen im Geldanlageprofil im Zuge der Zielmarkt-Prüfung (Kunde:Produkt), Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten sowie Einschränkungen von Zuwendungen. Die Markttransparenz setzt sich aus den Themen Systematische Internalisierung, Beste Exekution und Nachhandelstransparenz zusammen. Das Meldewesen befasst sich mit der Transaktionsmeldung, der Verlustschwellenmeldung sowie der Positionsmeldung bei (verbrieften) Warenderivaten/-zertifikaten.

Das Projekt IFRS 9, welches bereits 2015 gestartet wurde, ging 2017 rechtzeitig für die Inkraftsetzung per 1.1.2018 in die finale Phase. Dabei wurden im Sinne von IFRS 9 Prozesse und Systeme verbundweit umgestellt, wobei die inhaltlichen Schwerpunkte auf die Themengebiete Klassifizierung und Bewertung, der Neuregelung zu den Wertminderungen als auch im Bereich Hedge Accounting fokussierten. Gleichzeitig erfolgte der verbundweite Rollout eines einheitlichen Sachkontenplans und die Implementierung von SAP FI mit den Modulen NewGL, AA und AP.

Im Rahmen der gemeinsamen Meldewesen-Plattform (GMP), in der die großen österreichischen Bankenverbände das OeNB-Datenmodell über eine gemeinsam genutzte Software (Abacus) über die Austrian Reporting Services GmbH (AuRep) umsetzen, wurden im Projekt GMP 2017 die Meldungen Finrep Solo, FMS Cubes begleitet und erfolgreich in den Betrieb übergeführt sowie die beleghafte Meldung VERA A1a durch die einzelgeschäftsbasierte GMP-Lösung abgelöst. Darüber hinaus wurde das bestehende System gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus der Erweiterung des Datenmodells (Version 4.1) weiterentwickelt. Weiters wurde begonnen, die Meldungsanforderungen betreffend AnaCredit umzusetzen.

Die Datenschutz-Grundverordnung DSGVO tritt am 25. Mai 2018 in Geltung. Bis dahin müssen alle Datenanwendungen an die neue Rechtslage angepasst werden. Die verbundweite Umsetzung erfolgt in drei Projekt-Cluster: (1) im ARZ-Buchungsgemeinschaftsprojekt werden die Verfahrensverzeichnisse für ARZ-Services erstellt und die Betroffenenrechte (Löschen, Sperren, Auskunftsrecht, Datenportabilität, Widerspruch, Berechtigung, Profiling) umgesetzt. (2) In der VBW wird ein verbundweites Datenschutzmanagementsystem umgesetzt, die Verfahrensverzeichnisse der VBW erstellt, die ARZ-Verzeichnisse übernommen und ggf. adaptiert, die Folgeabschätzungen durchgeführt und die Betroffenenrechte umgesetzt. (3) In dezentralen Verbundprojekten werden die Verfahrensverzeichnisse für das jeweilige Institut erstellt, die ARZ- und VBW-Verzeichnisse übernommen und ggf. adaptiert und die Betroffenenrechte umgesetzt.

Cluster Infrastruktur

Um die, über viele Jahre gewachsene, IT-Architektur im Hinblick auf die ständig steigenden Anforderungen an Datenmenge und -granularität, Verarbeitungsgeschwindigkeit, Automatisierungsgrad und an die Datenintegrität zukunftssicher und nachhaltig auszurichten, wurde im Jänner 2017 das Programm „Data Architecture“ gestartet. Im Rahmen des Programmes entstanden IT-Architektur-Gesamtbebauungspläne und SOLL-Datenflüsse, welche im Kern ein zentrales Data Warehouse (single point of truth, SPoT) schafft, der sämtliche Einzel- und Kundengeschäftsdaten enthält und für alle Reporting-Adressaten als Quelle dient. Das Projekt „Data Governance“ lieferte als Ergebnis eine neue organisatorische Einheit „FDS – Financial Data Steering“, die ein nachhaltiges Datenmanagement bzw. Data Governance sicherstellen wird. Weiters wurden im Projekt BCBS239 jene Maßnahmen für die Bank definiert, die als Basis für Umsetzungsprojekte dienen werden.

Im Projekt Lingua wird ein einheitliches fachliches Datenmodell im Volksbanken-Verbund erarbeitet. Ziel ist die Schaffung einer einheitlichen, fachlichen Sicht und inhaltliche Definition von Begrifflichkeiten, Datenfeldern und Kennzahlen um auf Basis dessen über verschiedenste Anwendergruppen hinweg ein gemeinsames Verständnis über Dateninhalte und -definitionen herzustellen und in weiterer Folge etwaige Redundanzen im Datenhaushalt zu identifizieren. Zusätzlich wird in diesem Projekt auch die Data Governance weiterentwickelt. Die einzelnen im Zusammenhang mit Datenmanagement notwendigen Rollen wie Data Owner, DQ Manager etc. werden kritisch gewürdigt, etwaige Verantwortlichkeiten überarbeitet und der Datenanforderungsprozess sowie Datenmanagementprozesse optimiert. Diese Maßnahmen dienen unter anderem zur weiteren Steigerung der Datenqualität.

Ein weiterer Schwerpunkt war die verbundweite Implementierung einer gemeinsamen SAP HCM Systemlandschaft. In diesem Zusammenhang konnten eine Reihe von einzelnen Projekten erfolgreich bewältigt werden. Das Gesamtprojekt wird bis Ende 2018 abgeschlossen. Ziel ist eine verbundweite und einheitliche Abwicklung aller HR-relevanten IT-Agenden über SAP. Das ARZ ist dabei für die Entwicklung und laufende Betreuung der Systeme verantwortlich. In den Projektgruppen arbeiten Spezialisten des ARZ, der VBW sowie Vertreter der Verbundbanken zusammen.

Nachhaltigkeit

Die VBW berichtet über Konzepte, Ergebnisse und Risiken in Bezug auf Umweltbelange, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Menschenrechte, Korruption und Bestechung sowie Diversität gemäß Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG) in einem gesonderten Nachhaltigkeitsbericht.

Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Laut der im Dezember veröffentlichten Konjunkturprognose des WIFO sollte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2018 um 3 % wachsen. Die Europäische Zentralbank hat im Dezember ihre Projektionen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2018 auf 2,3 % erhöht. Die darin enthaltene OeNB-Prognose für Österreich beträgt 2,8 %. Die Nationalbank erwartet positive Wachstumsbeiträge von allen Nachfragekomponenten und eine sich zwar abflachende, aber anhaltend gute Investitionsentwicklung, was auf eine gute Kreditnachfrage hoffen lässt. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen sollen, bei unveränderter Sparquote von 7,2 % laut OeNB um 1,6 % zunehmen. Das wäre eine gute Basis sowohl für die Bonität der privaten Kreditnehmer als auch für das Veranlagungsgeschäft. Die gute Wirtschaftslage lässt über alle Branchen hinweg eine wachsende Kreditnachfrage erwarten. Eine anhaltend gute Entwicklung des Wohnimmobilienmarkts und der entsprechenden Kreditnachfrage kann auch aus der demografischen Entwicklung abgeleitet werden. Die im ersten Halbjahr des Vorjahres verzeichnete Zunahme der Wohnbautätigkeit sowie der Zinsausblick deuten auf eine positive, aber sich abflachende Preisentwicklung in Wien und anderen Ballungszentren hin, während es in von Abwanderung betroffene Regionen auch zu Preisrückgängen kommen kann.

Die Projektion der Europäischen Zentralbank für die durchschnittliche Inflationsrate der Eurozone beträgt für 2018 im Mittel 1,4 %. Damit würde die Teuerungsrate auch im Jahr 2018 das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp 2 % verfehlen. Dies und die entsprechend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sprechen für ein weiterhin niedriges Zinsniveau, obwohl von der sich fortsetzenden geldpolitischen Straffung in den USA weiterhin ein leichter Aufwärtstrend ausgehen sollte und auch in Europa die Lockerungsmaßnahmen allmählich auslaufen dürften. Das sehr hohe Zinsdifferential zugunsten des US-Dollar sollte einer weiteren Aufwertung des Euro entgegenwirken. Die Währungen der hier betrachteten Volkswirtschaften außerhalb der Eurozone könnten im Jahr 2018 angesichts der guten konjunkturellen Lage von erhöhter Risikobereitschaft der internationalen Investoren und einer guten Entwicklung der Direktinvestitionen profitieren.

Die Risiken für diesen Ausblick sind vielfältig. Dazu zählen etwa die möglichen Beschränkungen des Außenhandels durch die USA, die die österreichischen Exporteure und Zulieferer betreffen können. Eine Wachstumskorrektur in den Nachbarländern könnte teilweise auch den Tourismus treffen. Spannungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien oder eine nachlassende Eurofreundlichkeit in den großen Mitgliedsländern,

etwa nach Neuwahlen, stellen ein Risiko für die fortgesetzte wirtschaftliche Erholung der Region dar. Ein rascher Zinsanstieg wäre ebenfalls als Risiko für Konjunktur und Immobilienmärkte einzustufen. Zusätzlich haben auch geopolitische Konflikte das Potenzial, den grundsätzlich freundlichen wirtschaftlichen Ausblick zu trüben.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Konzentration des Volksbanken-Verbundes soll weiterhin auf das Kundengeschäft gelegt werden, insbesondere unterstützt durch die Verstärkung des Engagements in der Digitalisierung des Vertriebs. Der Volksbanken Verbund hat sich im Zuge der Mittelfristplanung eine Reihe strategischer Ziele gesetzt, deren Erreichung, Einhaltung, bzw. Unter- oder Überschreitung über die nächsten Jahre im Fokus des Managements stehen wird. Dazu zählen unter anderem das Erreichen einer Cost Income Ratio von 60 %, eine Kernkapitalquote (CET1) von mindestens 12 %, eine Gesamtkapitalquote von mindestens 16 %, eine NPE Quote (Non Performing Exposure) von maximal 3 %, sowie einen Return on Equity (RoE) von 8 %.

Die VBW plant, trotz anhaltend hoher Investitionen in die Systeme, die Verbesserung der Datenqualität sowie der weiterhin hohen regulatorischen Kosten, ein niedriges zweistelliges EUR Mio-Jahresergebnis zu erreichen. Die CET 1 Quote soll trotz geplantem Wachstum weiterhin im Konzern bei über 12 % liegen.

Das für das Jahr 2018 wieder erwartete niedrige Zinsumfeld erfordert eine Straffung der Kostenstruktur sowie eine Erhöhung der Produktivität. Dazu werden unter anderem weitere Zusammenarbeits-Modelle im Volksbanken-Verbund evaluiert.

Derzeit ist geplant den Bankbetrieb der Waldviertler Volksbank Horn reg.Gen.m.b.H. in die VBW einzubringen. Im Falle der Zustimmung der zuständigen Gremien soll die Einbringung noch im ersten Halbjahr 2018 abgeschlossen werden.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und -methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und cash flow Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 50).

Bericht über Forschung und Entwicklung

Der VBW Konzern betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Kontrollumfeld

Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist oberstes Ziel des VBW Konzerns im Rahmen der Finanzberichterstattung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und gibt in der Konzernrichtlinie IKS einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im VBW Konzern bei der Gruppe OPRISK und Risikogovernance in der VBW.

Bei sämtlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegt die Verantwortung beim jeweiligen Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein entsprechendes IKS für das jeweilige Unternehmen einzuführen und auszugestalten sowie die Einhaltung der konzernweiten Richtlinien und Vorschriften zu gewährleisten. Um zu gewährleisten, dass die von den Konzerntöchtern zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware Tagetik weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenziellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Konzernrechnungswesen. Dabei werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden:

- Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen durch bestimmte Arbeitsschritte von Mitarbeitern, automatische Kontrollen durch den Einsatz von EDV-Systemen, sowie präventive Kontrollen, die zum Ziel haben, durch Funktions-trennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.
- Management Kontrollen dienen dazu, stichprobenartig die Einhaltung von operativen Kontrollen durch Führungskräfte sicherzustellen. Die Periodizität der Überprüfungen wird in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter) festgelegt. Die Stichproben werden für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan dokumentiert und die Ergebnisse halbjährlich im Zuge des Managementreportings berichtet.

Zusätzlich überprüft die interne Revision unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle direkt dem Vorstand zugeordnet, berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden mit dem Fokus auf Wesentlichkeit durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Konzernabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens werden laufend auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig zu erkennen. Weiters geben die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens die erworbenen Informationen an die Mitarbeiter der Tochterunternehmen weiter.

Zwei Mal jährlich wird ein Managementreport erstellt, der Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beinhaltet.

Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen. Das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet, welcher eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis, sowie Aufzeichnungen über die Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Verhältnis zu den Kontrollvorgaben enthält.

KONZERNABSCHLUSS

28 Konzerngesamtergebnisrechnung

29 Konzernbilanz zum
31. Dezember 2017

30 Entwicklung des
Konzerneigenkapitals

31 Konzerngeldflussrechnung

32 Inhaltsverzeichnis Notes

34 Anhang (Notes)
zum Konzernabschluss

138 Bestätigungsvermerk

143 Bilanzzeit

Konzerngesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Anhang (Notes)	1-12/2017 EUR Tsd.	1-12/2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Zinsen und ähnliche Erträge		194.098	124.768	69.329	55,57 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-66.872	-25.088	-41.784	166,55 %
Zinsüberschuss	4	127.226	99.681	27.545	27,63 %
Risikovorsorge	5	2.430	-13.645	16.075	-117,81 %
Provisionserträge		79.099	70.035	9.064	12,94 %
Provisionsaufwendungen		-25.321	-28.915	3.594	-12,43 %
Provisionsüberschuss	6	53.778	41.120	12.658	30,78 %
Handelsergebnis	7	5.597	4.896	701	14,32 %
Verwaltungsaufwand	8	-204.876	-174.394	-30.481	17,48 %
Restrukturierungsergebnis		1.276	3.060	-1.784	-58,31 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	65.206	38.997	26.209	67,21 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10	-7.458	1.740	-9.198	< -200,00 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity		6.177	10.252	-4.074	-39,74 %
Jahresergebnis vor Steuern		49.356	11.705	37.651	> 200,00 %
Steuern vom Einkommen	11	4.626	13.319	-8.693	-65,27 %
Jahresergebnis nach Steuern		53.982	25.024	28.958	115,72 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)		53.972	23.625	30.346	128,45 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		53.972	23.625	30.346	128,45 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		11	1.399	-1.388	-99,24 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		11	1.399	-1.388	-99,24 %
Sonstiges Ergebnis					
		1-12/2017 EUR Tsd.	1-12/2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Jahresergebnis nach Steuern		53.982	25.024	28.958	115,72 %
Sonstiges Ergebnis					
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)		2.634	-3.952	6.586	-166,65 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19		-658	988	-1.646	-166,65 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		1.975	-2.964	4.939	-166,65 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung		32.258	-4.033	36.291	< -200,00 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		-306	162	-467	< -200,00 %
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		0	387	-387	-100,00 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		1.857	56	1.801	> 200,00 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		33.809	-3.428	37.237	< -200,00 %
Summe sonstiges Ergebnis		35.785	-6.392	42.177	< -200,00 %
Gesamtergebnis		89.767	18.632	71.135	> 200,00 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis		89.755	17.236	72.518	> 200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		89.755	17.236	72.518	> 200,00 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares		12	1.395	-1.383	-99,14 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		12	1.395	-1.383	-99,14 %

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017

	Anhang (Notes)	31.12.2017 EUR Tsd.	31.12.2016 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Aktiva					
Barreserve	12	1.813.951	1.119.252	694.698	62,07 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	13	1.703.912	2.196.042	-492.130	-22,41 %
Forderungen an Kunden (brutto)	14	4.810.325	4.351.134	459.191	10,55 %
Risikovorsorge (-)	15	-57.944	-69.099	11.156	-16,14 %
Handelsaktiva	16	69.167	137.550	-68.383	-49,72 %
Finanzinvestitionen	17	1.842.992	1.855.462	-12.470	-0,67 %
Investment property Vermögenswerte	18	30.764	32.949	-2.185	-6,63 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	19	30.753	22.046	8.707	39,50 %
Anteile und Beteiligungen	20	43.222	15.781	27.441	173,89 %
Immaterielles Anlagevermögen	21	23.418	31.652	-8.234	-26,01 %
Sachanlagen	22	132.078	128.851	3.228	2,50 %
Ertragsteueransprüche	23	47.429	48.538	-1.109	-2,28 %
laufende Ertragsteueransprüche		1.513	1.108	404	36,49 %
latente Ertragsteueransprüche		45.917	47.429	-1.513	-3,19 %
Sonstige Aktiva	24	123.977	137.534	-13.557	-9,86 %
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	25	2.437	0	2.437	100,00 %
Summe Aktiva		10.616.482	10.007.692	608.789	6,08 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	2.743.551	3.338.048	-594.496	-17,81 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	5.791.374	4.691.373	1.100.000	23,45 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	487.507	725.217	-237.710	-32,78 %
Handelspassiva	29	82.010	413.543	-331.533	-80,17 %
Rückstellungen	30, 31	83.772	82.259	1.512	1,84 %
Ertragsteuerverpflichtungen	23	6.843	5.968	874	14,65 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen		5.692	4.892	800	16,35 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen		1.151	1.077	74	6,89 %
Sonstige Passiva	32	428.148	251.255	176.893	70,40 %
Nachrangkapital	33	425.778	28.881	396.897	> 200,00 %
Eigenkapital	35	567.499	471.147	96.352	20,45 %
Eigenanteil		563.606	467.189	96.417	20,64 %
Nicht beherrschende Anteile		3.893	3.958	-65	-1,63 %
Summe Passiva		10.616.482	10.007.692	608.789	6,08 %

Entwicklung des Konzerneigenkapitals

EUR Tsd.	Gezeichnetes Kapital ¹⁾	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Bewertungsrücklagen gem. IAS 39 ²⁾ Available for sale Rücklage	Eigenkapital ohne nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
Stand 1. Jänner 2016	114.481	154.162	95.943	15.174	379.760	2.674	382.434
Konzernjahresergebnis ³⁾			23.625		23.625	1.399	25.024
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage			387		387	0	387
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)			-2.960		-2.960	-3	-2.964
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				-3.871	-3.871	0	-3.871
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity			-60	116	56		56
Konzerngesamtergebnis	0	0	20.992	-3.755	17.236	1.395	18.632
Kapitalerhöhung	19.460	48.602			68.062		68.062
Ausschüttung			-393		-393	-19	-411
Partizipationskapital	-7.004	-845	0		-7.849	0	-7.849
Einzahlung Gesellschafter		10.290			10.290		10.290
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen			82		82	-93	-11
Stand 31. Dez. 2016	126.938	212.209	116.624	11.419	467.189	3.958	471.147
Konzernjahresergebnis ³⁾			53.972		53.972	11	53.982
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)			1.974		1.974	1	1.975
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				31.952	31.952	0	31.952
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity			54	1.803	1.857		1.857
Konzerngesamtergebnis	0	0	56.000	33.755	89.755	12	89.767
Kapitalerhöhung	5.956	13.395			19.351		19.351
Ausschüttung			-13.395		-13.395	-16	-13.411
Einzahlung Gesellschafter		658			658		658
Umbuchung Kapitalrücklage		-10.948	10.948		0		0
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen			49		49	-60	-12
Stand 31. Dez. 2017	132.894	215.313	170.225	45.174	563.606	3.893	567.499

1) Der Ausweis des gezeichneten Kapitals entspricht dem Ausweis im Einzelabschluss der VOLKSBANK WIEN AG (VBW).

2) Bei der available for sale Rücklage wurden zum 31.12.2017 EUR -15.058 Tsd. (31.12.2016: EUR -3.806 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.

3) Im Konzernabschluss 31.12.2017 (und 31.12.2016) der VBW ergaben sich weder für das Kapital ohne nicht beherrschende Anteile noch für die nicht beherrschenden Anteile Währungsdifferenzen aus der Bewertung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu Durchschnittskursen.

Für weitere Angaben zum Kapital verweisen wir auf Kapitel 35 in den Notes.

Konzerngeldflussrechnung

EUR Tsd.	Anhang (Notes)	1-12/2017	1-12/2016
Konzernjahresergebnis (vor nicht beherrschenden Anteilen)		53.982	25.024
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten			
Zinsüberschuss	4	-115.112	-89.790
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanz- und Sachanlagen	8, 10	12.556	20.939
Dotierung und Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	5, 8	-2.740	6.005
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	9, 10	-618	-3.808
Gewinn aus Unternehmenserwerb	2	-18.227	0
Steuern vom Einkommen	11	-4.626	-13.319
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute	13	1.397.032	567.841
Forderungen an Kunden	14	-120.198	98.280
Handelsaktiva	16	15.841	-16.683
Finanzinvestitionen	17	159.423	57.185
Investment property Vermögenswerte	18	682	4.163
Sonstiges Umlaufvermögen	24	19.584	-11.969
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	-1.058.348	-581.671
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	235.616	-162.111
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	-221.027	-58.700
Derivate	16, 24, 29, 32	-63.631	11.112
Andere Passiva	32	-61.404	27.114
Erhaltene Zinsen		170.496	138.704
Gezahlte Zinsen		-56.561	-46.367
Erhaltene Dividenden		291	2.068
Gezahlte Ertragsteuern		-1.683	2.734
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit		341.327	-23.249
Mittelzufluss aus der Veräußerung bzw. Tilgung von			
held to maturity Wertpapieren	17	0	0
Beteiligungen	20	0	20.186
Sachanlagen	21, 22	2.793	5.277
Mittelabfluss durch Investitionen in			
held to maturity Wertpapieren	17	-55.808	-182.768
Beteiligungen	20	-3	-4.689
Sachanlagen	21, 22	-2.354	-2.589
Erwerb von Tochterunternehmen - Zahlungsmittel	2	14.108	11.778
Cash flow aus Investitionstätigkeit		-41.265	-152.805
Kapitalerhöhung	35	15.500	0
Einzahlung Gesellschafter	35	658	10.290
Dividendenzahlungen	35	-13.411	-411
Veränderungen Nachrangkapital	33	392.881	-496
Rückzahlung Kapital Minderheiten	35	-12	-11
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit		395.616	9.372
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	12	1.113.587	1.280.269
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit		341.327	-23.249
Cash flow aus Investitionstätigkeit		-41.265	-152.805
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit		395.616	9.372
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	12	1.809.264	1.113.587

Details zu der Berechnungsmethode zur Geldflussrechnung sind in Kapitel 3) ii) angeführt.
Die detaillierte Darstellung der Ein- und Auszahlungen vom Nachrangkapital sind in Kapitel 32) dargestellt.

ANHANG (NOTES)	34
1) Allgemeine Angaben	34
2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises	34
3) Rechnungslegungsgrundsätze	37
a) Neue und Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften	38
b) Anwendung von Schätzungen und Annahmen	46
c) Konsolidierungsgrundsätze	47
d) Währungsumrechnung	47
e) Zinsüberschuss	48
f) Risikovorsorge.....	48
g) Provisionsüberschuss	49
h) Handelsergebnis	49
i) Verwaltungsaufwand	49
j) Sonstiges betriebliches Ergebnis	50
k) Ergebnis aus Finanzinvestitionen.....	50
l) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	50
m) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	54
n) Risikovorsorge.....	54
o) Handelsaktiva und -passiva.....	54
p) Finanzinvestitionen.....	54
q) Investment property Vermögenswerte.....	55
r) Beteiligungen.....	56
s) Immaterielles und materielles Anlagevermögen.....	57
t) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen.....	58
u) Sonstige Aktiva.....	58
v) Verbindlichkeiten	58
w) Sozialkapital	58
x) Rückstellungen.....	60
y) Sonstige Passiva.....	60
z) Nachrangkapital	60
aa) Eigenkapital.....	60
bb) Kapitalrücklagen.....	61
cc) Gewinnrücklagen.....	61
dd) Eigenmittel.....	61
ee) Treuhandgeschäfte	62
ff) Pensionsgeschäfte	62
gg) Eventualverpflichtungen	62
hh) Geldflussrechnung	62
4) Zinsüberschuss	64
5) Risikovorsorge	65
6) Provisionsüberschuss	65
7) Handelsergebnis	65
8) Verwaltungsaufwand	65
9) Sonstiges betriebliches Ergebnis	67
10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	68
11) Steuern vom Einkommen	69
12) Barreserve	70
13) Forderungen an Kreditinstitute	70
14) Forderungen an Kunden	70
15) Risikovorsorge	71
16) Handelsaktiva	71
17) Finanzinvestitionen	71
18) Investment property Vermögenswerte	72
19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	74
20) Anteile und Beteiligungen	76
21) Immaterielles Anlagevermögen	77
22) Sachanlagen	79
23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen	80
24) Sonstige Aktiva	81
25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	81
26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	82
27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	82
28) Verbriefte Verbindlichkeiten	82
29) Handelspassiva	83
30) Rückstellungen	83
31) Sozialkapital	84

32)	Sonstige Passiva	86
33)	Nachrangkapital	86
34)	Zahlungsströme Verbindlichkeiten	87
35)	Eigenkapital.....	88
36)	Eigenmittel.....	90
37)	Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	94
38)	Derivate.....	100
39)	Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.....	100
40)	Treuhandgeschäfte.....	101
41)	Nachrangige Vermögenswerte	101
42)	Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	101
43)	Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	102
44)	Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte.....	102
45)	Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen	103
46)	Angaben zum Hypothekenbankgeschäft gemäß Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen	104
47)	Vertriebsstellen	104
48)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	104
49)	Segmentberichterstattung	105
50)	Risikobericht	107
a)	Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing	109
b)	Kreditrisiko.....	111
c)	Marktrisiko	126
d)	Liquiditätsrisiko.....	131
e)	Operationelles Risiko	133
f)	Sonstige Risiken.....	134
51)	Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾	136
52)	Beteiligungsunternehmen bewertet at equity	136
53)	Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen	136

ANHANG (NOTES)

1) Allgemeine Angaben

Die VOLKSBANK WIEN AG (VBW) mit Firmensitz in 1090 Wien, Kolingasse 14-16, ist das Mutterunternehmen von im Inland agierenden Tochtergesellschaften und die Zentralorganisation (ZO) des österreichischen Volksbanken-Sektors. Neben dem Sektorgeschäft mit den Volksbanken liegen die Schwerpunkte im Privat- und Firmenkundengeschäft in Österreich.

Die VBW als ZO gemäß § 30a BWG ist Teil des Kreditinstitute-Verbundes (Haftungs- und Liquiditätsverbund). Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der Teile 2 bis 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie § 39a BWG sind vom Volksbanken-Verbund auf Grundlage der konsolidierten Finanzlage zu erfüllen (§ 30a Abs. 7 BWG). Die VBW hat weiterhin sämtliche aufsichtsrechtlichen Bestimmungen auf Einzelbasis und KI-Gruppenebene zu erfüllen. Die Mitglieder des Volksbanken-Verbundes haften untereinander unbeschränkt und es wurde vertraglich die anteilige Übernahme der Kosten und Risiken der ZO vereinbart. Mit Schreiben vom 29. Juni 2016 wurde die unbefristete Genehmigung des Volksbanken-Verbundes ohne Auflagen von der EZB erteilt.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt, da dies die funktionale Währung des Konzerns ist. Alle Daten sind in Tausend EUR dargestellt, sofern nichts anderes angegeben ist. Rundungsdifferenzen sind in den nachstehenden Tabellen möglich. Alle Bezeichnungen im Anhang, die ausschließlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

Die VBW berichtet über Konzepte, Ergebnisse und Risiken in Bezug auf Umweltbelange, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Menschenrechte, Korruption und Bestechung und Diversität gemäß Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG) im Rahmen der Konzern-Berichterstattung in einem gesonderten Nachhaltigkeitsbericht.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 13. März 2018 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 22. Mai 2017 brachte die SPARDA-BANK AUSTRIA e.Gen. ihr Unternehmen, den Bankbetrieb Sparda unter Zurückbehaltung eines Barvermögens in Höhe von EUR 0,5 Mio., sämtlicher Anteile an der Volksbank Wien Beteiligung eGen., sowie an der Sparda Versicherungs-Service GmbH, einer Rückstellung für Rückzahlungen von Anteilscheinen in Höhe von EUR 1,7 Mio., eines Nachrangkapitals in Höhe von EUR 0,5 Mio. sowie von Ertragsteueransprüchen und sonstigen Verbindlichkeiten in die VBW ein. Die Einbringung als Sacheinlage erfolgt gegen Gewährung von 12.643 neuen Stückaktien der VBW. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 17. August 2017.

Der Kaufpreis sowie die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte und Schulden, die aufgrund der Verteilung des Kaufpreises ermittelt wurden, sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

EUR Tsd.	Sparda
Barreserve	14.108
Forderungen an Kreditinstitute	460.498
Forderungen an Kunden	338.371
Risikovorsorge (-)	-2.851
Finanzinvestitionen	81.123
Anteile und Beteiligungen	3.044
Immaterielles Anlagevermögen	1.004
Sachanlagen	12.837
Ertragsteueransprüche	3.017
Sonstige Aktiva	9.991
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-865.377
Rückstellungen	-12.030
Sonstige Passiva	-15.655
Nachrangkapital	-6.000
Erworbenes Nettovermögen	22.078
Kaufpreis = Kapitalerhöhung	3.851
Gewinn aus Unternehmenserwerb	18.227

Der Gewinn aus Unternehmenserwerb entsteht im Wesentlichen daraus, dass die Sparda nicht mehr in der Lage war ihren Bankbetrieb als selbständige Volksbank fortzuführen, weshalb der Bankbetrieb zu dem oben angeführten Kaufpreis von der VBW übernommen wurde.

Da der Kaufpreis durch Ausgabe von Aktien der VBW beglichen wurde, erfolgte kein Mittelabfluss aus dem Konzern. Der Mittelzufluss bestand jeweils aus der übernommenen Barreserve. In der oben angeführten Tabelle sowie im gesamten Abschluss wurde für wertgeminderte Forderungen eine Brutto-Darstellung gewählt. Das heißt, die im Zuge des Unternehmenserwerbs übernommenen Risikovorsorgen wurden, zur Gewährleistung der Datenkonsistenz mit den Risikomanagementsystemen und aufsichtsrechtlichen Meldungen, gesondert ausgewiesen. Etwaige Anpassungen auf den beizulegenden Zeitwert wurden in der Position Forderungen an Kreditinstitute bzw. Forderungen an Kunden erfasst.

Der beizulegende Zeitwert, der Bruttobetrag der erworbenen Forderungen sowie die zum Erwerbszeitpunkt voraussichtlich uneinbringlichen cash flows stellen sich wie folgt dar:

EUR Tsd.	Sparda
Beizulegender Zeitwert der erworbenen Forderungen	338.371
Bruttobetrag der Forderungen	332.607
Voraussichtlich nicht einbringliche Forderungen	-3.074

Für zum Erwerbsstichtag bestehende Haftungen und zugesagte Kreditrahmen wurden die beizulegenden Zeitwerte in Höhe von EUR 26 Tsd. ermittelt und als Rückstellung erfasst. Die überwiegenden Fälligkeiten liegen bei einem Jahr. Während diesem Zeitraum wird mit Mittelabflüssen von rund EUR 26 Tsd. gerechnet.

Die Anschaffungsnebenkosten, die im sonstigen betrieblichen Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, betragen EUR 398 Tsd.

Die Informationen über die Höhe des Zinsüberschusses und des Jahresergebnisses nach Steuern, die seit dem Erwerbszeitpunkt in dem erworbenen Bankbetrieb erzielt wurden, liegen nicht vor, da nach der Verschmelzung keine gesonderten Aufzeichnungen verfügbar sind.

Wäre die Sparda bereits am 1. Jänner 2017 erworben worden, hätte der VBW Konzern insgesamt einen um EUR 4.564 Tsd. höheren Zinsüberschuss und ein um EUR 4.106 Tsd. niedrigeres Jahresergebnis nach Steuern ausgewiesen.

Bundes-Genussrecht

Das Bundes-Genussrecht wurde zur Erfüllung jener Zusagen begeben, die gegenüber dem Bund zur Erlangung der beihilferechtlichen Genehmigung der Umstrukturierung durch die EU-Kommission abgegeben wurden. Die Genussrechtsemission erfolgte durch die VB Rückzahlungsgesellschaft mbH (RZG) einer direkten Tochtergesellschaft der VBW.

Ausschüttungen der RZG auf das Bundes-Genussrecht liegen in der Disposition der VBW als Alleingesellschafterin der RZG. Es besteht nach dem Bundes-Genussrecht kein Ergebnisanspruch. In diesem Zusammenhang wurden von Aktionären der VBW Aktien an der VBW (im Ausmaß von 25 % des Grundkapitals plus 1 Aktie) an den Bund ohne Gegenleistung übertragen. Die Übertragung der Aktien an den Bund erfolgte am 28. Jänner 2016. Der Bund ist verpflichtet, diese Aktien ohne Gegenleistung an die jeweiligen Aktionäre rück zu übertragen, sobald die Summe der vom Bund erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und weiteren bestimmten anrechenbaren Beträgen einen bestimmten Betrag erreicht. Sollten die vom Bund zu vertraglich fixierten Stichtagen erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht unter Berücksichtigung bestimmter anrechenbarer Beträge (wie z.B. allfällige Ausschüttungen auf die vom Bund an der VBW gehaltenen Aktien) bestimmte festgelegte Mindestsummen nicht erreichen (Verfügungsfall), ist der Bund berechtigt, über diese Aktien ohne weitere Gegenleistung frei zu verfügen und weitere Stammaktien der VBW im Ausmaß von 8 % des Grundkapitals der VBW ohne weitere Gegenleistung von Aktionären der VBW einzufordern. Insgesamt können daher im Verfügungsfall bis zu 33 % plus 1 Aktie der Aktien an der VBW in das (rechtliche und wirtschaftliche) Eigentum des Bundes übergehen und der Bund könnte über diesen Aktienanteil frei verfügen (vorbehaltlich des eingeräumten Vorkaufsrechts). Für den Fall, dass das vom Bund eingeräumte Vorkaufsrecht durch einen von der VBW namhaft gemachten Erwerber ausgeübt wird und neuerlich eine Mindestschwelle für die Summe der Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und der anrechenbaren Beträge verfehlt wird, haben sich Aktionäre der VBW verpflichtet, dem Bund weitere Stammaktien der VBW im Ausmaß der dem Bund zuvor übertragenen und von dem von der VBW namhaft gemachten Käufer erworbenen Aktien der VBW bei sofortiger freier Verfügungsbefugnis des Bundes zu übertragen.

Die VBW hat gemäß ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund bis 30. November eines jeden Jahres den Volksbanken einen Vorschlag für den von der RZG im folgenden Kalenderjahr auf das Bundesgenussrecht auszuschüttenden Gesamtbetrag und für den Gesamtbetrag der hierfür erforderlichen Beiträge der Primärbanken (Großmutterzuschüsse der Volksbanken und direkter Zuschuss der VBW in die RZG) zu erstatten. Die VBW wird gemäß dem Anteil ihres Retailsegments am Volksbanken-Verbund (Bilanzsumme UGB/BWG) belastet. Von der dem Bund zugesagten Rückzahlungssumme von EUR 300 Mio. sind zum 31. Dezember 2017 bereits EUR 67 Mio. erfüllt. Der zum 31. Dezember 2017 bestehende Schwellenwert für die Mindestrückzahlung in Höhe von EUR 15 Mio. ist damit übererfüllt. Aus heutiger Sicht wird auch der nächste Schwellenwert zum 31. Dezember 2019 in Höhe von EUR 75 Mio. erfüllt werden.

Anzahl der in den Konzern einbezogenen Unternehmen

	31.12.2017			31.12.2016		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Vollkonsolidierte Unternehmen						
Kreditinstitute	1	0	1	1	0	1
Finanzinstitute	1	0	1	1	0	1
Sonstige Unternehmen	7	0	7	7	0	7
Gesamt	9	0	9	9	0	9
At equity einbezogene Unternehmen						
Kreditinstitute	1	0	1	1	0	1
Sonstige Unternehmen	1	0	1	1	0	1
Gesamt	2	0	2	2	0	2

Anzahl der in den Konzern nicht einbezogenen Unternehmen

	31.12.2017			31.12.2016		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verbundene Unternehmen	7	0	7	7	0	7
Assoziierte Unternehmen	3	0	3	3	0	3
Unternehmen gesamt	10	0	10	10	0	10

Diese Unternehmen sind zusammen für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit wird neben den quantitativen Merkmalen Bilanzsumme und Jahresergebnis nach Steuern, die Auswirkung einer Konsolidierung auf einzelne Bilanzpositionen sowie auf den true and fair view im Konzernabschluss berücksichtigt. Für die Berechnung der quantitativen Merkmale wurden die letzten verfügbaren Jahresabschlüsse der Gesellschaften sowie der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2017 zugrunde gelegt.

Die Liste der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der at equity bewerteten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen mit Detailinformationen befindet sich am Ende des Anhangs (siehe Note 51), 52), 53)).

3) Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig auf alle in diesem Abschluss veröffentlichten Perioden und konsistent von allen Konzernmitgliedern angewendet.

Der Konzernabschluss 2017 sowie die Vergleichswerte 2016 der VBW wurden nach den Bestimmungen der IFRS/IAS erstellt und erfüllen die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit allen am Bilanzstichtag gültigen IFRS/IAS, die das International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht hat, sowie allen Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) bzw. des Standing Interpretations Committee (SIC) erstellt, sofern diese auch von der Europäischen Union (EU) im Endorsement-Verfahren übernommen wurden.

Der Konzernabschluss ist mit Ausnahme der folgenden Positionen auf Basis von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erstellt:

- Derivative Finanzinstrumente – bewertet mit dem fair value

- Finanzinstrumente der Kategorie at fair value through profit or loss und available for sale – bewertet mit dem fair value
- Investment property Vermögenswerte – bewertet mit dem fair value
- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte zu fair value hedges sind – fortgeführte Anschaffungskosten werden um die fair value Änderungen angepasst, die den gehedgten Risiken zuzuordnen sind
- Latente Steuern – für temporäre Unterschiede zwischen steuerlichen und IFRS Werten werden jene Beträge angesetzt, in deren Höhe sich voraussichtlich eine künftige Steuerbe- oder -entlastung im Zeitpunkt der Umkehrung ergibt
- Sozialkapitalrückstellungen – Ansatz erfolgt mit dem Barwert abzüglich des Barwertes des Planvermögens

In den beiden nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine Darstellung von geänderten und neuen Rechnungslegungsvorschriften, die wesentlich für den Konzernabschluss der VBW sind.

	verbindliche Anwendung	Endorsement
Änderungen an IAS 7 - Angabeninitiative	ab GJ 2017	EU-Verordnung vom 06.11.2017
Änderungen an IAS 12 - Ansatz latenter Steueransprüche für nicht realisierte Verluste	ab GJ 2017	EU-Verordnung vom 06.11.2017
Änderungen an IFRS 4 - Anwendung von IFRS 9 gemeinsam mit IFRS 4	ab GJ 2018	EU-Verordnung vom 03.11.2017
Klarstellung zum IFRS 15 Erlöse aus Verträgen mit Kunden	ab GJ 2018	EU-Verordnung vom 31.10.2017
IFRS 16 Leasingverhältnisse	ab GJ 2019	EU-Verordnung vom 31.10.2017
Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014-2016)	ab GJ 2017 bzw. 2018	geplant für Q4 2017
Änderungen an IAS 40 - Übertragung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	ab GJ 2018	geplant für Q1 2018
Änderungen an IFRS 2 - Klassifizierung und Bewertung anteilsbasierter Transaktionen	ab GJ 2018	geplant für Q1 2018
IFRIC 22 Vorauszahlungen im Zusammenhang mit Fremdwährungstransaktionen	ab GJ 2018	geplant für Q1 2018
IFRIC 23 Steuerrisikopositionen aus Ertragsteuern	ab GJ 2019	geplant für 2018
Änderungen an IFRS 9 - Vorzeitige Rückzahlungsoptionen mit negativer Vorfälligkeitsentschädigung	ab GJ 2019	geplant für 2018
Änderungen an IAS 28 - Langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	ab GJ 2019	geplant für 2018
IFRS 17 Versicherungsverträge	ab GJ 2021	noch festzulegen

a) Neue und Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften

Neue und Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Änderungen zu IAS 7 – Kapitalflussrechnungen: Die Änderungen haben die Zielsetzung, die Information über die Veränderung der Verschuldung des Unternehmens zu verbessern. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen.

Änderungen zu IAS 12 – Ertragsteuern: Die Änderungen stellen klar, dass noch nicht eingetretene Verluste auf Schuldinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, für Steuerzwecke jedoch zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zur Entstehung einer aktiven Steuerlatenz führen können. Weiters stellen die Änderungen klar, dass nicht der Buchwert sondern der steuerliche Wert eines Vermögenswertes die relevante Größe bei der Schätzung zukünftiger zu versteuernder Gewinne ist und der Buchwert dabei nicht die Obergrenze für die Berechnung darstellt. Beim Werthaltigkeitstest der aktiven latenten Steuern darf bei der Schätzung der zukünftig zu versteuernden Gewinne der Effekt aus der Veränderung der latenten Steuerposition aus Umkehrung dieser temporären Differenzen nicht berück-

sichtigt werden. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern.

Änderungen zu IFRS 4 – Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente mit IFRS 4 Versicherungsverträge: Mit dieser Anpassung wird der möglichen Problematik der Anwendung von IFRS 9 für Versicherungsunternehmen bis zur Anwendung des künftigen Standards für Versicherungsverträge (IFRS 17) Rechnung getragen. Erstanwendung ist im Geschäftsjahr das am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnt. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2014-2016)

Die Änderungen betreffen verbesserungsbedürftige Formulierungen und Klarstellungen. Betroffen waren die Standards IFRS 1, IFRS 12 und IAS 28. Die neuen Regelungen sind bezüglich IFRS 1 und IAS 28 verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen und für IFRS 12 für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2017 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen haben bzw. werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Noch nicht anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

IFRS 9 – Finanzinstrumente: Im Juli 2014 wurde die endgültige Fassung von IFRS 9 Finanzinstrumente veröffentlicht. Die Vorschriften sind von der EU in europäisches Recht übernommen worden. Der neue Standard ist auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen.

Klassifizierung und Erfassung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden in drei Bewertungsgruppen klassifiziert: Zu fortgeführten Anschaffungskosten, erfolgswirksam zum fair value und zum fair value über das other comprehensive income (OCI). Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeitpunkten vorsehen (SPPI-Kriterium) und die im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe der zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und sind dem Geschäftsmodell „Halten und Verkaufen“ oder „Sonstiges“ zugeordnet. Eigenkapitalinstrumente, welche nicht zu Handelszwecken gehalten werden, können zum fair value über das OCI ausgewiesen werden, ohne dass realisierte Gewinne oder Verluste später in die Erfolgsrechnung übertragen werden. Alle anderen Eigenkapitaltitel werden erfolgswirksam zum fair value erfasst.

Das Geschäftsmodell bezieht sich darauf, wie ein Unternehmen Zahlungsströme erwirtschaftet. Durch Vereinnahmung vertraglich vereinbarter Cashflows, durch Verkauf von Finanzinstrumenten, oder beides. Ein Geschäftsmodell hat zum Ziel bzw. die Absicht finanzielle Vermögenswerte auf eine bestimmte Weise zu steuern. Die Beurteilung der Geschäftsmodelle erfolgte anhand verschiedener Kriterien wie Ziele, Vergütung, Performancemessung, Management- bzw. Risikostrategie, Häufigkeit und Zeitpunkte von Verkäufen sowie Gründe für die Verkäufe. Anhand dieser Kriterien werden einzelne Portfolien bzw. Subportfolien innerhalb des Geschäftsmodells „Halten“, „Halten und Verkaufen“ und „Sonstiges“ gebildet.

Neben der Analyse, Definition und Festschreiben der Geschäftsmodellbedingung ist auch eine Analyse der Ausgestaltung der Zahlungsströme eines Finanzinstruments notwendig, um diese entsprechend klassifizieren zu können. Ist das SPPI-Kriterium nicht erfüllt, hat die Bewertung zwingend erfolgswirksam zum fair value zu erfolgen. Die Prüfung des SPPI-Kriteriums wurde in Hinblick auf Kredite und Wertpapierbestände mit Ende des Jahres 2016 und in weiterer Folge für Neugeschäfte im dritten Quartal 2017 abgeschlossen. Bei Zinsbindungen, die nicht eindeutig als SPPI-konform oder SPPI-schädlich eingestuft werden konnten, erfolgte die Zuordnung auf Basis des Ergebnisses eines Benchmarktests. Das Ergebnis des Benchmarktests zeigt, ob die Abweichung der nicht abgezinsten vertraglichen Zahlungsflüsse möglicher

schädlicher Zinsbindungen gegenüber nicht abgezinsten Zahlungsflüssen von Benchmarkinstrumenten als SPPI-schädlich zu beurteilen ist. Das SPPI-Kriterium dieser finanziellen Vermögenswerte wird größtenteils aufgrund SMR-Zinsbindungen bzw. SMR-Komponenten in der Zinsbindung nicht erfüllt.

Änderungen der Klassifizierung und Bewertung

Aufgrund der Kriterienliste für die Bestimmung der Geschäftsmodelle und des SPPI-Kriteriums wurden für den VBW Konzern für den Kredit- und Wertpapierbereich Portfolien definiert und den Geschäftsmodellen zugewiesen. Die Geschäftsmodellbeurteilung im Kreditbereich hat gezeigt, dass grundsätzlich die Zielsetzung die Bestandspflege und Wachstum in den Bereichen Retail/KMU, Modell-, Kommerz- und Projekt- und Immobilienfinanzierung ist. Eine performanceabhängige, variable Vergütung sowie Verkäufe sind nicht vorgesehen. Im Kreditportfolio enthaltene Risiken werden unter anderem mit Zinsderivaten oder Unterbeteiligungen minimiert. Somit werden sämtliche Portfolien im Kreditbereich dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet, soweit keine Verkaufsabsicht von Krediten oder von Gesellschaften, die diese Kredite halten, besteht. Wird das SPPI-Kriterium erfüllt, erfolgt eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Jene Portfolien oder einzelne finanzielle Vermögenswerte, die verkauft werden sollen, sowie jene, die sich in Gesellschaften befinden, die zum Verkauf stehen, werden als „zum Verkauf“ designiert und erfolgswirksam zum fair value bewertet. Zum 31.12.2017 gibt es keine Ambitionen Kreditportfolien bzw. Gesellschaften, welche Kredite halten, zu verkaufen. Somit werden im VBW Konzern zum 01.01.2018 alle Kredite dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet. Der negative Effekt (Eigenkapitalverminderung) aufgrund der fair value Bewertung von Krediten, welche das SPPI-Kriterium nicht erfüllen, wird voraussichtlich rd. EUR -5 Mio. (vor latenter Steuer) betragen und betrifft ein Volumen von rd. EUR 185 Mio. Der Umstellungseffekt befindet sich derzeit noch in Validierung wodurch noch eine Änderung möglich ist. Die Analyse bezüglich der Geschäftsmodellzuordnung von Wertpapierportfolien wurde in der VBW bereits im Jahr 2016 abgeschlossen. Die Identifikation der Geschäftsmodelle ergab, dass im Bankbuch die Vergütung hinsichtlich Performancemessung unabhängig ist. Die Performance wird grundsätzlich nur auf Basis des Zinsergebnisses gemessen. Eine performanceabhängige, variable Vergütung ist nicht vorgesehen. Auch hinsichtlich Management- und Risikostrategien erfolgt keine Differenzierung innerhalb der Positionen im Bankbuch. Sämtliche Bankbuchveranlagungen werden im Rahmen der konzernweiten Investmentstrategie getätigt und weisen grundsätzlich ein geringes Kreditrisikoprofil auf. Somit erfolgt die Identifikation der Geschäftsmodelle im Wesentlichen anhand der Parameter Veranlagungsziele, wie Einhaltung von regulatorischen Anforderungen oder Erzielung von Erträgen, sowie Gründe und Häufigkeit von Verkäufen. Der VBW-Konzern definiert Verkäufe von Positionen, welche aufgrund einer signifikanten Erhöhung des Ausfallrisikos nicht mehr in die Veranlagungsstrategie passen, welche kurz vor Fälligkeit stattfinden und deren Verkaufserlös etwa den verbleibenden vertraglichen Zahlungen entspricht, welche unter anderem aufgrund des Wegfalls der Basis der Geschäftsgrundlage durchgeführt werden und welche im Rahmen einer strategischen Neuausrichtung im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen oder risikotechnischen Überlegungen stattfinden als unschädlich. Aufgrund der unterschiedlichen Zielsetzungen bei der Bankbuchveranlagung ergeben sich die unterschiedlichen Portfolien innerhalb der VBW. Einerseits wird ein Volumen von rd. EUR 1.380 Mio. dem Portfolio „Halten“ zugeordnet werden, da bei diesem Bestand die Absicht besteht, diese Instrumente bis zum Laufzeitende zu halten. Hierzu zählen auch Positionen, die zur Einhaltung der LCR-Vorgaben gehalten werden. Ein Volumen von rd. EUR 379 Mio. wurde dem Portfolio „Halten und Verkaufen“ zugeordnet, das grundsätzlich dazu bestimmt ist, Positionen bis zur Endfälligkeit zu halten. Sollte sich jedoch aufgrund positiver Marktbedingungen die Möglichkeit von optimierten Renditen durch vorzeitige Verkäufe ergeben, können diese entsprechend genutzt werden. Ziel der VBW ist es, die Volatilität innerhalb der GuV aufgrund der fair value Bewertung zu minimieren, daher wird das Volumen an SPPI-schädlichen Wertpapieren soweit wie möglich minimiert. Diese Instrumente sind somit jederzeit zum Verkauf verfügbar. Innerhalb der VBW handelt es sich um ein Volumen von rd. EUR 46 Mio. Bei Zukäufen ab dem 01.01.2018 wird das Instrument seitens Treasury einem Geschäftsmodell zugeordnet. Beim Wertpapierbestand der VBW werden somit sämtliche Bewertungsmethoden gemäß IFRS 9 (Bewertung zu Anschaffungskosten, erfolgswirksame Bewertung zum fair value sowie Bewertung zum fair

value über das OCI) angewendet werden. Der geringfügige positive Eigenkapitaleffekt aufgrund der Umwertungen bei Wertpapieren wird unter Berücksichtigung von hedge accounting rd. EUR 2 Mio. (vor latenter Steuer) betragen.

Betreffend Anteile und sonstige Beteiligungen ergibt sich aus der Erstanwendung von IFRS 9 kein Umstellungseffekt, da bereits alle Beteiligungen zum 31.12.2017 zum fair value bilanziert sind. Es wurde für alle Eigenkapitaltitel - mit Ausnahme der VB Regio Beteiligung - entschieden die Bewertung zum fair value im OCI auszuweisen (OCI-Option). Da diese Eigenkapitaltitel unter IFRS 9 jedenfalls zum fair value zu bilanzieren sind, ergibt sich durch das Ziehen der Bilanzierungsoption keine Eigenkapitalveränderung.

Für finanzielle Verbindlichkeiten bleibt die Klassifizierung und Bewertung unter IFRS 9 unverändert, mit der Ausnahme, dass Gewinne und Verluste aus einer erfolgswirksam zum fair value designierten finanziellen Verbindlichkeit, die infolge von Änderungen des eigenen Kreditrisikos entstanden ist, im OCI zu erfassen sind. Im VBW-Konzern wird für strukturierte Eigenemissionen die fair value Option gezogen. Bei einem Volumen von rd. EUR 82 Mio. wird die voraussichtliche Eigenkapitalveränderung zu einer Verringerung von rd. EUR -4 Mio. (vor latenter Steuern) führen.

Bilanzierung von Wertminderungen finanzieller Vermögenswerte

Die Neuregelungen zur Wertminderungen unter IFRS 9 sind für finanzielle Vermögenswerte anzuwenden, die den Bewertungskategorien zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum fair value im OCI zugeordnet werden, auf Forderungen aus Leasingverhältnissen und auf außerbilanzielle Kreditzusagen und Finanzgarantien. Durch die neuen Vorschriften sind nicht mehr nur eingetretene Verluste, sondern auch bereits erwartete Verluste zu erfassen. Dabei wird der Umfang der Erfassung erwarteter Verluste danach differenziert, ob sich das Ausfallrisiko finanzieller Vermögenswerte seit ihrem Zugang wesentlich verschlechtert hat oder nicht. Liegt eine wesentliche Verschlechterung vor und ist das Ausfallrisiko am Stichtag nicht als niedrig einzustufen, so sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit (lifetime expected credit loss) zu erfassen. Andernfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus künftigen, möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate resultieren. Ausnahmeregelungen bestehen für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Leasingforderungen. Für diese Vermögenswerte müssen (Forderungen ohne wesentliche Finanzierungs Komponente) bzw. dürfen (Forderungen mit wesentlicher Finanzierungs Komponente und Leasingforderungen) bereits bei Zugang sämtliche erwarteten Verluste berücksichtigt werden.

Anwendungsbereich

Die Wertminderung wird

- für finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) als Risikovorsorge ausgewiesen.
- für finanzielle Vermögenswerte, die bei Zugang einen objektiven Hinweis auf Wertminderung aufweisen, (POCI - purchased or originated credit-impaired financial assets) im kreditrisikoadjustierten Effektivzinssatz berücksichtigt. Wenn sich seit Zugang die Höhe der Verlustschätzung geändert hat, wird dies als Risikovorsorge ausgewiesen.
- für unwiderrufliche Kreditzusagen und Finanzgarantien werden Wertminderungen als Rückstellungen ausgewiesen.
- für Schuldeninstrumente, die gemäß IFRS 9 als fair value über das OCI klassifiziert sind, erfolgswirksam erfasst und im sonstige Ergebnis (OCI) ausgewiesen.

Die Wertminderung wird für Schuldinstrumente, die erfolgswirksam zum fair value bilanziert werden, nicht gesondert ausgewiesen, da im fair value auch bereits eventuelle Wertminderungen berücksichtigt werden. Da Eigenkapitalinstrumente nach IFRS 9 stets mit dem fair value zu bilanzieren sind, gilt hier das Gleiche.

3-Stufen-Modell

Das neue Wertminderungsmodell unterscheidet zwischen drei möglichen Wertminderungsstufen (Stages):

Stage 1: In diese Stufe werden grundsätzlich alle Geschäfte bei ihrem Zugang eingeordnet. Eine Ausnahme dazu bilden Instrumente, die zum Zugangszeitpunkt bereits als wertgemindert eingestuft wurden (POCI) und gesondert behandelt werden.

Stage 2: In dieser Stufe sind alle Instrumente enthalten, die im Vergleich zum Zugangszeitpunkt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos aufweisen.

Stage 3: Liegt neben einer signifikanten Erhöhung des Ausfallrisikos zusätzlich ein objektiver Hinweis auf Wertminderung vor, wird das Instrument dieser Stufe zugeordnet.

Eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos wird in erster Linie anhand der PD-Veränderungsquote der Ausfallswahrscheinlichkeit der gesamten Laufzeit (Lifetime-PD) gemessen. Übersteigt diese einen definierten Schwellenwert, wird der finanzielle Vermögenswert in Stage 2 eingestuft. Zusätzlich wird ein Leistungsverzug von mindestens 30 Tagen, die Einstufung als forborne oder der Wechsel des Kunden in die Intensivbetreuung als eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos interpretiert.

Ein objektiver Hinweis auf Wertminderung wird mit einem Herabstufen des Kunden in die Ausfalls-Ratingklasse, das grundsätzlich durch 13 definierte Ausfallereignisse ausgelöst werden kann, gleichgesetzt. Die Ausfallsdefinition in der Volksbank entspricht den Vorgaben des CRR I Art. 178.

Mögliche Ausnahmen (Wahlrechte):

- In der Volksbank wird das Wahlrecht für Low Credit Risk Exemption – also der pauschalen Zuordnung von Instrumenten mit niedrigem Risiko zu Stage 1 ohne weitere Prüfung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos – ausgeübt. Zu den relevanten Instrumenten zählen ausschließlich Wertpapiere mit einem externen Investment Grade Rating. Falls mehrere externe Ratings vorliegen, wird das zweitbeste Rating herangezogen. Dadurch wird sichergestellt, dass mindestens zwei von drei Ratingagenturen den Emittenten als Investment Grade einstufen.
- Ausnahmen, für die es gemäß IFRS 9 ein Wahlrecht für ein vereinfachtes Modell gibt, wie z.B. für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, vertragliche Aktivposten gemäß IFRS 15 und Leasingforderungen sind vorerst nicht vorgesehen, da entweder diese Art von Forderungen im VBW-Konzern derzeit nicht vorkommen oder dieses Wahlrecht nicht in Anspruch genommen wird.

Ein Rücktransfer aus Stage 2 bzw. Stage 3 (unter Berücksichtigung einer Wohlverhaltensperiode) wird dann vorgenommen, wenn die Kriterien, die zu einer Abstufung geführt haben, nicht mehr zutreffen. Auf- und Abstufungen werden somit symmetrisch behandelt.

Angaben zur Berechnungslogik

Die Wertminderung ist der erwartete Verlust, der als der Barwert aus der Differenz aus vertraglich vereinbarten Cashflows und erwarteten Cashflows definiert ist.

Die Berechnungslogik kann anhand der folgenden 6 Dimensionen beschrieben werden:

- Zeithorizont: Die erwarteten Verluste werden entweder für einen 12-Monatszeitraum (Stage 1) oder für die gesamte Restlaufzeit (Stage 2 und Stage 3) berechnet.
- Einzelgeschäfts- bzw. Portfoliobetrachtung: Die Berechnung der Wertminderung auf Einzelgeschäftsebene erfolgt in der Regel für Kunden in Stage 3 mit einer bestimmten Mindestobligogröße (Einzelwertberichtigungen und -rückstellungen). Für alle anderen Positionen wird die Berechnung zwar ebenfalls für jedes Geschäft einzeln durchgeführt, die dazu verwendeten Parameter (PD, LGD, etc.) werden allerdings aus Portfolien/Gruppen mit denselben Risiko-Charakteristika abgeleitet (Portfoliowertberichtigungen/-rückstellungen und pauschale Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen).
- Szenarioanalyse: Die Wertminderung wird anhand von mindestens zwei wahrscheinlichkeitsgewichteten Szenarien ermittelt.
- Erwartete Cashflows: Für die Ermittlung der erwarteten Verluste gibt es Vorgaben für die Schätzung der erwarteten Cashflows (Ermittlung Sicherheitencashflows, Cashflows aus laufendem Betrieb, etc.)
- Zeitwert des Geldes: Der erwartete Verlust beinhaltet den „Zeitwert des Geldes“ und stellt damit einen diskontierten Wert dar.
- Berücksichtigung von verfügbaren Informationen: Für die Berechnung der Wertminderung werden schuldnerspezifische, geschäftsspezifische und makroökonomische Informationen über vergangene Ereignisse, aktuelle Bedingungen und Prognosen über die Zukunft im Rahmen der angewendeten PD-, LGD- und Cashflowmodelle berücksichtigt.

Auswirkungen der Wertminderungsvorschriften

Die VBW schätzt, dass die Anwendung der Wertminderungsvorschriften des IFRS 9 zum 01.01.2018 zu einer positiven Veränderung der erfassten Wertminderungen von EUR 7 Mio. (vor latenter Steuern) führen.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Ziel der neuen Regelungen ist es, das hedge accounting stärker an der ökonomischen Risikosteuerung eines Unternehmens zu orientieren. Wie bisher müssen Unternehmen zu Beginn einer Sicherungsbeziehung die jeweilige Risikomanagementstrategie samt Risikomanagementzielen dokumentieren, wobei künftig jedoch das Verhältnis zwischen gesichertem Grundgeschäft und Sicherungsinstrument in der Regel den Vorgaben der Risikomanagementstrategie entsprechen muss. Hedge accounting wird in der VBW ab 1. Jänner 2018 nach IFRS 9 angewandt. Die Möglichkeit, neue Hedgekonstellationen aufgrund der Änderungen unter IFRS 9 einzuführen, wird derzeit innerhalb der VBW diskutiert. Dabei wird die Möglichkeit des layer hedge accountings für fix verzinste Kredite sowohl fachlich als auch technisch geprüft.

Hedgebeziehungen, welche unter IAS 39 gegolten haben, bleiben größtenteils bestehen. Lediglich bei strukturierten Eigenemissionen mit einem Volumen von rd. EUR 82 Mio., welche unter IAS 39 dem hedge accounting designiert wurden, wird unter IFRS 9 die fair value Option angewendet. Die voraussichtliche Eigenkapitalveränderung wird zu einer Verringerung von rd. EUR -4 Mio. (vor latenter Steuern) führen.

Eigenmitteleffekt

Aufgrund der o.a. Umstellungseffekte würden sich die Eigenmittel gemäß CRR zum 31.12.2017 wie folgt darstellen:

EUR Tsd.	31.12.2017
Hartes Kernkapital - CET1	531.688
Zusätzliches Kernkapital - AT1	0
Kernkapital - T1 (CET1 + AT1)	531.688
Ergänzungskapital - T2	407.212
Eigenmittel insgesamt - TC (T1 + T2)	938.900
Harte Kernkapitalquote	15,31 %
Kernkapitalquote	15,31 %
Eigenmittelquote	27,04 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko	

Die nachfolgende Tabelle stellt die Eigenmittel des VBW Konzerns unter Vollenwendung der CRR dar (fully loaded):

EUR Tsd.	31.12.2017
Hartes Kernkapital - CET1	528.936
Zusätzliches Kernkapital - AT1	0
Kernkapital - T1 (CET1 + AT1)	528.936
Ergänzungskapital - T2	416.470
Eigenmittel insgesamt - TC (T1 + T2)	945.406
Harte Kernkapitalquote	15,25 %
Kernkapitalquote	15,25 %
Eigenmittelquote	27,26 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko	

Die geschätzten Auswirkungen werden nur eine geringfügige Auswirkung auf das Eigenkapital zum 01.01.2018 haben und betragen insgesamt EUR -2 Mio. Die angeführten Effekte stellen Bruttowerte dar (vor latenter Steuern). Die Umstellung auf den neuen Standard ist weitgehend abgeschlossen und zurzeit werden die Umstellungseffekte in Detailspekten analysiert. Die tatsächlichen Auswirkungen können von den angeführten Angaben im Einzelfall abweichen, da die Umsetzungs- und Umstellungsarbeiten in der Prozess- und Systemlandschaft noch nicht final abgeschlossen sind.

IFRS 15 – Umsatzerlöse aus Kundenverträgen: IFRS 15 ist auf Umsatzerlöse aus Kundenverträgen anzuwenden und wird die bisher geltenden Standards IAS 11 und IAS 18 ersetzen. IFRS 15 sieht ein prinzipienorientiertes fünfstufiges Modell vor, wonach zunächst der Kundenvertrag und die darin enthaltenen separaten Leistungsverpflichtungen zu identifizieren sind. Anschließend wird der Transaktionspreis bestimmt und auf die Leistungsverpflichtungen des Vertrages aufgeteilt. Die Umsatzerlöse sind dann zu realisieren, wenn der Kunde die Verfügungsmacht über die vereinbarten Dienstleistungen hat. Dies kann entweder zeitraum- oder zeitpunktbezogen erfolgen. Die Übertragung der Chancen und Risiken ist nicht mehr entscheidend. Die Umsatzerlöse sind mit dem Betrag der Gegenleistung zu bewerten, die das Unternehmen erwartet zu erhalten.

Das Projekt wurde in der VBW Mitte des Jahres 2017 gestartet und im vierten Quartal des Jahres abgeschlossen. Zinserträge und Dividenden aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit für die bisher IAS 18 anzuwenden war, werden von IFRS 15 nur mehr eingeschränkt erfasst. Auf Entgelte für Finanzdienstleistungen sind die Regelungen gemäß IAS 39 bzw. IFRS 9 anzuwenden, sofern diese einen integralen Bestandteil des Effektivzinses darstellen. Inhaltlich ergeben sich dadurch keine Auswirkungen zur bisherigen Vorgehensweise. Aus diesem Grund ist für den VBW Konzern insbesondere die Abgrenzung der Erlöse von Erträgen aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 15, die unter IFRS 9 fallen, sowie von Erträgen aus Leasingverhältnissen gemäß IFRS 16 bzw. IAS 17 von Bedeutung. Ebenso wurden die sonstigen Provisio-

nen und Gebühren einer Analyse unterzogen. Eine Anwendungsanalyse des IFRS 15 für die identifizierten Bereiche bzw. Positionen ergab keine wesentliche Auswirkung für den VBW Konzern.

IFRS 16 - Leasingverhältnisse: Der VBW-Konzern hat im vierten Quartal 2017 ein Projekt für die Anwendungs- und Auswirkungsanalyse initiiert. Verträge, die der Anwendung von IFRS 16 unterliegen, betreffen im VBW Konzern voraussichtlich überwiegend Fahrzeuge, Liegenschaften und IT-Komponenten. Eine Quantifizierung und Detailerhebung erfolgt im ersten Halbjahr 2018. Eine wesentliche Änderung betrifft die Abbildung der operating lease Verträge beim Leasingnehmer, da Vermögenswerte und Schulden aus operativen Leasingverhältnissen nun zu erfassen sein werden. Es besteht das Wahlrecht operative Leasingvereinbarungen, die eine Laufzeit von nicht mehr als 12 Monaten aufweisen, sowie jene, deren zugrundeliegender Vermögenswert von geringem Wert ist, als Aufwand zu erfassen. Ob eine der praktischen Erleichterungen genutzt wird, die nach IFRS 16 möglich sind, wurde noch nicht festgelegt. Die Bilanzierung beim Leasinggeber ändert sich im Vergleich zu IAS 17 nur unerheblich. Die Anhangangaben werden im Vergleich zu IAS 17 umfangreicher sein. Die Vorschriften wurden im November 2017 durch die EU in europäisches Recht übernommen. Auf die Finanzierungs-Leasingverhältnisse werden keine wesentlichen Auswirkungen erwartet.

Neue und Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

Änderungen zu IFRS 2 – Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung: Die Änderungen beschäftigen sich mit einzelnen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Bilanzierung von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich. Des Weiteren gibt es eine Änderung bei der Klassifizierung von anteilsbasierten Vergütungen als in Eigenkapitaltitel erfüllt. Zusätzlich wurden Regelungen aufgenommen, wie bei einem Wechsel von anteilsbasierten Vergütungen mit Barausgleich zu einer Erfüllung durch Eigenkapitalinstrumente aufgrund von Änderungen der Vereinbarung, vorzugehen ist. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Änderungen zu IAS 40 – Übertragung von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien: Die Änderungen schlagen Leitlinien vor, wann ein Vermögensgegenstand zwischen den Kategorien des Vorratsvermögens und der als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wechselt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

IFRIC 22 – Vorauszahlungen im Zusammenhang mit Fremdwährungstransaktionen: Bei der Interpretation wird klargestellt, auf welchen Zeitpunkt der Wechselkurs für die Umrechnung von Transaktionen in Fremdwährungen zu ermitteln ist, wenn das Unternehmen einen nicht monetären Vermögenswert oder eine nicht monetäre Schuld ansetzt, welche aus einer im Voraus geleisteten Zahlung/Erhalt einer Gegenleistung entsteht. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den VBW Konzern haben.

IFRIC 23 – Steuerrisikopositionen aus Ertragsteuern: Die Interpretation stellt klar, wie steuerliche Risiken, für welche es wahrscheinlich ist, dass die Steuerbehörde zu einer anderen Beurteilung wie das berichtende Unternehmen in seiner Steuerberechnung kommen, zu berücksichtigen sind. IFRIC 23 ist verpflichtend erstmals in Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2019 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den VBW Konzern haben.

Änderung zu IFRS 9 – Vorzeitige Rückzahlungsoptionen mit negativer Vorfälligkeitsentschädigung: Die Änderung ermöglicht eine Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert im sonstigen Ergebnis für finanzielle Vermögenswerte mit einer negativen Vorfälligkeitsentschädigung unter bestimmten

Voraussetzungen. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2019 beginnen. Die Änderungen werden voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Änderung zu IAS 28 – Langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen: Die Änderung stellt klar, dass IFRS 9 auf langfristige Anteile an assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen anzuwenden ist, deren Bilanzierung nicht nach der Equity-Methode erfolgt. Die Änderungen sind in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Die Änderung wird keine Auswirkung auf den VBW Konzern haben.

IFRS 17 – Versicherungsverträge: Der neue Standard verfolgt das Ziel einer konsistenten, prinzipienbasierten Bilanzierung für Versicherungsverträge und erfordert eine Bewertung von Versicherungsverbindlichkeiten mit einem aktuellen Erfüllungswert. Dies führt zu einer einheitlichen Bewertung und Darstellung aller Versicherungsverträge. Der Standard ist in Geschäftsjahren anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2021 beginnen. Dieser Standard wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2015-2017)

Die Änderungen betreffen verbesserungsbedürftige Formulierungen und Klarstellungen. Betroffen sind die Standards IFRS 3/ IFRS 11, IAS 12 und IAS 23. Die Änderungen an den Standards sind verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Jänner 2019 beginnen, anzuwenden. Die Änderungen werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den VBW Konzern haben.

b) Anwendung von Schätzungen und Annahmen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Diese Schätzungen und Annahmen haben Einfluss auf die in der Bilanz und die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen.

Bei den folgenden Annahmen und Schätzungen besteht naturgemäß die Möglichkeit, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen am Bilanzstichtag entwickeln, es zu wesentlichen Anpassungen von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr kommen kann.

- Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen. Die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zu Grunde gelegten Parameter beruhen teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, investment properties und Sachanlagen basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden oder der available for sale Kategorie zugeordnet werden, basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Dem Ansatz der aktiven latenten Steuern liegt die Annahme zu Grunde, dass in Zukunft ausreichend steuerliche Einkünfte erwirtschaftet werden, um die bestehenden Verlustvorträge zu verwerten; ggf. werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt.
- Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet.
- Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt auf Basis von Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerten und finanzmathematischen Berechnungsmethoden.

- Zu den in der Bilanz nicht erfassten Verpflichtungen und Wertminderungen auf Grund von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungsverhältnissen werden regelmäßig Einschätzungen vorgenommen, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss zu erfolgen hat.

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargestellt. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen zum Bilanzstichtag entwickeln. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt und die Prämissen entsprechend angepasst. Zum 31. Dezember 2017 ist im Konsolidierungskreis der VBW kein ausländisches Tochterunternehmen in fremder Währung enthalten.

c) Konsolidierungsgrundsätze

Grundlage des vorliegenden Konzernabschlusses bilden nach IFRS erstellte Einzelabschlüsse aller vollkonsolidierten Unternehmen. Im Rahmen der Bewertung at equity wurden die Wertansätze in den lokalen Abschlüssen assoziierter Unternehmen an die konzerneinheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, sofern die Auswirkungen auf den Konzernabschluss wesentlich waren.

Die im Wege der Vollkonsolidierung und nach der Equity Methode einbezogenen Jahresabschlüsse wurden auf Basis des Bilanzstichtages zum 31. Dezember 2017 erstellt.

Unternehmenszusammenschlüsse ab dem 31. März 2004 werden gemäß IFRS 3 nach der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden alle zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Übersteigen die Anschaffungskosten den anteiligen Zeitwert des Nettovermögens, wird ein Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Die full goodwill Methode wird nicht angewendet. Der Firmenwert wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern wird gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung überprüft. Passive Unterschiedsbeträge sind gemäß IFRS 3 nach einer erneuten Überprüfung sofort erfolgswirksam zu erfassen. Anpassungen von bedingten Kaufpreisbestandteilen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs als Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden erfolgswirksam erfasst. Transaktionen, bei denen der Konzern weiterhin die Beherrschung behält, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sofern Unternehmen, die von der VBW direkt oder indirekt beherrscht werden, für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlich sind, werden sie im Konzernabschluss vollkonsolidiert. Unternehmen mit einem Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % ohne Beherrschungsvertrag werden nach der Equity Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Beziehungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Zuge der Schuldenkonsolidierung aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen zwischen Konzernunternehmen werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebnisse im Wege der Zwischenergebniseliminierung eliminiert.

d) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21 werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden, nicht monetäre zum fair value bewertete Positionen sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte zum Devisen-Kassa-Mittelkurs und noch nicht abgewickelte Termingeschäfte zum Devisen-Termin-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre

Vermögenswerte und Schulden, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden mit dem Anschaffungskurs angesetzt.

Die Umrechnung von Einzelabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in fremden Währungen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 für die Bilanz mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag und für das Eigenkapital mit den historischen Kursen. Differenzen, die sich aus dieser Umrechnung ergeben, werden erfolgsneutral in der Währungsrücklage verrechnet. Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten aus der Erstkonsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die vor dem 1. Jänner 2005 entstanden sind, werden mit den historischen Wechselkursen umgerechnet. Alle Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten von Unternehmenszusammenschlüssen nach dem 1. Jänner 2005 werden mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden die durchschnittlichen Devisen-Kassa-Mittelkurse, berechnet auf Basis von Monatsultimoständen, für das Geschäftsjahr herangezogen. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung werden ergebnisneutral mit dem Eigenkapital in der Währungsrücklage verrechnet.

e) Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Laufende oder einmalige zinsähnliche Erträge und Aufwendungen wie Kreditprovisionen, Überziehungsprovisionen oder Bearbeitungsgebühren werden im Zinsüberschuss nach der Effektivzinsmethode erfasst. Agien und Disagien werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Finanzinstrumentes verteilt und im Zinsüberschuss dargestellt.

Der sich aus der Berechnung der Risikovorsorge ergebende Barwerteffekt wird im Zinsergebnis dargestellt.

Der Zinsüberschuss setzt sich zusammen aus:

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (inklusive Barwerteffekt aus den Risikovorsorgen)
- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen
- Mieterträgen aus investment property Vermögenswerten
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von Einlagen
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital
- Zinskomponenten von Derivaten des Bankbuches

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis dargestellt.

Die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse von Wertpapieren, Aktien und Beteiligungen werden im Ergebnis aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

f) Risikovorsorge

In der Position Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden die Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen (siehe Note 3 I)) erfasst. Direkt abgeschriebene Forderungen und die Eingänge aus

bereits abbeschriebenen Forderungen werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Weiters erfolgt hier auch der Ausweis der Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen.

Eine Wertminderung (impairment) liegt dann vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz der Kreditforderung objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus der Forderung hat und dessen Auswirkungen verlässlich geschätzt werden können. Für die Ermittlung des Vorsorgebedarfs werden die Kreditforderungen im Rahmen der Kredit- und Ausfallüberwachung einzeln regelmäßig und anlassbezogen auf die oben genannten objektiven Hinweise untersucht. Zu den Ausfallkriterien zählen unter anderem Forbearance-Maßnahmen sowie Kennzahlen, die auf einen möglichen Zahlungsausfall hinweisen (beispielsweise unlikeliness to pay). Bei Forderungen, die Ausfallkriterien aufweisen und eine definierte Obligohöhe überschreiten („signifikante“ Forderungen), erfolgt die Ermittlung der Risikovorsorge mittels der discounted cash flow Methode (Einzelrisikovorsorge). Dabei wird auf Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes der Forderung der Barwert der zukünftig erwarteten cash flows errechnet. Dieser ist abhängig von der Einschätzung der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Situation des Kunden, der Einschätzung der Höhe der Verwertungserlöse von Kreditsicherheiten und dem zeitlichen Zufluss der daraus resultierenden Zahlungsströme. Die Risikovorsorge für nicht signifikante, ein Ausfallkriterium aufweisende Kredit-Engagements wird pauschal ermittelt (pauschale Einzelrisikovorsorge). Für jene Kredit-Engagements, die kein Ausfallkriterium aufweisen, wird eine Portfoliorisikovorsorge gebildet. Die pauschale Einzelrisikovorsorge und die Portfoliorisikovorsorge werden auf Einzelgeschäftsebene unter Verwendung von Bewertungsmodellen ermittelt. Diese Bewertungsmodelle basieren auf statistisch berechneten Parametern wie zum Beispiel historische Ausfall- und Verlustquoten. Die verwendeten Methoden und Parameter werden regelmäßig einer Validierung unterzogen, um die geschätzten und tatsächlichen Ausfälle und Verluste anzunähern. Der Prozess zur Ermittlung der Wertberichtigung erfolgt EDV-unterstützt durch ein dafür entwickeltes impairment tool.

g) Provisionsüberschuss

Im Provisionsüberschuss werden alle Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen entstehen, periodengerecht dargestellt.

h) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus im Handelsbestand (Handelsaktiva und Handelspassiva) gehaltenen Wertpapieren, Devisen und Derivaten erfasst. Diese umfassen nicht nur die Ergebnisse aus Marktwertänderungen, sondern auch alle Zinserträge, Dividenden und Refinanzierungsaufwendungen von Handelsaktiva.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Positionen in Fremdwährungen werden ebenfalls im Handelsergebnis dargestellt.

i) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand enthält alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der in den Abschluss einbezogenen Unternehmen.

Dem Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Zahlungen an die Pensionskasse und Mitarbeitervorsorgekasse sowie alle Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen zugeordnet.

Im Sachaufwand sind alle Aufwendungen für Geschäftsräume, Kommunikation, Werbung und Marketing, Rechtsberatung und sonstige Beratung, Schulungen sowie der EDV-Aufwand enthalten.

Weiters werden im Verwaltungsaufwand die Abschreibungen auf immaterielles und materielles Anlagevermögen – außer die Wertminderungen von Firmenwerten – dargestellt.

j) Sonstiges betriebliches Ergebnis

In dieser Position werden neben dem Ergebnis aus der Bewertung bzw. dem Rückkauf von finanziellen Verbindlichkeiten, den Wertminderungen von Firmenwerten, den Bewertungen von IFRS 5 Veräußerungsgruppen und dem Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen alle übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnisse erfasst.

k) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse von Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss und aller Derivate im Bankbuch dargestellt. Die Ergebnisse aus Zinsen und Dividenden werden im Zinsüberschuss erfasst.

Weiters werden hier die Veräußerungsergebnisse aller verbrieften Finanzinvestitionen der Kategorien available for sale (inklusive Beteiligungen), loans & receivables und held to maturity erfasst. Die Bewertungsergebnisse, wenn sie aus Gründen einer wesentlichen oder dauerhaften Wertminderung (impairment) resultieren, werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden bei nachträglichem Wegfall des Wertminderungsgrundes bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam in dieser Position erfasst.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Fremdwährungen werden im Handelsergebnis dargestellt.

l) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Erfassung

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann in der Bilanz erfasst, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird und infolgedessen das Recht auf Empfang oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von flüssigen Mitteln hat. Ein Finanzinstrument gilt mit Handelsdatum als zu- oder abgegangen. Am Handelsdatum orientieren sich der erstmalige Ansatz in der Bilanz, die Bewertung in der Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzierung des Abganges eines Finanzinstrumentes.

Ausbuchung

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt zum Zeitpunkt des Verlustes der vertraglichen Rechte an den cash flows. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Der Konzern wickelt Transaktionen ab, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, aber entweder Risiken oder Chancen, die mit dem Eigentum des Vermögenswertes verbunden sind, im Konzern verbleiben. Werden alle oder die wesentlichsten Risiken und Chancen im Konzern behalten, dann wird der finanzielle Vermögenswert nicht ausgebucht, sondern weiterhin in der Bilanz erfasst. Solche Transaktionen sind z.B. Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte.

Saldierungen

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann miteinander verrechnet, wenn der Konzern ein vertragliches Recht darauf hat und wenn der Konzern die verrechnete Verbindlichkeit auf einer Nettobasis tilgt oder gleichzeitig mit der Realisierung der Forderung die Verbindlichkeit begleicht.

Erträge und Aufwendungen werden nur dann netto dargestellt, wenn das von den Rechnungslegungsstandards erlaubt ist oder wenn die Gewinne und Verluste aus einer Gruppe gleichartiger Transaktionen, wie z.B. die Handelsaktivitäten des Konzerns, entstehen.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind jener Betrag, der sich aus den ursprünglichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Tilgungsbeträgen, der Verteilung von Agien oder Disagien nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit sowie von Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Grund von Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit ergibt.

Fair value Bewertung

Der fair value ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungstichtag für den Verkauf eines Vermögenswertes eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt werden würde.

Für die Berechnung der fair values wird die folgende fair value Hierarchie herangezogen, die die Bedeutung der einzelnen Parameter widerspiegelt.

Level 1: Ein auf einem aktiven Markt notierter Preis für identische Instrumente. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Level 2: Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Daten beruhen – entweder direkt als Preise oder indirekt abgeleitet von Preisen. Zu den Bewertungsmethoden gehören die Verwendung der jüngsten Geschäftsvorfälle zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern sowie der Vergleich mit dem aktuellen beizulegenden Zeitwert eines anderen, im Wesentlichen identischen Finanzinstruments. Bei der Analyse von diskontierten cash flows sowie Optionspreismodellen werden alle wesentlichen Parameter direkt oder indirekt von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Dabei werden alle Faktoren berücksichtigt, die Marktteilnehmer bei einer Preisfeststellung beachten würden. Die Bewertung ist mit anerkannten wirtschaftlichen Methoden für die Preisfindung von Finanzinstrumenten konsistent. Alle für diese Berechnungsmethoden angewandten Schätzungen spiegeln angemessene Markterwartungen wider und beachten alle Risikofaktoren, die normalerweise in Finanzinstrumenten enthalten sind.

Level 3: Bewertungsmethoden, die zum Großteil nicht am Markt beobachtbare Parameter verwenden. Diese Parameter haben einen wesentlichen Effekt auf die Ermittlung des fair values. In dieser Kategorie werden auch Instrumente ausgewiesen, bei denen die Bewertung durch Anpassung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren erfolgt, sofern diese Anpassung erheblich ist.

Die Bewertungsmethoden werden periodisch neu ausgerichtet und auf Validität überprüft, indem Preise von beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen oder Preise, die auf verfügbaren, beobachtbaren Marktdaten beruhen, für dasselbe Finanzinstrument verwendet werden. Die Bewertungsmethode für Level 3 wurde im Geschäftsjahr angepasst. Die fair value Bewertung der Darlehen erfolgt weiterhin durch eine discounted cash flow Methode bei der die mit Forward-Zinssätzen errechneten cash flows mit der risikolosen Zinskurve inkl. einem Aufschlag diskontiert werden. Dieser Aufschlag wurde neu modelliert und besteht nun aus Risikokosten, Liquiditätskosten und einer Sammelposition für alle nicht berücksichtigten Pricing Parameter (Epsilon). Die risikolose Zinskurve wird von Marktdaten bezogen. Die Liquiditätskosten-Kurve wird auf Basis von Marktdaten modelliert. Die Risikokosten-Kurve wird vom Rating bzw. der Ausfallswahrscheinlichkeit abgeleitet. Das konstante Epsilon wird so kalibriert, dass ein Geschäft zum Abschlusszeitpunkt keinen fair

value Gewinn/-Verlust erzeugt. Als Epsilon für die Bestandsbewertung wurde der Durchschnitt des Neugeschäfts des vierten Quartals 2017 herangezogen. Die verbesserte Methode gelangt mit 31.12.2017 zum Einsatz.

Wertminderungen

Quartalsweise findet ein Prozess für die Bewertung der Kreditforderungen mit dem Auftrag an die für das Risiko zuständigen Organisationseinheiten statt, auf Basis aktueller Entwicklungen einen Vorschlag für den Kreditrisikovorsorgebedarf zu machen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eines Finanzinstrumentes objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument hat und deren Auswirkung verlässlich geschätzt werden kann.

Objektive Hinweise für das Auftreten von Wertminderungen sind z.B. finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners; Umschuldung einer Forderung zu Konditionen, die ansonsten nicht gewährt werden; Indikationen, dass der Schuldner in Insolvenz geht; das Verschwinden eines Wertpapiers von einem aktiven Markt und andere beobachtbare Daten im Zusammenhang mit einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten, wie Veränderungen im Zahlungsstand von Kreditnehmern oder wirtschaftliche Bedingungen, die mit den Ausfällen der Gruppe korrelieren.

Für die Berechnung des Vorsorgebedarfes werden zuerst die Vermögenswerte einzeln auf objektive Hinweise auf Wertminderung untersucht. Alle wesentlichen (signifikanten) Vermögenswerte werden auf Basis der erwarteten cash flows bewertet. Finanzielle Vermögenswerte, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, werden einer gemeinsamen Bewertung unterzogen. Dabei werden sie in Gruppen mit vergleichbaren Risikoprofilen zusammengefasst. Alle Vermögenswerte, bei denen kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden im Rahmen der Portfoliowertberichtigung für Wertminderungen, die bereits aufgetreten, aber noch nicht entdeckt wurden, wertberichtigt.

Gemäß den Vorgaben im Konzern-Kreditrisikohandbuch werden Kunden mit einem internen Rating von 4C bis 4E (watchlist loans) und alle anderen Kunden, bei denen sonstige Hinweise ausfallsbedrohender Art bestehen, d.h. dass die vertragskonforme Rückführung gefährdet erscheint, einer intensiveren Prüfung unterzogen. Für un- oder teilbesicherte Engagements wird ein entsprechender Risikovorsorgebedarf erfasst. Bei non-performing loans (Ratingklasse 5A – 5E) wird die Angemessenheit der Höhe der Risikovorsorge überprüft.

Der Betrag der Wertminderungen für Vermögenswerte, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wird aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem Effektivzinssatz des Vermögenswertes, ermittelt. Der Abwertungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund der Wertminderungen weg, wird der Betrag über die Gewinn- und Verlustrechnung wieder zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen wird der Betrag der Risikovorsorge auf einem eigenen Konto dargestellt. Verbrieft Forderungen werden direkt ab- bzw. zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen erfolgt eine Direktabschreibung dann, wenn der Vermögenswert ausgebucht wird und keine ausreichende Risikovorsorge bis zum Zeitpunkt der Ausbuchung gebildet war.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt für homogene Portfolien. Bei der Berechnung der Höhe dieser Wertberichtigung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- die historischen Verluste aus Forderungsausfällen
- die für die Folgeperiode geschätzten Ausfälle
- die geschätzte Zeitdauer zwischen Eintritt eines Ausfalls und Identifizierung des Ausfalls (loss identification period: 30 – 360 Tage)

- die Erfahrung des Managements, ob die aus den historischen Zeitreihen hergeleitete Schätzung der Höhe der Ausfälle größer oder kleiner als die voraussichtlichen Ausfälle in der aktuellen Periode ist.

Bei available for sale Vermögenswerten wird bei Vorliegen einer Wertminderung diese sofort als Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die bisher in der available for sale Rücklage erfassten Beträge werden ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Fällt der Wertminderungsgrund weg, werden abgeschriebene Beträge bei Fremdkapitalinstrumenten wieder erfolgswirksam zugeschrieben. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern im sonstigen Ergebnis.

At fair value through profit or loss Designierung

Es wird nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Finanzinstrumente unwiderruflich als at fair value through profit or loss zu designieren. Eine Zuordnung zu dieser Kategorie erfolgt, wenn eine der drei folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Gruppen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden nach einer dokumentierten Risikomanagementstrategie und Investitionsstrategie auf fair value Basis gemanagt.
- Durch den fair value Ansatz wird eine Inkonsistenz bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nachweislich verhindert.
- Ein Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat, das grundsätzlich getrennt vom Rahmenvertrag zum fair value anzusetzen wäre.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Bankbuch, die der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet werden, werden Zinsen, Dividenden sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionserträge und -aufwendungen in den jeweiligen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bewertung zum fair value wird getrennt davon im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

In Note 37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Betrag, der der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurde, dargestellt. Die Beschreibung über die Gründe der Designierung ist bei den Notes zu den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten.

Derivate

Derivate werden grundsätzlich mit ihrem Marktwert ergebniswirksam bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auch auf credit value adjustments (CVA) bzw. debt value adjustments (DVA) Bedacht genommen. Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels CVA bzw. DVA - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko - Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Für jene Kontrahenten, für die keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads zur Verfügung stehen, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Konzerns.

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die für einen fair value hedge verwendet werden, werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Die Marktwertänderung des Grundgeschäftes, die aus dem gesicherten Risiko resultiert, wird ebenfalls im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst, unabhängig ihrer Zuordnung zu den einzelnen Kategorien gemäß IAS 39. Fair value hedges werden für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken bzw. Fremdwährungsrisiken aus festverzinslichen Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten, Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie strukturierten Emissionen verwendet.

Bei einem cash flow hedge wird die Marktwertänderung des Derivates direkt im sonstigen Ergebnis unter Berücksichtigung von latenten Steuern in der hedging Rücklage erfasst. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Bewertung des Grundgeschäftes erfolgt je nach dessen Zuordnung in die einzelnen Kategorien. Cash flow hedges werden zur Zeit im Konzern nicht verwendet.

Eingebettete abspaltungspflichtige Derivate werden unabhängig von dem Finanzinstrument, in das sie eingegliedert sind, bewertet, es sei denn, das strukturierte Investment wurde in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Eigene Eigenkapital- und Schuldinstrumente

Eigene Eigenkapitalinstrumente werden mit den Anschaffungskosten bewertet und passivseitig vom Eigenkapital abgesetzt. Rückgekaufte eigene Emissionen werden passivseitig mit dem Rückzahlungsbetrag von den Emissionen abgesetzt. Die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und den Anschaffungskosten wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

m) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren und nicht verbrieft sind.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit den Bruttobeträgen vor Abzug von Wertberichtigungen inklusive abgegrenzter Zinsen angesetzt. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorgen wird, sofern sich dieser auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen als Kürzungsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz nach den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte ist in der Position Rückstellungen enthalten.

Der erstmalige Ansatz der Forderungen erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, es sei denn die Forderungen wurden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

n) Risikovorsorge

Für die besonderen Risiken des Bankgeschäftes werden Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen gebildet. Für weitere Details wird auf Note 3) I) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verwiesen.

o) Handelsaktiva und -passiva

In der Position Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden, oder die Bestandteil eines Portfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht sind. Die Position Handelspassiva umfasst alle negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Handel dienen. In dieser Position werden keine finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, die in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert wurden.

Sowohl der erstmalige Ansatz als auch die Folgebewertung erfolgt mit Marktwerten. Die Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Marktwertveränderungen sowie alle dem Handelsbestand zurechenbaren Zinserträge, Dividenderträge und Refinanzierungskosten werden im Handelsergebnis dargestellt.

p) Finanzinvestitionen

Unter den Finanzinvestitionen werden alle verbrieften Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, sofern sie nicht unter den Anteilen und Beteiligungen erfasst werden, ausgewiesen. Diese sind als reine Finanzbeteiligungen zu betrachten, die

keine Kerngeschäftsrelevanz für den VBW Konzern haben, sondern bei denen die Renditeoptimierung im Vordergrund steht. Der erstmalige Ansatz der Finanzinvestitionen erfolgt mit den Marktwerten zuzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten. Die Folgebewertung ist abhängig von der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den Kategorien at fair value through profit or loss, available for sale, loans & receivables und held to maturity.

Available for sale

In diese Kategorie werden alle Finanzinstrumente zugeordnet, die nicht in die Kategorie at fair value through profit or loss, loans & receivables oder held to maturity eingeordnet werden. Aufgrund des fehlenden Fälligkeitstermines werden hier auch alle Eigenkapitalinstrumente eingeordnet, sofern sie nicht der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurden. Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, deren Marktwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Alle anderen available for sale Vermögenswerte werden zu Marktwerten bewertet. Die Marktwertänderungen werden direkt im Eigenkapital erfasst, bis die Finanzinvestition verkauft oder wertberichtigt wird und der Bewertungsbetrag aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht wird. Bei Finanzinstrumenten mit festen und bestimmaren Zahlungen wird zusätzlich die Differenz zwischen Anschaffungskosten inklusive Transaktionskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Somit wird nur die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem fair value in die available for sale Rücklage eingestellt.

Loans & receivables

In die Kategorie loans & receivables werden alle verbrieften Finanzinvestitionen mit festen und bestimmaren Zahlungen klassifiziert, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und die das Unternehmen nicht sofort oder in naher Zukunft veräußern möchte. Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode.

Held to maturity

Es werden Finanzinstrumente in diese Kategorie gewidmet, wenn die Absicht und die Fähigkeit bestehen, diese Finanzinstrumente bis zur Fälligkeit zu halten und wenn diese Finanzinstrumente bestimmte oder bestimmare Zahlungen und einen Fälligkeitstermin aufweisen.

Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode. Jeder Verkauf oder jede Umwidmung eines wesentlichen Teiles aus dieser Kategorie, der nicht nahe beim Tilgungszeitpunkt liegt oder einem einmaligen isolierten Sachverhalt zuzurechnen ist, der sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht und von diesem praktisch nicht vorhergesehen werden konnte, führt zu einer Umwidmung aller held to maturity Finanzinvestitionen in die available for sale Kategorie für die folgenden zwei Geschäftsjahre. Im Geschäftsjahr 2017 kam es zu keinen Umwidmungen bzw. Verkäufen eines wesentlichen Teils aus dieser Kategorie.

q) Investment property Vermögenswerte

Sämtliche Grundstücke und Gebäude, die die Definition von investment properties gemäß IAS 40 erfüllen, werden mit dem Marktwert bilanziert. Die jährliche Bewertung erfolgt im Wesentlichen nach dem Standard der RICS (Royal Institution of Chartered Surveyors). RICS definiert den Marktwert (Verkehrswert) als geschätzten Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden könnte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt. Die Berechnungen sind kapitalwertorientierte Ertragswertrechnungen, die in der überwiegenden Anzahl der Fälle anhand der discounted cash flow Methode auf Basis aktueller Mietzinslisten samt Mietauslaufprofil unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätzen erstellt werden. Die verwendeten Renditen werden vom Bewerter definiert und spiegeln die aktuelle Marktsituation und

die Vor- und Nachteile des jeweiligen Objektes wider. Für Grundstücke auf welchen keine Entwicklungen in näherer Zukunft erwartet werden, werden auch Vergleichswertverfahren angewendet. Dabei werden Transaktionspreise von ähnlichen Objekten zugrundegelegt, die in der jüngsten Zeit auf dem offenen Markt veräußert wurden. Diese Verkaufspreise werden unter Einbezug entsprechender Vergleichsobjekte analysiert und im Hinblick auf Differenzen mit dem bewerteten Objekt auf der Grundlage von Vergleichselementen wie beispielsweise Größe, Aufteilung, Standort oder Widmung angepasst.

Das Immobilien-Portfolio wird ausschließlich von externen Gutachtern bewertet. Die Auswahl von Gutachtern wird unter anderem aufgrund ausgewiesener professioneller Qualifikation und Erfahrung hinsichtlich der jeweiligen Standorte und Kategorien der bewerteten Objekte vorgenommen. In Österreich wurden Gutachten von IMMO-CONTRACT Maklerges.m.b.H. eingeholt. Das Entgelt für den externen Gutachter ist ein fixer Betrag und hängt nicht vom festgestellten Marktwert des bewerteten Objektes ab.

Da für die Bewertung der investment property Vermögenswerte Parameter herangezogen werden, welche nicht auf Marktdaten basieren, erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie. Die bewertungsrelevanten Annahmen und Parameter werden zu jedem Bewertungsstichtag aktualisiert, was zu erheblichen Wertschwankungen der Wertansätze führen kann.

Die Mietverhältnisse bestehen gegenüber gewerblichen und privaten Bestandsnehmern und sind aufgrund des vielfältigen Bestands unterschiedlich. In der Regel haben die Mietverhältnisse eine längerfristige Laufzeit von bis zu 10 Jahren und sind mit Kauttionen besichert. Es werden marktübliche Indexanpassungen berücksichtigt, umsatzabhängige Mieten bestehen nicht. Für einige Objekte wurden Kaufoptionen eingeräumt.

Die Mieterträge werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

r) Beteiligungen

Es werden Tochterunternehmen gegründet und Beteiligungen aus strategischen Gründen und als Finanzbeteiligungen erworben. Bei den strategischen Beteiligungen handelt es sich um Gesellschaften, die die Geschäftsfelder abdecken und um Gesellschaften, die geschäftsunterstützend wirken. Tochterunternehmen werden, sofern sie für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlich sind, vollkonsolidiert.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird, werden nach der Equity Methode bewertet. Alle übrigen Beteiligungen werden mit dem beizulegenden Wert angesetzt. Da diese Beteiligungen nicht börsennotiert sind und keine Marktpreise auf einem aktiven Markt vorhanden sind, werden die Beteiligungen mit Hilfe von Bewertungsmethoden und teilweise nicht beobachtbaren Inputfaktoren bewertet. Die Bewertungen werden gemäß der discounted cash flow Methodik und dem Peer Group-Ansatz vorgenommen. Es kommen verschiedene Berechnungsmodelle zur Anwendung. Das Ertragswertverfahren wird verwendet, wenn die VBW über die Kontrolle verfügt oder eine Organfunktion ausübt und somit Planrechnungen verfügbar sind. Wird die Gesellschaft nicht kontrolliert, erfolgt die fair value Berechnung auf Basis der geflossenen Dividende sowie der Jahresergebnisse der letzten fünf Jahre. Bei Gesellschaften, deren Geschäftszweck keine regelmäßigen Einnahmen zulässt oder deren Ergebnis vom Mutterunternehmen durch Verrechnungen gesteuert wird, wird als Bewertungsmaßstab das Nettovermögen herangezogen. Bei Beteiligungen an Genossenschaften wird, sofern eine Zeichnung von neuen Anteilen sowie eine Kündigung von bestehenden Anteilen jederzeit möglich ist, als Marktwert das Geschäftsanteilkapital herangezogen. Werden bei Beteiligungen Bewertungsgutachten von externen Bewertern durchgeführt, so werden diese für die laufende Bewertung herangezogen.

Soweit discounted cash flow Verfahren zur Anwendung gelangen, beruhen die verwendeten Abzinsungssätze auf jeweils aktuellen Empfehlungen des Fachsenats der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhandler sowie internationalen Finanzinformationsdienstleistungsunternehmen und liegen im Geschäftsjahr 2017 bei 6,9 - 8,9 % (2016: 7,0 - 8,3 %). Die bei der Berechnung verwendete Marktrisikoprämie liegt bei 6,75 % (2016: 6,75 %), die herangezogenen Beta-Werte bei 0,8 - 1,1 (2016: 0,9 - 1,1). Zusätzliche Länderrisiken waren nicht zu berücksichtigen. Abschläge aufgrund von Handelbarkeit und Kontrollausübung in Höhe von jeweils 10 % werden bei zwei Beteiligungen vorgenommen.

Bei Wertminderungen werden entsprechende Abwertungen vorgenommen. Fällt der Grund der Wertminderung weg, erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern direkt im Eigenkapital.

Für die Berechnung der Sensitivitäten für den fair value wird grundsätzlich der Zinssatz mit +/- 0,5 Prozentpunkte angesetzt. Die in die Berechnung einfließenden Ertragskomponenten werden jeweils mit +/- 10 % für die Sensitivitätsberechnung berücksichtigt. Bei Beteiligungen, bei denen der Marktwert dem Nettovermögen entspricht, wird dieses mit +/- 10 % für die Angaben zur Sensitivität berücksichtigt. Bei Marktwerten, die aus Bewertungsgutachten übernommen werden, werden jeweils eine untere und eine obere Bandbreite für die Sensitivität erfasst. Entspricht der Marktwert dem Geschäftsanteilskapital wird keine Sensitivität berechnet.

s) Immaterielles und materielles Anlagevermögen

Der Ausweis der immateriellen Vermögenswerte erfolgt mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bzw. um Wertminderungen. Diese Position umfasst vor allem entgeltlich erworbene Firmenwerte, Kundenbeziehungen und Software.

Ein Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht linear abgeschrieben, sondern stattdessen gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung geprüft oder, falls Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hinweisen, dass eine Wertminderung stattgefunden haben könnte, auch häufiger. Dieser impairment test wird für die jeweiligen cash generating units (CGUs), welchen Firmenwerte zugerechnet sind, durchgeführt. Der Wertminderungsbedarf der CGU wird durch Gegenüberstellung des Buchwertes mit deren erzielbarem Betrag ermittelt. Sofern der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet, ist in Höhe dieser Differenz ein Wertminderungsaufwand zu erfassen. Eine Wertaufholung von Wertminderungen von Firmenwerten ist in der Folgeperiode unzulässig. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer vermindert werden.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen, bei Wegfall dieses Abschreibungsgrundes werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten durchgeführt.

Die Nutzungsdauer entspricht dem tatsächlichen Nutzungsverbleib und beträgt für:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Möbel)	max. 10 Jahre
EDV-Hardware (inkl. Rechenmaschinen, etc.)	max. 5 Jahre
EDV-Software	max. 4 Jahre
Fahrzeuge	max. 5 Jahre
Kundenbeziehungen	max. 20 Jahre
Tresoranlagen, Panzerschränke	max. 20 Jahre
Gebäude, Umbauten	max. 50 Jahre
Mietrechte	max. Laufzeit des Mietrechtes

t) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

In diesen Positionen werden sowohl die laufenden als auch die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Gemäß IAS 12 wird die latente Steuerabgrenzung nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode ermittelt. Dabei wird eine Steuerabgrenzung auf alle temporären Unterschiede zwischen dem steuerlichen Wertansatz eines Vermögenswertes oder Schuldpostens und dem Wertansatz im IFRS Abschluss gebildet. Die Berechnung der latenten Steuern in den einzelnen einbezogenen Unternehmen erfolgt mit den zum Bilanzstichtag gültigen oder bereits angekündigten landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Unternehmen vorgenommen.

Aktive latente Steuern unter anderem auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in derselben Gesellschaft in Zukunft ausreichend zu versteuernde Gewinne vorhanden sein werden bzw. wenn in ausreichendem Umfang steuerpflichtige temporäre Differenzen vorhanden sind. Der Beurteilungszeitraum beträgt bis zu 4 Jahre. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge oder andere Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Verwertbarkeit nicht ausreichend gesichert ist, werden wertberichtigt. Eine Abzinsung für latente Steuern wird nicht vorgenommen.

u) Sonstige Aktiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Vermögenswerten in dieser Position ausgewiesen werden. Im Falle von Wertminderungen werden Wertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle positiven Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit dem Marktwert bewertet werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

v) Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, es sei denn diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

w) Sozialkapital

Bei beitragsorientierten Plänen (defined contribution plans) stellen die Beiträge an den Fonds einen Aufwand der laufenden Periode dar. Ungleichmäßig verteilte Beitragszahlungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Der VBW Konzern hat einzelnen Mitarbeitern leistungsorientierte Pläne (defined benefit plans) für die Höhe der späteren Versorgungsleistung zugesagt. Diese Pläne sind teilweise unfunded, d.h. die zur Bedeckung benötigten Mittel verbleiben im Unternehmen, die Bildung der Rückstellung erfolgt im VBW Konzern. Die Finanzierung dieser Pläne erfolgt ausschließlich durch den Konzern, Arbeitnehmer müssen keine Beiträge zu den Plänen leisten. Im VBW Konzern wurden Pensionsansprüche von Mitarbeitern auf eine Pensionskasse übertragen, die als ausgelagertes Vermögen – Planvermögen – dargestellt ist. Außergewöhnliche, unternehmens- oder planspezifische Risiken bzw. erhebliche Risikokonzentration sind nicht zu erblicken.

Die Pensionskasse hat für jene Teile der Pensionsverpflichtungen, die auf sie ausgelagert sind, einen Asset-Risikomanagement-Prozess (ARM-Prozess) eingerichtet.

In der BONUS Pensionskasse Aktiengesellschaft wird das Risiko auf der Ebene einer Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (VRG) durch die Risikoindikatoren Value-at-Risk (VaR) und Shortfall-Risk (SFR) berechnet. Dadurch werden maximale Verlustwahrscheinlichkeiten unter üblichen Marktbedingungen quantifiziert. Zudem werden zwecks Berücksichtigung selten auftretender extremer Marktbewegungen Szenarioanalysen durchgeführt. Die Risikoindikatoren VaR und SFR sind die Kernfaktoren zur Steuerung des Risikos auf VRG Ebene. Festgelegte Limite von VaR- und SFR-Werten unter Berücksichtigung von, bei negativen Marktentwicklungen in Kraft tretenden, Absicherungsmaßnahmen bilden dabei den Rahmen für die Veranlagung.

Die Pensionskasse erfüllt im eigenen Bereich die Vorgaben der Risikomanagementverordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) und berichtet regelmäßig darüber an den Aufsichtsrat. Hinsichtlich der passivseitigen Verpflichtungen werden die biometrischen Risiken in der VRG regelmäßig überprüft, um langfristige Abweichungen zu den verwendeten Rechnungsgrundlagen rechtzeitig zu erkennen und durch eine entsprechende Anpassung der Tafeln zu vermeiden. Gleiches gilt für die Bewertung jener Verpflichtungen, die nicht ausgelagert wurden. Diesbezüglich gibt es kein spezifisches ALM-Management, da bei direkten Leistungszusagen (Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeldverpflichtungen) keine Bedeckung dieser Rückstellungen mit direkt zuordenbaren Aktiva vorliegt. Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse werden jedoch Schwankungsbandbreiten, die aus Schwankungen der einbezogenen Parameter resultieren, ermittelt und überwacht, um die Auswirkungen allfälliger Schwankungen auf die Aktivseite der Bilanz rechtzeitig abschätzen zu können.

Für die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen werden gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik der Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei der Abfertigungsverpflichtung werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Ein nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand wird im Zeitpunkt der Planänderung sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Aufwendungen und Erträge in Zusammenhang mit leistungsorientierten Plänen werden im Personalaufwand erfasst.

Parameter zur Berechnung der Sozialkapitalverpflichtungen

	2017	2016	2015	2014
Zinssatz Pensionsrückstellung	1,10 %	1,10 %	1,50 %	1,60 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung	1,10 %	1,10 %	2,00 %	2,00 %
Zinssatz Jubiläumsrückstellung	1,10 %	1,10 %	2,00 %	1,80 %
Zinssatz Planvermögen	1,10 %	1,10 %	1,50 %	
Künftige Gehaltssteigerungen	3,00 %	3,00 %	3,00 %	3,00 %
Künftige Pensionssteigerungen	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsabschläge	keine	keine	keine	keine

Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler&Pagler, Angestelltenbestand verwendet.

Bei der Berechnung wird generell auf die gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und angenommen, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis mit Erreichen des Regelpensionsalters beenden. Das beträgt bei Männern 65 Jahre und bei Frauen zwischen 60 und 65 Jahren.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

x) Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden und es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich ist. Sie werden in Höhe der wahrscheinlichsten voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerte und finanzmathematische Berechnungsmethoden verwendet. Liegt nur eine mögliche Verpflichtung vor und kommt es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss bzw. ist keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich, so wird eine Eventualverpflichtung ausgewiesen. Eine Abzinsung wird für die Risikorückstellungen vorgenommen.

In den Risikorückstellungen werden Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten (insbesondere Finanzgarantien) ausgewiesen. Die anderen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungen. Die Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Risikovorsorgen erfasst. Die Dotierung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellung erfolgt in der Position Restrukturierungsaufwand, während die Aufwendungen und Erträge aller anderen Rückstellungen vorwiegend im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst sind.

y) Sonstige Passiva

Zur periodengerechten Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Verbindlichkeiten in dieser Position ausgewiesen werden. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle negativen Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit den Marktwerten angesetzt werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

z) Nachrangkapital

Der erstmalige Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

Verbriefte oder unverbiefte finanzielle Verbindlichkeiten werden dann dem Nachrangkapital zugeordnet, wenn die Verbindlichkeit im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Unternehmens erst nach den Verbindlichkeiten der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden muss.

Ergänzungskapital beinhaltet in den Vertragsbedingungen zusätzlich zur Nachrangigkeit auch eine ergebnisabhängige Zinszahlung. Zinsen dürfen nur soweit ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung des emittierenden Unternehmens gedeckt sind. Weiters nehmen Ergänzungskapitalanteile auch am Verlust teil. Der Rückzahlungsbetrag wird durch laufende Verluste gemindert. Eine Tilgung zum Nominale kann erst dann wieder erfolgen, wenn die evidenzmäßig erfassten Verluste durch Gewinne aufgefüllt wurden.

aa) Eigenkapital

Als Eigenkapital werden jene emittierten Finanzinstrumente ausgewiesen, die keine vertragliche Verpflichtung beinhalten, flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben oder finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.

Das Kapitalmanagement erfolgt auf Basis des aufsichtsrechtlichen Kapitals. Für Details wird auf Note dd) Eigenmittel und Note 50) a) Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing verwiesen.

bb) Kapitalrücklagen

Im Falle von Kapitalrücklagen werden gemäß IAS 32 die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion unter Berücksichtigung von latenten Steuern abgesetzt, sofern es sich dabei um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt. Weiters wird hier auch der Unterschied zwischen Nominale und Rückkaufswert von eigenen Aktien abgesetzt, sofern er in den Kapitalrücklagen Deckung findet. Sind nicht genügend Kapitalrücklagen vorhanden, wird der Betrag von den Gewinnrücklagen abgesetzt.

cc) Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen werden alle gesetzlichen, satzungsmäßigen und freien Gewinnrücklagen i.e.S., die Haftrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG, die un versteuerten Rücklagen und alle sonstigen nicht ausgeschütteten Gewinne dargestellt.

dd) Eigenmittel

Das Unternehmen unterliegt externen Kapitalanforderungen, die auf der CRD IV und der CRR der Europäischen Union beruhen (Basel III). Die darin festgelegten Regeln für Kapitalquoten sind die zentrale Steuerungsgröße im Konzern. Mit diesen Quoten wird das aufsichtsrechtliche Kapital ins Verhältnis zu Kredit-, Markt- und operationellem Risiko gesetzt. Demgemäß orientiert sich die risk/return-Steuerung des Konzerns an einem Geschäft bzw. letztlich an dem einer organisatorischen Einheit zugeordneten Kapital und dem daraus zu erwirtschaftenden Ertrag unter Beachtung der entsprechenden Risikogesichtspunkte.

Das Kreditrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Risikogehalt mit dem einem Kontrahenten zuzuordnenden Risikogewicht multipliziert werden. Die Verfahren zur Ermittlung der risikorelevanten Parameter (Obligo, Risikogewicht) orientieren sich an regulatorisch vorgegebenen Prozentsätzen (Standardansatz). Hinzu kommt ein Eigenkapitalbedarf für die Anpassung der Kreditbewertung bei Derivatgeschäften, der sich aus regulatorisch vorgegebenen Werten ableitet und im Besonderen das Kontrahentenrisiko aus dem Derivatgeschäft abbildet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns wird ebenfalls nach dem Standardansatz gerechnet. Das Erfordernis für das operationelle Risiko ergibt sich aus der Multiplikation der Betriebserträge mit den für die jeweiligen Geschäftsfelder gültigen Prozentsätzen.

Das aufsichtsrechtliche Kapital ist in folgende drei Bestandteile aufgeteilt:

- Hartes Kernkapital – Common Equity Tier I (CET1)
- Zusätzliches Kernkapital – Additional Tier I (AT1)
- Ergänzungskapital – Tier II (T2)

Die ersten beiden Komponenten bilden zusammen das Tier I-Kapital.

Das CET1 besteht aus dem Aktien- und Partizipationskapital, das die Anforderungen der CRR erfüllt. Diese sind: Bilanzierung und gesonderte Offenlegung als Eigenkapital, keine zeitliche Befristung, volle Verlusttragung, Verringerung nur durch Liquidation oder Rückzahlung ohne besondere Anreizmechanismen, keine Ausschüttungspflichten und Ausschüttungen sind nicht an das Nominale gekoppelt. Für bestehendes Partizipationskapital, das die Kriterien von CET1 nicht erfüllt, gelten Übergangsbestimmungen, sodass bis zum Jahr 2021 jedes Jahr 10 Prozentpunkte weniger angerechnet werden; ab dem Jahr 2022 kann dieses Kapital nicht mehr angerechnet werden. Weiters werden Kapital- und Gewinnrücklagen und sonstige Rücklagen sowie jene Minderheitenanteile, die zur Abdeckung des regulatorischen Kapitalerfordernisses dienen, dem CET1 zugerechnet. Wesentliche Abzugsposten bilden immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte, aktive latente Steuern und Beteiligungen an anderen Kreditinstituten.

T2 bildet sich aus langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Die Mindesteigenmittelquote (Summe aus Tier I und II) beträgt 8 %. Als Mindestvorschrift für Kernkapital gilt 4,5 % CET1 und 6,0 % Tier I. Diese aufsichtsrechtlich relevanten Grenzen wurden im VBW Konzern in der gesamten Berichtsperiode eingehalten und übererfüllt.

Bis 2019 muss ein Kapitalerhaltungspuffer in der Höhe von 2,5 % aufgebaut werden, welcher aus CET1 zu bestehen hat. Für das Jahr 2018 beträgt der vorgeschriebene Kapitalerhaltungspuffer 1,875 % (2017: 1,25 %).

Neben dem Systemrisikopuffer wird auch der antizyklische Kapitalpuffer von der FMA geregelt. Dieser Puffer soll dem Entstehen von Kreditblasen entgegenwirken. Die Berechnung des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers folgt den Bestimmungen der Kapitalpuffer-VO; die Quote ist derzeit mit 0,0 % für Forderungen in Österreich festgelegt.

Der Volksbanken-Verbund wurde im Jahr 2017 erneut dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus der EZB unterzogen. Hierzu wird auf die Ausführungen in Note 50) Risikobericht verwiesen.

Die Darstellung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns erfolgt in Note 36) Eigenmittel.

ee) Treuhandgeschäfte

Geschäfte, in denen ein in den Abschluss einbezogenes Unternehmen als Treuhänder oder in anderer treuhändischer Funktion agiert und somit Vermögenswerte auf fremde Rechnung verwaltet oder platziert, werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss dargestellt.

ff) Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte werden Vermögenswerte an einen Vertragspartner verkauft und gleichzeitig vereinbart, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben, da keine Chancen und Risiken mit übertragen werden, in der Bilanz und werden nach den Regeln der jeweiligen Bilanzposten bewertet. Gleichzeitig wird eine Verpflichtung in Höhe der erhaltenen Zahlung passiviert.

gg) Eventualverpflichtungen

Unter den Eventualverpflichtungen werden mögliche Verpflichtungen ausgewiesen, bei denen es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss kommen wird, oder bei denen keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich ist. Für Akzente und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln werden im Rahmen der Risikorückstellungen Vorsorgen gebildet, wenn es voraussichtlich zu Inanspruchnahmen kommen wird.

Verpflichtungen aus Finanzgarantien werden erfasst, sobald der Konzern Vertragspartei wird, d.h. im Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots. Der erstmalige Ansatz der Finanzgarantien erfolgt mit dem fair value. Grundsätzlich entspricht der fair value dem Wert der vereinbarten Prämie.

Unter den sonstigen Eventualverpflichtungen werden die Haftsummenzuschläge bei Beteiligungen an Genossenschaften ausgewiesen.

Im Rahmen der Folgebewertung wird regelmäßig überprüft, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss erforderlich ist.

hh) Geldflussrechnung

Die Ermittlung der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der netto cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresergebnis nach Steuern und vor Fremdanteilen ermittelt, wobei zunächst

diejenigen Aufwendungen zugerechnet und Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren. Weiters werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden. Diese Zahlungen werden bei den cash flows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit erfasst. Die in der Geldflussrechnung gesondert dargestellten Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen betreffen ausschließlich das operative Geschäft.

Dem cash flow aus Investitionstätigkeit werden cash flows aus langfristigen Vermögenswerten wie held to maturity Wertpapiere, Beteiligungen und Anlagevermögen zugeordnet. Im cash flow aus Finanzierungstätigkeit sind alle Zahlungsströme der Eigentümer sowie Veränderungen im Nachrangkapital und den Minderheitenanteilen erfasst. Als Zahlungsmittelbestand wurde die Barreserve definiert, die neben dem Kassenbestand die Guthaben bei Zentralnotenbanken umfasst. Diese Guthaben setzen sich aus der gesetzlich zu haltenden Mindestreserve und kurzfristigen Veranlagungen bei verschiedenen Notenbanken zusammen.

4) Zinsüberschuss

EUR Tsd.	2017	2016
Zinsen und ähnliche Erträge	194.098	124.768
Zinsen und ähnliche Erträge aus	187.594	118.657
Barreserve	0	25
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kreditinstituten	8.517	3.362
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kunden	123.851	101.689
Festverzinslichen Wertpapieren	44.321	3.095
Derivaten des Bankbuches	10.905	10.486
Laufende Erträge aus	3.304	2.823
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	821	758
Sonstigen verbundenen Unternehmen	250	200
Sonstigen Beteiligungen	2.233	1.865
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	3.200	3.289
Mietträge investment property	3.200	3.289
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-66.872	-25.088
Einlagen von Kreditinstituten (inkl. Zentralbanken)	-14.732	-12.850
Einlagen von Kunden	-8.515	-9.925
Verbrieften Verbindlichkeiten	-16.117	-1.721
Nachrangkapital	-3.031	-591
Derivaten des Bankbuches	-24.476	0
Zinsüberschuss	127.226	99.681

Darstellung des Zinsüberschusses nach IAS 39 Kategorien

EUR Tsd.	2017	2016
Zinsen und ähnliche Erträge	194.098	124.768
Zinsen und ähnliche Erträge aus	187.594	118.657
Derivaten des Bankbuches	10.905	10.486
Finanziellen Vermögenswerten nicht at fair value through profit or loss	176.689	108.170
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	42.196	1.758
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	132.368	105.078
Hievon Barwerteffekt aus Risikovorsorge	1.418	1.233
Finanzielle Vermögenswerte held to maturity	2.125	1.335
Laufende Erträge aus	3.304	2.823
Finanziellen Vermögenswerten available for sale	3.304	2.823
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	3.200	3.289
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-66.872	-25.088
Derivaten des Bankbuches	-24.476	0
Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-42.396	-25.088
Zinsüberschuss	127.226	99.681

Aufgrund der Zinsentwicklung am Geldmarkt mit negativen Referenzsätzen wurden im Geschäftsjahr 2017 Zinserträge in Höhe von EUR 7.151 Tsd. (2016: EUR 4.130 Tsd.) und Zinsaufwendungen von EUR -8.167 Tsd. (2016: EUR -6.932 Tsd.) realisiert. Negative Zinserträge werden unter den Zinsaufwendungen und negative Zinsaufwendungen unter den Zinserträgen ausgewiesen, sodass die Darstellung brutto erfolgt.

Hauptverantwortlich für die negativen Zinssätze sind einerseits die Senkung des Einlagesatzes bei der Europäischen Zentralbank (Strafzins) in Höhe von EUR -5.901 Tsd. (2016: EUR -4.052 Tsd.) und andererseits im Wesentlichen CHF/EUR Swapgeschäfte.

5) Risikovorsorge

EUR Tsd.	2017	2016
Zuführung zu Risikovorsorgen	-15.772	-27.861
Auflösung von Risikovorsorgen	18.951	19.774
Zuführung zu Risikorückstellungen	-707	-1.945
Auflösung von Risikorückstellungen	1.798	3.289
Direktabschreibungen von Forderungen	-5.830	-9.663
Erträge aus dem Eingang von abgeschriebenen Forderungen	3.989	2.759
Risikovorsorge	2.430	-13.645

6) Provisionsüberschuss

EUR Tsd.	2017	2016
Provisionserträge	79.099	70.035
aus dem Kreditgeschäft	9.745	9.691
aus dem Wertpapiergeschäft	29.794	32.025
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	31.570	22.823
aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft	69	113
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	7.922	5.383
Provisionsaufwendungen	-25.321	-28.915
aus dem Kreditgeschäft	-7.591	-7.955
aus dem Wertpapiergeschäft	-14.496	-18.969
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	-3.198	-1.869
aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft	0	-83
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	-36	-39
Provisionsüberschuss	53.778	41.120

In den Provisionserträgen sind keine Erträge und in den Provisionsaufwendungen keine Aufwendungen aus at fair value through profit or loss gewidmeten Finanzinvestitionen enthalten.

Des Weiteren sind im Provisionsüberschuss keine Provisionserträge aus der Verwaltung von Treuhandverträgen erfasst.

7) Handelsergebnis

EUR Tsd.	2017	2016
Aktienbezogene Geschäfte	18	-30
Währungsbezogene Geschäfte	5.889	3.720
Zinsbezogene Geschäfte	-310	1.206
Handelsergebnis	5.597	4.896

8) Verwaltungsaufwand

EUR Tsd.	2017	2016
Personalaufwand	-112.140	-97.315
Löhne und Gehälter	-80.632	-72.567
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-21.848	-19.106
Freiwilliger Sozialaufwand	-1.339	-1.191
Aufwand für Altersvorsorge	-1.689	-1.402
Dotierung Abfertigungs- und Pensionsrückstellung	-6.631	-3.049
Sachaufwand	-82.917	-62.159
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-9.819	-14.921
planmäßig (-)	-8.422	-11.803
außerplanmäßig (-)	-1.398	-3.117
Verwaltungsaufwand	-204.876	-174.394

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne und Mitarbeitervorsorgekassen in Höhe von EUR 2.537 Tsd. (2016: EUR 2.224 Tsd.) enthalten.

Im Verwaltungsaufwand sind Aufwendungen für die Verwaltung von investment property Vermögenswerten in Höhe von EUR 87 Tsd. (2016: EUR 82 Tsd.) ausgewiesen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Konzernabschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft betragen in Summe EUR 1.855 Tsd. (2016: EUR 1.813 Tsd.). Davon entfallen EUR 1.368 Tsd. (2016: EUR 1.508 Tsd.) auf die Prüfung des Jahres-, Konzern- und Verbundabschlusses sowie von im Konzernabschluss enthaltenen Abschlüssen einzelner verbundener Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, EUR 404 Tsd. (2016: EUR 84 Tsd.) auf andere Bestätigungsleistungen und EUR 84 Tsd. (2016: EUR 220 Tsd.) auf sonstige Leistungen.

Angaben über Bezüge von Organen

EUR Tsd.	2017	2016
Gesamtbezüge	2.547	3.029
Mitglieder des Aufsichtsrates	193	403
Vorstandsmitglieder	1.942	1.949
Frühere Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie ihre Hinterbliebenen	412	676
Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen Vorstandsmitglieder		
Vorstandsmitglieder	552	840
hierfür für beitragsorientierte Versorgungspläne	130	137

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder setzen sich aus einem fixen Grundgehalt und sonstigen Bezügen (z.B. Sachbezüge) zusammen. Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der VBW.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstandes im Falle der Beendigung der Funktion

Für ein Vorstandsmitglied gelten die gesetzlichen Abfertigungsbedingungen gem. § 23 Angestelltengesetz, alle weiteren Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der Abfertigung Neu. Zusätzlich besteht eine D&O-Versicherung (Directors and Officers Versicherung).

Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2017	2016	31.12.2017	31.12.2016
Angestellte	1.273	1.130	1.319	1.227
Arbeiter	11	8	8	15
Mitarbeiter gesamt	1.284	1.139	1.327	1.242

Alle Mitarbeiter sind im Inland beschäftigt.

9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

EUR Tsd.	2017	2016
Sonstige betriebliche Erträge	94.257	128.611
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-18.538	-57.990
Sonstige Steuern	-2.251	-26.115
Abschreibung von Firmenwerten	-8.262	-5.510
Sonstiges betriebliches Ergebnis	65.206	38.997

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus Weiterverrechnungen im Wesentlichen an den Volksbanken-Verbund in Höhe von EUR 73.390 Tsd. (2016: EUR 106.331 Tsd.) enthalten. Weiters ist auch der Gewinn aus dem Unternehmenserwerb der Sparda in Höhe von EUR 18.227 Tsd. erfasst. Außerdem sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen in Höhe von EUR 1.317 Tsd. (2016: EUR 2.726 Tsd.) erfasst. In der Vorperiode sind neben Erträgen aus der vorzeitigen Tilgung von Emissionen in Höhe von EUR 11.866 Tsd. auch Erträge aus der Ziehung von Garantien bezüglich der Volksbank Marchfeld e.Gen. und Volksbanken Holding eGen (VB Holding) in Höhe von EUR 3.650 Tsd. enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Kosten von Fremdunternehmen, die im Wesentlichen an den Volksbanken-Verbund weiterverrechnet werden, in Höhe von EUR -14.737 Tsd. (2016: -54.543 Tsd.) enthalten. Im Geschäftsjahr 2017 wurde aus vorzeitigen Tilgungen von Emissionen ein Ergebnis in Höhe von EUR -798 Tsd. in dieser Position erfasst. Für die Rückvergütung von Negativzinsen wurde ein Betrag von EUR -1.425 Tsd. in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Aus dem Verkauf von Sachanlagen entstand ein Aufwand von EUR -698 Tsd. (2016: -532 Tsd.).

In den sonstigen Steuern ist die Bankenabgabe in Höhe von EUR -1.938 Tsd. (2016: EUR -25.643 Tsd. inklusive der einmaligen Sonderzahlung von EUR -16.601 Tsd.) erfasst.

Die Firmenwerte aus den Einbringungen von Bankbetrieben wurden im Geschäftsjahr 2017 in Höhe von EUR -8.262 Tsd. (2016: EUR -5.510 Tsd.) abgewertet.

Bezüglich der Abschreibung von Firmenwerten wird auf die Angaben in Note 21) Immaterielles Anlagevermögen verwiesen.

10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	2017	2016
Ergebnis aus fair value hedges	-1.309	-1.975
Bewertung Grundgeschäfte	-40.516	14.909
Forderungen Kreditinstitute und Kunden	-1.262	-2.737
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-52.747	17.955
Verbindlichkeiten Kreditinstitute und Kunden	87	66
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.406	-375
Bewertung Derivate	39.207	-16.884
Ergebnis aus sonstigen Derivaten Bankbuch	-5.760	3.379
währungsbezogen	-2.634	6.579
zinsbezogen	-1.220	257
kreditbezogen	0	-75
sonstige	-1.907	-3.382
Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen)	-641	-3.366
realisierte Gewinne / Verluste	290	248
Zuschreibungen	333	540
Abschreibungen (impairments)	-1.263	-4.154
Ergebnis aus loans & receivables Finanzinvestitionen	0	1
realisierte Gewinne / Verluste	0	1
Ergebnis aus operating lease und investment property Vermögenswerten sowie sonstigen Finanzinvestitionen	252	3.700
realisierte Gewinne / Verluste	56	2.441
Wertveränderungen investment property	196	1.260
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-7.458	1.740

Im Geschäftsjahr 2017 wurden aus der available for sale Rücklage EUR 306 Tsd. (2016: EUR -162 Tsd.) in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

EUR Tsd.	2017	2016
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-6.873	2.664
Fair value hedges	-1.309	-1.975
Sonstige Derivate Bankbuch	-5.760	3.379
Investment property Vermögenswerte	196	1.260
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht zum fair value bewertet werden und Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-585	-924
Realisierte Gewinne / Verluste	346	2.690
Available for sale Finanzinvestitionen	290	248
Loans & receivables Finanzinvestitionen	0	1
Operating lease Vermögenswerte und sonstige Finanzinvestitionen	56	2.441
Zuschreibungen	333	540
Available for sale Finanzinvestitionen	333	540
Abschreibungen (impairments)	-1.263	-4.154
Available for sale Finanzinvestitionen	-1.263	-4.154
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-7.458	1.740

11) Steuern vom Einkommen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Laufende Steuern vom Einkommen	-1.074	-5.133
Latente Steuern vom Einkommen	6.705	18.176
Steuern vom Einkommen der laufenden Periode	5.631	13.044
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden fortgeführter Geschäftsbereich	-1.005	275
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden	-1.005	275
Steuern vom Einkommen	4.626	13.319

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen errechnetem und ausgewiesenem Steueraufwand:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Jahresergebnis vor Steuern - fortgeführter Geschäftsbereich	49.356	11.705
Jahresergebnis vor Steuern - Gesamt	49.356	11.705
Errechneter Steueraufwand 25 %	12.339	2.926
Steuereffekte		
aus steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-2.011	-1.602
aus Investitionsbegünstigungen	0	566
aus nicht abzugsfähiger Firmenwertabschreibung	2.066	1.378
aus Beteiligungsbewertungen	-3.903	-2.677
aus nicht zu versteuernden Bewertungsergebnissen	-4.389	0
aus Wiederansatz von aktiven latenten Steuern	-9.551	-12.855
aus sonstigen Unterschieden	-181	-780
Ausgewiesene Ertragsteuern	-5.631	-13.044
Effektive Steuerquote - fortgeführter Geschäftsbereich	-11,41 %	-111,44 %
Effektive Steuerquote - inklusive aufgegebenem Geschäftsbereich	-11,41 %	-111,44 %

Durch den Wiederansatz von aktiven latenten Steuern, insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge, weichen die effektiven Steuerquoten stark vom gesetzlichen Steuersatz in Österreich ab.

EUR Tsd.	31.12.2017			31.12.2016		
	Ergebnis vor Steuern	Ertragsteuern	Ergebnis nach Steuern	Ergebnis vor Steuern	Ertragsteuern	Ergebnis nach Steuern
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	2.634	-658	1.975	-3.952	988	-2.964
Available for sale Rücklage	42.603	-10.651	31.952	-5.162	1.290	-3.871
Veränderung latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage	0	0	0	0	387	387
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity	2.476	-619	1.857	75	-19	56
Summe sonstiges Ergebnis	47.713	-11.928	35.785	-9.039	2.646	-6.392

Angaben zur Konzernbilanz

12) Barreserve

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Kassenbestand	55.489	216.989
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.758.462	902.264
Barreserve	1.813.951	1.119.252

Überleitung Barreserve auf Zahlungsmittelbestand

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve	1.813.951	1.119.252
Zahlungsmittel mit Verfügungsbeschränkung	-4.687	-5.666
Zahlungsmittelbestand	1.809.264	1.113.587

Aufgrund von vertraglichen Verpflichtungen innerhalb des Volksbanken-Verbundes unterliegen Geldbestände einer Verfügungsbeschränkung. Diese Geldbestände sind einem Leistungsfonds zugeordnet, der dazu dient, die Leistungen im Rahmen des Haftungsverbundes gemäß Verbundvertrag zu erfüllen. Dieser Leistungsfonds wurde im Geschäftsjahr 2016 eingerichtet. Dabei wurde ein Zieldotationsbetrag festgelegt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren zu erreichen ist. Die VBW als ZO verwaltet diesen Leistungsfonds treuhändig. Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der VBW an dem Leistungsfonds.

13) Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 1.703.912 Tsd. (2016: EUR 2.196.042 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	249.670	300.441
bis 3 Monate	723.886	837.785
bis 1 Jahr	206.988	598.973
bis 5 Jahre	468.084	385.705
über 5 Jahre	55.283	73.137
Forderungen an Kreditinstitute	1.703.912	2.196.042

Weitere Angaben zu den Fristigkeiten sind in Note 50) b) Kreditrisiko enthalten.

14) Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 4.810.325 Tsd. (2016: EUR 4.351.134 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	110.751	111.981
bis 3 Monate	107.449	182.794
bis 1 Jahr	307.696	256.754
bis 5 Jahre	693.187	702.048
über 5 Jahre	3.591.242	3.097.557
Forderungen an Kunden	4.810.325	4.351.134

Weitere Angaben zu den Fristigkeiten sind in Note 50) b) Kreditrisiko enthalten.

15) Risikovorsorge

EUR Tsd.	Einzelwert- berichtigung Kunden	Portfoliowert- berichtigung	Gesamt
Stand am 01.01.2016	61.954	6.828	68.782
Veränderung im Konsolidierungskreis	8.319	1.468	9.787
Währungsumrechnung	33	0	33
Umgliederungen	23	0	23
Barwerteffekt	-1.233	0	-1.233
Verbrauch	-16.380	0	-16.380
Auflösung	-19.774	0	-19.774
Zuführung	22.214	5.647	27.861
Stand am 31.12.2016	55.156	13.943	69.099
Veränderung im Konsolidierungskreis	2.851	223	3.074
Währungsumrechnung	-332	-22	-354
Umgliederungen	32	0	32
Barwerteffekt	-1.418	0	-1.418
Verbrauch	-9.309	0	-9.309
Auflösung	-18.240	-712	-18.951
Zuführung	15.307	465	15.772
Stand am 31.12.2017	44.047	13.896	57.944

In den Forderungen an Kunden sind zinslos gestellte Forderungen in Höhe von EUR 67.498 Tsd. (2016: EUR 86.607 Tsd.) enthalten. Die darauf entfallende Zinszuschreibung ist in der Zuführung im Ausmaß von EUR 0 Tsd. (2016: EUR 0 Tsd.) enthalten. In der Zeile Umgliederungen sind Umgruppierungen zu sonstigen Aktiva enthalten. Die Portfoliowertberichtigungen betreffen fast zur Gänze Forderungen an Kunden.

16) Handelsaktiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.320	24.162
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	60.847	113.389
währungsbezogene Geschäfte	33	0
zinsbezogene Geschäfte	60.814	113.389
Handelsaktiva	69.167	137.550

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	1.383	1.739
bis 1 Jahr	0	1.410
bis 5 Jahre	504	12.392
über 5 Jahre	6.433	8.620
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.320	24.162

Die Gesellschaft führt seit Übernahme der ZO-Funktion ein Handelsbuch. Das Volumen des Handelsbuches beträgt zum 31. Dezember 2017 EUR 3.951.958 Tsd. (2016: EUR 4.511.332 Tsd.).

17) Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Finanzinvestitionen available for sale	1.526.889	1.594.123
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.487.093	1.529.702
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	39.796	64.421
Finanzinvestitionen held to maturity	316.104	261.339
Finanzinvestitionen	1.842.992	1.855.462

In der Position Finanzinvestitionen held to maturity sind Zinsabgrenzungen in Höhe von EUR 2.700 Tsd. (2016: EUR 2.169 Tsd.) berücksichtigt.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	44.267	15.516
bis 1 Jahr	39.907	97.556
bis 5 Jahre	561.356	568.187
über 5 Jahre	1.157.667	1.109.783
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.803.197	1.791.041

Wertpapieraufgliederung gemäß BWG

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Börsennotierte Wertpapiere	1.776.732	1.765.337
Festverzinsliche Wertpapiere	1.776.018	1.764.589
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	714	748
Dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere	1.697.310	1.715.638
Rediskontfähige Wertpapiere	1.717.851	1.707.321

In der Position dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere werden alle Wertpapiere erfasst, die der Konzern beabsichtigt länger als ein Jahr im Bestand zu halten.

18) Investment property Vermögenswerte

EUR Tsd.	Investment properties
Anschaffungswerte 01.01.2016	34.998
Veränderungen im Konsolidierungskreis	85
Zugänge inklusive Umbuchungen	1.468
Abgänge inklusive Umbuchungen	-5.114
Anschaffungswerte 31.12.2016	31.436
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0
Zugänge inklusive Umbuchungen	745
Abgänge inklusive Umbuchungen	-4.278
Anschaffungswerte 31.12.2017	27.903
EUR Tsd.	Investment properties
2016	
Anschaffungswerte 31.12.2016	31.436
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	1.513
Buchwert 31.12.2016	32.949
Abschreibungen des Geschäftsjahres	0
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	1.260
Buchwert 01.01.2016	35.852
2017	
Anschaffungswerte 31.12.2017	27.903
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	2.861
Buchwert 31.12.2017	30.764
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-293
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	489

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Von diesen Bewertungen betrifft ein Betrag von EUR 262 Tsd. (2016: EUR 540 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen investment property Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2017 ging bei den investment property Vermögenswerten ein Buchwert in Höhe von EUR 2.450 Tsd. (2016: EUR 4.982 Tsd.) ab.

Unter investment properties werden 9 fertiggestellte Objekte (2016: 14) mit einem Buchwert in Höhe von

EUR 15.958 Tsd. (2016: EUR 19.142 Tsd.) sowie unbebaute Grundstücke mit einem Buchwert in Höhe von EUR 14.806 Tsd. (2016: EUR 13.807 Tsd.) ausgewiesen, die sich in Österreich befinden. Sämtliche investment properties wurden zum Berichtsstichtag mit dem fair value bewertet.

In die Bewertung der investment property Vermögenswerte werden Parameter herangezogen, die nicht auf Marktdaten basieren, daher erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Hierarchie.

Die nicht beobachtbaren Inputfaktoren werden von den unabhängigen externen Gutachtern zur Verfügung gestellt und reflektieren die aktuelle Markteinschätzung unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale jedes einzelnen Objektes. Im Folgenden werden die wesentlichen Inputparameter dargestellt, wobei zwischen fertiggestellten Objekten und unbebauten Grundstücken unterschieden wird. Für jeden einzelnen Inputparameter wird jeweils der niedrigste Wert (Minimum), der höchste Wert (Maximum) und der mit dem Buchwert gewichtete Durchschnittswert (Durchschnitt) dargestellt. Der Durchschnittswert in der Zeile Buchwert entspricht dem durchschnittlichen Wert je Objekt. Die Parameterausprägungen beziehen sich daher in aller Regel nicht auf ein und dieselbe Immobilie.

Fertiggestellte Objekte

	2017			2016		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	64	4.030	1.773	64	4.040	1.367
Vermietbare Fläche in m ²	38	2.762	1.627	38	2.762	1.610
Vermietungsgrad	0 %	100 %	96 %	62 %	100 %	95 %
Diskontierungszinssatz	3,30 %	7,00 %	5,06 %	3,30 %	7,00 %	5,00 %

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd. 31.12.2017	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-751	829
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-1.434	1.748
31.12.2016		
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-911	1.007
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-1.739	2.125

Unbebaute Grundstücke

	2017			2016		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	24	2.930	779	24	2.930	767
Grundstücksgröße in m ²	540	48.263	12.607	540	48.263	13.066
Wert pro m ² in EUR	5	750	199	5	626	165

Sensitivitätsanalyse

EUR Tsd. 31.12.2017	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.481	-1.481
Grundstückswert (5 % Veränderung)	740	-740
31.12.2016		
Grundstückswert (10 % Veränderung)	1.381	-1.381
Grundstückswert (5 % Veränderung)	690	-690

Der Konzern hat sich bei investment property Vermögenswerten, die von Dritten refinanziert werden, diesen gegenüber zur Instandhaltung der Objekte verpflichtet. Ansonsten bestehen keine weiteren Verpflichtungen investment property Vermögenswerte zu kaufen, zu erstellen, zu entwickeln oder zu erhalten.

19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	Assoziierte Unternehmen
Buchwert 01.01.2016	19.601
Veränderungen im Konsolidierungskreis	20.622
Zugänge	1
Abgänge	-18.502
Anteiliges Gesamtergebnis	96
Erhaltene Dividende	-2.831
Abschreibung	-7.149
Zuschreibung	10.208
Buchwert 31.12.2016	22.046
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0
Zugänge	673
Abgänge	0
Anteiliges Gesamtergebnis	2.907
Erhaltene Dividende	0
Abschreibung	0
Zuschreibung	5.127
Buchwert 31.12.2017	30.753

Assoziierte Unternehmen

Die VBW hält Anteile an folgenden assoziierten Unternehmen. An der Volksbank Kärnten eG (VB Kärnten, vormals Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen) und an der VB Verbund-Beteiligung eG (VB Bet).

An der VB Kärnten mit Sitz in Klagenfurt hält die VBW 25,21 % (2016: 25,17 %). Der Hauptgeschäftszweck der Gesellschaft ist der Betrieb des Bankgeschäfts sowie das bankmäßige Vermittlungs- und Dienstleistungsgeschäft.

An der VB Bet mit Sitz in Wien hält die VBW 21,85 % (2016: 21,16 %). Der Hauptgeschäftszweck der Gesellschaft ist das Halten von Beteiligungen im Volksbanken-Verbund.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen für alle Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da keine Gesellschaft aufgrund der, der VBW zurechenbaren anteiligen Finanzinformationen, als wesentlich eingestuft wird.

Zusatzinformationen zu den assoziierten Unternehmen

EUR Tsd.	Übrige Unternehmen	
	2017	2016
Aktiva		
Barreserve	10.993	11.870
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	181.459	199.508
Forderungen an Kunden (brutto)	1.091.918	1.023.337
Risikovorsorge	-23.965	-28.159
Finanzinvestitionen	23.514	22.406
Sonstige Aktiva	192.784	195.650
Summe Aktiva	1.476.703	1.424.611
hievon kurzfristige Aktiva	579.370	562.323
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	59.344	37.833
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.164.188	1.123.607
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.828	15.190
Nachrangkapital	30.024	36.375
Sonstige Passiva	16.815	25.846
Eigenkapital	197.504	185.761
Summe Passiva	1.476.703	1.424.611
hievon kurzfristige Verbindlichkeiten	1.001.007	910.101
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	28.639	42.570
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.417	-6.962
Zinsüberschuss	23.222	35.608
Risikovorsorge	-234	-17.394
Jahresergebnis vor Steuern	6.253	-2.669
Steuern vom Einkommen	-2.191	2.546
Jahresergebnis nach Steuern	4.062	-123
Sonstiges Ergebnis	7.842	427
Gesamtergebnis	11.904	304

Nicht erfasster anteiliger Verlust

EUR Tsd.	2017	2016
Anteiliger Verlust der Periode	0	0
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0	0
Kumulierter Verlust zum Stichtag	0	0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	0	0

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2017	2016
Eigenkapital	197.504	185.761
Anteilsquote	n.a.	n.a.
Anteiliges Eigenkapital	46.410	42.829
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-6.344	-11.471
Nicht erfasster anteiliger Verlust	0	0
Bewertungen Vorjahre	-9.313	-9.313
Umgliederungen Buchwert	0	0
Buchwert 31.12.2017	30.753	22.046

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Da die übrigen Unternehmen zusammengefasst sind, kann die Anteilsquote nicht angegeben werden. In der Zeile Bewertungen Vorjahre ist die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus der Einbringung des ZO Teilbetriebes enthalten.

Aufgrund von gesetzlichen Regelungen im Genossenschaftsgesetz (GenG) erhält die VBW im Falle der Kündigung (nicht bei Liquidation oder Veräußerung) des Geschäftsanteils an der VB Kärnten nur die Einlage zurück. Eine etwaige

Dividende der VB Kärnten ist insoweit limitiert, als die bankaufsichtlichen Regelungen zu berücksichtigen sind und das Eigenkapital einen bestimmten Betrag nicht unterschreiten darf.

20) Anteile und Beteiligungen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	4.036	842
Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.865	2.570
Sonstige Beteiligungen	35.321	12.369
Anteile und Beteiligungen	43.222	15.781

Eine Liste der verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen wird in Note 53) ausgewiesen. Bei den Anteilen und Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 74 Tsd. (2016: EUR 153 Tsd.) veräußert. Das Ergebnis aus diesen Veräußerungen belief sich auf EUR 0 Tsd. (2016: EUR 410 Tsd.) und wird in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen dargestellt.

Anteile und Beteiligungen von Unternehmen, deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind mit den Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Anteile und Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 43.161 Tsd. (2016: EUR 8.552 Tsd.) sind mit dem Marktwert bewertet.

Sensitivitätsanalyse

Beteiligungen, die mit DCF Methode bewertet werden

anteiliger Marktwert

EUR Tsd. 31.12.2017		Zinssatz		
		-0,50 %	IST	0,50 %
Ertragskomponente	-10 %	13.719	12.976	12.316
	IST	15.137	14.313	13.578
	+10 %	16.556	15.648	14.840

Beteiligungen, die mit dem Nettovermögen bewertet werden

EUR Tsd. 31.12.2017	anteiliger Marktwert		
	Minderung der Annahme	IST	Erhöhung der Annahme
Nettovermögen (10 % Veränderung)	5.749	6.392	7.027

Beteiligungen, die auf Basis externer Gutachten bewertet werden

EUR Tsd. 31.12.2017	Beteiligungen		
	Untere Bandbreite	IST	Obere Bandbreite
Anteiliger Marktwert	17.188	18.811	20.433

Im Vorjahr wurden die Sensitivitätsanalysen auf Basis von Variationen der Ertragsschätzungen von 20 % ermittelt. Dabei ergab sich bei einer Erhöhung der Ertragsschätzung eine Veränderung der Marktwerte in Höhe von EUR 1.006 Tsd. und bei einer Verminderung der Ertragsschätzung eine Veränderung in Höhe von EUR -1.006 Tsd.

21) Immaterielles Anlagevermögen

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2016	25.122	3.570	9.297	37.988
Veränderungen im Konsolidierungskreis	406	10.203	14.523	25.131
Zugänge inklusive Umbuchungen	891	0	0	891
Abgänge inklusive Umbuchungen	0	0	0	0
Anschaffungswerte 31.12.2016	26.418	13.772	23.820	64.010
Veränderungen im Konsolidierungskreis	4.263	0	1.004	5.267
Zugänge inklusive Umbuchungen	594	0	0	594
Abgänge inklusive Umbuchungen	-534	0	0	-534
Anschaffungswerte 31.12.2017	30.740	13.772	24.824	69.337

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
2016				
Anschaffungswerte 31.12.2016	26.418	13.772	23.820	64.010
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-26.089	-5.510	-759	-32.358
Buchwert 31.12.2016	329	8.262	23.061	31.652
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	8.262	0	8.262
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	329	0	23.061	23.390
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-4.215	0	-681	-4.896
Impairment des Geschäftsjahres	0	-5.510	0	-5.510
Buchwert 01.01.2016	4.500	3.570	9.220	17.289

2017				
Anschaffungswerte 31.12.2017	30.740	13.772	24.824	69.337
Kumulierte Ab- und Zuschreibung	-30.163	-13.772	-1.983	-45.918
Buchwert 31.12.2017	577	0	22.841	23.418
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	0	0	0
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	577	0	22.841	23.418
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-345	0	-1.224	-1.570
Impairment des Geschäftsjahres	0	-8.262	0	-8.262

Zusammensetzung der Firmenwerte

EUR Tsd.	Buchwert 31.12.2017	Abschreibung 2017	Buchwert 31.12.2016	Abschreibung 2016
Segment Retail	0	-8.262	8.262	-5.510
Gesamt	0	-8.262	8.262	-5.510

Der im Geschäftsjahr 2017 bestehende Firmenwert im Segment Retail betrifft den Firmenwert aus der Einbringung der VB Ost im Jahr 2015 sowie die Firmenwerte aus den Einbringungen der VB Weinviertel, VB Südbgld und VB NÖ Süd im Jahr 2016.

Die Firmenwerte sind cash generating units (CGU) zugeordnet. Diese CGU entsprechen den Segmenten nach IFRS 8. Diese zugeordneten Firmenwerte wurden gemäß IAS 36 einer Überprüfung der Werthaltigkeit unterzogen. Die Überprüfung wird jährlich im vierten Quartal basierend auf der jeweiligen Mittelfristplanung durchgeführt. Darüber hinaus erfolgt eine Überprüfung, wenn ein testauslösendes Ereignis (triggering event) vorliegt.

Die Überprüfung des Firmenwertes im Segment Retail wurde auf Basis der Planung 2018 bis 2022 des Segmentes Retail, die der zugeordneten CGU entspricht, durchgeführt. In den darauffolgenden Jahren wurde von einem zeitlich unbefristeten Fortbestand (ewige Rente) der CGU ausgegangen.

Der erzielbare Betrag bestimmt sich nach dem Nutzungswert (value in use). Die Ermittlung des erzielbaren Betrages erfolgt unter Anwendung des Dividend Discount Modells. Dabei werden die Spezifika des Bankgeschäfts und etwaige regulatorische Vorschriften berücksichtigt. Der Barwert der erwarteten zukünftigen Dividenden, die nach Einhaltung der

entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können, repräsentiert den erzielbaren Betrag. Die Schätzung der Zahlungsströme für die ewige Rente nach der Detailplanungsperiode erfolgt unter Annahme einer konstanten Wachstumsrate von 2,0 %. Dabei orientiert sich die Höhe an der nachhaltig erwarteten Inflationsrate. Der verwendete Diskontierungszinssatz betrug 7,18 % und wurde anhand des capital asset pricing Modells ermittelt. Er setzt sich aus einem risikolosen Zinssatz sowie einem Risikozuschlag zusammen, die aus Marktdaten abgeleitet wurden. Der Risikozuschlag errechnet sich als Produkt der Marktrisikoprämie mit dem beta Faktor. Der beta Faktor wurde anhand einer Vergleichsgruppe von regionalen Banken, die in Westeuropa tätig sind, ermittelt. Der risikolose Zinssatz wurde aus den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten 30-jährigen Spot-Rate deutscher Staatsanleihen ermittelt.

Die zugrundeliegende Planung stellt die bestmögliche Einschätzung des Managements über die zukünftige Entwicklung dar und beruht insbesondere auf den Einschätzungen der makroökonomischen Annahmen der Research Abteilung der VBW für die kommenden fünf Jahre. Diese Einschätzungen werden auch mit externen Quellen von internationalen Organisationen sowie von Großbanken, die im gleichen Wirtschaftsraum tätig sind, verglichen. Insbesondere Annahmen zu Wachstum und Inflationsrate sowie Zinsen und Währungen werden im Asset-Liability-Committee präsentiert und auch den Organen der Bank zur Kenntnis gebracht.

Im Segment Retail bilden eine moderate Nachfrage bei Firmenkrediten und ein verstärktes Wachstum im Bereich privater Wohnbau die Basis für den Planungshorizont. Beides ist abgestimmt auf die erwartete Nachfrage nach Krediten der Research-Abteilung sowie Wachstumsziele der Bank in einzelnen Kundensegmenten. Die Zinsenplanung fußt auf der Erwartung von niedrigen Raten für die kommenden Jahre und einem erst mittelfristigen Anstieg aufgrund erwarteter steigender Wirtschaftskennzahlen sowie Inflationsraten. Im Bereich der Kosten sind fortgesetzte Optimierungen im Filialnetz gepaart mit verstärktem Angebot im Bereich Digitalisierung geplant. Überdies sollen geplante Synergien aus den Fusionen, die 2015, 2016 und 2017 stattgefunden haben, gehoben werden.

Aufgrund der der Planung zugrunde liegenden Annahmen und den damit verbundenen Unsicherheiten können grundsätzlich – aber nicht darauf beschränkt – nachfolgende künftige Umstände einen negativen Einfluss auf das Erreichen der Planwerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten haben:

Eine Abschwächung des makroökonomischen Umfelds und eine daraus resultierende negative Auswirkung auf das prognostizierte Wachstum, weniger Kreditnachfrage und langanhaltend niedrigen Zinsen sowie weiterer Druck auf Zinsspannen aus dem Wettbewerb.

Der Vergleich des ermittelten Nutzungswertes mit dem Buchwert ergab einen Abwertungsbedarf in Höhe von EUR 8.262 Tsd. der erfolgswirksam in der Position sonstiges betriebliches Ergebnis dargestellt wird. Der Abwertungsbedarf ergab sich im Wesentlichen aus der Veränderung des Marktzinssatzes und einer Anpassung der Planungsannahmen (insbesondere Berücksichtigung des im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Zinsniveaus sowie höherer regulatorisch getriebener Kosten).

22) Sachanlagen

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2016	160.906	6.298	38.045	0	205.249
Veränderungen im Konsolidierungskreis	28.512	2.184	10.682	685	42.062
Zugänge inklusive Umbuchungen	2.527	238	2.331	2	5.099
Abgänge inklusive Umbuchungen	-5.743	-1.356	-1.670	-687	-9.457
Anschaffungswerte 31.12.2016	186.201	7.364	49.388	0	242.954
Veränderungen im Konsolidierungskreis	13.581	1.432	12.727	348	28.088
Zugänge inklusive Umbuchungen	2.123	274	1.073	4	3.473
Abgänge inklusive Umbuchungen	-8.299	-991	-6.186	-351	-15.828
Anschaffungswerte 31.12.2017	193.606	8.079	57.002	0	258.687

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstiges	Gesamt
2016					
Anschaffungswerte 31.12.2016	186.201	7.364	49.388	0	242.954
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-65.300	-6.988	-41.814	0	-114.103
Buchwert 31.12.2016	120.901	376	7.574	0	128.851
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-3.952	-210	-2.749	3	-6.908
Zuschreibung des Geschäftsjahres	0	0	0	0	0
Außerplanmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	0	0	-3.117	0	-3.117
Buchwert 01.01.2016	110.263	410	9.907	0	120.579
2017					
Anschaffungswerte 31.12.2017	193.606	8.079	57.002	0	258.687
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-70.600	-7.633	-48.376	0	-126.609
Buchwert 31.12.2017	123.006	446	8.626	0	132.078
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-4.398	-239	-2.211	-4	-6.852
Zuschreibung des Geschäftsjahres	0	0	159	0	159
Außerplanmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-315	0	-1.242	0	-1.557

23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

EUR Tsd.	31.12.2017		31.12.2016	
	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen
Laufende Ertragsteuer	1.513	5.692	1.108	4.892
Latente Ertragsteuer	45.917	1.151	47.429	1.077
Ertragsteuer Gesamt	47.429	6.843	48.538	5.968

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen entstehen.

EUR Tsd.	31.12.2017		31.12.2016		Nettoabweichung 2017		
	Ertrag- steuer- ansprüche	Ertrag- steuer- verpflich- tungen	Ertrag- steuer- ansprüche	Ertrag- steuer- verpflich- tungen	Gesamt	Über Gewinn- und Verlust- rechnung	Über sonstiges Ergebnis
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	497	0	1.913	1.415	1.415	0
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	22.976	0	27.851	192	-4.683	-4.695	0
Handelsaktiva	124	0	162	18	-21	-21	0
Finanzinvestitionen	0	69.354	0	78.893	9.539	14.987	-4.217
Investment property							
Vermögenswerte	0	1.894	0	1.864	-30	-30	0
Anteile und Beteiligungen	3.756	0	4.608	0	-852	5.345	-6.434
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	722	9.644	1.005	9.766	-161	224	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	80	368	288	288	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	13	0	29	0	-16	70	0
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	17.880	1.710	27.952	2.583	-9.200	-9.200	0
Handelspassiva	0	32	0	52	19	19	0
Pensions-, Abfertigungs-, und sonstige Rückstellungen	9.190	3.875	8.665	4.742	1.391	895	-658
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	75.893	20.204	92.095	29.835	-6.572	-6.123	0
Übrige Bilanzpositionen	0	6.119	0	6.119	0	0	0
Verlustvorträge	27.544	0	20.248	0	7.295	3.529	0
Latente Steuern vor Verrechnung	158.096	113.331	182.697	136.344	-1.587	6.705	-11.309
Verrechnung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern	-112.180	-112.180	-135.268	-135.268	0	0	0
Ausgewiesene latente Steuern	45.917	1.151	47.429	1.077	-1.587	6.705	-11.309

Der Restbetrag aus der Nettoabweichung im Jahresvergleich, der sich weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch im sonstigen Ergebnis widerspiegelt, ist vor allem auf Änderungen des Konsolidierungskreises zurückzuführen.

Die Verrechnung zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen erfolgt jeweils nur im gleichen Unternehmen.

Für die Prüfung der Verwertung der steuerlichen Verlustvorträge, sowie der Werthaltigkeit anderer aktiver latenter Steuern, wurde ein Zeitraum von bis zu 4 Jahren entsprechend der Konzernsteuerplanung zu Grunde gelegt.

In Übereinstimmung mit IAS 12.39 wurden passive latente Steuern auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen in Höhe von EUR 9.401 Tsd. (2016: EUR 10.403 Tsd.) nicht angesetzt, da nicht erwartet wird, dass sich diese in absehbarer Zeit umkehren.

Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 267.734 Tsd. (2016: EUR 303.992 Tsd.) wurden keine latenten Steuern gebildet. Im Geschäftsjahr 2017 und 2016 wurden keine aktiven latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern (Steuerbemessungsgrundlage) wertberichtigt. Aktive latente Steuern wurden in dem Ausmaß angesetzt in dem ihre Verwertbarkeit in einem angemessenen Zeitraum (4 Jahre) wahrscheinlich ist. Von diesen steuerlichen Verlustvorträgen sind EUR 267.734 Tsd. (2016: EUR 303.992 Tsd.) unbeschränkt vortragsfähig und betreffen vor allem die VBW selbst.

24) Sonstige Aktiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungsabgrenzungsposten	710	1.152
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	24.692	33.030
Positive Marktwerte der Derivate im Bankbuch	98.575	103.352
Sonstige Aktiva	123.977	137.534

Die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte setzen sich im Wesentlichen aus offenen Ausgangsrechnungen und Abgrenzungen in Höhe von EUR 13.397 Tsd. (2016: EUR 2.802 Tsd.), Liegenschaftsverkäufen in Höhe von EUR 4.090 Tsd. (2016: EUR 12.518 Tsd.), Hilfskonten des Bankgeschäftes in Höhe von EUR 318 Tsd. (2016: EUR 3.207 Tsd.) und sonstigen Aktiva im Zusammenhang mit dem Leistungsfonds in Höhe von EUR 0 Tsd. (2016: EUR 7.576 Tsd.) zusammen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position Sonstige Aktiva enthaltenen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2017 Fair value hedge	31.12.2016 Fair value hedge
Zinsbezogene Geschäfte	69.144	65.372
Positive Marktwerte Derivate	69.144	65.372

25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Vermögenswerte, die zur Veräußerung gem. IFRS 5 bestimmt sind, zusammengefasst. Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen.

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Sachanlagen	2.319	0
Sonstige Aktiva	118	0
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	2.437	0

26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Zentralbanken	169.541	139.855
Sonstige Kreditinstitute	2.574.010	3.198.193
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.743.551	3.338.048

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	2.482.510	2.711.680
bis 3 Monate	133.891	220.956
bis 1 Jahr	15.048	112.492
bis 5 Jahre	17.275	111.246
über 5 Jahre	94.827	181.674
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.743.551	3.338.048

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 34) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Bewertet mit fortgeführten Anschaffungskosten	5.791.374	4.691.373
Spareinlagen	2.215.024	2.019.400
Sonstige Einlagen	3.576.349	2.671.974
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.791.374	4.691.373

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
täglich fällig	4.005.733	3.107.049
bis 3 Monate	320.241	83.195
bis 1 Jahr	513.652	803.036
bis 5 Jahre	349.852	375.009
über 5 Jahre	601.895	323.084
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.791.374	4.691.373

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 34) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

28) Verbriefte Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Anleihen	487.507	725.217
Verbriefte Verbindlichkeiten	487.507	725.217

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	11.758	870
bis 1 Jahr	19.498	13.560
bis 5 Jahre	143.155	203.374
über 5 Jahre	313.096	507.412
Verbriefte Verbindlichkeiten	487.507	725.217

Die Angaben zu den Fristigkeiten der zukünftigen cash flows sind in Note 34) Zahlungsströme Verbindlichkeiten angeführt.

29) Handelspassiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Negative Marktwerte aus derivativen Geschäften		
währungsbezogene Geschäfte	0	15.022
zinsbezogene Geschäfte	82.010	398.521
Handelspassiva	82.010	413.543

30) Rückstellungen

EUR Tsd.	Risiko- rückstellungen	Andere Rückstellungen	Gesamt
Stand am 01.01.2016	6.233	23.216	29.449
Veränderung im Konsolidierungskreis	432	456	888
Umgliederungen	0	0	0
Barwerteffekt	-19	0	-19
Verbrauch	-1	-2.815	-2.817
Auflösung	-3.289	-11.630	-14.919
Zuführung	1.945	9.164	11.108
Stand am 31.12.2016	5.300	18.391	23.691
Veränderung im Konsolidierungskreis	28	4.912	4.940
Umgliederungen	24	0	24
Barwerteffekt	-4	0	-4
Verbrauch	-44	-4.952	-4.996
Auflösung	-1.798	-6.025	-7.823
Zuführung	707	5.650	6.356
Stand am 31.12.2017	4.212	17.976	22.188

Die gebildeten Risikorückstellungen betreffen Vorsorgen für außerbilanzielle Transaktionen, insbesondere Haftungen und Garantien. Dabei handelt es sich überwiegend um langfristige Rückstellungen. Die Fristigkeiten dieser Rückstellungen sind in Note 43) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken enthalten.

In der Position Andere Rückstellungen wird für Verpflichtungen vorgesorgt, die wahrscheinlich in Zukunft zu einem Mittelabfluss führen werden. Die Restrukturierungsrückstellung erfüllt die Kriterien gemäß IAS 37.10 und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 6.128 Tsd. (2016: EUR 7.841 Tsd.). Weitere Vorsorgen wurden für schwebende Rechtsverfahren in Höhe von EUR 8.018 Tsd. (2016: EUR 3.826 Tsd.) gebildet.

Bei der Höhe der Rückstellungen handelt es sich um eine bestmögliche Schätzung der erwarteten Abflüsse von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zum Bilanzstichtag, unter Berücksichtigung der Risiken und Unsicherheiten, welche zur Erfüllung der Verpflichtung zu erwarten sind. Risiken und Unsicherheiten wurden bei der Schätzung berücksichtigt.

31) Sozialkapital

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
Barwert 01.01.2016	8.530	31.586	4.677	44.793
Veränderung im Konsolidierungskreis	3.373	6.655	878	10.906
Dienstzeitaufwand	45	1.654	338	2.037
Zinsaufwand	145	708	106	958
Zahlungen	-746	-2.851	-364	-3.962
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	972	2.979	761	4.712
Barwert 31.12.2016	12.318	40.731	6.396	59.445
Veränderung im Konsolidierungskreis	109	6.203	774	7.086
Dienstzeitaufwand	49	2.089	484	2.622
Zinsaufwand	137	505	80	721
Zahlungen	-890	-3.342	-234	-4.466
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-381	-2.253	-299	-2.933
Barwert 31.12.2017	11.342	43.933	7.202	62.476

Barwert des Planvermögens

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung
Barwert des Planvermögens 01.01.2016	862
Ertrag aus dem Planvermögen	4
Beiträge zum Planvermögen	11
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0
Barwert des Planvermögens 31.12.2016	877
Ertrag aus dem Planvermögen	31
Beiträge zum Planvermögen	-15
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0
Barwert des Planvermögens 31.12.2017	892

Die Pensionsrückstellung wird saldiert mit dem Barwert des Planvermögens in dieser Position ausgewiesen.

Die zu erwartenden Beitragszahlungen an das Planvermögen für das Jahr 2018 beziffern sich auf EUR 4 Tsd. (2016: EUR 4 Tsd.).

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
31.12.2016				
Sozialkapitalverpflichtung	12.318	40.731	6.396	59.445
Barwert des Planvermögens	-877	0	0	-877
Bilanzierte Nettoschuld	11.441	40.731	6.396	58.569
31.12.2017				
Sozialkapitalverpflichtung	11.342	43.933	7.202	62.476
Barwert des Planvermögens	-892	0	0	-892
Bilanzierte Nettoschuld	10.449	43.933	7.202	61.584

Historische Information

EUR Tsd.	2017	2016	2015	2014	2013
Barwert der Verpflichtungen	62.476	59.445	44.793	23.575	20.408
Barwert des Planvermögens	892	877	862	0	0

Zusammensetzung Planvermögen

EUR Tsd.	31.12.2017			31.12.2016		
	Plan- vermögen - notiert	Plan- vermögen - unnotiert	Plan- vermögen - gesamt	Plan- vermögen - notiert	Plan- vermögen - unnotiert	Plan- vermögen - gesamt
Anleihen Gebietskörperschaften	301	0	301	289	0	289
Anleihen Kreditinstitute	39	0	39	81	0	81
Anleihen Sonstige	178	0	178	130	1	131
Aktien EU Länder	95	0	95	105	0	105
Aktien USA und Japan	56	0	56	96	0	96
Aktien Sonstige	104	0	104	72	1	73
Derivate	24	27	51	32	20	52
Immobilien	0	53	53	0	20	20
Kassenbestand	0	16	16	0	30	30
Gesamt	797	95	892	804	72	877

In der Spalte Planvermögen – notiert werden alle Vermögenswerte im Planvermögen dargestellt, die einen Marktpreis haben, der an einem aktiven Markt notiert.

Sensitivitätsanalyse

Bei Konstanthaltung der anderen Annahmen hätten bei vernünftiger Betrachtungsweise am Abschlussstichtag möglich gewesene Veränderungen bei einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen die leistungsorientierte Verpflichtung mit den nachstehenden Beträgen beeinflusst.

EUR Tsd.	Barwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
31.12.2016		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-4.786	4.496
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	2.871	-2.659
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	303	-290
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	730	-703
31.12.2017		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-4.737	5.511
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	3.317	-3.055
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	277	-266
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	676	-650

Zum 31. Dezember 2017 lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei den Pensionen bei 10,6 Jahren (2016: 10,7 Jahre) und bei der Abfertigung bei 12,4 Jahren (2016: 11,9 Jahre).

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten cash flows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

32) Sonstige Passiva

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungsabgrenzungsposten	391	276
Sonstige Verbindlichkeiten	49.273	83.030
Negative Marktwerte der Derivate im Bankbuch	378.484	167.949
Sonstige Passiva	428.148	251.255

Die sonstigen Verbindlichkeiten setzen sich im Wesentlichen aus Abgrenzungen in Höhe von EUR 34.163 Tsd. (2016: EUR 34.938 Tsd.) sowie Steuern und Abgabenverbindlichkeiten in Höhe von EUR 5.504 Tsd. (2016: EUR 23.386 Tsd.) zusammen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position Sonstige Passiva enthaltenen negativen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2017 Fair value hedge	31.12.2016 Fair value hedge
Währungsbezogene Geschäfte	20.273	29.478
Zinsbezogene Geschäfte	277.803	25.239
Negative Marktwerte Derivate	298.076	54.718

33) Nachrangkapital

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Nachrangige Verbindlichkeiten	407.209	10.503
Ergänzungskapital	18.569	18.378
Nachrangkapital	425.778	28.881

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
bis 3 Monate	0	4.988
bis 1 Jahr	7.498	0
bis 5 Jahre	18.990	19.484
über 5 Jahre	399.290	4.409
Nachrangkapital	425.778	28.881

Darstellung der Ein- und Auszahlung des Nachrangkapitals

EUR Tsd	Nachrangkapital
Stand 01.01.2017	28.881
Zahlungszuflüsse	398.988
Zahlungsabflüsse	-6.107
Nicht zahlungswirksame Veränderungen	
Veränderungen im Konsolidierungskreis	4.000
Sonstige	15
Summe nicht zahlungswirksame Veränderungen	4.015
Stand 31.12.2017	425.778

Die Veränderung im Konsolidierungskreis entspricht aufgrund des von der VBW gehaltenen Nachrangkapitals der Spar-da in Höhe von EUR 2.000 Tsd. nicht der Tabelle in Kapitel 2).

34) Zahlungsströme Verbindlichkeiten

Darstellung der zukünftigen cash flows der Verbindlichkeiten gegliedert nach ihrer vertraglichen Fälligkeit

EUR Tsd.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Nachrangkapital	Handelspassiva	Derivate im Bankbuch
31.12.2017						
Buchwert	2.743.551	5.791.374	487.507	425.778	82.010	378.484
Zahlungsabflüsse gesamt	2.791.826	5.888.438	622.388	534.236	81.899	369.342
bis 3 Monate	2.617.672	4.362.420	11.758	0	0	0
bis 1 Jahr	17.467	543.591	35.770	18.770	1.307	2.676
bis 5 Jahre	25.883	350.953	204.242	63.699	31.219	114.641
über 5 Jahre	130.803	631.475	370.618	451.767	49.373	252.024
31.12.2016						
Buchwert	3.338.048	4.691.373	725.217	28.881	413.543	167.949
Zahlungsabflüsse gesamt	3.382.763	4.768.928	1.048.096	30.182	413.619	159.189
bis 3 Monate	2.933.211	3.241.741	870	4.993	0	0
bis 1 Jahr	115.262	812.738	40.285	345	2.305	22.237
bis 5 Jahre	120.107	379.453	305.734	20.276	68.591	103.472
über 5 Jahre	214.183	334.996	701.207	4.569	342.723	33.481

Die Zahlungsströme der Eventualverbindlichkeiten werden in Note 43) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken dargestellt. In der Spalte Handelspassiva sind nur derivative Instrumente enthalten.

35) Eigenkapital

Das Grundkapital der VBW beträgt vor Abzug der eigenen Aktien am 31.12.2017 EUR 132.894 Tsd. Es setzt sich aus folgenden Stückaktien zusammen:

	EUR Tsd.
1.417.534 Stückaktien	132.894

Mit Einbringungs- und Sacheinlagevertrag vom 22. Mai 2017 brachte die SPARDA-BANK AUSTRIA e.Gen. den Bankbetrieb Sparda als Sacheinlage gegen Gewährung von 12.643 neuen Stückaktien im Wert von EUR 1.185 Tsd. ein. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte am 17. August 2017.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 18. Mai 2017 wurde gleichzeitig mit der Einbringung des Bankbetriebes Sparda eine Barkapitalerhöhung im Umfang von EUR 4.771 Tsd. durch Ausgabe von 50.890 Stückaktien und Wahrung des gesetzlichen Bezugsrechtes beschlossen. Die Kapitalerhöhung wurde im August 2017 durchgeführt.

Entwicklung des gezeichneten Kapitals

In Stück	Aktien	PS
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 01.01.2016	1.146.424	7.004
Umbuchung	0	-7.004
Einbringung VB Weinviertel	51.731	0
Einbringung VB Südburgenland	57.032	0
Einbringung VB NÖ Süd	98.814	0
Im Umlauf befindliche Aktien am 31.12.2016	1.354.001	0
Einbringung Sparda	12.643	0
Kapitalerhöhung	50.890	0
Im Umlauf befindliche Aktien am 31.12.2017	1.417.534	0

Im Geschäftsjahr 2016 wurde das Partizipationskapital zur Gänze in die Position Nachrangkapital umgegliedert. Im Vorjahr wiesen 7.004 Stück der im Umlauf befindlichen und der gesamten Partizipationsscheine ein Nominale von EUR 1 Tsd. je Partizipationsschein auf.

Dividendenzahlung

EUR Tsd.	2017	2016
Dividende nicht stimmberechtigtes Kapital	13.395	393
Gesamt	13.395	393

In der Dividendenzahlung ist die Schüttung an den Bund aus dem Genussrecht (Bundes-Genussrecht) in der RZG in Höhe von EUR 13.395 Tsd. (2016: EUR 293 Tsd.) enthalten. Details zum Bundes-Genussrecht sind in Kapitel 2) näher ausgeführt.

Im Geschäftsjahr 2018 ist eine Schüttung auf stimmberechtigtes Kapital in Höhe von EUR 8.310 Tsd. geplant.

Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 0,51 % (2016: 0,25 %) und errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und Bilanzsumme zum Bilanzstichtag.

Nicht beherrschende Anteile

Gesellschaftsname	Minderheitenanteil		Zuordnung
	2017	2016	
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH; Wien	<0,001 %	<0,001 %	Übrige Unternehmen
Gärtnerbank Immobilien GmbH; Wien	<0,001 %	<0,001 %	Übrige Unternehmen
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH; Wien	<0,001 %	<0,001 %	Übrige Unternehmen
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	1,110 %	1,110 %	Übrige Unternehmen
VB Verbund-Beteiligung Region Wien eG; Wien	9,580 %	9,630 %	Übrige Unternehmen
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H.; Baden	1,000 %	1,000 %	Übrige Unternehmen
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.; Wien	0,005 %	0,005 %	Übrige Unternehmen

In der folgenden Tabelle werden die Finanzinformationen der Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da diese unwesentlich sind.

Zusatzinformation nicht beherrschende Anteile

EUR Tsd.	Übrige Unternehmen	
	2017	2016
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	42.914	44.304
Forderungen an Kunden (brutto)	230	155
Finanzinvestitionen	674	682
Sonstige Aktiva	76.280	80.941
Aktiva Gesamt	120.099	126.082
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.564	56.239
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11	3
Sonstige Passiva	14.353	19.268
Eigenkapital	51.171	50.573
Passiva Gesamt	120.099	126.082
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	105	2.961
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.941	-2.016
Erträge von investment property und operating lease-Verträgen	3.898	4.077
Zinsüberschuss	2.063	5.021
Risikovorsorge	0	-7
Jahresergebnis vor Steuern	2.037	20.670
Steuern vom Einkommen	-90	-3.785
Jahresergebnis nach Steuern	1.947	16.884
Sonstiges Ergebnis	130	-307
Gesamtergebnis	2.077	16.577

Da diese Gesellschaften keine Barreserve halten und die Geschäftstätigkeit im Wesentlichen der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden kann, wird auf die Darstellung einer Geldflussrechnung im Hinblick auf IAS 1.31 verzichtet.

36) Eigenmittel

Die gemäß CRR ermittelten Eigenmittel der VBW Kreditinstitutsgruppe zeigen folgende Zusammensetzung:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Hartes Kernkapital: Instrumente und Reserven		
Kapitalinstrumente inklusive Agio	324.241	304.890
Einbehaltene Gewinne	145.730	103.223
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	96.190	70.571
Direkt begebenes Kapital, dessen Anrechnung an das harte Kernkapital ausläuft	9.907	9.907
Minderheitsbeteiligungen	779	1.584
Hartes Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	576.846	490.175
Hartes Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Firmenwerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	0	-8.262
Immaterielle Vermögenswerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	-23.418	-23.390
Wertberichtigung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-2.228	-2.465
Latente Steueransprüche, die aufgrund zeitlicher Unterschiede bestehen (Betrag über 10 % Schwelle, bereinigt um entsprechende Steuerverbindlichkeiten)	0	-747
Regulatorische Anpassungen - Übergangsbestimmungen	-5.294	5.975
nicht realisierte Gewinne (20 %; 2016: 40 %)	-9.978	-6.810
Verlust des aktuellen Geschäftsjahres (20 %; 2016: 40 %)	0	0
Immaterielle Vermögenswerte (20 %; 2016: 40 %)	4.684	12.661
Instrumente des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche	0	124
Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	-4.684	-12.723
Zusätzliche, aufgrund von Artikel 3 der CRR vorzunehmende Abzüge vom harten Kernkapital	-7.788	0
Regulatorische Anpassungen Gesamt	-43.411	-41.613
Hartes Kernkapital - CET1	533.435	448.562
Zusätzliches Kernkapital: Instrumente		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als zusätzliches Kernkapital anrechenbar	0	0
Zusätzliches Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	0	0
Zusätzliches Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Regulatorische Anpassungen - Übergangsbestimmungen	-4.684	-12.723
Verlust des aktuellen Geschäftsjahres (20 %; 2016: 40 %)	0	0
Immaterielle Vermögenswerte (20 %; 2016: 40 %)	-4.684	-12.661
Instrumente des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche	0	-62
Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	4.684	12.723
Regulatorische Anpassungen Gesamt	0	0
Zusätzliches Kernkapital - AT1	0	0
Kernkapital - T1 (CET1 + AT1)	533.435	448.562
Ergänzungskapital - Instrumente und Wertberichtigungen		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als Ergänzungskapital anrechenbar	406.563	5.734
Kapitalinstrumente deren Anrechnung an das Ergänzungskapital ausläuft	649	1.620
Ergänzungskapital vor regulatorischer Anpassung	407.212	7.354
Ergänzungskapital: Regulatorische Anpassung		
Instrumente des Ergänzungskapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	-200
Regulatorische Anpassungen - Übergangsbestimmungen	0	-62
Instrumente des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche	0	-62
Regulatorische Anpassungen Gesamt	0	-262
Ergänzungskapital - T2	407.212	7.092
Eigenmittel insgesamt - TC (T1 + T2)	940.647	455.654
Harte Kernkapitalquote	15,37 %	13,88 %
Kernkapitalquote	15,37 %	13,88 %
Eigenmittelquote	27,11 %	14,10 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko		

Die risikogewichteten Beträge gemäß CRR setzen sich wie folgt zusammen:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Risikogewichtete Beträge - Kreditrisiko	2.720.792	2.432.708
Gesamtrisikobetrag für Abwicklungsrisiken	77	0
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	111.792	153.424
Gesamtrisikobetrag operationelle Risiken (OpR)	578.570	586.132
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassungen der Kreditbewertung (CVA)	59.092	60.451
Gesamtrisikobetrag	3.470.323	3.232.716

Die nachfolgende Tabelle stellt die Eigenmittel der VBW Kreditinstitutsgruppe unter Vollenwendung der CRR dar (fully loaded):

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Hartes Kernkapital: Instrumente und Reserven		
Kapitalinstrumente inklusive Agio	324.241	304.890
Einbehaltene Gewinne	145.730	103.223
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	96.190	70.571
Hartes Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	566.160	478.684
Hartes Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Firmenwerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	0	-8.262
Immaterielle Vermögenswerte (bereinigt um ev. Steuerschulden)	-23.418	-23.390
Wertberichtigung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-2.228	-2.465
Latente Steueransprüche, die aufgrund zeitlicher Unterschiede bestehen (Betrag über 10 % Schwelle, bereinigt um entsprechende Steuerverbindlichkeiten)	0	-1.896
Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	0	0
Zusätzliche, aufgrund von Artikel 3 der CRR vorzunehmende Abzüge vom harten Kernkapital	-9.735	0
Regulatorische Anpassungen Gesamt	-35.381	-36.014
Hartes Kernkapital - CET1	530.780	442.670
Zusätzliches Kernkapital: Instrumente		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als zusätzliches Kernkapital anrechenbar	0	0
Zusätzliches Kernkapital vor regulatorischen Anpassungen	0	0
Zusätzliches Kernkapital: Regulatorische Anpassungen		
Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	0	0
Regulatorische Anpassungen Gesamt	0	0
Zusätzliches Kernkapital - AT1	0	0
Kernkapital - T1 (CET1 + AT1)	530.780	442.670
Ergänzungskapital - Instrumente und Wertberichtigungen		
Kapitalinstrumente inklusive Agio, als Ergänzungskapital anrechenbar	416.470	15.641
Ergänzungskapital vor regulatorischer Anpassung	416.470	15.641
Ergänzungskapital: Regulatorische Anpassung		
Instrumente des Ergänzungskapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	-200
Regulatorische Anpassungen Gesamt	0	-200
Ergänzungskapital - T2	416.470	15.441
Eigenmittel insgesamt - TC (T1 + T2)	947.250	458.111
Harte Kernkapitalquote	15,32 %	13,71 %
Kernkapitalquote	15,32 %	13,71 %
Eigenmittelquote	27,33 %	14,18 %
jeweils bezogen auf das Gesamtrisiko		

Die risikogewichteten Beträge gemäß CRR setzen sich wie folgt zusammen:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Risikogewichtete Beträge - Kreditrisiko	2.715.925	2.429.836
Gesamtrisikobetrag für Abwicklungsrisiken	77	0
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	111.792	153.424
Gesamtrisikobetrag operationelle Risiken (OpR)	578.570	586.132
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassungen der Kreditbewertung (CVA)	59.092	60.451
Gesamtrisikobetrag	3.465.456	3.229.843

Emissionen des Konzerns, die entweder in Tier I oder Tier II Kapital enthalten sind

31.12.2017 ISIN	Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungs- datum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
CET1					
QOXDB4409005	Partizipationsschein 2006	Nachrangkapital	unbefristet	Durchschnittlicher 3M Euribor + 130 Bp	9.907
Tier II Emission					
QOXDB9961364	Nachrangkapital 08/18	Nachrangkapital	25.08.2018	3 M Euribor + 25 Bp, max. 6,00 % p.a.	5.000
QOXDBA032238	Nachrangkapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	3,50 % p.a.	600
AT000B121967	Nachrangkapital 17/27	Nachrangkapital	06.10.2027	2,75 % p.a.; ab 06.10.2023 5Y-Mid Swap + 255 Bp p.a.	400.000
QOXDBA000383	Ergänzungskapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	12 M Euribor + 62,5 Bp, max. 7,00 % p.a., mind. 4 % p.a.	4.000
AT0000A09SS0	Ergänzungskapital 06/18	Nachrangkapital	16.06.2018	3 M Euribor + 50 Bp, nicht negativ	2.630
AT0000A05QZ7	Ergänzungskapital 07/19	Nachrangkapital	16.07.2019	Durchschnittlicher 3M Euribor + 35 Bp, nicht negativ	792
	Schuldscheindarlehen	Nachrangkapital	20.03.2021	3 M Euribor + 75 Bp p.q.	4.000
31.12.2016					
ISIN	Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungs- datum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
CET1					
QOXDB4409005	Partizipationsschein 2006	Nachrangkapital	unbefristet	Durchschnittlicher 3M Euribor + 130 Bp	9.907
Tier II Emission					
QOXDB4449050	Nachrangkapital 02/17	Nachrangkapital	27.02.2017	12 M Euribor + 50 Bp, max. 6,00 % p.a.	4.988
QOXDB9961364	Nachrangkapital 08/18	Nachrangkapital	25.08.2018	3 M Euribor + 25 Bp, max. 6,00 % p.a.	4.915
QOXDBA032238	Nachrangkapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	3,50 % p.a.	600
QOXDBA000383	Ergänzungskapital 12/22	Nachrangkapital	01.12.2022	12 M Euribor + 62,5 Bp, max. 7,00 % p.a., mind. 4 % p.a.	3.809
AT0000A09SS0	Ergänzungskapital 06/18	Nachrangkapital	16.06.2018	3 M Euribor + 50 Bp, nicht negativ	2.630
AT0000A05QZ7	Ergänzungskapital 07/19	Nachrangkapital	16.07.2019	Durchschnittlicher 3M Euribor + 35 Bp, nicht negativ	792

Der Konsolidierungskreis nach IFRS weicht vom Konsolidierungskreis nach CRR ab, da nach IFRS auch branchenfremde sonstige Unternehmen einbezogen werden. Nach CRR werden Gesellschaften der Finanzbranche, die einer Beherrschung unterliegen bzw. wo eine Kapitalmehrheit vorliegt, vollkonsolidiert. Institute, Finanzinstitute und Anbieter von Nebendienstleistungen, die der Beherrschung unterliegen, aber für die Darstellung der Kreditinstitutsgruppe gemäß Artikel 19 (1) CRR nicht wesentlich sind, werden von den Eigenmitteln abgezogen. Bei gemeinsamer Leitung von Tochterunternehmen mit Fremdgesellschaftern wird eine Quotenkonsolidierung vorgenommen. Anteile an Unternehmen der

Finanzbranche mit einem Anteil zwischen 10 % und 50 %, bei denen keine gemeinsame Leitung gegeben ist, werden ebenfalls von den Eigenmitteln abgezogen, sofern sie nicht freiwillig anteilmäßig einbezogen werden. Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche zu weniger als 10 % werden im Rahmen der Anrechenbarkeit gemäß Artikel 46 CRR von den Eigenmitteln abgezogen. Alle anderen Beteiligungen werden zu ihren Buchwerten in die Bemessungsgrundlage einbezogen.

Alle Kreditinstitute, die einer Beherrschung unterliegen oder bei denen eine Kapitalmehrheit vorliegt, werden in den Konsolidierungskreis nach CRR einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine substanziellen, praktischen oder rechtlichen Hindernisse bezüglich der Übertragung von Eigenmitteln oder der Rückzahlung von Verbindlichkeiten zwischen dem übergeordneten Institut und den ihm nachgeordneten Instituten.

37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den einzelnen Kategorien und ihre fair values dar.

EUR Tsd.	Held for trading	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2017						
Barreserve	0	0	0	1.813.951	1.813.951	1.813.951
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	1.703.912	1.703.912	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	1.703.912	1.703.912	1.708.992
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	4.810.325	4.810.325	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	-44.047	-44.047	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	4.766.278	4.766.278	4.688.398
Handelsaktiva	69.167	0	0	0	69.167	69.167
Finanzinvestitionen	0	316.104	1.526.889	0	1.842.992	1.842.025
Beteiligungen	0	0	43.222	0	43.222	43.222
Derivative Instrumente Bankbuch	98.575	0	0	0	98.575	98.575
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	167.742	316.104	1.570.110	8.284.141	10.338.097	10.264.330
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	2.743.551	2.743.551	2.743.616
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	5.791.374	5.791.374	5.799.307
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	487.507	487.507	511.392
Handelspassiva	82.010	0	0	0	82.010	82.010
Derivative Instrumente Bankbuch	378.484	0	0	0	378.484	378.484
Nachrangkapital	0	0	0	425.778	425.778	424.151
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	460.493	0	0	9.448.210	9.908.704	9.938.959

EUR Tsd.	Held for trading	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2016						
Barreserve	0	0	0	1.119.252	1.119.252	1.119.252
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	2.196.042	2.196.042	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	2.196.042	2.196.042	2.197.326
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	4.351.134	4.351.134	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	-55.156	-55.156	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	4.295.978	4.295.978	4.208.101
Handelsaktiva	137.550	0	0	0	137.550	137.550
Finanzinvestitionen	0	261.339	1.594.123	0	1.855.462	1.854.283
Beteiligungen	0	0	15.781	0	15.781	15.781
Derivative Instrumente Bankbuch	103.352	0	0	0	103.352	103.352
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	240.903	261.339	1.609.904	7.611.272	9.723.418	9.635.646
Verbindlichkeiten gegenüber KI	0	0	0	3.338.048	3.338.048	3.332.836
Verbindlichkeiten gegenüber KU	0	0	0	4.691.373	4.691.373	4.684.806
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	725.217	725.217	733.260
Handelspassiva	413.543	0	0	0	413.543	413.543
Derivative Instrumente Bankbuch	167.949	0	0	0	167.949	167.949
Nachrangkapital	0	0	0	28.881	28.881	26.727
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	581.491	0	0	8.783.520	9.365.011	9.359.121

EWB = Einzelwertberichtigung

In den Finanzinvestitionen sind held to maturity Wertpapiere mit einem Buchwert von EUR 184.744 Tsd. (2016: EUR 183.663 Tsd.) enthalten, die mit EUR 3.977 Tsd. (2016: EUR 4.792 Tsd.) über dem Marktwert bewertet sind, da kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 3.300 Tsd. (2016: EUR 4.674 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 60 Tsd. (2016: EUR 11.267 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann. Im Geschäftsjahr 2017 wurden mit Anschaffungskosten bewertete Instrumente mit einem Buchwert in Höhe von EUR 74 Tsd. (2016: EUR 153 Tsd.) veräußert. Dabei wurde ein Ergebnis von EUR 0 Tsd. (2016: EUR 410 Tsd.) realisiert. Der beizulegende Zeitwert ist nicht verlässlich ermittelbar, da für diese Titel kein aktiver Markt besteht und eine angemessene Einschätzung der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Eintritts unterschiedlicher Zeitwertschätzungen nicht möglich ist. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Vermögenswerte, die im Verbund begeben wurden.

Einige Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten sind Kategorien zugeordnet, in denen sie nicht erfolgswirksam mit dem fair value bewertet werden. Sie sind aber Grundgeschäfte zu fair value hedges bezüglich des Zinsrisikos und des Währungsrisikos. Daher werden diese Finanzinstrumente bezüglich des gehedgten Zinssatzes und des gehedgten Währungsrisikos bewertet.

Buchwerte der Grundgeschäfte zu fair value hedges

EUR Tsd.	Zinsrisiko		Währungsrisiko	
	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten
31.12.2017				
Forderungen an Kunden	0	0	0	27.786
Finanzinvestitionen	1.040.120	0	40.815	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.040.120	0	40.815	27.786
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	385.986	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	385.986	0	0
31.12.2016				
Forderungen an Kunden	0	0	0	78.217
Finanzinvestitionen	1.171.773	0	44.456	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.171.773	0	44.456	78.217
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	17.320	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	630.420	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	647.740	0	0

Die nachfolgende Tabelle ordnet alle zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
31.12.2017				
Handelsaktiva	8.320	60.847	0	69.167
Finanzinvestitionen	1.460.779	32.329	30.481	1.523.589
Available for sale	1.460.779	32.329	30.481	1.523.589
Anteile und Beteiligungen	0	0	43.161	43.161
Derivative Instrumente Bankbuch	0	98.575	0	98.575
Gesamt	1.469.100	191.751	73.642	1.734.493
Handelspassiva	0	82.010	0	82.010
Derivative Instrumente Bankbuch	0	378.484	0	378.484
Gesamt	0	460.493	0	460.493
31.12.2016				
Handelsaktiva	11.766	125.784	0	137.550
Finanzinvestitionen	1.498.969	61.096	29.384	1.589.449
Available for sale	1.498.969	61.096	29.384	1.589.449
Anteile und Beteiligungen	0	0	4.514	4.514
Derivative Instrumente Bankbuch	0	103.352	0	103.352
Gesamt	1.510.735	290.233	33.898	1.834.866
Handelspassiva	0	413.543	0	413.543
Derivative Instrumente Bankbuch	0	167.949	0	167.949
Gesamt	0	581.491	0	581.491

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 3.300 Tsd. (2016: EUR 4.674 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 60 Tsd. (2016: EUR 11.267 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

Für die Beschreibung der Bewertungsverfahren für Anteile und Beteiligungen wird auf die Ausführungen in Note 3) r) Beteiligungen verwiesen.

Bei der Berechnung der Marktwerte für Level 2 Finanzinvestitionen verwendet die VBW keine nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungskurse. Systemseitig angelieferte Kursinformationen werden bei nicht aktiv gehandelten Positionen auf Basis sekundär verfügbarer Marktdaten oder auf aktiven Märkten zustande gekommener Transaktionen in vergleichbaren Produkten überprüft und bei Bedarf an diese angepasst. Level 2 Inputfaktoren sind vor allem Zinsraten inklusive dazugehöriger Zinsvolatilitäten, FX Swap Points, Währungs-, Aktien- und Indexkurse inklusive dazugehöriger Volatilitäten und Credit Spreads, die täglich direkt von Brokern bezogen werden. Anpassungen im Rahmen einer Marktbewertung erfolgen durch lineare Interpolationen der direkt bezogenen Brokerdaten. Die verwendeten Inputfaktoren durchlaufen eine tägliche Qualitätssicherung und werden im Bewertungssystem historisiert.

Im Jahr 2017 konnten Finanzinstrumente mit einem Buchwert von EUR 6.071 Tsd. (2016: EUR 2.278 Tsd.), die zum 31. Dezember 2016 noch mit Level 2 Marktwerten bewertet wurden, in Level 1 Finanzinstrumente umgegliedert werden, da die Handelsaktivität in den Märkten bei diesen Instrumenten gestiegen ist. 2017 gab es wie schon in 2016 keine Umgliederungen von Level 1 auf Level 2.

Darstellung der Entwicklung der Level 3 Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten

EUR Tsd.	Anteile und Beteiligungen	Available for sale	Gesamt
Stand 1.1.2016	5.528	27.101	32.629
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	0	0
Zugänge	4.038	2.180	6.217
Bewertung			
über die Gewinn- Verlustrechnung	0	96	96
über sonstiges Ergebnis	-1.014	6	-1.008
Stand 31.12.2016	8.552	29.384	37.935
Veränderung im Konsolidierungskreis	1.614	113	1.726
Zugänge	7.929	852	8.781
Bewertung			
über die Gewinn- Verlustrechnung	-669	0	-669
über sonstiges Ergebnis	25.736	133	25.868
Stand 31.12.2017	43.161	30.481	73.642

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen (Gewinn- und Verlustrechnung) bzw. in der available for sale Rücklage (Sonstiges Ergebnis) erfasst. Von den Bewertungen, die über die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst sind, betrifft ein Betrag von EUR -669 Tsd. (2016: EUR 96 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Vermögenswerte.

Die Bestände an available for sale Vermögenswerten, die per 31. Dezember 2017 dem Level 3 der Fair Value Hierarchie zugeordnet sind, umfassen Partizipationsscheine mit einem Buchwert von EUR 30.481 Tsd. (2016: EUR 29.384 Tsd.). Diese werden auf keinem aktiven Markt gehandelt und lassen nur eine alternative Bewertung mittels am Markt nicht beobachtbaren Inputparametern zu.

Die Bewertung erfolgt durch ein Hull-White 1 Faktor Zinsmodell im Rahmen einer Monte-Carlo Simulation, wobei das Modell täglich auf das aktuelle Marktdatenumfeld (Zinssatz und Volatilität) kalibriert wird. Die in Zukunft zu leistende Verzinsung dieser Anteile wird mittels eines variablen Kupons, bestehend aus dem 3-Monats-Euribor als Basiszinssatz sowie einem Aufschlag gerechnet, der einen nicht beobachtbaren Inputfaktor darstellt. Weitere nicht beobachtbare Inputfaktoren, die in die Bewertung einfließen, sind die Laufzeit sowie der erwartete Tilgungskurs der Partizipationsscheine.

Als geschätzte Endfälligkeit wird Ende Dezember 2019 angenommen. Die verlängerte Rücknahmepriode resultiert aus der Einschätzung des Vorstandes, dass eine Einziehung des Partizipationskapitals, welches die VB Regio aktivseitig hält, seitens der Volksbanken genehmigungspflichtig durch die EZB ist. Erst danach kann die VB Regio ihr eigenes PS einziehen. Für die Einziehung von PS ist darüber hinaus jeweils ein Bewertungsgutachten notwendig. Seitens der Volksbanken wurde mitgeteilt, dass man versuchen wird, im kommenden Jahr mit der Bankenaufsicht bezüglich einer Einziehung das Gespräch zu suchen. Ebenso hat eine Einziehung des PS der Volksbanken auch Auswirkungen auf die Restrukturierungsvereinbarung, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Aufgrund der Liquiditätsbasis des Emittenten wird von einem Tilgungskurs von 100 ausgegangen. Diese Annahme wird durch den durchgeführten impairment test der Aktiva gestützt. Die Abzinsung der Zahlungsflüsse erfolgt mit einem 3 Monats-Euribor Basiszinssatz plus einem Aufschlag, der die Eigenkapitalkosten abbildet.

Die Bewertung dieser Finanzinstrumente wurde vom Treasury der VBW vorgenommen. Die Marktwertermittlung nach der beschriebenen Vorgehensweise erfolgt auf täglicher Basis. Die bei der Bewertung der Partizipationsscheine verwendeten Inputfaktoren werden im Rahmen der Sensitivitätsanalyse derart angepasst, dass sie nach Ansicht des Managements der VBW angemessene mögliche Alternativen widerspiegeln.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Änderungen des beizulegenden Zeitwertes nach Anpassung dieser Inputfaktoren dar:

31.12.2017 EUR Tsd.	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
Laufzeitveränderung + 1 Jahr	0	-1.375
Veränderung Aufschlag +/- 100 BP	621	-607
Veränderung Tilgungswert - 5 %	0	-1.485

31.12.2016 EUR Tsd.	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwertes	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwertes
Laufzeitveränderung +/- 1 Jahr	1.752	-1.668
Veränderung Aufschlag +/- 100 BP	466	-459
Veränderung Tilgungswert - 5 %	0	-1.455

Die Unsicherheit beim Tilgungszeitpunkt wird mit der Parameteränderung von + 1 Jahr gerechnet und ergibt im Falle einer Laufzeitverlängerung einen negativen Effekt von EUR 1.375 Tsd. (2016: EUR 1.668). Diese Anpassung wird vom Management der VBW als angemessene mögliche Alternative gesehen, da sich unter anderem aufgrund des Genehmigungsprozesses des Wertpapiereinzugs von der Bankenaufsicht einerseits und der tatsächlichen Abwicklung andererseits Laufzeitänderungen ergeben können. Eine Laufzeitverminderung von - 1 Jahr wird aufgrund der geringen verbleibenden Laufzeit als unrealistisch eingeschätzt.

Eine Bandbreite von +/- 100 BP wird als angemessene mögliche Alternative für die Höhe des Aufschlags auf den Basiszinssatz angesehen. Bei Erhöhung des Aufschlags würde sich eine Verringerung des beizulegenden Zeitwertes um EUR 607 Tsd. (2016: EUR 459 Tsd.) bzw. bei Verringerung des Aufschlags auf den Basiszinssatz eine Erhöhung des beizulegenden Zeitwertes von EUR 621 Tsd. (2016: EUR 466 Tsd.) ergeben.

Aufgrund der vorliegenden Unternehmensplanung des Emittenten wurde ein Tilgungswert in Höhe von 100 Prozent bei der Bewertung der Partizipationsscheine angenommen, wobei als angemessene mögliche Alternative angesehen wird, dass dieser um höchstens 5 % abweichen kann. Bei einer Verminderung des Tilgungsbetrages um 5 % ergibt sich eine Verringerung des beizulegenden Zeitwertes von EUR 1.485 Tsd. (2016: EUR 1.455 Tsd.). Eine Rückzahlung über dem Nominalwert ist nicht vorgesehen, wodurch eine Überliquidität des Emittenten zu keiner Kurserhöhung der Partizipationsscheine führen kann.

Die zugrundeliegenden Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes basieren auf mehreren Inputfaktoren bzw. Parametern welche auch wechselseitige Zusammenhänge zwischen den nicht beobachtbaren Parametern aufweisen können. Derartige wechselseitige Zusammenhänge wurden in der oben angeführten Sensitivitätsanalyse nicht quantitativ berücksichtigt. Einen wesentlichen wechselseitigen Zusammenhang stellt eine Entwicklung des Aufschlages auf die risikolose Zinskurve für die Abzinsung der Zahlungsflüsse in Zusammenhang mit der Veränderung der geschätzten Liquidation der Gesellschaft dar.

Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von Anteilen und Beteiligungen sind in Note 20) Anteile und Beteiligungen dargestellt.

Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von investment property (IAS 40) sind in Note 18) Investment property Vermögenswerte dargestellt.

Für Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird der beizulegende Zeitwert nur für die Zwecke der Anhangsangabe berechnet und hat keinen Einfluss auf die Konzernbilanz und die Konzerngesamtergebnisrechnung.

Die nachfolgende Tabelle ordnet die Marktwerte aller nicht zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte
31.12.2017					
Barreserve	0	1.813.951	0	1.813.951	1.813.951
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	1.703.912
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	1.708.992	1.708.992	1.703.912
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	4.810.325
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-44.047
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	4.688.398	4.688.398	4.766.278
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	315.137	0	0	315.137	316.104
Finanzinvestitionen	315.137	0	0	315.137	316.104
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	315.137	1.813.951	6.397.390	8.526.477	8.600.244
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	2.743.616	2.743.616	2.743.551
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	5.799.307	5.799.307	5.791.374
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	511.392	511.392	487.507
Nachrangkapital	0	0	424.151	424.151	425.778
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	9.478.465	9.478.465	9.448.210

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte
31.12.2016					
Barreserve	0	1.119.252	0	1.119.252	1.119.252
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	2.196.042
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	2.197.326	2.197.326	2.196.042
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	4.351.134
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-55.156
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	4.208.101	4.208.101	4.295.978
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	260.160	0	0	260.160	261.339
Finanzinvestitionen	260.160	0	0	260.160	261.339
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	260.160	1.119.252	6.405.426	7.784.839	7.872.611
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	3.332.836	3.332.836	3.338.048
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	4.684.806	4.684.806	4.691.373
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	733.260	733.260	725.217
Nachrangkapital	0	0	26.727	26.727	28.881
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	0	8.777.629	8.777.629	8.783.520

Für Finanzinstrumente, welche überwiegend kurzfristig sind, stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des fair values dar.

Für langfristige Finanzinstrumente erfolgt die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme. Für Aktiva werden Zinssätze verwendet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken (insbesondere geschätzte Ausfälle bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft) hätten erzielt werden können. Im Fall der Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, mit denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag aufgenommen oder emittiert hätten werden können.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden den drei Kategorien der IFRS fair value Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – Mit notierten Preisen in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Finanzinstrument ist.

Level 2 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und die einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

38) Derivate

Derivative Finanzinstrumente

2017 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2017
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	338.493	2.134.963	2.726.101	5.199.558	-229.871
Caps & Floors	41.354	501.434	332.948	875.737	-613
Futures - zinsbezogen	4.800	35.000	0	39.800	0
Interest Rate Swaps	292.339	1.598.529	2.393.152	4.284.021	-229.258
Währungsbezogene Geschäfte	634.800	786.290	292.087	1.713.176	-70.882
Cross Currency Swaps	42.728	786.161	292.087	1.120.975	-70.882
FX Swaps	588.011	0	0	588.011	0
Devisentermingeschäfte	4.061	129	0	4.190	0
Sonstige Geschäfte	17.812	14.626	306.686	339.124	-318
Optionen	17.812	14.626	306.686	339.124	-318
Gesamtsumme	991.105	2.935.879	3.324.874	7.251.857	-301.072

2016 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2016
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	991.520	2.624.021	3.278.787	6.894.328	-244.002
Caps & Floors	91.679	553.261	390.528	1.035.467	-615
Futures - zinsbezogen	524.000	427.000	0	951.000	0
Interest Rate Swaps	375.841	1.643.760	2.888.259	4.907.861	-243.387
Währungsbezogene Geschäfte	1.339.113	1.062.646	266.704	2.668.463	-122.030
Cross Currency Swaps	530.787	1.055.474	266.704	1.852.965	-122.030
FX Swaps	777.195	5.754	0	782.948	0
Devisentermingeschäfte	31.132	1.418	0	32.550	0
Sonstige Geschäfte	19.315	16.143	384.765	420.223	1.282
Optionen	19.315	16.143	384.765	420.223	1.282
Gesamtsumme	2.349.949	3.702.810	3.930.255	9.983.014	-364.750

Alle derivativen Finanzinstrumente sind – ausgenommen Futures – OTC-Produkte.

39) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögenswerte in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 864.982 Tsd. (2016: EUR 1.211.999 Tsd.), jener der Verbindlichkeiten auf EUR 155.406 Tsd. (2016: EUR 200.344 Tsd.).

40) Treuhandgeschäfte

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	46.400	36.800
Forderungen an Kunden	103.308	113.140
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	46.400	36.800
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	103.308	113.140

41) Nachrangige Vermögenswerte

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Finanzinvestitionen	5.208	4.138

42) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte		
Forderungen an Kunden	329.298	282.652
Finanzinvestitionen	0	17.500
Verpflichtungen, für die Vermögenswerte übertragen wurden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	312.075	285.152
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17.223	15.000

Im Rahmen von Unternehmensrefinanzierungen durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) werden Kundenforderungen in Höhe von EUR 79 Mio. (2016: EUR 70 Mio.) als Sicherheiten gestellt. Diese Forderungen sind durch Ausfallgarantien des Bundes, durch Privatversicherungen und Wechselbürgschaften garantiert. Die OeKB kann diese Kundenforderungen bei vertragskonformer Leistung des Konzerns nicht weiterverpfänden oder veräußern.

Im Rahmen für Sicherstellungen von OeNB Refinanzierungen der VBW wurden im Geschäftsjahr 2017 EUR 233 Mio. (2016: EUR 212 Mio.) Forderungen an Kunden als Sicherheiten gestellt.

Im Rahmen von Mündelspareinlagen werden Finanzinvestitionen in Höhe von EUR 17 Mio. (2016: EUR 15 Mio.) als Sicherstellung gehalten.

Die restlichen Kundenforderungen und Finanzinvestitionen werden im Rahmen von Refinanzierungen durch die KfW Bankengruppe als Sicherheiten gestellt. Die Modalitäten sind dieselben wie bei der OeKB.

43) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Eventualverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen	340.016	389.321
Akkreditive	1.382	0
Sonstiges (Haftsumme)	25.066	23.883
Kreditrisiken		
Kreditrisiken aus noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen	4.375.600	4.283.838

Darstellung der zukünftigen cash flows der Eventualverbindlichkeiten nach ihrer vertraglichen Fälligkeit und bei den Garantien auch nach der erwarteten Fälligkeit

EUR Tsd.	Kreditzusagen	Garantien - vertraglich vereinbart	Garantien erwartet
31.12.2017			
Buchwert	4.375.600	340.016	0
Zahlungsabflüsse gesamt	4.375.600	340.016	2.504
bis 3 Monate	4.375.600	340.016	250
bis 1 Jahr	0	0	1.002
bis 5 Jahre	0	0	1.252
31.12.2016			
Buchwert	4.283.838	389.321	0
Zahlungsabflüsse gesamt	4.283.838	389.321	4.081
bis 3 Monate	4.283.838	389.321	408
bis 1 Jahr	0	0	1.632
bis 5 Jahre	0	0	2.040

Bei den Kreditrisiken wurde bei der Darstellung der vertraglichen Laufzeit auf den ersten möglichen Zeitpunkt der Inanspruchnahme abgestellt. Bei der Darstellung der vertraglich vereinbarten Garantien wird die erste vertragliche Möglichkeit der vollen Inanspruchnahme dargestellt, während in der Spalte der erwarteten Garantien die vom Management in den verschiedenen Laufzeiten erwartete Inanspruchnahme angegeben wird.

Für Finanzgarantien, bei denen es nach Einschätzung des Managements zu einem Zahlungsabfluss kommen wird, wurde in Höhe des wahrscheinlichen Zahlungsabflusses unter Berücksichtigung von eventuell vorhandenen Sicherheiten eine Vorsorge in den Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken in Höhe von EUR 2.504 Tsd. (2016: EUR 4.081 Tsd.) gebildet.

44) Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 bestanden Rücknahmeverpflichtungen aus echten Pensionsgeschäften (Repurchase Agreements) als Pensionsgeber in Höhe von EUR 101.571 Tsd. (2016: EUR 103.210 Tsd.).

Es werden in der Bilanz keine weiteren finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden.

45) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

EUR Tsd.	Gegenüber verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Gegenüber assozierten Unternehmen	Gegenüber Unternehmen, die als Aktionär signifikanten Einfluss auf die Konzernmutter haben
31.12.2017				
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	18.020	0
Forderungen an Kunden	284	2.916	16.169	0
Risikovorsorge (-)	0	-102	-49	0
Schuldverschreibungen	0	0	0	759.712
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	181.967	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.832	321	100.044	0
Rückstellungen	0	11	10	0
Geschäftsvorfälle	3.177	35.327	312.931	0
31.12.2016				
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	72	0
Forderungen an Kunden	169	44.001	4.529	0
Risikovorsorge (-)	0	-75	-24	0
Schuldverschreibungen	0	0	202	833.288
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	199.971	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.930	4.284	85.448	0
Rückstellungen	0	10	53	0
Geschäftsvorfälle	2.636	105.752	627.027	0

Der Betrag der Geschäftsvorfälle stellt den Durchschnittsbestand der Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und an Kunden dar und berechnet sich aus dem jeweiligen Stand an den Quartalsstichtagen im Berichtszeitraum, der Vorzeichen unabhängig aufgerechnet wird.

Verrechnungspreise zwischen dem VBW Konzern und nahestehenden Unternehmen orientieren sich an den marktüblichen Gegebenheiten. Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine sonstigen Verpflichtungen des VBW Konzerns für nicht konsolidierte Tochtergesellschaften oder assoziierte Unternehmen.

Die Republik Österreich übt als Aktionär signifikanten Einfluss auf den VBW Konzern aus. Die Angaben erfolgen nur beschränkt auf die Wertpapiere des Emittenten Republik Österreich.

Im Geschäftsjahr gewährte Kredite und Vorschüsse an Schlüsselpersonen

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Aushaftender Gesamtbetrag	8	310
Geleistete Rückzahlungen	65	31
Zinszahlungen	0	0

Als Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gelten im VBW Konzern die Mitglieder des Vorstandes sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens. Die Darstellung zu den Bezügen der Schlüsselpersonen ist in Note 8) Verwaltungsaufwand enthalten. Es wurden keine weiteren Verträge mit Schlüsselpersonen abgeschlossen.

Zum 31.12.2017 sind in den Forderungen an Kreditinstitute/Kunden Verrechnungen mit Sektorinstituten in Höhe von EUR 1.261.907 Tsd. (2016: EUR 1.672.169 Tsd.) und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden Verrechnungen in Höhe von EUR 2.388.510 Tsd. (2016: EUR 3.010.615 Tsd.) enthalten.

46) Angaben zum Hypothekendarlehenbankgeschäft gemäß Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen

EUR Tsd.	Deckungserfordernis		
	Deckungsdarlehen	Verbriefte Verbindlichkeiten	Überdeckung
31.12.2017			
Bankschuldverschreibungen	2.021.282	1.280.304	740.978
Gesamt	2.021.282	1.280.304	740.978
31.12.2016			
Bankschuldverschreibungen	2.165.745	1.407.600	758.145
Gesamt	2.165.745	1.407.600	758.145

Im Deckungserfordernis für verbrieftete Verbindlichkeiten wurde die sichernde Überdeckung in Höhe von 2 % vom Nennwert der in Umlauf befindlichen Bankschuldverschreibungen berücksichtigt.

47) Vertriebsstellen

	31.12.2017	31.12.2016
Inland	78	78
Ausland	0	0
Vertriebsstellen gesamt	78	78

48) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die internationale Ratingagentur Fitch hat am 19. Februar 2018 das langfristige Emittenten Rating des Volksbankenverbundes um eine Stufe von BBB- auf BBB angehoben.

Es ist geplant den Bankbetrieb der Waldviertler Volksbank Horn reg.Gen.m.b.H. in die VBW einzubringen. Im Falle der Zustimmung der zuständigen Gremien soll die Einbringung noch im ersten Halbjahr 2018 abgeschlossen werden.

49) Segmentberichterstattung

Der Konzern der VBW hat zwei Geschäftssegmente – Retail und ZO, die den strategischen Geschäftsfeldern entsprechen. Diese Geschäftsfelder erfüllen unterschiedliche Aufgaben und werden gemäß der internen Management- und Berichtsstruktur unterschiedlich gesteuert. Diese Steuerung setzt auf der Darstellung einer Geschäftseinheit als Profit-Center auf, was bedeutet, dass alle Ergebnisse einer Geschäftseinheit zugerechnet werden, unabhängig davon, ob diese in der Geschäftseinheit als eigene Rechtseinheit selbst oder in der Konzernmutter erwirtschaftet werden.

Für jedes Geschäftsfeld wird an den Vorstand und die Managementebene Bericht erstattet. Basis der Berichterstattung sind die Einzelabschlüsse der VBW und der Tochtergesellschaften. Die Zinsergebnisse der Profit-Center werden nach den Grundsätzen der Marktzinsmethode errechnet. Die Verrechnungspreise für Veranlagungen und Refinanzierungen zwischen Unternehmenseinheiten entsprechen marktüblichen Gegebenheiten. Die Kosten werden nach Schlüsseln der anteiligen Leistungserbringung auf die Geschäftsfelder aufgeteilt. Konzernprojektkosten werden ebenfalls den Geschäftsfeldern zugeordnet.

Retail

Das Segment Retail umfasst die Versorgung von Privatkunden, KMU sowie Kommerz-Kunden mit den banküblichen Dienstleistungen im Bereich Veranlagung und Finanzierung sowie Services im Bereich Wertpapier Beratung und Veranlagung, Zahlungsverkehr, Vermittlung von Versicherungsprodukten und Valuten- und Devisengeschäft.

Die Services werden typischerweise über die Kanäle Filialen sowie Internet bzw. Direktvertrieb erbracht. Dementsprechend sind in diesem Segment die Ergebnisse der Filialen bzw. Kommerz-Kunden-Profit-Center abgebildet.

ZO

Das Segment ZO umfasst die Aktivitäten des Spitzeninstituts sowie die Aufgaben der ZO für den ganzen österreichischen Volksbanken-Verbund. Das Treasury ist primär für die Liquiditätsbeschaffung auf Geld- und Kapitalmärkten bzw. für den Liquiditätsausgleich innerhalb des Volksbanken-Verbundes verantwortlich. Des Weiteren ist die Liquiditätssteuerung im Zusammenhang mit den regulatorischen Vorgaben über die Steuerung des Bankbuches im Bereich Liquidität und Zinsänderungsrisiko ein wesentlicher Bestandteil im Bereich der Aufgaben der VBW als Spitzeninstitut und ZO.

Zu den Profit-Centern gehört zusätzlich der Bereich Konsortialfinanzierung inklusive Groß-Wohnbau, wo die VBW als Syndizierungspartner für größere Kreditengagements von Kommerz-Kunden der Volksbanken ihre Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Ebenfalls hier erfasst sind die Ergebnisse der VB Services für Banken GmbH, welche ihre Dienstleistungen im Bereich Zahlungsverkehr und Wertpapier-Abwicklung den Volksbanken zur Verfügung stellt.

Schließlich werden alle übrigen Aktivitäten abgebildet, die zur Steuerung des Volksbanken-Verbundes dienen, welche die VBW als ZO im Sinne der CRR bzw. des BWG leistet.

Konsolidierung

Die Konsolidierungssachverhalte werden getrennt von den übrigen Aktivitäten in der Spalte Konsolidierung ausgewiesen. Die Positionen enthalten Beträge aus Konsolidierungen, die nicht innerhalb eines Segments durchgeführt werden.

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

1-12/2017

EUR Tsd.	Retail	ZO	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss	98.035	32.362	-3.171	127.226
Risikovorsorge	410	2.020	0	2.430
Provisionsüberschuss	58.904	-5.434	307	53.778
Handelsergebnis	283	5.314	0	5.597
Verwaltungsaufwand	-121.517	-119.297	35.938	-204.876
Restrukturierungsaufwand	321	955	0	1.276
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8.775	89.505	-33.075	65.206
<i>Hievon Abschreibung Firmenwert</i>	-8.262	0	0	-8.262
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-505	-6.946	-7	-7.458
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	-180	6.358	0	6.177
Jahresergebnis vor Steuern	44.525	4.838	-7	49.356
Steuern vom Einkommen	-2.328	6.952	2	4.626
Jahresergebnis nach Steuern	42.197	11.790	-5	53.982

31.12.2017

Bilanzsumme	5.952.603	6.008.002	-1.344.123	10.616.482
Forderungen an Kunden	4.465.571	399.318	-54.564	4.810.325
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	21.992	8.761	0	30.753
Verbindlichkeiten Kunden	5.234.090	623.209	-65.926	5.791.374
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital	126.065	787.220	0	913.285

1-12/2016

EUR Tsd.	Retail	ZO	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss	73.116	31.251	-4.687	99.681
Risikovorsorge	-23.531	9.886	0	-13.645
Provisionsüberschuss	42.822	-2.203	501	41.120
Handelsergebnis	463	4.570	-137	4.896
Verwaltungsaufwand	-98.341	-109.223	33.169	-174.394
Restrukturierungsaufwand	-3.994	7.054	0	3.060
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-2.507	72.003	-30.500	38.997
<i>Hievon Abschreibung Firmenwert</i>	-5.510	0	0	-5.510
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	702	1.038	0	1.740
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	7.420	2.831	0	10.252
Jahresergebnis vor Steuern	-3.850	17.208	-1.653	11.705
Steuern vom Einkommen	2.076	11.242	0	13.319
Jahresergebnis nach Steuern	-1.774	28.450	-1.653	25.024

31.12.2016

Bilanzsumme	4.713.257	6.189.832	-895.397	10.007.692
Forderungen an Kunden	3.872.835	534.538	-56.239	4.351.134
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	20.720	1.325	0	22.046
Verbindlichkeiten Kunden	4.044.482	703.969	-57.078	4.691.373
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital	25.250	728.849	0	754.099

50) Risikobericht

Die Übernahme und professionelle Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken ist eine Kernfunktion jeder Bank. Die Volksbank Wien (VBW) als ZO des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG bestehend aus der VBW und den Primärinstituten des Volksbankensektors erfüllt die zentrale Aufgabe, dass der Kreditinstitute-Verbund über Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren für die Erfassung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken und der Vergütungspolitik und -praktiken (§ 39 Abs. 2 BWG) verfügt. Der Steuerungsfokus und damit auch das Reporting liegt hierbei auf Verbundebene inklusive VBW als Bestandteil des Verbundes. Die Umsetzung der Steuerung im Verbund erfolgt durch Generelle und im Bedarfsfall individuelle Weisungen.

Folgende Risiken werden im Volksbanken-Verbund als wesentlich eingestuft:

- Kreditrisiken
- Marktrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige wesentliche Risiken (z.B. Beteiligungsrisiko, Strategisches Risiko, Reputationsrisiko, Eigenkapitalrisiko und Business Risk)

Aktuelle Entwicklungen

Der Volksbanken-Verbund wurde im Jahr 2017 erneut dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus der EZB unterzogen. Der diesjährige SREP berücksichtigte neben dem regulären Prüffeld auch den im Jahr 2016 durchgeführten und durch die IRRBB (Interest Rate Risk in the Banking Book)-Sensitivitätsanalyse der EZB ergänzten Stresstest.

Mit Beschluss der EZB vom 19.12.2017 wurde der VBW als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes das Ergebnis des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses übermittelt. Wie bereits in den Jahren davor können die von der EZB auferlegten zusätzlichen Kapitalquoten für das Jahr 2018 erfüllt werden.

Der für den Volksbanken-Verbund festgelegte CET 1-Anforderung in Höhe von 10,925 % für 2018 setzt sich wie folgt zusammen: Säule 1 CET-Anforderung von 4,5 %, Säule 2 Anforderung von 2,5 %, Kapitalerhaltungspuffer von 1,875 %, Systemrisikopuffer 0,25 % und Säule 2 Kapitalempfehlung von 1,8 %. Die Gesamtkapitalanforderung für 2018 beträgt 12,625 % (Säule 1 Anforderung von 8,0 %, Säule 2 Anforderung von 2,5 %, Kapitalerhaltungspuffer von 1,875 %, Systemrisikopuffer 0,25 %). Für den VBW Konzern gelten diese Anforderungen nicht.

Risikopolitische Grundsätze

Die risikopolitischen Grundsätze der VBW umfassen die innerhalb des Volksbanken-Verbundes gültigen Normen im Umgang mit Risiken und werden zusammen mit dem Risikoappetit vom ZO-Vorstand festgelegt. Ein verbundweit einheitliches Verständnis zum Risikomanagement ist die Basis für die Entwicklung eines Risikobewusstseins und einer Risikokultur im Unternehmen. Der Volksbanken-Verbund lässt sich in seinen Aktivitäten vom Grundsatz leiten, Risiken nur in dem Maße einzugehen, wie dies zur Erreichung der geschäftspolitischen Ziele erforderlich ist. Die damit verbundenen Risiken werden gesamthaft, unter Anwendung von Grundsätzen für das Risikomanagement, durch die Gestaltung der Organisationsstruktur und der Geschäftsprozesse gesteuert.

Organisation des Risikomanagements

Die VBW hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Marktfolge. Die Funktion eines zentralen und unabhängigen Risikocontrollings ist eingerichtet. An der Spitze des Risikocontrollings steht auf Vorstandsebene der Chief Risk Officer (CRO). Innerhalb des Vorstandsressorts des CRO gibt es eine Trennung zwischen Risikocontrolling und operativem Risikomanagement. Die Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle erfolgt nach dem 4-Augen-Prinzip. Diese Aufgaben werden zur Vermeidung von Interessenskonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Die Vielfältigkeit des Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Als Voraussetzung für ein solides Risikomanagement wird das Risk Appetite Framework (RAF) vom Volksbanken-Verbund auch im VBW Konzern laufend weiterentwickelt um den Risikoappetit bzw. den Grad der Risikotoleranz zu definieren, den die VBW bereit ist zu akzeptieren um seine festgelegten Ziele zu erreichen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Die Umsetzung der Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung stellen sich in der VBW wie folgt dar:

Säule 1: Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 in der VBW als ZO des Verbundes verfolgt die Erfüllung der regulatorischen Mindestanforderungen. Sowohl beim Kreditrisiko als auch beim Marktrisiko und beim Operationellen Risiko kommen die jeweiligen regulatorischen Standardansätze zur Bestimmung der Mindestkapitalanforderungen zur Anwendung.

Säule 2: Internal Capital Adequacy Assessment

Die aufsichtsrechtliche Kontrolle und Mindestanforderungen der Säule 2 werden im Rahmen des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) und im Rahmen des Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) umgesetzt. Dabei setzt die VBW alle notwendigen Maßnahmen um jederzeit eine ausreichende Kapital- und Liquiditätsausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten.

Säule 3: Offenlegung

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gemäß Verordnung der FMA zur Durchführung des BWG betreffend die Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (EU Verordnung Nr. 575 / 2013 Teil VIII Offenlegung) auf der institutseigenen Homepage unter Volksbank Wien / Offenlegung Volksbank Wien AG nachgekommen.

Verbundweites Risikomanagement

Das Risikocontrolling erstellt die Governance, Methoden und Modelle für die verbundweit strategischen Risikomanagementthemen sowie die Vorgaben zur Steuerung auf Portfolioebene. Die ZO hat zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion Generelle Weisungen (GW) gegenüber den dem Volksbanken-Verbund zugeordneten Kreditinstituten erlassen. Die GW ICAAP & GW ILAAP und die nachgelagerten Verbundhandbücher regeln verbindlich und einheitlich das Risikomanagement. Ziel der GW ICAAP & GW ILAAP ist es, allgemeine und verbundweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Risiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren bzw. festzulegen. Die Vorstände und Geschäftsführer aller Verbundmitglieder haben im Rahmen ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht im Interesse der Gesellschaften aus-

nahmslos und uneingeschränkt dafür Sorge zu tragen, dass die Generelle Weisungen im jeweiligen Unternehmen formal und faktisch Geltung erlangen. Jegliche Abweichungen und Sonderregelungen zu den Generellen Weisungen sind nur in Ausnahmefällen erlaubt und vorab mit der VBW als ZO abzustimmen.

a) Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen, risikoadäquaten Kapitalausstattung hat die VBW internationaler Best Practice folgend einen internen Kapitaladäquanzprozess (ICAAP) als revolvierenden Steuerungskreislauf aufgesetzt. Der ICAAP startet mit der Identifikation der für die VBW wesentlichen Risiken, durchläuft den Prozess der Risikoquantifizierung und -aggregation, die Ermittlung der Risikotragfähigkeit, die Limitierung und schließt mit der laufenden Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Maßnahmen. Erläuterungen zum ICAAP sind unter dem Punkt d) Liquiditätsrisiko dargestellt.

Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (z.B. täglich für die Risikomessung Marktrisiko Handelsbuch, quartalsmäßig für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Festlegung der Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft, bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst und vom Vorstand der ZO abgenommen.

Risikoinventur

Die Risikoinventur verfolgt das Ziel, das Gefahrenpotential neuer eingegangener wesentlicher Risiken zu erheben und bestehende wesentliche Risiken zu bewerten. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst und für den Konzern ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein und bilden den Ausgangspunkt für die Risikotragfähigkeitsrechnung, da wesentliche Risikoarten in der Risikotragfähigkeitsrechnung zu berücksichtigen sind.

Risikostrategie

Die Risikostrategie der VBW basiert auf der Verbund-Risikostrategie und -Geschäftsstrategie und schafft konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für ein einheitliches Risikomanagement. Die Risikostrategie wird zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Sie gibt die Regeln für den Umgang mit Risiken vor und sorgt für die jederzeitige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit im Konzern.

Risikoappetiterklärung (Risk Appetite Statement – RAS) und Limitsystem

Das Kernelement der Risikostrategie stellt ein im Einklang mit der Geschäftsstrategie stehendes Risk Appetite Statement (RAS) und integriertes Limitsystem dar. Das aus strategischen und weiteren (operativen) Kennzahlen bestehende RAS Kennzahlen-Set unterstützt den Vorstand bei der Umsetzung zentraler strategischer Ziele der VBW und operationalisiert diese.

Der Risikoappetit, d.h. die Indikatoren des RAS, werden aus dem Risikoprofil, der Risikokapazität und den Ertragserwartungen bzw. der strategischen Planung abgeleitet. Das auf Teilrisikoarten herunter gebrochene Limitsystem sowie das RAS geben den Rahmen für jenes maximale Risiko vor, das die VBW bereit ist, für die Erreichung der strategischen Ziele einzugehen. Die RAS Kennzahlen werden mit einem Ziel-, einem Trigger- und einem Limitwert versehen und werden ebenso wie die Gesamtbank- und Teilrisikolimits laufend überwacht. Damit wird sichergestellt, dass Abweichungen von der Risikostrategie rasch erkannt werden und zeitgerecht Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet werden können.

Risikotragfähigkeitsrechnung

Die Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP dar. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt. Die Einhaltung der Limite werden quartalsweise überwacht und berichtet.

Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit werden unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt, die sich in drei Sichtweisen widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische going concern Sicht
- Ökonomische Liquidationssicht (gone concern Sicht)

Die regulatorische Säule 1 Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Methoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf regulatorischen Definitionen). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit ist gesetzlich vorgegeben und stellt eine Mindestanforderung dar. Die Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikopositionen der VBW entspricht dem Muster einer typischen Retail Bank. Dabei werden Risikopositionen des Kredit-, Markt- und operationellen Risikos sowie der CVA Charge berücksichtigt.

In der going concern Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Kleinere, mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkraftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden. Als Risikodeckungsmasse werden im Wesentlichen stille Reserven, der im laufenden Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss / -fehlbetrag, der Plangewinn / Planverlust für die nächsten 12 Monate sowie jenes Kapital, das die in der Risikostrategie 2017 festgesetzte CET 1 Kapitalquote von 8,25 % überschreitet angesetzt. Bei der Risikoquantifizierung wird dafür auf ein Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von einem Jahr abgestellt. Gesamtbankrisikolimit ist mit 85 % der verfügbaren Risikodeckungsmasse in der ökonomischen Going Concern Sicht festgelegt.

In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des „internen“ Kapitals definiert. Dieses baut auf der aufsichtsrechtlichen Definition auf, umfasst aber noch zusätzliche Bestandteile wie z.B. stille Lasten/Reserven. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf interne Verfahren, in der Regel VaR, abgestellt. Dabei wird nicht nur auf die regulatorisch mit Eigenmitteln zu unterlegenden Risiken abgestellt, sondern es werden alle im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich erachteten und quantifizierbaren Risiken in die Betrachtung mit einbezogen. Bei der Risikoquantifizierung in der Liquidationssicht wird ein Konfidenzniveau von 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr verwendet. Das Gesamtbankrisikolimit ist mit 85 % der verfügbaren Risikodeckungsmasse in der ökonomischen Liquidationssicht festgelegt.

Stress Testing

Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken werden regelmäßig risikoartenspezifischen Stresstests unterzogen, wobei die Krisenszenarien derart gestaltet werden, dass das Eintreten von sehr unwahrscheinlichen, aber nicht unmöglichen Ereignissen simuliert wird. Anhand dieser Vorgehensweise können u.a. extreme Verluste erkannt und analysiert werden.

Neben diesen risikoartenspezifischen Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden regelmäßig auch bankinterne Stresstests sowie aufsichtliche Stresstests durchgeführt, welche risikoartenübergreifend sind. Der halbjährlich durchgeführte interne Gesamtbank-Stresstest setzt sich aus Szenarioanalysen, Sensitivitätsanalysen und dem Reverse Stress-test zusammen. In den Szenarioanalysen werden volkswirtschaftliche Krisenszenarien definiert und daraus die geänderten Risikoparameter für die einzelnen Risikokategorien und Geschäftsfelder abgeleitet. Neben der Risikoseite werden auch die Effekte der Krisenszenarien auf die Risikodeckungsmassen ermittelt. In einer gestressten Risikotragfähigkeitsrechnung werden schließlich die verschiedenen Auswirkungen der Krisenszenarien auf die Risikotragfähigkeit zusammengefasst und analysiert. Aus den Erkenntnissen des Gesamtbank-Stresstests werden Handlungsempfehlungen definiert und diese in Maßnahmen übergeleitet. So wird beispielsweise das Reporting-Rahmenwerk um neue Aspekte erweitert, zusätzlich Limite definiert, spezielle bzw. risikoreiche Branchen stärker überwacht und Planungsvorgaben für strategische Risikokennzahlen abgeleitet.

Risikoreporting

Das in der VBW implementierte Reporting-Rahmenwerk zielt darauf ab, sicherzustellen, dass alle wesentlichen Risiken vollständig identifiziert, überwacht und effizient, sowie zeitnah gesteuert werden. Das Reporting-Rahmenwerk bietet eine ganzheitliche und detaillierte Darstellung der Risiken und einer spezifischen Analyse der einzelnen Risikoarten.

Als Kernelement des Reporting-Rahmenwerks dient der monatliche Gesamtbankrisikobericht. Der Gesamtbankrisikobericht gibt einen Überblick über die Situation und Entwicklung der RAS-Kennzahlen, die Auslastung der Risikotragfähigkeit, adressiert alle wesentlichen Risiken und enthält u.a. umfangreiche qualitative und quantitative Informationen. Der Gesamtbankrisikobericht liefert dem Vorstand monatlich steuerungsrelevante Informationen und ergeht quartalsweise an den Aufsichtsrat der VBW.

Als Ergänzung zum Gesamtbankrisikobericht komplettieren diverse risikospezifische Berichte (z.B. Analysen im Kreditrisiko über die Entwicklung einzelner Sub-Portfolien) das Reporting-Rahmenwerk.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Da die VBW dem Volksbanken-Verbund angehört, welcher als ein systemrelevantes Kreditinstitut eingestuft wurde, hat die VBW einen Sanierungsplan entwickelt und bei den relevanten Aufsichtsbehörden (z.B. EZB) eingereicht. Dieser Sanierungsplan wird mindestens einmal jährlich aktualisiert und berücksichtigt sowohl Änderungen in den Geschäftsaktivitäten der Bank, als auch veränderte aufsichtsrechtliche Anforderungen.

b) Kreditrisiko

Unter dem Kreditrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die dadurch entstehen, dass ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Organisation Kreditrisikomanagement

Die mit dem Kreditrisiko im Zusammenhang stehenden Aufgaben werden in der VBW von dem operativen Kreditrisikomanagement und bestimmten Teilbereichen des Risikocontrollings wahrgenommen. Für die operativen Kreditrisikomanagement-Funktionen sind die Einheiten Kreditrisikomanagement Filialen, Kreditrisikomanagement Real Estate & Corporates, Sanierungsmanagement & Betreuung zuständig. Das Risikocontrolling ist für die Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle sowie das Kreditrisikoberichtswesen zuständig.

Operatives Kreditrisikomanagement

Grundsätze Kreditvergabe

- Kreditgeschäfte setzen zwingend Kreditabschlüsse mit kreditnehmerbezogenen Limiten voraus. Die Festlegung und Überwachung der Limite wird einheitlich auf Verbundebene geregelt.
- Die Ratingverpflichtung gilt für alle Obligi über der definierten Mindesthöhe. Der Ratingprozess basiert auf einem 4-Augen-Prinzip und gilt verbundweit.
- Bei der Auswahl von Kreditsicherheiten wird auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis geachtet und somit auf vornehmlich werthaltige, wenig bearbeitungs- und kostenintensive sowie auf tatsächlich verwertbare Kreditsicherheiten zurückgegriffen. Aus diesem Grund werden Sachsicherheiten, wie beispielsweise Immobiliensicherheiten und finanzielle Sicherheiten, wie Bar- oder Wertpapiersicherheiten, eine bevorzugte Stellung eingeräumt. Die Werthaltigkeit und Durchsetzbarkeit von Kreditsicherheiten ist grundsätzlich vor jeder Kreditentscheidung zu beurteilen. Grundsätze für das Management von Sicherheiten bzw. einheitliche Regeln für die Auswahl, Bestellung, Verwaltung und Bewertung von Kreditsicherheiten gelten auf Verbundebene.
- Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite werden grundsätzlich nicht mehr angeboten bzw. vergeben.
- Der Hauptmarkt des Kreditgeschäftes ist der österreichische Markt. Kreditvergaben an Kunden in den definierten Zielländern Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Slowenien können nur innerhalb der lokal zugeteilten Limite erfolgen.

Entscheidungsprozess

In allen Einheiten der VBW, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, die die Einbindung des operativen Risikomanagements und des Vorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Einheiten in einen Rahmen fassen.

Engagement- und Sicherheitenüberwachung

Die Prozesse zur Überprüfung der Engagements und Sicherheiten sind verbundweit geregelt und von allen zugeordneten Kreditinstituten (ZK) einzuhalten.

Limitierung

Die Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und von Klumpenrisiken erfolgt anhand differenzierter Limitkategorien.

Im Volksbanken-Verbund wird die Gruppe verbundener Kunden (GvK) als Basis für Limite bei Neukreditvergaben und für Überwachen herangezogen. Hinsichtlich der Limite wird zwischen den Vorgaben auf Ebene des Volksbanken-Verbundes und für die Einzelinstitute unterschieden. Die Überprüfung der Limitierungen auf Einzelgeschäftsebene erfolgt kontinuierlich im operativen Risikomanagement der Teilinstitute und wird anhand zentraler Auswertungen durch das operative Risikomanagement der VBW in ihrer Rolle als ZO überwacht.

Im Zusammenhang mit Portfoliolimitierungen werden derzeit im Verbund hauptsächlich Länderrisikolimiten und Wesentlichkeitsgrenzen für Regionen und Branchen definiert. Diese Limite sind für den Kreditvergabeprozess relevant und werden monatlich durch das Risikocontrolling überwacht.

Um eine entsprechend nachhaltig gesunde Portfolioqualität zu erzielen, gibt es bonitätsabhängige verbundweite Vorgaben für Geschäfte mit Neukunden und Obligoerhöhungen bei Bestandskunden.

Intensiviertes Kreditrisikomanagement

Unter intensiviertem Kreditrisikomanagement wird im Verbund und damit auch in der VBW die gesonderte Beobachtung von Kunden mit Zahlungsschwierigkeiten und/oder ausfallsgefährdeter Kunden verstanden. Das intensivierte Kreditrisikomanagement umfasst unter anderem Prozesse rund um die Früherkennung von ausfallsgefährdeten Kunden, das Mahnwesen, Forbearance-Prozesse sowie die Ausfallserkennung.

Früherkennung (EWS): Bei der Früherkennung werden Kunden, welche innerhalb der nächsten Monate ein erhöhtes Ausfallrisiko aufweisen könnten, auf Grund bestimmter Indikatoren systematisch identifiziert. Der VBW wird damit die Möglichkeit gegeben, potentiellen Ausfällen frühzeitig entgegen steuern zu können. Die Früherkennung von ausfallsgefährdeten Kunden ist verbundweit in einem einheitlichen Frühwarnsystem (EWS-Early Warning System) geregelt.

Mahnwesen: Das im gesamten Verbund und damit der VBW zum Einsatz kommende Mahnwesen basiert auf einer automatisierten und einheitlichen Basis. Die Kriterien und Vorgaben für das Mahnwesen werden zentral von der VBW für den ganzen Verbund definiert.

Forbearance: Unter Forbearance werden Zugeständnisse verstanden, die der Kreditgeber dem Schuldner im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten oder drohenden finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners gewährt, ansonsten aber nicht gewähren würde. Schuldner, bei denen Geschäfte als forborne eingestuft wurden, unterliegen im Verbund besonderen (Überwachungs-)vorschriften.

Ausfallserkennung: Der Prozess der Ausfallserkennung dient dazu, Ausfälle rechtzeitig zu erkennen. Ein Kunde gilt als ausgefallen, wenn gemäß CRR I ein Leistungsverzug von über 90 Tagen und/oder eine vollständige Begleichung der Verbindlichkeit als unwahrscheinlich angesehen wird. Der Verbund hat 13 mögliche Ausfallseventarten definiert, die für eine verbundweit einheitliche Klassifizierung von Ausfallereignissen verwendet werden. Die Ausfallserkennung baut unter anderem auch auf den oben beschriebenen Frühwarnerkennungs- und Forbearance-Prozessen auf. Zusätzlich gibt es weitere (Prüf-) Prozesse, wie z.B. die Analyse der erwarteten Cash-Flows innerhalb der regulären oder anlassbezogenen Engagementüberprüfung, die eine Einstufung in eine Ausfallsklasse auslösen können.

Problem Loan Management

Im Rahmen des verbundweiten Problem Loan Management-Systems (PLM) erfolgt die Zuordnung der Kunden anhand eindeutig definierter Indikatoren, die verbundweit einheitlich zur Anwendung kommen. Es wird in weiterer Folge zwischen Kunden in

- Intensivbetreuung (negative Änderung der Risikoeinschätzung, aber noch nicht ausgefallen),
- Sanierung (akute Ausfallsgefährdung bzw. bereits ausgefallen, Kunde jedoch sanierungswürdig) und
- Betreuung (ausgefallene und nicht sanierungswürdige Kunden)

unterschieden und entsprechend differenzierte Bearbeitungsprozesse sind im Verbund einheitlich aufgesetzt.

Quantitatives Kreditrisikomanagement

Messung und Steuerung des Kreditrisikos

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditsentscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die Grundlage für die Portfoliosteuerung.

Die Ergebnisse der Kreditrisikomessung werden monatlich an den Vorstand im Rahmen des Risikokomitees berichtet. Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Modelle und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken.

Ratingsysteme

Verbundweit werden standardisierte Modelle zur Bonitätsbestimmung (die VB Ratingfamilie) und zur Bestimmung der Verlusthöhe im Ausfall angewandt. Die erwartete Ausfallswahrscheinlichkeit jedes Kunden wird über die VB Ratingfamilie geschätzt und über die VB Masterskala ausgedrückt, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Kundensegmente hinweg.

Die Ratingklassen der Ratingstufe 5 decken die verbundweit zur Anwendung kommenden Ausfallsgründe für einen Kredit ab und werden auch zum Reporting nicht-performender Kredite (NPL) herangezogen.

Credit Value at Risk

Die Berechnung des für das Kreditrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarfes erfolgt über die Credit Value at Risk (CVaR) Methodik. Der Verbund hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode entschieden. Im Detail wird für die Modellierung der Kreditrisiken im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Konzentrationen

Die konzernweite Quantifizierung und Bewertung von Konzentrationen erfolgt monatlich einerseits über die ermittelten Risikoparameter und andererseits im Zuge der Erstellung des Risikoberichtes. Ergänzend beleuchtet wird das Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gesamtbank.

Kontrahentenausfallrisiko

Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Value Adjustments (CVA) bzw. Debt Value Adjustment (DVA) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko – Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Für jene Kontrahenten, für die keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads verfügbar sind, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Volksbankenverbundes. Der Verbund verwendet kein internes Modell zur Berechnung des Kontrahentenausfallrisikos.

Ausnutzungs- und etwaige Überziehungsreports werden den betroffenen Kreditabteilungen sowie dem Treasury täglich zur Verfügung gestellt.

Kreditrisikominderung

Die Berücksichtigung der Sicherheiten in den Kreditrisikomodellen für CVaR und in den Expected Loss Berechnungen erfolgt primär über die verbundweiten LGD-Modelle. Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufwert.

Zur Reduktion des Kontrahentenrisikos von derivativen Geschäften verwendet der Verbund Kreditrisikominderungstechniken wie Netting und Sicherheiten austausch. Der Verbund strebt mit allen wesentlichen Marktteilnehmern den Abschluss eines standardisierten ISDA-Rahmenvertrags für das bilaterale Netting und eines entsprechenden Credit Support Annex (CSA) an. Es findet ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit den Kontrahenten statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellen

lenwerte, müssen diese Überhänge mit Sicherheiten abgedeckt werden. Diese Sicherheiten werden regulatorisch anerkannt und reduzieren das Risiko.

Kreditrisikoberichtswesen

Das Kreditrisiko-Reporting erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehenden Kreditrisikos darzustellen und an den Gesamtvorstand zu berichten. Entsprechende Reports werden für den Konzern, die wesentlichen Konzerneinheiten und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Gesamtkrisikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden.

Folgende Analysen sind Bestandteil des monatlichen Reports:

- Portfolioverteilung
- Neugeschäftsentwicklung
- Bonitätsverteilungen
- Non-performing loans (NPL)
- Forbearance
- Kreditrisikokonzentrationen
- Ländergruppenanalyse
- Kundensegmente
- Branchenverteilungen

Entwicklung des kreditrisikorelevanten Portfolios in 2017

Definition kreditrisikorelevantes Portfolio

Unter kreditrisikorelevanten Positionen werden alle Positionen zusammengefasst, die ein Kreditrisiko im engeren Sinn beinhalten. Kreditrisikorelevante Positionen sind in folgenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen enthalten:

- Barreserve exkl. Kassenbestand, da letztere kein Kreditrisiko enthält
- Forderungen an Kreditinstitute brutto
- Forderungen an Kunden brutto
- Handelsaktiva: es werden nur festverzinsliche Wertpapiere inkludiert, jedoch keine positiven Marktwerte aus Derivaten, da diese kein Kreditrisiko im engeren Sinn beinhalten
- Finanzinvestitionen: hier werden ebenfalls nur festverzinsliche Wertpapiere inkludiert. Aktien werden ausgeschlossen, da diese kein Kreditrisiko im engeren Sinn beinhalten
- Eventualverbindlichkeiten: inkludiert werden Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen und Akkreditive, sonstige Verbindlichkeiten sind exkludiert
- Kreditrisiken: beinhalten noch nicht in Anspruch genommene Zusagen

Die folgende Tabelle zeigt das kreditrisikorelevante Portfolio zum 31.12.2017 im Vergleich zum Vorjahr. Die relevante Größe ist der Bruttowert vor Abzug von jeglichen Wertminderungen, Sicherheiten oder anderen kreditrisikomindernden Effekten.

Kreditrisikorelevantes Portfolio:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve	1.758.462	902.264
Forderungen an Kreditinstitute	1.703.912	2.196.042
Forderungen an Kunden	4.810.325	4.351.134
Handelsaktiva	8.320	24.162
Finanzinvestitionen	1.803.197	1.791.041
Eventualverbindlichkeiten	341.397	389.321
Kreditrisiken	4.375.600	4.283.838
Gesamt	14.801.213	13.937.802

Das gesamte kreditrisikorelevante Portfolio betrug zum 31.12.2017 EUR 14.801 Mio. (31.12.2016: EUR 13.938 Mio.). Die größte Forderungsklasse stellen die Forderungen an Kunden dar, dies entspricht dem Geschäftsmodell des klassischen Kreditgeschäftes mit Fokus auf Privat- und KMU-Kunden.

Forderungen an Kreditinstitute und die Barreserve werden in erster Linie zur Steuerung von Liquidität verwendet und beinhalten ein vergleichsweise niedriges Kreditrisiko. Die Finanzinvestitionen beinhalten Wertpapiere aus dem Treasury Portfolio, die ebenfalls in erster Linie zur Steuerung der Liquidität des ganzen Verbunds verwendet werden. Bei den kreditrisikorelevanten Wertpapieren handelt es sich im Wesentlichen um österreichische und europäische Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand und Covered Bonds europäischer Institute im Investmentgrad-Bereich. Ein Wertpapierportfolio, das als Hauptziel Gewinnerwirtschaftung aus Kursentwicklungen hat, wird im Volksbanken-Verbund nicht anvisiert. Da die Steuerung des Liquiditätsrisikos zentral von der ZO vorgenommen wird, gibt es bei den restlichen Volksbanken kaum kreditrisikorelevante Positionen in diesen Bilanzpositionen.

Außerhalb der Bilanz sind vor allem noch nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen und Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen von Bedeutung.

Aus diesem Grund liegt der interne Fokus der Kreditrisikosteuerung auf den bilanziellen und außerbilanziellen Kundenforderungen.

Entwicklung nach Kundensegmenten

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Verteilung des kreditrisikorelevanten Portfolios nach Bilanzpositionen und Kundensegmenten. Da die VBW innerhalb des Verbundes die zentrale Liquiditätssteuerungsfunktion übernimmt, ist das größte Kundensegment der kreditrisikorelevanten Positionen die öffentliche Hand. In diesem Segment sind die Zentralbankforderung und der Großteil der Finanzinvestitionen zu finden. Bei den Kundenforderungen ist das KMU Segment (das intern weiter in KMU Privatkunden, KMU und KMU Firmenkunden unterteilt wird) mit EUR 2.478 Mio. zum 31.12.2017 (31.12.2016: EUR 2.315 Mio.) am stärksten ausgeprägt, gefolgt von dem Segment Retail Privat, das Forderungen an Privatkunden beinhaltet.

Portfolioverteilung nach Kundensegmenten:

31.12.2017 EUR Tsd.	Banken	Privat- kunden	KMU	Firmen- kunden	Öffentliche Hand	Sonstige
Barreserve	0	0	0	0	1.758.462	0
Forderungen an Kreditinstitute	1.703.912	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	0	1.926.128	2.478.425	164.670	76.317	164.784
Handelsaktiva	6.079	0	0	2.241	0	0
Finanzinvestitionen	434.208	0	6	17.642	1.351.341	0
Eventualverbindlichkeiten	2.434	32.254	289.978	3.733	51	12.947
Kreditrisiken	3.382.635	301.260	448.052	34.635	141.368	67.649
Gesamt	5.529.269	2.259.642	3.216.462	222.921	3.327.539	245.380

31.12.2016 EUR Tsd.	Banken	Privat- kunden	KMU	Firmen- kunden	Öffentliche Hand	Sonstige
Barreserve	0	0	0	0	902.264	0
Forderungen an Kreditinstitute	2.196.042	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	0	1.693.350	2.315.162	136.196	117.339	89.087
Handelsaktiva	12.582	0	0	0	11.580	0
Finanzinvestitionen	351.734	0	3	957	1.438.348	0
Eventualverbindlichkeiten	1.921	23.175	356.592	6.728	53	851
Kreditrisiken	3.487.622	173.332	449.677	31.449	131.041	10.718
Gesamt	6.049.900	1.889.858	3.121.434	175.329	2.600.624	100.656

Entwicklung nach Währungen

Entsprechend der Risikostrategie ist der überwiegende Anteil des Kreditportfolios in Euro; die FX-Bestände in den Kundenforderungen – hier vor allem FX-Kredite – werden sukzessive verringert.

Portfolioverteilung nach Währungen:

31.12.2017

EUR Tsd.	EUR	CHF	USD	GBP	Sonstige
Barreserve	1.758.462	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	1.171.267	477.030	2.128	515	52.972
Forderungen an Kunden	4.518.379	275.489	1.151	0	15.306
davon Privatkunden	1.737.361	181.505	460	0	6.802
davon KMU	2.398.733	70.497	691	0	8.503
davon Firmenkunden	164.670	0	0	0	0
davon sonstige	217.615	23.487	0	0	0
Handelsaktiva	8.320	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.762.157	22.475	0	0	18.565
davon Banken	434.208	0	0	0	0
davon Firmenkunden	17.642	0	0	0	0
davon Öffentliche Hand	1.310.301	22.475	0	0	18.565
davon sonstige	6	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	340.172	51	1.174	0	0
Kreditrisiken	4.374.037	2	1.134	0	428
Gesamt	13.932.794	775.047	5.587	515	87.271

31.12.2016

EUR Tsd.	EUR	CHF	USD	GBP	Sonstige
Barreserve	902.264	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	1.433.970	709.972	5.445	611	46.044
Forderungen an Kunden	3.944.845	382.885	2.000	0	21.405
davon Privatkunden	1.462.889	220.788	865	0	8.808
davon KMU	2.210.191	91.325	1.050	0	12.597
davon Firmenkunden	136.111	0	84	0	0
davon sonstige	135.654	70.772	0	0	0
Handelsaktiva	24.162	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.742.553	25.258	0	0	23.229
davon Banken	351.734	0	0	0	0
davon Firmenkunden	957	0	0	0	0
davon Öffentliche Hand	1.389.860	25.258	0	0	23.229
davon sonstige	3	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	389.265	56	0	0	0
Kreditrisiken	4.280.857	519	2.091	0	371
Gesamt	12.717.916	1.118.690	9.536	611	91.049

Entwicklung der Tilgungsträger- und Fremdwährungskredite

Zum 31.12.2017 betrug das Kreditvolumen der Tilgungsträger- und Fremdwährungskredite EUR 368.955 Tsd. (31.12.2016: EUR 438.395 Tsd.).

Entwicklung nach Ländern

Der Hauptgeschäftstätigkeit des Verbunds und damit der VBW befindet sich im österreichischen Markt. Dies ist auch aus den nachfolgenden Tabellen ersichtlich: Zum 31.12.2017 betrug das Österreich-Exposure 90,2 % des kreditrisikorelevanten Portfolios (31.12.2016: 89,0 %). Gemäß der Risikostrategie werden Auslandsforderungen im Kundenportfolio grundsätzlich nicht ausgebaut. Für die vier definierten Zielländer Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Slowenien gelten gesonderten Regeln im Kundenportfolio.

Im Banken- und Wertpapierportfolio können Auslandsforderungen weiterhin bestehen, sofern diese sehr gute Bonitäten aufweisen. Der Großteil des Wertpapierbestandes besteht aus LCR-fähigen Wertpapieren.

Portfolioverteilung nach Ländern:

31.12.2017

EUR Tsd.	Österreich	Deutschland	Schweiz	Liechtenstein	Slowenien	EWR	EU CEE	Sonstige
Barreserve	1.758.462	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	1.279.468	122.810	2.043	6	0	255.575	1.074	42.937
Forderungen an Kunden	4.691.329	35.648	28.632	5	208	21.964	20.805	11.733
davon Privatkunden	1.899.007	12.384	1.139	5	208	3.368	6.271	3.747
davon KMU	2.443.484	18.516	4.007	0	0	1.521	10.201	696
davon Firmenkunden	144.457	1.008	0	0	0	17.075	2.131	0
davon sonstige	204.382	3.741	23.487	0	0	0	2.201	7.290
Handelsaktiva	8.320	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	899.649	58.121	1.095	0	1.557	584.272	225.160	33.343
davon Banken	126.300	49.116	1.095	0	0	253.394	0	4.303
davon Firmenkunden	8.468	0	0	0	0	0	0	9.174
davon Öffentliche Hand	764.875	9.005	0	0	1.557	330.878	225.160	19.865
davon sonstige	6	0	0	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	340.635	381	38	0	0	27	62	255
Kreditrisiken	4.372.349	1.563	28	0	12	35	1.346	266
Gesamt	13.350.212	218.522	31.837	11	1.777	861.874	248.446	88.533

31.12.2016

EUR Tsd.	Österreich	Deutschland	Schweiz	Liechtenstein	Slowenien	EWR	EU CEE	Sonstige
Barreserve	902.264	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	1.689.196	156.827	8.406	0	0	292.654	514	48.445
Forderungen an Kunden	4.155.658	49.161	75.494	23	234	32.186	25.918	12.461
davon Privatkunden	1.667.826	11.427	549	23	234	3.636	6.351	3.305
davon KMU	2.259.379	33.252	4.173	0	0	1.731	15.673	954
davon Firmenkunden	104.811	671	0	0	0	26.820	3.894	0
davon sonstige	123.642	3.811	70.772	0	0	0	0	8.201
Handelsaktiva	24.162	0	0	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	968.897	41.578	0	0	0	524.978	234.607	20.980
davon Banken	107.099	32.665	0	0	0	207.665	0	4.305
davon Firmenkunden	957	0	0	0	0	0	0	0
davon Öffentliche Hand	860.839	8.913	0	0	0	317.313	234.607	16.675
davon sonstige	3	0	0	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	388.141	896	40	0	0	27	88	128
Kreditrisiken	4.282.344	1.092	15	0	9	29	225	124
Gesamt	12.410.661	249.554	83.956	23	243	849.874	261.353	82.139

Entwicklung nach Branchen

Die wesentlichste Branche in der VBW in den Kundenforderungen stellen die Privaten Haushalte mit 40,3 % zum 31.12.2017 (31.12.2016: 34,9 %) dar. Die größte gewerbliche Branche in der VBW ist zum 31.12.2017 die Immobilienbranche. Hier beträgt der Anteil 31,5 % (31.12.2016: 32,7 %). Die Definition der Branchen richtet sich stark nach den ÖNACE Codes und ist nicht direkt mit den Kundensegmenten vergleichbar, wo eine andere Klassifizierungslogik angewendet wird.

Portfolioverteilung nach Branchen:

31.12.2017 EUR Tsd.	Private Haushalte	Finanzdienstleistungen inkl. Banken	Öffentliche Stellen	Immobilien	Bauwirtschaft
Barreserve	0	1.758.462	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	1.703.912	0	0	0
Forderungen an Kunden	1.936.387	92.438	79.234	1.514.547	141.009
Handelsaktiva	0	6.079	0	0	0
Finanzinvestitionen	0	425.317	1.367.377	0	0
Eventualverbindlichkeiten	32.282	204.805	480	29.960	10.740
Kreditrisiken	301.365	3.457.557	113.741	256.102	37.253
Gesamt	2.270.034	7.648.569	1.560.831	1.800.610	189.002

31.12.2017 EUR Tsd.	Tourismus	Handel und Reparatur	Ärzte/ Gesundheitswesen	Land-/ Forstwirtschaft	Sonstige
Barreserve	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	97.085	207.145	82.662	142.694	517.124
Handelsaktiva	0	0	0	0	2.241
Finanzinvestitionen	0	0	0	0	10.503
Eventualverbindlichkeiten	7.969	19.020	11.929	2.209	22.004
Kreditrisiken	12.533	50.633	6.719	27.963	111.733
Gesamt	117.586	276.798	101.310	172.866	663.606

31.12.2016 EUR Tsd.	Private Haushalte	Finanzdienstleistungen inkl. Banken	Öffentliche Stellen	Immobilien	Bauwirtschaft
Barreserve	0	902.264	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	2.196.042	0	0	0
Forderungen an Kunden	1.519.971	94.508	125.411	1.423.809	137.866
Handelsaktiva	0	12.582	11.580	0	0
Finanzinvestitionen	0	334.729	1.440.443	14.996	0
Eventualverbindlichkeiten	21.947	254.772	469	22.810	12.518
Kreditrisiken	168.266	3.542.548	106.198	197.741	33.896
Gesamt	1.710.184	7.337.444	1.684.101	1.659.355	184.280

31.12.2016 EUR Tsd.	Tourismus	Handel und Reparatur	Ärzte/ Gesundheitswesen	Land-/ Forstwirtschaft	Sonstige
Barreserve	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	95.608	217.533	89.825	147.060	499.545
Handelsaktiva	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	0	0	0	0	873
Eventualverbindlichkeiten	9.758	22.430	13.547	1.910	29.160
Kreditrisiken	7.103	50.809	7.974	24.866	144.437
Gesamt	112.469	290.772	111.346	173.836	674.015

Entwicklung nach Ratings

Die Einteilung in die einzelnen Risikokategorien erfolgt nach den im Verbund geltenden internen Ratingstufen. Forderungen der Risikokategorie 1 weisen die höchste Bonität (niedrigste erwartete Ausfallsrate) auf, während Forderungen der Risikokategorie 4 die niedrigste Bonität aufweisen und Forderungen der Risikokategorie 5 ausgefallene Forderungen darstellen (non-performing loans, NPLs). Die Kategorie NR umfasst vorwiegend kleine Exposures, die unterhalb der Ratingpflicht liegen.

Portfolioverteilung nach Ratings:

31.12.2017 EUR Tsd.	Risiko- kategorie 1 (1A - 1E)	Risiko- kategorie 2 (2A - 2E)	Risiko- kategorie 3 (3A - 3E)	Risiko- kategorie 4 (4A - 4E)	Risiko- kategorie 5 (5A - 5E)	Risiko- kategorie 6 (NR)
Barreserve	1.758.462	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	133.750	1.511.400	36.066	4.775	0	17.922
Forderungen an Kunden	126.444	1.522.676	2.603.736	395.936	157.156	4.378
davon Privatkunden	2.346	1.124.148	649.275	86.776	62.370	1.213
davon KMU	37.886	294.284	1.753.645	303.481	86.073	3.056
davon Firmenkunden	21.959	66.064	72.750	2.872	952	72
davon sonstige	64.252	38.180	128.066	2.807	7.761	36
Handelsaktiva	0	0	8.320	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.061.492	683.343	58.331	0	6	25
davon Banken	110.261	313.970	9.978	0	0	0
davon Firmenkunden	0	17.366	251	0	0	25
davon Öffentliche Hand	951.231	352.008	48.102	0	0	0
davon sonstige	0	0	0	0	6	0
Eventualverbindlichkeiten	723	69.223	223.149	16.382	4.000	27.920
Kreditrisiken	163.194	3.669.791	492.773	43.489	2.393	3.960
Gesamt	3.244.063	7.456.433	3.422.376	460.581	163.555	54.205

31.12.2016 EUR Tsd.	Risiko- kategorie 1 (1A - 1E)	Risiko- kategorie 2 (2A - 2E)	Risiko- kategorie 3 (3A - 3E)	Risiko- kategorie 4 (4A - 4E)	Risiko- kategorie 5 (5A - 5E)	Risiko- kategorie 6 (NR)
Barreserve	902.264	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	71.644	364.328	1.734.628	7.263	0	18.179
Forderungen an Kunden	148.574	1.080.469	2.382.281	545.626	191.913	2.272
davon Privatkunden	3.661	757.210	721.188	158.641	51.543	1.108
davon KMU	36.939	218.664	1.551.326	377.584	129.635	1.013
davon Firmenkunden	6.374	70.790	56.531	1.040	1.355	105
davon sonstige	101.600	33.804	53.236	8.361	9.380	45
Handelsaktiva	11.580	6	12.576	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.283.842	280.734	226.462	0	3	0
davon Banken	126.373	225.361	0	0	0	0
davon Firmenkunden	620	0	337	0	0	0
davon Öffentliche Hand	1.156.850	55.373	226.125	0	0	0
davon sonstige	0	0	0	0	3	0
Eventualverbindlichkeiten	55	59.011	281.774	19.493	6.904	22.085
Kreditrisiken	145.913	168.470	3.905.142	57.450	4.637	2.227
Gesamt	2.563.871	1.953.016	8.542.863	629.832	203.456	44.764

Entwicklung NPL Portfolio

Die ausgefallenen Kredite oder NPLs werden der Risikokategorie 5 zugeordnet. Die interne Steuerung erfolgt nach der NPL-Ratio für bilanzielle und außerbilanzielle Kundenforderungen. Für die restlichen Forderungsarten werden die Ausfälle zwar ebenfalls überwacht, diese waren in der Vergangenheit für die Steuerung jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Die **NPL Ratio** in der internen Risikosteuerung betrug zum 31.12.2017 für die VBW 2,52 % (2016: 3,45 %).

Die NPL Deckungsquote durch Risikovorsorgen bzw. **Coverage Ratio I** für das interne Berichtswesen beträgt zum 31.12.2017 für die VBW 26,95 % (2016: 25,26 %).

Die NPL Deckungsquote durch Risikovorsorgen und Sicherheiten bzw. **Coverage Ratio III** für das interne Berichtswesen beträgt zum 31.12.2017 für die VBW 103,7 % (2016: 96,23 %).

Diese Kennzahlen beziehen sich ausschließlich auf Kundenforderungen sowie Kreditrisiken und Eventualverbindlichkeiten an Kunden exklusive verbundinterner Geschäfte und dem Anteil der Verbundgarantie, die nicht der VBW zugeordnet wird. Aus diesem Grund unterscheiden sich diese Werte von den in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Werten. Die Kreditrisiken und Eventualverbindlichkeiten in der nachfolgenden Tabelle enthalten auch Geschäfte, die mit anderen Volksbanken abgeschlossen wurden. Die Positionen erhöhen den NPL Nenner wesentlich und reduzieren dadurch beispielsweise die NPL Ratio signifikant (siehe Erläuterungen unten), sodass diese Sicht für die Risikosteuerung weniger Relevanz hat. Weiters werden in der nachfolgenden Tabelle die vollen Beträge der durch die Verbundgarantie gedeckten Geschäfte dargestellt. Da jedoch die VBW, als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes, mittels der Verbundgarantie Teile des Risikos an einem übernommenen Kreditportfolio an andere Volksbanken weitergegeben hat, werden diese Anteile nicht in der internen Risikosit für die Steuerung der VBW berücksichtigt.

Das für die Berechnung der NPL Ratio relevante Kreditrisikovolumen betrug im internen Berichtswesen EUR 5.667.142 Tsd. (2016: EUR 5.038.587 Tsd.). Dieser Betrag versteht sich wie bereits erwähnt exklusive der anteiligen Verbundgarantie sowie exklusive der verbundinternen Geschäfte und ist deshalb wesentlich geringer als die in der folgenden Tabelle dargestellten EUR 9.527.322 Tsd. zum 31.12.2017 (2016: EUR 9.024.293 Tsd.).

Die Summe der NPL im internen Berichtswesen betrug zum 31.12.2017 EUR 143.077 Tsd. (2016: EUR 173.803 Tsd.). Der NPL Betrag ist geringer als die in der folgenden Tabelle ausgewiesenen EUR 163.549 Tsd. zum 31.12.2017 (2016: EUR 203.454 Tsd.). Dies ist auf die anteilige Aufteilung der ausgefallenen Verbundgarantiegeschäfte auf die restlichen Volksbanken zurückzuführen. Im NPL Portfolio gibt es keine verbundinternen Geschäfte.

Die Summe der Risikovorsorgen im NPL Portfolio im internen Berichtswesen betrug zum 31.12.2017 EUR 38.555 Tsd. (2016: EUR 43.905 Tsd.). Dieser Betrag ist geringer als die in der folgenden Tabelle ausgewiesenen EUR 49.482 Tsd. zum 31.12.2017 (2016: EUR 59.753 Tsd.). Dies ist auf die anteilige Aufteilung der ausgefallenen Verbundgarantiegeschäfte auf die restlichen Volksbanken zurückzuführen.

Der Betrag der Sicherheiten im NPL Portfolio im internen Berichtswesen betrug zum 31.12.2017 EUR 109.820 Tsd. (2016: EUR 123.346 Tsd.) Dieser Betrag ist geringer als die in der folgenden Tabelle ausgewiesenen EUR 117.346 Tsd. zum 31.12.2017 (2016: EUR 137.675 Tsd.). Dies ist auf die anteilige Aufteilung der ausgefallenen Verbundgarantiegeschäfte auf die restlichen Volksbanken zurückzuführen.

Entwicklung NPL Portfolio:

31.12.2017 EUR Tsd.	Kreditrisiko- volumen gesamt	NPL	NPL Quote	Risikovorsorge NPL	NPL Deckungsquote	Sicherheiten für NPL
Barreserve	1.758.462	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	1.703.912	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	4.810.325	157.156	3,27 %	46.555	29,62 %	115.553
davon Privatkunden	1.926.128	62.370	3,24 %	12.343	19,79 %	51.898
davon KMU	2.478.425	86.073	3,47 %	26.616	30,92 %	61.455
davon Firmenkunden	164.670	952	0,58 %	440	46,26 %	703
davon sonstige	241.102	7.761	3,22 %	7.156	92,21 %	1.497
Handelsaktiva	8.320	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.803.197	6	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	341.397	4.000	1,17 %	2.400	60,01 %	1.793
Kreditrisiken	4.375.600	2.393	0,05 %	526	22,00 %	0
<hr/>						
Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	9.527.322	163.549	1,72 %	49.482	30,26 %	117.346
Barreserve, Forderung an Kreditinstitute und Kunden	8.272.699	157.156	1,90 %	46.555	29,62 %	115.553
<hr/>						
31.12.2016 EUR Tsd.	Kreditrisiko- volumen gesamt	NPL	NPL Quote	Risikovorsorge NPL	NPL Deckungsquote	Sicherheiten für NPL
Barreserve	902.264	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	2.196.042	0	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	4.351.134	191.913	4,41 %	55.785	29,07 %	133.296
davon Privatkunden	1.693.350	51.550	3,04 %	10.049	19,49 %	38.574
davon KMU	2.315.162	129.635	5,60 %	38.269	29,52 %	91.231
davon Firmenkunden	136.196	1.355	0,99 %	701	51,77 %	737
davon sonstige	206.426	9.373	4,54 %	6.765	72,17 %	2.755
Handelsaktiva	24.162	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.791.041	3	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	389.321	6.904	1,77 %	2.385	34,55 %	4.379
Kreditrisiken	4.283.838	4.637	0,11 %	1.583	34,14 %	0
<hr/>						
Forderungen an Kunden, Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	9.024.293	203.454	2,25 %	59.753	29,37 %	137.675
Barreserve, Forderung an Kreditinstitute und Kunden	7.449.440	191.913	2,58 %	55.785	29,07 %	133.296

Entwicklung Forbearance Portfolio

Bezogen auf die Kundenkredite vor Aufteilung der Verbundgarantie wurden für einen Gesamtbuchwert von insgesamt EUR 95.902 Tsd. (2016: EUR 102.549 Tsd.) Zugeständnisse aus wirtschaftlichen Gründen vereinbart. Dieser Betrag betrifft performing forborne Kreditengagements mit EUR 41.299 Tsd. (2016: EUR 30.870 Tsd.) und non-performing forborne Kreditengagements mit EUR 54.603 Tsd. (2016: EUR 71.679 Tsd.).

Entwicklung überfällige Positionen

Die folgenden Tabellen zeigen die überfälligen Positionen im kreditrisikorelevanten Portfolio:

31.12.2017 EUR Tsd.	Nicht überfällig	Bis 30 Tage	31 bis 90 Tage	91 bis 180 Tage	181 bis 365 Tage	Über 365 Tage
Barreserve	1.758.462	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	1.698.734	5.172	6	0	0	0
Forderungen an Kunden	4.679.534	36.658	31.622	5.536	9.109	47.866
davon Privatkunden	1.897.570	6.639	2.224	1.476	3.997	14.222
davon KMU	2.401.123	29.932	12.320	4.055	5.112	25.882
davon Firmenkunden	147.504	83	17.078	5	0	0
davon sonstige	233.337	4	0	0	0	7.761
Handelsaktiva	8.320	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.803.197	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	341.397	0	0	0	0	0
Kreditrisiken	4.375.600	0	0	0	0	0
Gesamt	14.665.244	41.830	31.628	5.536	9.109	47.866

31.12.2016 EUR Tsd.	Nicht überfällig	Bis 30 Tage	31 bis 90 Tage	91 bis 180 Tage	181 bis 365 Tage	Über 365 Tage
Barreserve	902.264	0	0	0	0	0
Forderungen an Kreditinstitute	2.195.270	771	1	0	0	0
Forderungen an Kunden	4.140.153	98.902	29.162	7.295	18.588	57.036
davon Privatkunden	1.650.833	13.083	6.229	2.795	5.402	15.008
davon KMU	2.184.407	57.334	13.735	4.499	13.165	42.021
davon Firmenkunden	109.017	26.897	254	0	21	6
davon sonstige	195.895	1.587	8.943	0	0	0
Handelsaktiva	24.162	0	0	0	0	0
Finanzinvestitionen	1.791.041	0	0	0	0	0
Eventualverbindlichkeiten	389.321	0	0	0	0	0
Kreditrisiken	4.283.838	0	0	0	0	0
Gesamt	13.726.048	99.673	29.163	7.295	18.588	57.036

Alle Forderungen, die mindestens 90 Tage überfällig sind, werden dem NPL Portfolio zugeordnet. Die folgenden Tabellen geben unter anderem Auskunft über

- einzelwertberichtigte, aber nicht überfällige Forderungen,
- die mindestens 90 Tage überfälligen und nicht einzelwertberichtigten Positionen und
- weder einzelwertberichtigte noch überfällige Positionen.

Da sich der Großteil der überfälligen Forderungen im Kundenportfolio befindet, wurde die Analyse für dieses Teilportfolio des kreditrisikorelevanten Portfolios eingeschränkt.

Überfälligkeiten der Kundenforderungen:

31.12.2017 EUR Tsd.	Forderungen an Kunden (brutto)	Sicherheiten	NPL	Sicherheiten für NPL	NPL ohne EWB	Sicherheiten für NPL ohne EWB	NPL mit EWB	Sicherheiten für NPL mit EWB	Risiko- vorsorge NPL
Nicht überfällig	4.679.534	4.294.975	89.200	67.924	15.134	13.433	74.066	54.491	22.785
Bis 30 Tage	36.658	22.300	1.211	931	0	0	1.211	931	325
31 bis 90 Tage	31.622	28.051	4.234	2.581	638	635	3.596	1.946	2.011
91 bis 180 Tage	5.536	3.991	5.536	3.991	1.729	1.729	3.806	2.262	1.457
181 bis 365 Tage	9.109	7.286	9.109	7.286	772	772	8.338	6.514	2.600
Über 365 Tage	47.866	32.841	47.866	32.841	7.701	7.696	40.164	25.145	17.377
Gesamt	4.810.325	4.389.444	157.156	115.553	25.975	24.265	131.181	91.288	46.555

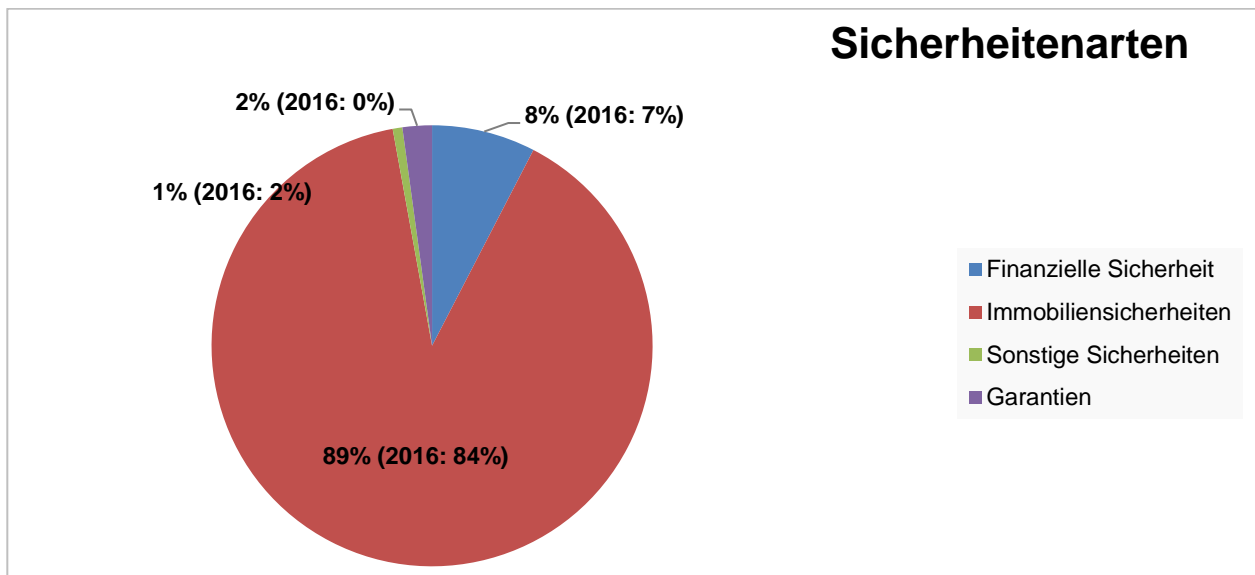
31.12.2016 EUR Tsd.	Forderungen an Kunden (brutto)	Sicherheiten	NPL	Sicherheiten für NPL	NPL ohne EWB	Sicherheiten für NPL ohne EWB	NPL mit EWB	Sicherheiten für NPL mit EWB	Risiko- vorsorge NPL
Nicht überfällig	4.140.153	3.708.947	94.025	67.522	18.804	18.404	75.222	49.117	24.397
Bis 30 Tage	98.902	76.764	1.369	1.016	256	256	1.113	760	254
31 bis 90 Tage	29.162	15.885	13.601	6.029	1.460	1.441	12.141	4.588	8.341
91 bis 180 Tage	7.295	5.307	7.295	5.307	1.497	1.514	5.797	3.793	1.642
181 bis 365 Tage	18.588	13.907	18.588	13.907	3.795	3.792	14.793	10.115	4.099
Über 365 Tage	57.036	39.515	57.036	39.515	10.320	10.266	46.716	29.249	17.052
Gesamt	4.351.134	3.860.325	191.913	133.296	36.132	35.674	155.782	97.622	55.785

NPL = Non Performing Loans
EWB = Einzelwertberichtigung

Entwicklung des Sicherheitenportfolios

Immobilienicherheiten sind die mit Abstand wichtigste Sicherheitenart in der VBW. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

Die Anerkennungsfähigkeit einer persönlichen Sicherheit ist wesentlich von der Qualität des Sicherungsgebers abhängig und von seinem Naheverhältnis zum Kreditnehmer.



Die folgenden Tabellen zeigen Kreditsicherheiten im Kundenportfolio, da im Bankportfolio (inkl. Barreserve) und Wertpapierportfolio zumeist keine Sicherheiten vorhanden sind bzw. angerechnet werden.

31.12.2017 EUR Tsd.	Kreditrisiko- Angerechneter						Wertberich- tigungen	Rückstel- lungen
	volumen gesamt	Sicherheiten- wert gesamt	Immobilien- sicherheiten	Finanzielle Sicherheit	Persönliche Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten		
Forderungen an Kunden	4.810.325	4.389.444	3.938.613	325.938	93.679	31.214	57.944	0
davon Privat- kunden	1.926.128	1.854.358	1.678.607	173.411	1.150	1.189	15.524	0
davon KMU	2.476.738	2.213.277	2.000.936	137.220	66.344	8.777	33.877	0
davon Firmen- kunden	164.670	116.594	68.627	11.175	17.778	19.015	1.126	0
davon sonstige	242.788	205.214	190.443	4.132	8.407	2.232	7.416	0
Eventualverbindlich- keiten	341.397	60.981	45.984	12.537	2.233	227	0	2.829
Kreditrisiken	4.375.600	0	0	0	0	0	0	1.383
Gesamt	9.527.322	4.450.425	3.984.597	338.475	95.912	31.441	57.944	4.212

31.12.2016 EUR Tsd.	Kreditrisiko- Angerechneter						Wertberich- tigungen	Rückstel- lungen
	volumen gesamt	Sicherheiten- wert gesamt	Immobilien- sicherheiten	Finanzielle Sicherheit	Persönliche Sicherheiten	Sonstige Sicherheiten		
Forderungen an Kunden	4.351.134	3.860.325	3.398.391	326.085	103.895	31.954	69.099	0
davon Privat- kunden	1.655.243	1.514.272	1.328.104	182.025	2.798	1.345	11.169	0
davon KMU	2.408.328	2.144.216	1.921.263	141.528	76.777	4.647	50.249	0
davon Firmen- kunden	136.196	107.790	65.771	492	15.565	25.961	838	0
davon sonstige	151.367	94.048	83.252	2.041	8.755	0	6.843	0
Eventualverbindlich- keiten	389.321	75.110	56.558	15.157	2.277	1.119	0	2.784
Kreditrisiken	4.283.838	0	0	0	0	0	0	2.516
Gesamt	9.024.293	3.935.436	3.454.949	341.242	106.172	33.073	69.099	5.300

Entwicklung der Nettingpositionen

Die folgenden Tabellen zeigen die Nettingpositionen im Portfolio des Konzerns:

31.12.2017 EUR Tsd.			
Derivate	Assets	Liabilities	Nettowerte
Bankbuch	69.407	-88.133	-18.726
Handelsbuch	68.568	-346.331	-277.764
	Verpfändet	Erhalten	Nettowerte
Cash Sicherheiten	345.513	-47.709	297.804
Gesamtergebnis			1.314

31.12.2016 EUR Tsd.			
Derivate	Assets	Liabilities	Nettowerte
Bankbuch	85.715	-144.233	-58.518
Handelsbuch	93.584	-405.493	-311.909
	Verpfändet	Erhalten	Nettowerte
Cash Sicherheiten	413.608	-44.176	369.431
Gesamtergebnis			-996

c) Marktrisiko

Marktrisiko ist das Risiko sich verändernder Preise bzw. Kurse wertbestimmender Marktrisikofaktoren (z.B. Zinssätze, Fremdwährungs-Kurse, Zins- und Fremdwährungs-Volatilitäten). Der VBW Konzern unterscheidet folgende Risikoarten des Marktrisikos:

- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Credit Spread Risiko

- Marktrisiko im Handelsbuch
- Fremdwährungsrisiko (offene Devisenpositionen)

Darüber hinaus bestehen keine wesentlichen Marktrisiken oder Konzentrationsrisiken. Die Überwachung des Marktrisikos wird in der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Risikocontrolling durchgeführt, welcher organisatorisch auf Vorstandsebene vom Bereich Treasury getrennt ist.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Zinsänderungsrisiken entstehen durch das Eingehen von Fristentransformation, welche durch eine abweichende Zinsbindung zwischen Aktiva und Passiva entsteht. Das Eingehen von Fristentransformation stellt in Form des Strukturbeitrags eine Einkommensquelle für die Bank dar.

Das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch umfasst sämtliche zinstragende bilanzielle und außerbilanzielle Geschäfte mit Ausnahme von Geschäften des Handelsbuches. Die mit dem Kundengeschäft einhergehende Zinsrisikoposition der VBW besteht hauptsächlich aus variablem indexgebundenem Kreditgeschäft und Einlagen ohne Zinsbindung (in Form von Sicht- und Spareinlagen) sowie implizite Zinsuntergrenzen sowohl im aktivseitigen als auch passivseitigen Kundengeschäft. Im Kreditgeschäft findet dabei eine Verschiebung von indexgebundenen Positionen hin zu Fixzinspositionen statt, da im Neugeschäft überwiegend Fixzinskredite vergeben werden. Weitere maßgebliche Einflussfaktoren sind Anleihepositionen des Eigendepots, Eigenemissionen und die zur Steuerung der Zinsposition eingesetzten Zinsswaps. Ende des Jahres 2017 weist der VBW Konzern eine relativ geringe positive Zinsfristentransformation auf. Das barwertige Zinsänderungsrisiko (aufsichtsrechtliche Zinsrisikostatistik nach OeNB Standardverfahren) lag zum 31. Dezember 2017 bei 6,4 % der Eigenmittel, was deutlich unter dem aufsichtsrechtlichen Limit von 20 % liegt. Die Zinssensitivität in Form des present value of a basis point (PVBP) liegt bei ca. EUR -0,5 Mio.

Gesteuert wird die Zinsposition der VBW durch das Asset-Liability-Committee (ALCO) im Rahmen von Risikolimiten, welche vom Risikocontrolling festgelegt und vom Vorstand im ALCO genehmigt werden. Das ALCO ist das zentrale Gremium zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken. Es wird monatlich oder bei Bedarf auch ad hoc abgehalten. Die Leitung des ALCO obliegt dem Asset-Liability-Management (ALM), welches organisatorisch dem Bereich Treasury zugeordnet ist. Maßnahmenvorschläge für die Steuerung der Zinsposition werden vom ALM in Abstimmung mit dem Risikocontrolling erarbeitet. Ziel dabei ist die Generierung eines Strukturbeitrages durch positive Fristentransformation. Die Steuerung der Zinsrisikoposition erfolgt sowohl unter Berücksichtigung von Einkommens- als auch von Barwerteffekten. Das Zinsrisikoreporting im ALCO erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko.

Zu den Hauptaufgaben des Risikocontrollings gehören die Risikomodellierung und deren laufende Weiterentwicklung, die Festlegung der Limitstruktur auf Basis des zugeordneten ökonomischen Kapitals und die Überprüfung der Limite, die Parametrisierung der Systeme und das Risikoreporting. Die erstellten Reports dienen im ALCO als Entscheidungsgrundlage für Steuerungsmaßnahmen.

Die Risikomessung und Limitierung erfolgt in der VBW barwertig hauptsächlich auf Basis von Zins-Gaps (Nettoposition der vertraglichen oder modellierten Zinsbindung pro Laufzeitband), einem Zinsbuch-VaR auf Basis historischer Simulation, der Zinssensitivität in Form eines PVBP und der aufsichtsrechtlichen Zinsrisikostatistik. Eine periodenbezogene Risikomessung erfolgt in Form einer Zinsergebnissimulation. Dabei werden für fünf potentiell ungünstige Zins-Szenarien die Auswirkungen auf das Zinsergebnis für die nächsten Jahre berechnet. Für das Jahr 2018 sinkt das Zinsergebnis im ungünstigsten Szenario, einer starken Zinssenkung (parallel 200 BP), um EUR 48 Mio. Die Ergebnisse der Zinsergebnissimulation und des Zinsbuch-VaR fließen im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung in den ICAAP ein. In beiden Sichten werden Positionen mit unbestimmter Zinsbindung (z.B. in Form von Sicht- und Spareinlagen, Kontokorrentkredi-

te) mittels Replikats- bzw. Rollierungsannahmen einheitlich in die Risikomessung einbezogen. Die Annahmen werden auf Basis statistischer Analysen ergänzt durch Expertenmeinungen festgelegt. Sie werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit überprüft und in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Konzentrationsrisiko

Im Zinsänderungsrisiko bestehen keine Konzentrationsrisiken.

Credit Spread Risiko

Der Credit Spread definiert sich als Aufschlag auf den risikolosen Zins. Das Credit Spread Risiko entsteht aus den Schwankungen der Vermögensbarwerte aufgrund sich im Zeitablauf verändernder Credit Spreads.

Bei den für das Credit Spread Risiko relevanten Geschäften handelt es sich um Veranlagungen im Eigendepot, nicht um Forderungen an Kunden. Dies umfasst im Wesentlichen Anleihen, Fonds, Kreditausfallversicherungen (CDS) sowie Schuldscheindarlehen. Für diese Positionen werden ein Credit Spread VaR sowie Credit Spread Sensitivitäten berechnet. Das Credit Spread Risiko wird im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung und im Gesamtbankrisikostresstesting berücksichtigt.

Die Berechnung des Credit Spread VaR basiert auf einer historischen Simulation. Dabei wird das Portfolio in 30 Risikocluster gegliedert, abhängig von Rating, Branche, Produktart und Seniorität. Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) überprüft und tourlich in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Für den Konzern ergeben sich folgende Risikokennzahlen (der Credit Spread Value at Risk wird für ein Konfidenzniveau von 99,9 % und einer festgelegten Haltedauer von 1 Jahr berechnet):

EUR Tsd.	Credit Spread Value at Risk	10 Basispunkte-Shift
31.12.2017	110.485	-13.384
31.12.2016	126.842	-14.198

Der Investmentstrategie entsprechend beinhaltet das Eigendepot hochliquide Anleihen des öffentlichen Sektors und Covered Bonds mit hoher Bonität. Es wird hauptsächlich als Liquiditätspuffer gehalten und ist zum Großteil an die regulatorische Liquidity Coverage Ratio (LCR) anrechenbar.

Konzentrationsrisiko

Konzentrationsrisiken können nur auf Ebene von Emittenten oder Risikoclustern im Sinne von gleichartigen Emittenten entstehen. Im Credit Spread Risiko werden Risikocluster überwacht. Die größte Konzentration besteht derzeit im Risikocluster Sovereign Österreich 42 % des Buchwerts des Eigendepots. In Covered Bonds liegen 23 % und in Sovereign Italien 8 %. Einzelemittentenkonzentrationen sind durch die Emittentenlinien im Kreditrisiko begrenzt.

Portfolioverteilung nach Bonität:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
1A	1.188.136	1.174.990
1B-1C	147.339	206.428
1D-2A	81.439	75.587
2B-3A	375.014	392.543
3B-4E (NIG)	251	337
5A-5E (Default)	0	0
kein Rating	0	0
Gesamt	1.792.179	1.849.885

Portfolioverteilung nach Sektoren:

EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
Finanzsektor	442.470	349.439
Öffentlicher Sektor	1.336.037	1.457.005
Unternehmen	3.175	15.952
keine Sektorzuordnung	10.497	27.489
Gesamt	1.792.179	1.849.885

Top 10 bilanzielle Exposures im öffentlichen Sektor:

EUR Tsd.	Available for sale	Held to maturity und loans & receivables	Loans and receivables	Gesamt
31.12.2017				
Österreich	735.443	10.308	0	745.751
Italien	116.057	20.000	0	136.057
Polen	95.559	0	0	95.559
Belgien	51.466	15.686	0	67.152
Tschechien	53.697	0	0	53.697
Portugal	48.102	0	0	48.102
Spanien	42.105	0	0	42.105
Frankreich	0	34.812	0	34.812
Schweiz	0	0	25.637	25.637
Slowakei	1.765	21.746	0	23.511
Gesamt	1.144.194	102.552	25.637	1.272.383
31.12.2016				
Österreich	794.658	10.343	0	805.001
Italien	119.867	20.000	0	139.867
Polen	98.015	4.310	0	102.325
Schweiz	0	0	74.495	74.495
Tschechien	49.698	15.766	0	65.464
Belgien	52.978	0	0	52.978
Portugal	40.128	0	0	40.128
Spanien	43.860	0	0	43.860
Ungarn	31.183	0	0	31.183
Litauen	0	30.190	0	30.190
Gesamt	1.230.388	80.608	74.495	1.385.492

Der Großteil des Portfolios ist der Kategorie available for sale (afs) zugeordnet. Entsprechend der Investmentstrategie werden Neuinvestments größtenteils der Kategorie held to maturity (htm) zugeordnet.

Portfoliostruktur nach IAS 39 Kategorien:

EUR Tsd.	Bond	Syndicated loans & SSD	Fund & Equity	Gesamt
31.12.2017				
Available for sale	1.455.414	0	3.175	1.458.589
Held to maturity und loans & receivables	307.953	25.637	0	333.590
Gesamt	1.763.367	25.637	3.175	1.792.179
31.12.2016				
Available for sale	1.495.933	0	27.489	1.523.422
Held to maturity und loans & receivables	251.968	74.495	0	326.463
Gesamt	1.747.901	74.495	27.489	1.849.885

Marktrisiko im Handelsbuch

Das Marktrisiko im Handelsbuch im VBW Konzern hat eine untergeordnete Bedeutung. Zu den Hauptaufgaben des Risikocontrollings gehören die Festlegung der Limitstruktur auf Basis des zugeordneten ökonomischen Kapitals und die tägliche Überprüfung der Limite, die Administration der Front-Office Systeme und die Weiterentwicklung der Systeme und Modelle. Die regulatorischen Eigenmittelerfordernisse des Handelsbuchs werden mittels Standardansatz berechnet - der VBW Konzern hat kein internes Modell für Marktrisiko im Handelsbuch im Einsatz. Die Limitstruktur spiegelt die Risiko- und Treasury-Strategie wider.

Das Marktrisiko im Handelsbuch wird im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung und im Gesamtbankrisikostresstest berücksichtigt. Das Reporting erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko täglich an das Treasury und monatlich im ALCO.

Zur Risikoüberwachung wird täglich für das Handelsbuch ein VaR nach der Methode der historischen Simulation berechnet. Bei der historischen Simulation werden historische Marktpreisänderungen zur Bewertung des aktuellen Portfolios herangezogen. Es wird ein 99 % VaR für eine Haltedauer von 10 Tagen berechnet. Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft und tourlich in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Die folgende Tabelle zeigt den VaR (99 % Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Tag) im Handelsbuch für das Jahr 2017 und 2016, aufgeteilt nach Risikoarten:

EUR Tsd.	Zinsen	Währung	Volatilität	Gesamt
31.12.2017				
Handelsbuch	19	0	39	42
31.12.2016				
Handelsbuch	108	0	59	120

Neben dem VaR werden zusätzlich noch eine Reihe weiterer Risikokennzahlen täglich errechnet und zur Limitierung verwendet. Diese umfassen im Wesentlichen Zinssensitivitäten und Optionsrisikokennzahlen (Delta, Gamma, Vega, Rho). Zusätzlich existieren noch Management- Action-Triggers und Stop-Loss-Limite.

Da Extremsituationen durch den berechneten VaR nicht abgedeckt sind, werden monatlich bzw. anlassbezogen umfangreiche Stresstests über alle Portfolios des Handelsbuches durchgeführt. Portfoliounabhängige Szenarien, wie beispielsweise Parallelshifts, Kurvendrehungen oder auch Rekonstruktionen historischer Krisen, werden bei jedem Krisentest unverändert auf das aktuelle Portfolio angewendet. Portfolioabhängige Szenarien versuchen möglichst unvorteilhafte Auswirkungen für das aktuelle Portfolio zu finden.

Durch die verwendeten Systeme ist eine tägliche, unabhängige Bewertung der Handelsbuchpositionen sichergestellt.

Fremdwährungsrisiko (offene Devisenpositionen)

Das Fremdwährungsrisiko aus der offenen Devisenposition hat im VBW Konzern eine untergeordnete Bedeutung. Es entsteht durch die Wertänderung offener Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse.

Währung EUR Tsd.	31.12.2017	31.12.2016
CZK	2.891	4.268
CHF	1.085	1.597
USD	65	135
JPY	-32	116
GBP	12	29
Sonstige	574	901
Gesamt	4.594	7.046

d) Liquiditätsrisiko

Die VBW ist als ZO des Volksbanken-Verbundes für das verbundweite Liquiditätsmanagement zuständig und fungiert als lender of last resort für die Primärinstitute. Über die VBW decken die Primärinstitute ihren Refinanzierungsbedarf ab und legen ihre Überschussliquidität an. In der VBW wird sowohl die operative, kurzfristige Liquiditätssteuerung als auch das mittel- bis langfristige Liquiditätsmanagement zentralisiert im Bereich Treasury durch die Abteilung Liquiditätsmanagement durchgeführt. Die Überwachung und Limitierung des Liquiditätsrisikos sowie die methodischen Vorgaben betreffend Risikomessung werden von der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling in der VBW wahrgenommen.

Gesteuert wird die Liquiditätsposition der VBW durch das ALCO im Rahmen von Risikolimiten, welche vom Risikocontrolling festgelegt und vom Vorstand im ALCO genehmigt werden. Das ALCO ist das zentrale Gremium zur Steuerung von Liquiditätsrisiken. Das Liquiditätsrisikoreporting im ALCO erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling.

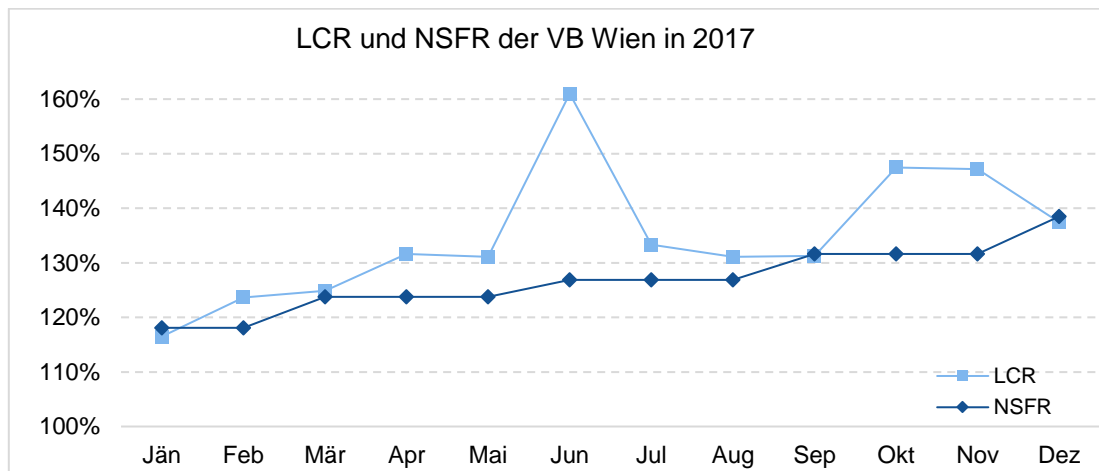
Die VBW unterscheidet im Liquiditätsrisiko zwischen dem Illiquiditätsrisiko und dem Fundingverteuerungsrisiko. Das Illiquiditätsrisiko ist die Gefahr, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht bedienen zu können. Beim Illiquiditätsrisiko werden weitere Unterkategorien, wie z.B. das Refinanzierungsrisiko (Roll-Over-Risiko), das Abrufisiko und das Marktliquiditätsrisiko, unterschieden, die insbesondere im Kontext von Liquiditäts-Stresstests von Bedeutung sind. Das Illiquiditätsrisiko besteht für die VBW als Retailbank typischerweise in einem „Bankrun“. Dieser tritt ein, wenn Kunden aufgrund eines Vertrauensverlustes große Volumina an Einlagen abziehen und gleichzeitig der Bank alternative Fundingquellen nicht (mehr) zugänglich sind.

Das Illiquiditätsrisiko wird durch das Vorhalten eines ausreichenden Liquiditätspuffers gesteuert. Der VBW obliegt die zentrale Verwaltung des Liquiditätspuffers für den gesamten Verbund. Der Liquiditätspuffer besteht hauptsächlich aus hochliquiden Anleihen, welche größtenteils LCR-anrechenbar sind, Einlagen bei der Nationalbank, EZB-Tenderpotenzial, und Covered Bond Emissionspotenzial. Die Liquidität des Liquiditätspuffers wird regelmäßig getestet. Zuständig für das laufende Management des Liquiditätspuffers ist die Abteilung Liquiditätsmanagement im Bereich Treasury.

Das Fundingverteuerungsrisiko ist in der VBW als negativer GuV-Effekt definiert, der aufgrund einer potenziellen zukünftigen Erhöhung der Refinanzierungskosten am Geld- und Kapitalmarkt sowie im Kundenbereich eintritt. Es ist im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Dieses Risiko ist in der VBW von untergeordneter Bedeutung, da wenig Abhängigkeit vom Kapitalmarkt besteht und eine geringe Preissensitivität bei Kundeneinlagen beobachtet wird.

Die Risikomessung und Limitierung des Illiquiditätsrisikos erfolgt über die regulatorischen Kennzahlen LCR und NSFR, die Survival Period aus dem internen Liquiditäts-Stresstesting, und über zusätzliche operative Kennzahlen. Die LCR zielt auf die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von Banken unter Stressbedingungen über einen kurzfristigen Zeithorizont von 30 Kalendertagen ab. Die Berechnung der LCR erfolgt wöchentlich und zum Monatsultimo durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling. Die NSFR beschränkt die Liquiditätsfristentransformation indem in Abhängigkeit der Liquiditätscharakteristika der Aktiva und sonstigen (außerbilanziellen) Geschäftstätigkeiten einer Bank ein Mindestvolumen an stabiler Refinanzierung festgelegt wird. Die Berechnung in der VBW erfolgt derzeit wöchentlich und zum Quartalsultimo durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling. Beide Kennzahlen lagen 2017 immer deutlich über den regulatorischen Limiten. Die LCR liegt seit März zum Monatsultimo immer über 125 % und weist auf eine komfortable Liquiditätssituation hin.

Regulatorische Liquiditätskennzahlen LCR und NSFR in 2017:



Der starke Anstieg der LCR im Juni ist hauptsächlich auf verbundinterne Geldmarktgeschäfte zurückzuführen.

Die Survival Period beschreibt jenen Zeitraum, in dem in einem Stress-Szenario der vorgehaltene Liquiditätspuffer ausreicht, um kumulierte Nettoliquiditätsabflüsse abzudecken. Es werden fünf Stressszenarien unterschiedlicher Schweregrade berechnet: ein schwacher und ein starker Bankstress, ein schwacher und ein starker Marktstress und ein kombiniertes Szenario. Für die Survival Period kommt das ungünstigste der berechneten Szenarien zur Anwendung. Die Survival Period lag in 2017 immer über 128 Tage und zeigt damit die komfortable Liquiditätsausstattung.

Konzentrationsrisiko

Durch das diversifizierte Funding über Kundeneinlagen ist das Konzentrationsrisiko nicht materiell. Die einzigen Risikocluster bestehen auf Kundenebene. Daher werden die größten Einlagen auf Kundenebene sowohl im Risikocontrolling als auch im operativen Liquiditätsmanagement überwacht. Sie liegen durchgängig unter 1 % der Bilanzsumme. Ausnahmen ergeben sich nur kurzfristig bei einigen Großkunden zur Durchführung von Zahlungsverkehrstransaktionen bzw. zum Liquiditätsspitzenausgleich. Diese liegen immer deutlich unter 5 % der Bilanzsumme und stellen für die VBW keine langfristige Fundingposition dar. Es bestehen keine sonstigen Risikocluster mit ähnlichen Eigenschaften.

Operatives Liquiditätsmanagement

Die Abteilung Liquiditätsmanagement im Bereich Treasury ist verantwortlich für das operative Liquiditätsmanagement. Die Abteilung ist die zentrale Stelle in der VBW und im Volksbanken-Verbund für Fragestellungen betreffend Pricing von Liquidität (Transferpricing), das verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie und umfasst folgende wesentliche Aufgaben:

- Cash-Management (Settlement aller Transaktionen des Verbundes sowie Disposition der von der VBW unterhaltenen Bankverbindungen)
- Collateralmanagement: EZB-fähige Collateral des Verbundes (Anleihen und Credit Claims) und das Deckungsstockmanagement für fundierte Bankschuldverschreibungen
- Emissionsplanung
- Tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate
- Monitoring der Refinanzierungspositionen des Verbundes sowie das mit Genehmigung des § 30a BWG von der VBW als ZO in Kraft gesetzte Kontrollsystem für die Verbundbanken – u.a. Liquiditätsmeldungen, Refinanzierungssteuerung, Collateralnutzung, Frühwarnsystem
- Einhaltung der Mindestreservevorschriften für den Volksbanken-Verbund
- Reporting an den ZO-Vorstand und das ALCO

e) Operationelles Risiko

Der VBW Konzern definiert das Operationelle Risiko als Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren (Prozessen), Menschen, Systemen oder externen Ereignissen sowie die damit in Verbindung stehenden Rechtsrisiken. Die Themen Reputations-, Verhaltens-, Modell-, IT- und Sicherheitsrisiko sind mit dem Operationellen Risiko eng verbunden und werden aktiv mitberücksichtigt. Die Berechnung des regulatorischen Eigenmittelerfordernisses erfolgt nach dem Standardansatz. Diese Methodik wurde bis 31.12.2017 sowohl für die regulatorische als auch ökonomische Darstellung (ICAAP) herangezogen. Ab 01.01.2018 wird für die ökonomische Betrachtung eine interne Methode nach einem Verlustverteilungsansatz herangezogen.

Organisation

Im VBW Konzern ist das Linienmanagement für das Management der operationellen Risiken verantwortlich. Dieses wird dabei durch zentral und dezentral angesiedelte Experten aus den Bereichen operationelles Risiko und internes Kontrollsystem unterstützt. Ziel ist die Optimierung von Prozessen, um die Eintrittswahrscheinlichkeit von operationellen Risiken zu verringern und/oder die Auswirkung operationeller Schäden zu reduzieren. Eine zumindest jährliche Analyse latenter operationeller Risiken im Rahmen der quantitativen Risikoanalyse sowie die laufende Anpassung des internen Kontrollsystems an die Risikosituation der Bank sorgen neben einer engen Zusammenarbeit mit dem Security-, Safety-, betrieblichen Notfallplanungs- und Versicherungsmanagement für eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

Methoden im Management operationeller Risiken

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Quantitative Elemente umfassen beispielsweise die Durchführung von Risikoanalysen, die Durchführung von Stress-tests, die Festlegung und Überwachung eines Risikoappetits sowie der Risikoindikatoren und die Erstellung der Ereignisdatensammlung. Qualitative Steuerungsmaßnahmen finden in der Durchführung von Schulungen, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen, Risikoanalysen, die Erstellung der Ereignisdatensammlung inkl. Ursachenanalyse, der Implementierung einheitlicher IKS Kontrollen sowie in der Erstellung und Analyse der Risikoberichte Widerklang.

Im Fall der Überschreitung der für das operationelle Risiko definierten Kennzahlen, kommt der definierte Eskalationsprozess zur Anwendung. Dieser sieht eine detaillierte Ursachenanalyse sowie in weiterer Folge die Einleitung von Maßnahmen vor.

Abgeleitet aus der Risikostrategie gelten im Konzern die folgenden Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich in einer elektronischen Plattform, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Operationelle Ereignisse werden konzernweit in einheitlicher Form erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Methoden, Systeme und Prozesse im OpRisk Management müssen unter Einhaltung von Konzernvorgaben, dem Proportionalitätsprinzip folgend, an das jeweilige Institut angepasst werden.
- Die Angemessenheit der Risiko-Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird laufend, zumindest jedoch jährlich, bewertet und an den Vorstand berichtet. Maßnahmen zur Risikosteuerung umfassen beispielsweise Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Überwachung der OpRisk Risikokennzahlen, Durchführung der jährlichen Risikoanalyse. Operationelle (Rest-)Risiken die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch die Geschäftsleitung akzeptiert werden.
- Die Effizienz des OpRisk Managements wird durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt.

Internes Kontrollsystem

Im VBW Konzern ist ein internes Kontrollsystem (IKS) nach den Prinzipien der international anerkannten Standards des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) installiert. Es existieren detaillierte Beschreibungen der IKS-Abläufe und der Kontrollmaßnahmen. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sind klar definiert. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting. Kontrollaktivitäten werden dokumentiert und überprüft, die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Somit ist ein laufender Optimierungsprozess gewährleistet. Die Revision prüft in ihrer Funktion als unabhängige Überwachungsinstanz das interne Kontrollsystem. Geprüft werden die Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS sowie die Einhaltung der Arbeitsanweisungen. Das OpRisk und IKS-Rahmenwerk stellt die einzelnen untereinander in Zusammenhang stehenden Komponenten dar, die im Volksbanken-Verbund zur Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung des Operationellen Risikos implementiert sind. Die enge Verzahnung des OpRisk Managements mit dem IKS gewährleistet die entsprechende Berücksichtigung der operationellen Risiken im Verbund.

Ein Schwerpunkt im Jahr 2017 lag in der Weiterentwicklung der Risikoanalyse bezüglich quantitativer und qualitativer Elemente, sowie der Überarbeitung des Schulungskonzepts und einheitlichen Verbundkontrollen. Weiters wurde für die Verwendung im internen Stresstest und im ICAAP eine interne Methode für die Quantifizierung von OpRisk im ICAAP entwickelt.

f) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der VBW Konzern dem Beteiligungsrisiko, dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business-Risiko gegenüber.

Unter Beteiligungsrisiko versteht der Konzern das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Dieses Risiko wird quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der Konzern die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Business Risk (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Weitere nichtfinanzielle Risiken (Reputationsrisiken, Compliance-Risiken, Rechtsrisiken, Modellrisiken sowie IT- und Systemrisiken) werden u.a. durch das Compliance-Rahmenwerk, IT Riskmanagement Rahmenwerk und das Rahmenwerk für operationelle Risiken berücksichtigt.

Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische und prozessuale Maßnahmen implementiert.

51) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
Gärtnerbank Immobilien GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH; Wien	HD	100,00 %	100,00 %	35
VB Rückzahlungsgesellschaft mbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	HD	98,89 %	98,89 %	327
VB Verbund-Beteiligung Region Wien eG; Wien	HO	90,42 %	90,42 %	3.857
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H.; Baden	HD	99,00 %	99,00 %	36
VVG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00 %	100,00 %	872

¹⁾ Bei allen vollkonsolidierten Unternehmen liegt Kontrolle vor.

52) Beteiligungsunternehmen bewertet at equity

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
VB Verbund-Beteiligung eG; Wien	HO	21,85 %	21,85 %	51.949
Volksbank Kärnten eG; Klagenfurt	KI	25,36 %	25,36 %	34.746

53) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
ARZ-Volksbanken Holding GmbH; Wien	HO	73,79 %	73,79 %	256
Immo-Contract Baden Maklergesellschaft m.b.H.; Baden	SO	100,00 %	100,00 %	175
Immo-Contract Weinviertel GmbH; Mistelbach an der Zaya	SO	56,90 %	56,90 %	35
UVB-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VB ManagementBeratung GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	36
VBKA-Holding GmbH; Wien	SO	100,00 %	100,00 %	35
VOME Holding GmbH; Wien	HO	100,00 %	100,00 %	35

* Abkürzung GesArt

KI Kreditinstitut

FI Finanzinstitut

HD bankbezogener Hilfsdienst

SO, HO sonstige Unternehmen

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM KONZERNABSCHLUSS

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

VOLKSBANK WIEN AG, Wien,

und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzerngeldflussrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden stellen einen wesentlichen Posten der Konzernbilanz dar. Der Buchwert der Forderungen an Kunden (brutto) beträgt zum 31. Dezember 2017 4.810,3 Mio EUR, ds 45 % der Aktiva in Höhe von 10.616,5 Mio EUR. Die Kreditrisikovorsorgen für Forderungen an Kunden betragen 57,9 Mio EUR.

Der Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG beschreibt in der Note 3f) im Anhang zum Konzernabschluss die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen.

Die pauschale Einzelrisikovorsorge und die Portfoliorisikovorsorge basieren auf statistisch berechneten Parametern, wie zum Beispiel historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten. Bei individuell signifikanten Forderungen wird der Berechnung der Höhe der Einzelwertberichtigung der Barwert der erwarteten Zahlungsströme, dh der erzielbare Betrag, zugrunde gelegt. Bei Forderungen, die ein definiertes Ausfallereignis aufweisen und aufgrund ihrer Obligohöhe nicht dem individuellen Einzelwertberichtigungsprozess unterliegen, wird eine pauschale Einzelwertberichtigung gebildet. Für Forderungen, bei denen keine Ausfallereignisse erkannt wurden, wird eine Portfoliowertberichtigung gebildet.

Das Risiko bei der Ermittlung der Kreditrisikovorsorge liegt in der Feststellung von Ausfallereignissen und in der Einschätzung der erwarteten Zahlungsströme, unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Gegenpartei, der Bewertung

BESTÄTIGUNGSVERMERK

von Kreditsicherheiten und den verwendeten statistischen Parameterannahmen. Die Kreditrisikovorsorgen sind daher mit erheblichen Unsicherheiten behaftet und stellen somit ein Risiko für den Konzernabschluss dar.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Prozessdokumentationen und internen Richtlinien zur Vergabe, Überwachung und Bildung von Kreditrisikovorsorgen analysiert und beurteilt, ob diese geeignet sind, das Vorliegen von Ausfallereignissen zu identifizieren und die Werthaltigkeit dieser Forderungen angemessen abzubilden. Wir haben die relevanten Schlüsselkontrollen erhoben, deren Ausgestaltung und Implementierung beurteilt und in Stichproben deren Effektivität getestet.

Im Bereich der Einzelwertberichtigungen bei individuell signifikanten Forderungen haben wir auf Basis einer Stichprobe von Krediten beurteilt, ob Ausfallereignisse vorliegen und ob Einzelwertberichtigungen in angemessener Höhe gebildet wurden. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte hierbei unter besonderer Berücksichtigung von Ratingstufen mit höherem Ausfallrisiko. Im Falle von Ausfallereignissen wurden die Einschätzungen des Konzerns zu Höhe und Zeitpunkt der künftigen Zahlungsströme und die getroffenen Annahmen auf ihre Angemessenheit hin beurteilt und anhand – sofern vorliegend – von externen Nachweisen wie Bewertungsgutachten oder Fortbestandsprognosen beurteilt.

Bei den pauschalen Einzelwertberichtigungen und den Portfoliowertberichtigungen haben wir die Modelle und die darin verwendeten Parameter – unter Berücksichtigung der Ergebnisse vom Konzern durchgeführten Backtestings – dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, Vorsorgen in angemessener Höhe zu ermitteln. Zur Unterstützung bei der Beurteilung der Angemessenheit der zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten verwendeten Berechnungsmethoden haben wir unsere Finanzmathematiker als Spezialisten hinzugezogen. Dabei wurden insbesondere die Angemessenheit der verwendeten statistischen Modelle, die mathematischen Funktionsweisen und die Validierung der Parameter beurteilt. Die rechnerische Richtigkeit der Vorsorgen haben wir in Stichproben beurteilt. Weiteres wurden die dem Berechnungsmodell zugrunde liegenden Systeme und Schnittstellen, hinsichtlich der vollständigen und korrekten Übernahme von Daten, von unseren IT-Spezialisten beurteilt.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben in den Notes zur Ermittlung von Wertberichtigungen für Kundenforderungen angemessen sind.

Ansatz von latenten Steuern für steuerliche Verlustvorträge

Das Risiko für den Abschluss

Zum 31. Dezember 2017 bestehen im Konzern steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 377,9 Mio EUR. Unter Berücksichtigung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % ergeben sich potenzielle aktive latente Steuern für Verlustvorträge in Höhe von 94,5 Mio EUR. Basierend auf den vom Konzern zukünftig erwarteten steuerlichen Ergebnissen wurden zum 31. Dezember 2017 aktive latente Steuern für Verlustvorträge in Höhe von 27,5 Mio EUR bilanziert.

Der Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG beschreibt in der Note 23 im Anhang zum Konzernabschluss die Vorgehensweise bei der Bilanzierung der aktiven latenten Steuern für Verlustvorträge. Der Ansatz aktiver latenter Steuern für Verlustvorträge ist in hohem Maße von den Einschätzungen durch den Vorstand über die Erzielung ausreichender steuerlicher Ergebnisse in der Zukunft und der Umkehrung passiver latenter Steuern abhängig. Die Einschätzung der Realisierbarkeit der steuerlichen Verlustvorträge, die im Wesentlichen die VOLKSBANK WIEN AG erwirtschaftet hat, erfolgt auf Basis der Unternehmensplanung und ist mit Unsicherheiten verbunden und stellt somit ein Risiko für den Konzernabschluss dar.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Unsere Prüfungshandlungen umfassten die Beurteilung des Prozesses zum Ansatz aktiver latenter Steuern.

Wir haben die Annahmen, die bei der Prognose der künftigen steuerpflichtigen Ergebnisse getroffen wurden und die zur Realisation der aktiven latenten Steuern führen sollen, überprüft. Dazu haben wir die wesentlichen Inputparameter zur Prognose der künftigen steuerlichen Ergebnisse mit internen Planungsrechnungen und mit einem zum 31. Dezember 2017 erstellten externen Bewertungsgutachten der VOLKSBANK WIEN AG verglichen und beurteilt. Weiters haben wir die Angemessenheit der getroffenen Annahmen anhand externer verfügbarer Daten, wie beispielsweise gesamtwirtschaftlicher Prognosen, und anhand von Ergebnissen der Vergangenheit in Hinblick auf ihre Planungsgenauigkeit beurteilt.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben in den Notes zu den aktiven latenten Steuern, insbesondere zu den noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen, angemessen sind.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Darstellung des Unternehmenszusammenschlusses Einbringung SPARDA-BANK AUSTRIA eGen

Das Risiko für den Abschluss

Die Einbringung der SPARDA-BANK AUSTRIA eGen in die Muttergesellschaft VOLKSBANK WIEN AG wurde am 17. August 2017 ins Firmenbuch eingetragen.

Für Zwecke der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss sind zunächst die übernommenen Vermögenswerte und Schulden zu identifizieren. In einem weiteren Schritt sind die identifizierten Vermögenswerte und Schulden der SPARDA-BANK AUSTRIA eGen unter Berücksichtigung von Planungen und weiteren Annahmen im Rahmen einer Kaufpreisallokation zu bewerten und mit dem beizulegenden Zeitwert im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017 zu erfassen. Beide Schritte beruhen auf Schätzungen und Ermessensentscheidungen durch den Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG, die mit wesentlichen Unsicherheiten behaftet sind und somit ein Risiko für den Konzernabschluss darstellen.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Im Zuge unserer Prüfung des Ansatzes und der Bewertung der im Rahmen der Erstkonsolidierung der SPARDA-BANK AUSTRIA eGen erstmalig erfassten Vermögenswerte und Schulden im Konzernabschluss haben wir das Vorliegen der Beherrschung ab dem 17. August 2017 durch Prüfung der Erfüllung der Closing Bedingungen des Kaufvertrages überprüft und beurteilt, ob die identifizierten erworbenen Vermögenswerte, Eventualschulden und Schulden die Ansatzkriterien des IFRS 3 erfüllen. Darüberhinaus haben wir die Ermittlung des Kaufpreises, der für 100 % der Anteile geleistet wurde, nachvollzogen.

Wir haben die im Rahmen der Kaufpreisallokation verwendeten Annahmen einschließlich der für die SPARDA-BANK AUSTRIA eGen zugrunde gelegte Ergebnisplanung unter Berücksichtigung allgemeiner und branchenspezifischer Markterwartungen und Marktstudien nachvollzogen. Weiteres haben wir beurteilt, ob die Bewertungsmethodik und deren Umsetzung in den Bewertungsmodellen sowie die wesentlichen Bewertungsparameter, wie vermögensspezifische Zahlungsströme, Nutzungsdauern, Kapitalkosten und ökonomische Würdigung von Gewinnen aus Unternehmenswerten, angemessen sind.

Wir haben die Darstellung der Transaktion im Konzernabschluss geprüft und die rechnerische Richtigkeit des für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte verwendeten Barwertmodells nachvollzogen.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben in den Notes zum Unternehmenszusammenschluss SPARDA-BANK AUSTRIA eGen angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine

BESTÄTIGUNGSVERMERK

in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahres- bzw Konzernabschluss, den Lage- bzw Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Konzernabschluss stehen oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 18. Mai 2016 als Abschlussprüfer gewählt und am 12. Juli 2017 vom Aufsichtsrat mit der Konzernabschlussprüfung der Gesellschaft beauftragt. Wir sind ohne Unterbrechung seit dem Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015, der erstmalig durch KPMG geprüft wurde, Konzernabschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Konzernabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von den Konzernunternehmen gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Walter Reiffenstuhl.

Wien, am 13. März 2018

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

BILANZEID

VOLKSBANK WIEN AG Erklärung aller gesetzlichen Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, 13. März 2018



DI Gerald Fleischmann
Generaldirektor

Digitalisierung, Generalsekretariat, MarktServiceCenter / KundenServiceCenter,
Organisation & IT, Personalmanagement, PR & Kommunikation, Private Banking / Treasury,
Retail, Revision, Verbundstrategie, Vertriebsmanagement / Marketing



Dir. Josef Preissl
Generaldirektor-Stellvertreter

Corporates, Immobilientöchter,
Real Estate, VB Services für Banken



Mag. Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor

Controlling, Financial Data Steering,
Finanzen, Legal und Compliance



Dr. Thomas Uher
Vorstandsdirektor

Kreditrisikomanagement, Risikocontrolling,
Transition Kredit

EINZELABSCHLUSS VOLKSBANK WIEN AG

146 Bilanz zum 31. Dezember 2017

148 Gewinn- und Verlustrechnung

150 Anhang

182 Lagebericht

205 Bestätigungsvermerk

209 Bilanzzeit

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

Aktiva	31.12.2017		31.12.2016	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		1.813.950.924,90		1.119.253
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere		1.031.280.223,39		1.092.087
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	249.670.432,49		300.441	
b) sonstige Forderungen	1.461.855.320,78	1.711.525.753,27	1.904.804	2.205.245
4. Forderungen an Kunden		4.879.881.059,60		4.426.192
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten	38.589.377,62		44.023	
b) von anderen Emittenten	1.290.917.443,53	1.329.506.821,15	1.185.320	1.229.343
darunter: eigene Schuldverschreibungen EUR 855.046.557,49 (Vorjahr: TEUR 855.057)				
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		39.189.118,91		62.640
7. Beteiligungen		50.727.487,42		26.389
darunter: an Kreditinstituten EUR 15.744.928,36 (Vorjahr: TEUR 6.901)				
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		26.412.717,48		25.991
darunter: an Kreditinstituten EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)				
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		532.048,43		272
10. Sachanlagen		79.524.142,35		75.452
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden EUR 46.163.986,77 (Vorjahr: TEUR 41.975)				
11. Sonstige Vermögensgegenstände		373.990.333,04		464.746
12. Rechnungsabgrenzungsposten		2.127.944,01		2.372
13. Aktive latente Steuern		30.257.659,94		26.221
Summe der Aktiva		11.368.906.233,89		10.756.203
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva		1.322.203.646,23		1.435.893

Passiva	EUR	31.12.2017	31.12.2016	
		EUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig	2.482.510.408,21		2.711.680	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	261.041.032,89	2.743.551.441,10	627.518	3.339.198
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen			990.057	
aa) täglich fällig	1.309.883.540,28		1.029.343	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	905.140.912,85		2.019.400	
	2.215.024.453,13			
b) sonstige Verbindlichkeiten			2.164.767	
aa) täglich fällig	2.729.049.509,65		564.165	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	913.163.951,25	5.857.237.914,03	2.728.932	4.748.332
	3.642.213.460,90			
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen	974.976.890,94		953.445	
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten	308.201.067,51	1.283.177.958,45	524.413	1.477.858
4. Sonstige Verbindlichkeiten		445.719.518,50		611.063
5. Rechnungsabgrenzungsposten		7.078.382,08		8.011
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	21.025.871,00		19.988	
b) Rückstellungen für Pensionen	8.707.394,59		9.299	
c) Steuerrückstellungen	6.891.712,52		4.892	
d) sonstige	88.925.063,61	125.550.041,72	95.788	129.967
7. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		424.643.411,02		23.175
8. Gezeichnetes Kapital		132.893.812,50		126.938
9. Kapitalrücklagen				
a) gebundene	222.892.603,76			
b) nicht gebundene	0,00	222.892.603,76		214.375
10. Gewinnrücklagen andere Rücklagen		74.532.125,80		26.637
11. Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG		36.972.247,86		35.878
12. Bilanzgewinn		14.656.777,07		14.771
Summe der Passiva		11.368.906.233,89		10.756.203
Posten unter der Bilanz				
1. Eventualverbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten		369.083.223,42		412.935
2. Kreditrisiken		4.376.099.757,89		4.331.388
darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)				
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften		149.758.094,77		149.940
4. Anrechenbare Eigenmittel gem. Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 darunter: Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel 1 Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 EUR 437.184.306,51 (Vorjahr: TEUR 35.579)		907.329.558,81		450.270
5. Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 Abs. 1		3.394.265.936,70		3.171.322
lit a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		13,83 %		13,03 %
lit b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		13,83 %		13,03 %
lit c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		26,73 %		14,20 %
6. Auslandspassiva		514.694.039,34		148.581

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

	EUR	2017 EUR	TEUR	2016 TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge		139.553.946,43		141.228
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	8.393.281,80		8.849	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-31.138.983,52		-34.122
I. NETTOZINSERTRAG		108.414.962,91		107.106
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen				
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	818.020,09		915	
b) Erträge aus Beteiligungen	2.232.806,18		1.868	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.700.631,96	4.751.458,23	1.852	4.635
4. Provisionserträge		89.234.379,21		79.860
5. Provisionsaufwendungen		-28.182.921,31		-29.987
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften		3.074.960,51		4.715
7. Sonstige betriebliche Erträge		87.475.922,62		122.241
II. BETRIEBSERTRÄGE		264.768.762,17		288.570
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-78.772.744,94		-63.303	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-20.608.253,41		-18.595	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-1.573.302,29		-1.431	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.521.087,78		-2.328	
ee) Dotierung/Auflösung der Pensionsrückstellung	677.514,00		1.080	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-7.096.784,73		-2.966	
	-109.894.659,15		-87.543	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-101.533.383,78	-211.428.042,93	-79.748	-167.291
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände		-6.599.796,01		-10.719
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-25.330.563,70		-52.127
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN = ÜBERTRAG		-243.358.402,64		-230.137

	2017 EUR	2016 TEUR
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN = ÜBERTRAG	-243.358.402,64	-230.137
IV. BETRIEBSERGEBNIS	21.410.359,53	58.433
11. Saldo aus Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken sowie aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken sowie aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	6.915.633,11	6.187
12. Saldo aus Wertberichtigungen aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen	12.290.742,42	-34.192
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	40.616.735,06	30.428
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-321.432,78	22.132
14. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 13 auszuweisen	-2.254.159,26	-26.128
VI. JAHRESÜBERSCHUSS	38.041.143,02	26.432
15. Reinvermögensminderung durch Umgründung	0,00	-12.019
16. Rücklagenbewegung	-38.041.143,02	0
darunter: Dotierung der Haftrücklage	1.094.576,49	0
Auflösung der Haftrücklage		0
VII. JAHRESGEWINN	0,00	14.413
17. Gewinnvortrag	14.656.777,07	358
VIII. BILANZGEWINN	14.656.777,07	14.771

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2017

Die Vorjahreswerte sind auf Grund der Einbringungen des Bankbetriebs SPARDA-BANK AUSTRIA eGen (Sparda) nur bedingt aussagekräftig.

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Angaben

Seit dem Geschäftsjahr 2015 nimmt die VOLKSBANK WIEN AG (nachfolgend auch „VBW“ oder die „Gesellschaft“) neben dem Retailgeschäft die Funktion der Zentralorganisation des österreichischen Volksbanken-Verbundes gemäß §30a BWG wahr, die mit weitreichenden Steuerungs- und Lenkungenfunktionen (insbesondere im Risiko- und Liquiditätsmanagement) verbunden ist. Die Mitglieder des Volksbanken-Verbundes haften untereinander unbeschränkt, die anteilige Übernahme der Kosten und Risiken der Zentralorganisation wurde vertraglich zwischen den Mitgliedern vereinbart. Die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen der Teile 2 bis 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie § 39a BWG sind vom Volksbanken-Verbund auf Grundlage der konsolidierten Finanzlage zu erfüllen (§ 30a Abs. 7 BWG). Die VBW hat weiterhin sämtliche aufsichtsrechtlichen Bestimmungen auf Einzelbasis und konsolidierter Basis zu erfüllen.

Der Jahresabschluss der VBW zum 31. Dezember 2017 wurde vom Vorstand in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Die Gesellschaft ist als große Gesellschaft gemäß § 221 Abs 3 UGB einzustufen.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten und bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr 2017 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden soweit bekannt berücksichtigt.

Die bisherige Form der Darstellung wurde grundsätzlich bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses unter Beachtung der seit dem Geschäftsjahr 2016 angewendeten Regelungen des RÄG 2014 beibehalten.

Die [Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden](#) wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Die Ermittlung der [Risikovorsorge erfolgt](#) in Anlehnung an die im IFRS-Konzernabschluss angewendete Wertberichtigungsmethodik (IAS 39). Eine Wertminderung („Impairment“) liegt dann vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz der Kreditforderung objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus der Forderung hat und dessen Auswirkungen verlässlich geschätzt werden können.

Für die Ermittlung des Vorsorgebedarfs werden die Kreditforderungen im Rahmen der Kredit- und Ausfallsüberwachung einzeln regelmäßig und anlassbezogen auf die oben genannten objektiven Hinweise untersucht. Zu den Ausfallskriterien zählen unter anderem Forbearance-Maßnahmen sowie Kennzahlen, die auf einen möglichen Zahlungsausfall hinweisen (bspw. unlikeliness to pay).

Bei Forderungen, die Ausfallskriterien aufweisen und eine definierte Obligohöhe überschreiten („signifikante“ Forderungen), erfolgt die Ermittlung der Risikovorsorge mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode (Einzelrisikovorsorge). Dabei wird auf Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes der Forderung der Barwert der zukünftig erwarteten Cash-Flows errechnet. Dieser ist abhängig von der Einschätzung der aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Situation des Kunden, der Einschätzung der Höhe der Verwertungserlöse von Kreditsicherheiten und dem zeitlichen Zufluss der daraus resultierenden Zahlungsströme.

Die Risikovorsorge für nicht signifikante, ein Ausfallskriterium aufweisende, Kredit-Engagements wird pauschal ermittelt (pauschale Einzelrisikovorsorge). Für jene Kredit-Engagements, die kein Ausfallskriterium aufweisen, wird eine Portfoliorisikovorsorge gebildet. Die pauschale Einzelrisikovorsorge und die Portfoliorisikovorsorge werden auf Einzelgeschäftsebene unter Verwendung

von Bewertungsmodellen ermittelt. Diese Bewertungsmodelle basieren auf statistisch berechneten Parametern wie zum Beispiel historischen Ausfalls- und Verlustquoten. Die verwendeten Methoden und Parameter werden regelmäßig einer Validierung unterzogen, um die geschätzten und tatsächlichen Ausfälle und Verluste anzunähern.

Der Prozess zur Ermittlung der Wertberichtigung erfolgt EDV-unterstützt durch ein dafür entwickeltes Impairment-Tool.

Vom Wahlrecht des § 57 Abs. 1 BWG wurde wie im Vorjahr Gebrauch gemacht.

Hauptwährungen wurden zu den am 31.12.2017 veröffentlichten Mittelkursen der Europäischen Zentralbank (EZB) bewertet. Andere Währungen wurden zu den Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Die Valutenbestände wurden zum Valuten-Mittelkurs umgerechnet.

Das Kriterium der Zuordnung zum [Finanzanlagevermögen](#) ist die Absicht, ein Wertpapier dauerhaft im Bestand zu halten. Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere wurden wie Anlagevermögen, die Wertpapiere des Umlaufvermögens nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Berücksichtigung des niedrigeren beizulegenden Zeitwerts bewertet. Vom Wahlrecht gemäß § 204 Abs. 2 UGB, Abschreibungen auch dann vorzunehmen, wenn die Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist, wurde nicht Gebrauch gemacht.

Die VBW hält Beteiligungen an diversen Unternehmen. Alle diese Beteiligungen sind nicht börsennotiert und es existiert somit kein aktiver Markt. Die Beteiligungen werden mit Hilfe von Bewertungsmethoden und teilweise nicht beobachtbaren Inputfaktoren bewertet. Die Bewertungen werden gemäß der discounted cash flow Methodik und dem Peer Group-Ansatz vorgenommen. Es kommen verschiedene Berechnungsmodelle zur Anwendung. Das Ertragswertverfahren wird verwendet, wenn die VBW über die Kontrolle verfügt oder eine Organfunktion ausübt und somit Planrechnungen verfügbar sind. Wird die Gesellschaft nicht kontrolliert, erfolgt die fair value Berechnung auf Basis der geflossenen Dividende sowie der Jahresergebnisse der letzten fünf Jahre. Bei Gesellschaften, deren Geschäftszweck keine regelmäßigen Einnahmen zulässt oder deren Ergebnis vom Mutterunternehmen durch Verrechnungen gesteuert wird, wird als Bewertungsmaßstab das Nettovermögen herangezogen. Bei Beteiligungen an Genossenschaften wird, sofern eine Zeichnung von neuen Anteilen sowie eine Kündigung von bestehenden Anteilen jederzeit möglich ist, als Marktwert das Geschäftsanteilkapital herangezogen. Werden bei Beteiligungen Bewertungsgutachten von externen Bewertern durchgeführt, so werden diese für die laufende Bewertung herangezogen. Soweit discounted cash flow Verfahren zur Anwendung gelangen, beruhen die verwendeten Abzinsungssätze auf jeweils aktuellen Empfehlungen des Fachsenats der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder sowie internationalen Finanzinformationsdienstleistungsunternehmen und liegen im Geschäftsjahr 2017 bei 6,9 – 8,9 % (2016: 7,0 - 8,3%). Die bei der Berechnung verwendete Marktrisikoprämie liegt bei 6,75 % (2016: 6,75 %), die herangezogenen Beta-Werte bei 0,8 - 1,1 (2016: 0,9 - 1,1). Zusätzliche Länderrisiken waren nicht zu berücksichtigen. Abschläge aufgrund von Handelbarkeit und Kontrollausübung werden bei zwei Beteiligungen vorgenommen.

Die Bewertung des [Sachanlagevermögens](#) (Grundstücke, Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung) erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. [Immaterielle Vermögensgegenstände](#) werden, soweit gegen Entgelt erworben, zu Anschaffungskosten aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear vorgenommen. Die Abschreibungsdauer beträgt für Gebäude zwischen 10 und 66 Jahren, für die Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 20 Jahren und für die immateriellen Vermögensgegenstände zwischen 2 und 5 Jahren. Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind. Zuschreibungen werden vorgenommen, wenn die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen sind. Die Zuschreibung erfolgt auf maximal den Nettobuchwert, der sich unter Berücksichtigung der Normalabschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, ergibt. Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Einzelanschaffungswert bis EUR 400,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zu- und Abgang erfasst.

Die Bilanzierung latenter Steuern erfolgt bilanzorientiert auf Basis des Temporary-Konzepts. Aktive latente Steuern für künftige steuerliche Ansprüche aus steuerlichen Verlustvorträgen werden nicht angesetzt.

Die [Verbindlichkeiten](#) aus dem Bankgeschäft werden mit dem Erfüllungsbetrag zu fortgeführten Anschaffungskosten am Bilanzstichtag angesetzt.

Die [Mündelgeldspareinlagen](#) betragen zum Bilanzstichtag EUR 12.377.209,61 (31.12.2016: TEUR 11.657). Der dafür gewidmete Deckungsstock besteht aus mündelsicheren Wertpapieren und beläuft sich auf EUR 17.223.200,00 (31.12.2016: TEUR 15.000).

Agio- und Disagiobeträge für die **verbrieften Verbindlichkeiten** werden auf die Laufzeit der Schulden verteilt. Emissionskosten und Zuzahlungsprovisionen werden als Geldbeschaffungskosten zum Zeitpunkt der Begebung der Anleihe als Aufwand erfasst.

Abfertigungs-, Jubiläums- und Pensionsrückstellungen werden nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des Teilwertverfahrens ermittelt.

Abfertigungs- und Pensionsrückstellungen werden nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 2,91 % (Vorjahr: 3,37 %), geplanten Gehaltserhöhungen von 3 % (Vorjahr: 3 %) und eines Pensionseintrittsalters von 60-65 Jahren (Vorjahr: 60 Jahre) bei Frauen und 65 Jahren (Vorjahr: 65 Jahre) bei Männern ermittelt. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Der Ansammlungszeitraum läuft bis zum Erreichen des Pensionsantrittsalters. Hinsichtlich der Sterbewahrscheinlichkeit kommen die Berechnungstabellen „AVÖ 2008 P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler, Angestelltenbestand“ zur Anwendung. Es wird kein Fluktuationsabschlag, jedoch das Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Der Rechnungszinssatz wird zum 31.12.2017 wie im Vorjahr aus dem 7-jährigen Durchschnittzinssatz (für 15-jährige Laufzeiten) entsprechend der Veröffentlichung der Deutschen Bundesbank abgeleitet (vgl. AFRAC-Stellungnahme 27 „Personalrückstellungen (UGB)“). Zinsaufwendungen sowie die Auswirkungen aus einer Änderung des Zinssatzes werden im Posten „Personalaufwand“ zusammen mit der Dotierung und Auflösung erfasst.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten. Langfristige Rückstellungen wurden mit einem Zinssatz von durchschnittlich 1,5 % (Vorjahr: 2 %) abgezinst.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten kollektivvertragliche Verpflichtungen zur Zahlung von **Jubiläumsgeldern**. Diese Rückstellungen werden nach den für Abfertigungsrückstellungen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ermittelt.

Im Posten Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 werden jene Ergänzungskapitalinstrumente ausgewiesen, die gemäß den Bedingungen der CRR uneingeschränkt als Tier 2 Kapital anrechenbar sind. Weiters wird Partizipationskapital, das lediglich im Rahmen der Übergangsbestimmungen als hartes Kernkapital anrechenbar ist, in der Bilanz im Posten Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgewiesen. Ergänzungskapital, das nur aufgrund von Übergangsvorschriften als Eigenmittel anrechenbar ist, ist im Posten verbrieftete Verbindlichkeiten enthalten.

Das Nominale außerbilanzieller Geschäfte werden in den Posten unter der Bilanz ausgewiesen. Für diese werden bei drohender Inanspruchnahme Rückstellungen gebildet.

Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden auf volle Tausend Euro gerundet und sind im Anhang in Klammern angemerkt, in der Summenbildung sind daher Rundungsdifferenzen nicht auszuschließen.

Bewertung und Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente des Bankbuchs

Für Zinsswaps erfolgt eine anteilige Zinsabgrenzung bis zum Bilanzstichtag.

Devisentermingeschäfte und Währungsswaps werden mit den veröffentlichten Mittelkursen der EZB bewertet. Die Abgrenzung des Swapsatzes erfolgt aliquot über die Laufzeit.

Die Vorschriften zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung gemäß AFRAC Stellungnahme 15 „Derivate und Sicherungsinstrumente (UGB)“ vom Dezember 2015 sowie das FMA Rundschreiben zu Rechnungslegungsfragen bei Derivaten (Dezember 2012) werden angewendet. Die Absicherung der Zinsrisiken erfolgt ausschließlich durch Micro-Hedges. Für negative Marktwerte von Derivaten wurden grundsätzlich Rückstellungen gebildet, sofern offene Positionen oder keine effektiven Hedgebeziehungen vorlagen.

Zum 31.12.2017 wurden als Sicherungsleistungen in Zusammenhang mit Derivaten nur Margins geleistet. Die Möglichkeit zur Verpfändung von sonstigen Finanzinstrumenten wurde nicht genutzt.

Die VBW unterliegt bei Positionen des Bankbuches dem Risiko von Marktwertschwankungen aufgrund von Zins- und Währungsänderungen.

Als wesentliches Mittel zur ökonomischen Absicherung dieser Risiken und zur Steuerung der Bilanzstruktur bedient sich die VBW derivativer Finanzinstrumente. Interest Rate Swaps werden als primäre Sicherungsinstrumente für eigene fix verzinste Emissionen und zur Absicherung gegen Marktwertschwankungen von Veranlagungen in festverzinsliche Wertpapiere sowie Kundenforderungen verwendet.

Darüber hinaus dienen Cross Currency Swaps, Devisentermingeschäfte, Devisenswaps und in Ausnahmefällen Devisenoptionen zur ökonomischen Absicherung von Zins- und Währungsrisiken von Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und Kunden sowie von Emissionen, die auf Fremdwährung lauten.

Im Standardfall werden Sicherungsinstrumente direkt mit dem Kontrahenten abgeschlossen. Für die Bilanzierung von Bewertungseinheiten werden externe und interne Derivate verwendet. Für Sicherungsbeziehungen werden keine neuen internen Derivate abgeschlossen.

Die gemäß der AFRAC Stellungnahme 15 „Derivate und Sicherungsinstrumente (UGB)“ gebildeten Bewertungseinheiten umfassen eigene fixverzinsliche Emissionen sowie Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden. Als Sicherungsinstrumente werden in diesem Zusammenhang ausschließlich Interest Rate Swaps, Caps und Floors sowie Cross Currency Swaps eingesetzt. Die Sicherungsbeziehung wird auf die gesamte Laufzeit des Grundgeschäfts abgestellt.

Zur Messung der retrospektiven Effektivität der Bewertungseinheiten wird ausschließlich die Dollar Offset-Methode angewandt. Bei der Dollar-Offset-Methode werden die auf das abgesicherte Risiko zurückführenden Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft zueinander ins Verhältnis gesetzt.

Derivate des Bankbuches, die Sicherungszwecken dienen, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuches

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuches umfassen Handelspositionen von börsengehandelten Futures, Optionen, Zinsswaps, Swaptions, Caps/Floors/Collars und Wahrungsoptionen. Die Bewertung erfolgt mit dem beizulegenden Zeitwert und das Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Geschäftsstrategie für das Handelsbuch setzt auf den Produkt- und Kundenanforderungen des Volksbanken Verbundes auf. Der Fokus liegt dabei auf der Servicierung der Primärstufe, der Transformation und dem Hedging von Risikopositionen sowie dem Ziel der Ertragsgenerierung.

Die Überwachung der Marktrisiken der Handelsbereiche erfolgt in einer vom Markt unabhängigen Einheit im Risikomanagement.

Die Bewertung und Bilanzierung der Finanzinstrumente im Handelsbuch erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Börsenkurs oder Marktwert.

Marktwertermittlung

Der Marktwert ist jener Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht oder eine Verpflichtung beglichen werden kann. Bei börsennotierten Finanzinstrumenten entspricht der Marktwert dem Kurswert. Wenn kein Kurswert vorhanden ist, werden die zukünftigen Cash-Flows eines Finanzinstruments mit der jeweiligen Zinskurve auf den Bewertungsstichtag diskontiert. Dabei werden international übliche finanzmathematische Verfahren zur Berechnung angewendet.

Die VBW hat sämtliche Handelsbuchpositionen von Derivaten im Frontoffice- und Risikomanagementsystem MUREX abgebildet, welches direkt mit verschiedenen Preisinformationssystemen verbunden ist. Das bedeutet, dass die Marktpreise für verschiedene Produkte in Echtzeit aktualisiert werden. Produkte, die keinen direkten Preis beziehen, werden durch Bewertungsmodelle unter Verwendung von Marktdaten (Marktrisikofaktoren) in dieser Standardsoftware bewertet. Strukturierte oder exotische Produkte, deren Modellpreise in der Standardsoftware nicht ermittelt werden können, werden in externen Preisrechnern bewertet, die regelmäßig neu mit auf am Markt liquide handelbare Produkte kalibriert werden.

2. Erläuterungen zur Bilanz

2.1 Erläuterungen zu Aktivposten

Gliederung der Forderungen an Kreditinstitute:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Restlaufzeit:		
täglich fällig	249.670.432,49	300.441
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	205.455.716,94	593.795
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	469.277.168,54	387.851
mehr als 5 Jahre	62.364.046,59	83.621
nicht täglich fällig	1.461.855.320,78	1.904.804
Forderungen an Kreditinstitute gesamt	1.711.525.753,27	2.205.245

Gliederung der Forderungen an Kunden:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Restlaufzeit:		
täglich fällig	64.472.955,16	92.779
bis 3 Monate	107.269.091,36	180.356
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	309.432.079,43	260.453
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	730.866.554,98	730.544
mehr als 5 Jahre	3.667.840.378,67	3.162.060
nicht täglich fällig	4.815.408.104,44	4.333.413
Forderungen an Kunden gesamt	4.879.881.059,60	4.426.192

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2017 gegenüber verbundenen Unternehmen EUR	31.12.2017 gegenüber Beteiligungen EUR	31.12.2016 gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR	31.12.2016 gegenüber Beteiligungen TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	0,00	777.766.548,74	0	960.549
Forderungen an Kunden	54.590.599,44	70.252.956,61	56.283	43.532
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	1.279.765,94	0	1.500
	54.590.599,44	849.299.271,29	56.283	1.005.581

Zusammensetzung der Risikovorsorgen:

	31.12.2017 Risikovorsorge EUR	31.12.2017 pauschale Wertberichtigung nach § 57 (1) BWG EUR	31.12.2016 Risikovorsorge TEUR	31.12.2016 pauschale Wertberichtigung nach § 57 (1) BWG TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	688.456,64	0,00	1.044	0
Forderungen an Kunden	57.648.721,97	29.598.665,55	68.833	32.771
Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte	4.240.287,26	0,00	5.252	0
	62.577.465,87	29.598.665,55	75.130	32.771

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen der Bilanzposten 2, 5, 6, 7 und 8 in börsennotierte und nicht börsennotierte Wertpapiere:

31.12.2017:	Börsennotiert EUR	Nicht börsennotiert EUR
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.004.641.279,24	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.324.606.992,34	0,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	745.770,67	38.443.348,24

31.12.2016:	Börsennotiert TEUR	Nicht börsennotiert TEUR
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.063.980	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.225.422	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	779	61.861

Per 31.12.2017 hält die VBW eigenes Ergänzungskapital im Aktivbestand mit einem Buchwert von EUR 96.910,97 (31.12.2016: TEUR 288), keine eigenen Nachrangkapitalien (31.12.2016: TEUR 97) sowie eigene Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von EUR 855.000.000,00. (31.12.2016: TEUR 855.000).

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere der Bilanzposten 2, 5 und 6 in Anlage- und Umlaufvermögen:

31.12.2017:	Anlagevermögen in EUR	Umlaufvermögen (inkl. HB) in EUR
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	877.095.803,64	127.545.475,60
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	464.375.206,59	860.231.785,75
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	724.917,25	20.853,42

31.12.2016:	Anlagevermögen in TEUR	Umlaufvermögen (inkl. HB) in TEUR
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	932.558	131.422
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	370.422	855.000
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	725	54

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen erfolgt gemäß Festlegung im Asset Liability Committee (ALCO).

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert der nicht dem Anlagevermögen (Umlaufvermögen ohne Handelsbuch) gewidmeten zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere beträgt zum 31.12.2017 EUR 10.385.366,54 (31.12.2016: TEUR 14.234).

Sonstige Angaben zu Wertpapieren

Der zeitanteilig über die Restlaufzeit abzuschreibende Unterschiedsbetrag zwischen den historischen Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt insgesamt EUR 25.536.569,60. Davon sind per 31.12.2017 noch EUR 18.254.678,29 (31.12.2016: TEUR 15.618) über die Restlaufzeit abzuschreiben.

Der zeitanteilig über die Restlaufzeit zuzuschreibende Unterschiedsbetrag zwischen den historischen Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt insgesamt EUR 25.213.349,55. Davon sind per 31.12.2017 noch EUR 16.927.344,28 (31.12.2016: TEUR 17.289) über die Restlaufzeit zuzuschreiben.

Bei nachfolgenden [Wertpapieren des Anlagevermögens, die über dem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen wurden](#), ist eine außerplanmäßige Abschreibung unterblieben, da von der Halteabsicht und einer vollständigen Bedienung – somit voller Werthaltigkeit – ausgegangen wird. Im Geschäftsjahr 2017 wurden bei diesen Wertpapieren wie im Geschäftsjahr 2016 kein Vertragsbruch bzw. keine Zahlungsverzögerungen aufgrund erheblicher finanzieller Schwierigkeiten der Emittenten festgestellt.

31.12.2017:	Marktwert in EUR	Buchwert in EUR	Unterschiedsbetrag in EUR
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	53.962.200,00	55.017.678,90	-1.055.478,90
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	137.619.441,00	140.600.021,91	-2.980.580,91
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	687.485,01	724.917,26	-37.432,25
	192.269.126,01	196.342.618,07	-4.073.492,06

31.12.2016:	Marktwert in TEUR	Buchwert in TEUR	Unterschiedsbetrag in TEUR
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	120.539	123.596	-3.057
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	3.945	4.155	-210
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	110.254	113.171	-2.917
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	866	916	-50
	235.604	241.838	-6.234

Wertpapiere mit Marktpreisen von inaktiven Märkten sind großteils dem Anlagevermögen gewidmet und werden periodisch hinsichtlich notwendiger außerplanmäßiger Abschreibungen untersucht.

Ein inaktiver Markt liegt vor, wenn aufgrund eines Abfalls des Handelsvolumens bzw. der Handelsaktivität keine Marktliquidität mehr vorhanden ist.

Extern angelieferte Marktwerte werden laufend anhand verfügbarer Marktdaten auf ihre Plausibilität überprüft. Bei abweichenden Einschätzungen erfolgt eine Adaption der Marktbewertung durch Rückgriff auf bisher aufgetretene Geschäftsfälle, durch Vergleich mit den aktuellen beizulegenden Zeitwerten eines anderen im Wesentlichen identischen Finanzinstruments oder durch die Discounted-Cash-Flow-Methode. Insgesamt sind derart adaptierte Marktwerte von untergeordneter Bedeutung.

Im Jahr 2018 werden Forderungen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von EUR 147.612.248,09 fällig (im Jahr 2016 für 2017: TEUR 15.737).

Im Geschäftsjahr 2017 gab es echte Pensionsgeschäfte mit einem Buchwert in Höhe von EUR 94.915.540,20 (VJ: TEUR 96.537).

Das Kreditinstitut führt seit 2015 ein Handelsbuch. Diesem sind per 31.12.2017 Wertpapiere mit einem Marktwert von EUR 8.206.327,58 (31.12.2016: TEUR 23.797) und sonstige Finanzinstrumente mit einem Marktwert inklusive Zinsabgrenzung von EUR 40.674.078,79 (31.12.2016: TEUR 15.514), davon mit externen Kontrahenten in der Höhe von EUR -243.477.951,76 (31.12.2016: TEUR -299.700) gewidmet.

Im Jahr 2017 wurden keine Wertpapiere vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet.

Mit Beschluss des Vorstandes wurden folgende Wertpapiere vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen gewidmet: VB WIEN FRN 08-18 (ISIN AT0000A09SS0) mit einem Buchwert in Höhe von EUR 96.010,97, sowie WBBADEN ERKP.SCHV. 07-22 (ISIN QOXDBA000383), die per 31.12.2017 nicht mehr im Bestand sind.

Vermögensgegenstände nachrangiger Art:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	4.220.976,93	4.453
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	251.672,69	342
	4.472.649,62	4.795

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Zusammensetzung der Beteiligungen:

Gesellschaftsname	Anteil %	Jahresabschluss	Gesamtes Eigenkapital TEUR	Jahreserfolg TEUR	Buchwert zum 31.12.2017 EUR
Wiener Landwirtschaftliche Siedlungsgesellschaft mbH 1220 Wien, Kagraner Platz 48	33,33 %	31.12.2016	213	-1	71.139,55
VB Beteiligungsgenossenschaft Obersdorf-Wolkersdorf-Deutsch-Wagram e.Gen. 2120 Obersdorf, Hauptstraße 57	32,36 %	31.12.2016	9.093	-186	160.040,00
ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH 6020 Innsbruck, Tschamlerstraße 2	25,99 %	31.12.2016	8.664	35	294.473,45
Volksbanken - Versicherungsdienst - Gesellschaft m.b.H. 1071 Wien, Lindeng. 5	25,42 %	31.12.2016	4.035	375	64.032,29
Volksbank Kärnten eG 9020 Klagenfurt, Pernhartgasse 7	25,21 %	31.12.2016	85.197	6.195	8.759.031,98
VB Südburgenland Verwaltung eG 7423 Pinkafeld, Marktplatz 3	22,32 %	31.12.2016	17.875	-11	318.772,50
VB Verbund-Beteiligung eG (vormals: Verwaltungsgenossenschaft der start:gruppe e.Gen.) 1090 Wien, Kolingasse 14-16	21,86 %	31.12.2016	95.788	-2.774	11.342.927,58
VB-Beteiligungsgenossenschaft der Obersteiermark eG 8700 Leoben, Hauptplatz 4	20,54 %	31.12.2016	19.476	-91	1.500.047,27
Volksbanken Holding eGen 1030 Wien, Löwelstraße 14	15,69 %	30.06.2017	5.871	-103	12.980.000,00
PSA Payment Services Austria GmbH 1030 Wien, Marxergasse 1B	6,89 %	31.12.2016	47.412	21.555	3.828.767,48
Schulze-Delitzsch Ärzte und Freie Berufe e.Gen. 1010 Wien, Schottengasse 10	5,38 %	31.12.2016	23.837	-1	1.220.100,00
Volksbank Steiermark AG 8010 Graz, Schmiedgasse 31	4,83 %	31.12.2016	132.291	1.504	5.437.872,96
Österreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft 1010 Wien, Am Hof 4	1,50 %	31.12.2016	539.691	57.406	1.180.061,00
CEESEG Aktiengesellschaft 1010 Wien, Wallnerstraße 8	1,41 %	31.12.2016	374.173	41.238	1.377.582,14
Restliche Beteiligungen					2.192.639,22
					50.727.487,42

Angaben über das gesamte Eigenkapital und Jahreserfolg entsprechen dem letztverfügbaren UGB-Jahresabschluss.

Angabe zu wechselseitigen Beteiligungen:

Anteil der VBW	Beteiligungen	Anteil an der VBW
32,360 %	VB Beteiligungsgenossenschaft Obersdorf-Wolkersdorf-Deutsch-Wagram eG	1,78 %
25,207 %	Volksbank Kärnten eG	3,04 %
22,324 %	VB Südburgenland Verwaltung eG (vormals: Volksbank Südburgenland eG)	4,29 %
21,856 %	VB Verbund-Beteiligung eG (vormals: Verwaltungsgenossenschaft der start:gruppe e.Gen.)	5,20 %
15,685 %	Volksbanken Holding eGen	0,87 %
8,258 %	VB Ost Verwaltung eG	8,96 %
4,833 %	Volksbank Steiermark AG	6,98 %
0,443 %	Waldviertler Volksbank Horn registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung	0,64 %
0,060 %	VB Wien Beteiligung eG	14,33 %
0,005 %	Volksbank Salzburg eG	6,13 %
0,001 %	Marchfelder Bank eG	0,26 %

Zusammensetzung der Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaftsname	Anteil %	Jahresabschluss	Gesamtes Eigenkapital TEUR	Jahreserfolg TEUR	Buchwert zum 31.12.2017 EUR
Immo-Contract Baden Maklergesellschaft m.b.H. 2500 Baden, Hauptplatz 9-12	100,00 %	31.12.2016	299	116	182.798,25
VOME Holding GmbH 1090 Wien, Kolingasse 14-16	100,00 %	31.12.2016	557	133	325.000,00
VB ManagementBeratung GmbH 1090 Wien, Kolingasse 14-16	100,00 %	31.12.2016	256	-295	36.336,40
VBKA-Holding GmbH 1090 Wien, Kolingasse 14-16	100,00 %	31.12.2016	31	-2	1,00
UVB-Holding GmbH 1090 Wien, Kolingasse 14-16	100,00 %	31.12.2016	35	-2	0,00
VB Rückzahlungsgesellschaft mbH (Geschäftsjahr 1.4.2017-30.6.2017) 1010 Wien, Schottengasse 10	100,00 %	30.06.2017	13.709	-3	61.000,00
WG Vermietung von Wirtschaftsgütern Gesellschaft m.b.H. 1010 Wien, Schottengasse 10	99,50 %	31.12.2016	1.616	-4	867.713,64
VOBA Vermietungs- und Verpachtungsges.m.b.H. 2500 Baden, Hauptplatz 9-13	99,00 %	31.12.2016	7.706	1.079	5.679.448,53
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH 1090 Wien, Kolingasse 14-16	99,00 %	31.12.2016	8.371	73	14.969.000,00
Gärtnerbank Immobilien GmbH 1220 Wien, Kagraner Platz 48	99,00 %	31.12.2016	226	52	34.650,00
GB IMMOBILIEN Verwaltungs- und Verwertungs-GmbH 1220 Wien, Kagraner Platz 48	99,00 %	31.12.2016	2.678	34	84.650,00
VB Services für Banken Ges.m.b.H. 1090 Wien, Kolingasse 14-16	98,89 %	31.12.2016	4.455	1.726	436.983,01
VB Verbund-Beteiligung Region Wien eG (vormals: Verwaltungsgenossenschaft der IMMO-BANK eG) 1090 Wien, Kolingasse 14-16	90,50 %	31.12.2016	21.100	14.363	3.486.307,30
ARZ-Volksbanken Holding GmbH 1090 Wien, Kolingasse 14-16	73,62 %	30.06.2017	281	-6	230.979,35
Immo-Contract Weinviertel GmbH 2130 Mistelbach an der Zaya, Hauptplatz 11-12	51,00 %	31.12.2016	81	12	17.850,00
					26.412.717,48

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die VBW ist seit 2010 Gruppenträger einer **Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG**. Zur Anwendung gelangt die Belastungsmethode, welche bei der Berechnung der Steuerumlage von der steuerlichen Selbstständigkeit des einzelnen Gruppenmitgliedes ausgeht. Des Weiteren ist die Steuerschuld der Gruppenmitglieder am 30. September des Folgejahres an die VBW abzuführen, Steuerforderungen werden entweder in Gruppengewinnjahren von der VBW vorgetragen, oder das Gruppenmitglied kann in Folgejahren seine Steuerforderungen gegen Steuerverbindlichkeiten gegenrechnen. Ein etwaiger Schlussausgleich von Steuerforderungen wird mit dem Barwert der (fiktiven) zukünftigen Steuerersparnis aus den noch nicht verrechneten Verlustvorträgen des jeweiligen Gruppenmitgliedes abgegolten. Die Diskontierung der Verlustvorträge erfolgt unter Zugrundelegung eines angemessenen Zinssatzes unter Anbindung an den 12-Monats-EURIBOR oder, sollte dieser nicht mehr verfügbar sein, eines vergleichbaren Referenzzinssatzes. Ab dem Geschäftsjahr 2015 sehen nahezu alle Gruppenumlagevereinbarungen auf Grund der bestehenden Verlustvorträge einen Umlagesatz von 6,25 % vor.

Zum 31.12.2017 beträgt die Anzahl der Gruppenmitglieder 9 (31.12.2016: 9). Im Geschäftsjahr 2017 gab es keine Veränderung in der Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG.

Anlagevermögen

Die Grundwerte von bebauten und unbebauten Grundstücken betragen EUR 12.644.032,20 (31.12.2016: TEUR 12.192). Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf Seite 178.

Aufgliederung der sonstigen Vermögensgegenstände:

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	TEUR
Forderungen derivative Finanzinstrumente	352.779.641,94	433.448
Forderungen aus Steuern und Abgaben	1.883.549,92	1.276
Hilfskonten des Bankgeschäftes	318.364,82	3.207
Zur Sicherung von Forderungen erworbene Grundstücke und Gebäude	140.290,00	850
Übrige sonstige Forderungen	18.868.486,36	25.966
	373.990.333,04	464.746

Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind Erträge in Höhe von EUR 22.025.978,55 (31.12.2016: TEUR 31.380) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Im Wesentlichen betrifft dies Zinsabgrenzungen.

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Posten mit Laufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von EUR 401.496,27 (31.12.2016: TEUR 951) enthalten.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungen in Höhe von EUR 2.127.944,01 (Vorjahr: TEUR 2.372) beinhalten im wesentlichen Agio aus begebenem Ergänzungskapital.

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern zum Bilanzstichtag wurden für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen und unternehmensrechtlichen Wertansatz für folgende Posten gebildet:

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	TEUR
Portfoliowertberichtigungen	45.202.029,56	32.771
Pauschale Rückstellungen gem. §9 Abs 3 EStG	24.154.743,09	33.662
Beteiligungen	24.365.992,71	19.551
Rückstellung Abfertigungen	7.051.130,00	8.369
Aufwandsrückstellung	6.868.258,71	0
Rückstellung Pensionen	2.685.868,59	2.705
Rückstellung Jubiläumsgelder	2.886.648,55	2.401
Emissionskosten Anleihe	1.365.000,00	0
Fünftelung Abfertigungszahlungen	1.132.411,86	0
langfristige Rückstellungen	1.039.570,37	1.255
LIVEBank	566.666,67	490
Sachanlagen und immaterielle VG	449.220,42	443
Pensionübertragung	36.242,90	72
	117.803.783,43	101.720
Aktive lat. Steuern aus ermittelten Unterschiedsbeträgen (25 %)	29.450.945,86	
Aktive lat. Steuern von Gruppenmitgliedern aus (vertraglichen) Steuersatzunterschieden	806.714,08	
Aktive lat. Steuern (25 %)	30.257.659,94	

Bezüglich der erfolgswirksamen Auswirkungen der Veränderungen der latenten Steuern sowie des darin inkludierten Bewertungseffektes wie folgt:

	EUR
Stand 31.12.2016	26.220.455,53
Zugang aus der Fusion Sparda	1.166.885,00
Erfolgswirksame Veränderung	2.870.319,41
Stand 31.12.2017	30.257.659,94

2.2 Erläuterungen zu Passivposten

Gliederung der Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Restlaufzeit:		
täglich fällig	2.482.510.408,21	2.711.680
bis 3 Monate	133.890.656,55	220.956
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	15.048.406,14	113.930
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	17.274.673,66	110.958
mehr als 5 Jahre	94.827.296,54	181.674
nicht täglich fällig	261.041.032,89	627.518
Verpflichtungen gegenüber Kreditinstitute gesamt	2.743.551.441,10	3.339.198

Gliederung der Verpflichtungen gegenüber Kunden:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Restlaufzeit:		
täglich fällig	4.038.933.049,93	3.154.824
bis 3 Monate	323.246.298,17	85.195
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	543.309.900,44	810.292
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	349.852.814,72	374.936
mehr als 5 Jahre	601.895.850,77	323.084
nicht täglich fällig	1.818.304.864,10	1.593.507
Verpflichtungen gegenüber Kunden gesamt	5.857.237.914,03	4.748.332

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2017		31.12.2016	
	gegenüber verbundenen Unternehmen EUR	gegenüber Beteiligungen EUR	gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR	gegenüber Beteiligungen TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	932.425.127,34	0	1.454.316
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	119.026.475,92	69.450.300,03	58.799	107.748
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,00	1.279.765,94	0	233
Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapitel 4 der VO (EU) Nr. 575/2013	0,00	1.630.000,00	0	942
	119.026.475,92	1.004.785.193,31	58.799	1.563.238

Verbriefte Verbindlichkeiten

Begebene Schuldverschreibungen werden im Geschäftsjahr 2018 in Höhe von EUR 120.000.000,00 (im Jahr 2016 für 2017: TEUR 0) fällig.

In den verbrieften Verbindlichkeiten sind nachrangige Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 5.014.583,33 (Vorjahr: TEUR 5.015) enthalten, die detailliert bei den Erläuterungen zum begebenen Nachrang- und Ergänzungskapital beschrieben sind.

Die Gliederung des begebenen Nachrang- und Ergänzungskapitals in Höhe von EUR 429.656.637,42 (Vorjahr: TEUR 23.064) auf Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und verbrieft Verbindlichkeiten wird tabellarisch auf der Seite 161 erläutert.

Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Verbindlichkeiten derivative Finanzinstrumente	423.846.921,57	539.578
Verbindlichkeiten aus Steuern und Abgaben	5.090.583,06	21.273
Zinsabgrenzungen	8,31	6.736
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	16.782.005,56	43.476
	445.719.518,50	611.063

Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind wesentliche Aufwendungen in Höhe von EUR 35.577.311,39 (31.12.2016: TEUR 46.873) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Diese bestehen hauptsächlich aus Zinsabgrenzungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten (ausgenommen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente) sind Posten mit Laufzeit von weniger als einem Jahr in Höhe von EUR 55.527.530,74 (31.12.2016: TEUR 108.729) enthalten.

Die Verminderung bei den sonstigen Verbindlichkeiten betrifft im Wesentlichen den Rückgang aus der Marktbewertung derivativer Finanzinstrumente in Höhe von EUR 113.940.578,75 gegenüber dem Vorjahr. Diese spiegelt sich im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ wider.

Passive Rechnungsabgrenzungen

Die passiven Rechnungsabgrenzungen in Höhe von EUR 7.078.382,08 (Vorjahr: TEUR 8.011) betreffen im Wesentlichen Agio für Kredite.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
für Beihilfenrückführung aus der Restrukturierungsvereinbarung	26.361.992,79	35.998
für ausstehende Eingangsrechnungen	14.608.829,31	7.350
für Redimensionierung (Sozialplan, Transformation, Mietrückbauten)	14.255.854,20	8.605
für Verluste und Risiken aufgrund von Kreditgewährungen und -garantien	10.500.000,00	11.230
für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten	8.740.949,47	16.627
für Jubiläumsgelder	5.416.882,00	4.657
für nicht konsumierte Urlaube	4.037.794,94	4.217
für sonstige Verpflichtungen	5.002.760,90	7.103
	88.925.063,31	95.788

Die Position „für Beihilfenrückführung aus Restrukturierungsvereinbarung“ beinhaltet Vorsorgen in Höhe von EUR 26.361.992,79 (31.12.2016: TEUR 35.999) für künftige Gesellschafterzuschüsse an die VB RZG auf Basis der mit dem Bund abgeschlossenen Restrukturierungsvereinbarung 2015.

Begebenes Nachrang- und Ergänzungskapital

	Ergänzungskapital gemäß Teil 2 EUR	Verbriefte Verbindlichkeiten EUR
31.12.2017:		
Nachrangige Verbindlichkeiten	407.194.021,41	5.014.583,33
Ergänzungskapital uneingeschränkt anrechenbar	7.541.032,68	0,00
Partizipationskapital, die nicht die Kriterien des harten Kernkapitals erfüllt	9.907.000,00	0,00

	Ergänzungskapital gemäß Teil 2 TEUR	Verbriefte Verbindlichkeiten TEUR
31.12.2016:		
Nachrangige Verbindlichkeiten	602	5.015
Ergänzungskapital uneingeschränkt anrechenbar	7.540	0
Partizipationskapital, die nicht die Kriterien des harten Kernkapitals erfüllt	9.907	0

Die Bedingungen für das begebene Nachrang- und Ergänzungskapital stellen sich per 31.12.2017 wie folgt dar:

WP Kennnummer	Bezeichnung	Nominale Stand	Einheit	Zinssatz (Ende Dezember)	Tilgung
AT000B121967	2,75% VBWIEN FIX TO FIX 17-27	400.000.000	EUR	2,750 %	06.10.27
QOXDB4408833	PS 2006	6.744	STK		perpetual
QOXDBA000383	ERG.KAP.SCHV. 2007-2022	4.000.000	EUR	4,000 %	01.12.22
AT0000A09SS0	FRN ERGÄNZUNGSKAPITALANL. 2008-2018	2.735.000	EUR	0,171 %	16.06.18
SSD, kein Wertpapier	Nachrangkapital Sparda	2.000.000	EUR	3M Eurib. +0,75 %	19.03.21
SSD, kein Wertpapier	Nachrangkapital Sparda	2.000.000	EUR	3M Eurib. +0,75 %	19.03.21
QOXDB4408908	PS 2006	1.370	STK		perpetual
QOXDB4409195	PS 2006	962	STK		perpetual
AT0000A05QZ7	VAR. ERG.KAP. SCHULDV. 2007-2019	792.000	EUR	0,025 %	16.07.19
QOXDBA032238	3,50% Volksbank Wien-Baden AG Nachrangige Tier 2 Anleihe 2014-2022	600.000	EUR	3,500 %	01.12.22
QOXDB4409039	PS 2006	341	STK		perpetual
QOXDB4409005	PS 2006	260	STK		perpetual
QOXDB4409120	PS 2006	230	STK		perpetual
QOXDB9961364	3% Variable Nachrangkapital – Bankschuldverschreibung 2003-2018	5.000.000	EUR	3,000 %	25.08.18

Das Ergänzungskapital ist nachrangig gemäß § 45 Abs 4 BWG und daher im Falle der Liquidation oder des Konkurses erst nach Befriedigung oder Sicherstellung der Forderungen der anderen nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital betragen EUR 2.976.636,35 (2016: TEUR 497).

Die Nachrangige Anleihe mit der ISIN QOXDBA032238 beinhaltet eine Klausel zur vorzeitigen Rückzahlung aus regulatorischen oder steuerlichen Gründen. Im Fall einer Änderung der aufsichtsrechtlichen Einstufung der Schuldverschreibung, die wahrscheinlich zu ihrem Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringer Qualität führen würde oder im Fall einer Änderung der geltenden steuerlichen Behandlung der Schuldverschreibung ist die Emittentin jederzeit vor dem Fälligkeitstag berechtigt, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen.

Mit Valuta 6. Oktober 2017 wurde eine nachrangige Tier 2 Anleihe (WKN A19P69 bzw. ISIN AT000B121967) mit einem Nominalbetrag iHv EUR 400 Mio. und einem Ausgabekurs von 99,747 % emittiert, das Ergänzungskapital gemäß Artikel 63 der CRR darstellt. Die Anleihe hat eine Laufzeit bis 6. Oktober 2027 und wird zu 100 % vom Nominale getilgt. Bis zum 6. Oktober 2022 beträgt die fixe Verzinsung beträgt bis 2,750 % p.a.. Danach wird der jährliche Kupon in Höhe des dann maßgebenden 5-Jahres Swap Satzes plus 2,55 % Aufschlag neu festgelegt. Die Zinszahlungen erfolgen jährlich jeweils am 6. Oktober. Es besteht eine einseitige Kündigungsmöglichkeit seitens der Emittentin am 06.10.2022. Wird die Kündigungsoption ausgeübt, erfolgt die Rückzahlung zu 100 % des Nominalbetrages.

Dauerremission	Kündigungsrecht	Umwandlung in Kapital	Buchwert zum 31.12.2017	Bilanzposition
nein	Emittentin	keine	402.591.780,82	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
nein	ausgeschlossen	keine	6.744.000,00	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
ja	Emittentin	keine	4.012.888,89	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
ja	ausgeschlossen	keine	2.736.143,79	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
kein WP	ausgeschlossen	keine	2.000.257,28	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
kein WP	ausgeschlossen	keine	2.000.257,28	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
nein	ausgeschlossen	keine	1.370.000,00	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
nein	ausgeschlossen	keine	962.000,00	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
ja	ausgeschlossen	keine	792.000,00	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
nein	ausgeschlossen	keine	601.726,03	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
nein	ausgeschlossen	keine	341.000,00	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
nein	ausgeschlossen	keine	260.000,00	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
nein	ausgeschlossen	keine	230.000,00	Ergänzungskapital gem. Teil 2 Titel 1 Kapital 4
ja	Emittentin	keine	5.014.583,33	Verbriefte Verbindlichkeiten

Eigenkapital

Zum 31.12.2017 betrug das **gezeichnete Kapital** der VBW EUR 132.893.812,50 (31.12.2016: EUR 126.937.593,75) und setzte sich aus 1.417.534 (31.12.2016: 1.354.001) Stückaktien zusammen.

Am Grundkapital sind am 31. Dezember 2017 die nachstehenden Aktionäre beteiligt:

	TEUR	%
Volksbanken	39.948	30,06
Republik Österreich	33.224	25,00
VB Wien Beteiligung eG	14.425	10,86
VB Baden Beteiligung e.Gen.	11.383	8,57
VB Ost Verwaltung eG	8.968	6,75
VB Niederösterreich Süd eG	7.271	5,47
VB Verbund-Beteiligung eGen	5.237	3,94
VB Südburgenland Verwaltung eG	4.283	3,22
VB Weinviertel Verwaltung eG	3.860	2,90
VB Beteiligungsgen. Obersdorf-Wolkersdorf-Deutsch-Wagram eG	1.779	1,34
Verwaltungsgenossenschaft Gärtnerbank e.Gen.	1.053	0,79
Volksbank Holding eGen	851	0,64
SPARDA AUSTRIA Verwaltungsgenossenschaft eGen	355	0,27
Marchfelder Bank eG	257	0,19
	132.894	100,00

Mit Einbringungsvertrag und Sacheinlagevertrag vom 22. Mai 2017 wurde das bankgeschäftliche Unternehmen der SPARDA-BANK eGen (FN 116073 x) gemäß § 92 BWG im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in die VBW übernommen. Die Einbringung erfolgte unter Anwendung des Art. III UmGrStG unter Anwendung der Buchwertfortführung und wurde am 17. August 2017 in das Firmenbuch eingetragen.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 18. Mai 2017 wurde in diesem Zusammenhang durch Ausgabe von 12.643 auf den Namen lautenden Stückaktien eine Kapitalerhöhung um Nominale 1.185.281,25 beschlossen und diese durchgeführt (Einbringung „Sparda-Bankbetrieb“).

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 18. Mai 2017 wurde gleichzeitig mit der Einbringung des Sparda-Bankbetriebs eine Barkapitalerhöhung im Umfang von Nominale 4.770.937,50 durch Ausgabe von 50.890 auf den Namen lautende Stückaktien unter Wahrung des gesetzlichen Bezugsrechts beschlossen und durchgeführt.

Partizipationskapital

Das Partizipationskapital wurde in voller Höhe einbezahlt und steht der Emittentin auf Unternehmensdauer unter Verzicht auf die ordentliche und außerordentliche Kündigung zur Verfügung. Das Partizipationskapital nimmt wie Gesellschaftskapital bis zur vollen Höhe am Verlust teil (§ 23 Abs 4 Z 4 BWG). Es besteht keine Nachschusspflicht. Die Partizipanten sind am Liquidationserlös bzw. Unternehmenswert beteiligt. Die Partizipanten werden erst nach Befriedigung oder Sicherstellung aller übrigen Gläubiger (inkl. Inhabern von nachrangigen Kapital und Ergänzungskapital) befriedigt. Das Partizipationskapital beinhaltet ein Auskunftsrecht und Teilnahmerecht an den Gesellschafterversammlungen.

Haftrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG

Die Haftrücklage beträgt zum 31.12.2017 EUR 36.792.213,37 (31.12.2016: TEUR 35.878).

2.3 Erläuterungen zu Haftungsverhältnissen

Zusammensetzung der Eventualverbindlichkeiten:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Bürgschaften und Garantien	342.074.520,58	389.534
Haftsummenzuschläge	28.553.740,19	26.903
Akkreditive	1.381.722,69	467
ab: Rückstellungen	-2.926.760,04	-3.968
	369.083.223,42	412.935

Zusammensetzung der Kreditrisiken:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Kreditzusagen	4.319.808.993,39	4.331.388

2.4 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Treuhandkredite/Einlagen	100.382.094,77	105.679
Übriges Treuhandvermögen	46.400.000,00	36.808
Exportfondskredite	2.976.000,00	7.453
	149.758.094,77	149.940

Restrukturierungsvereinbarung

Die Restrukturierungsvereinbarung 2015 zwischen u.a. der Republik Österreich („Bund“) und der VBW, die durch eine Umsetzungsvereinbarung zwischen u.a. der VBW, den Volksbanken sowie weiteren Aktionären der VBW ergänzt wurde, regelt unter anderem eine Genussrechtsemission (das „Bundes-Genussrecht“) durch die VB Rückzahlungsgesellschaft mbH („VB RZG“), einer direkten Tochtergesellschaft der VBW. Das Bundes-Genussrecht wurde zur Erfüllung jener Zusagen begeben, die gegenüber dem Bund zur Erlangung der beihilferechtlichen Genehmigung der Umstrukturierung durch die EU-Kommission abgegeben wurden. Im Jahr 2017 erfolgte eine Anpassung der Restrukturierungsvereinbarung 2015 und der Umsetzungsvereinbarung, die auf Bundes-Genussrecht allerdings keinen Einfluss hat.

Ausschüttungen der VB RZG auf das Bundes-Genussrecht liegen in der Disposition der VBW als Alleingesellschafterin der VB RZG. Es besteht aus dem Bundes-Genussrecht kein Ergebnisanspruch. In diesem Zusammenhang wurden von Aktionären der VBW Aktien an der VBW (im Ausmaß von 25 % des Grundkapitals plus 1 Aktie) an den Bund ohne Gegenleistung übertragen. Die Übertragung der Aktien an den Bund erfolgte am 28. Jänner 2016. Der Bund ist verpflichtet, diese Aktien ohne Gegenleistung an die jeweiligen Aktionäre zurück zu übertragen, sobald die Summe der vom Bund erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und weiteren bestimmten anrechenbaren Beträgen einen bestimmten Betrag erreicht. Sollten die vom Bund zu bestimmten vertraglich fixierten Stichtagen erhaltenen Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht unter Berücksichtigung bestimmter anrechenbarer Beträge (wie z.B. allfällige Ausschüttungen auf die vom Bund an der VBW gehaltenen Aktien) bestimmte festgelegte Mindestsummen nicht erreichen (ein „Verfügungsfall“), ist der Bund berechtigt, über diese Aktien ohne weitere Gegenleistung frei zu verfügen und weitere Stammaktien der VBW im Ausmaß von 8 % des Grundkapitals der VBW ohne weitere Gegenleistung von Aktionären der VBW einzufordern. Insgesamt können daher im Verfügungsfall bis zu 33 % plus 1 Aktie der Aktien an der VBW in das (rechtliche und wirtschaftliche) Eigentum des Bundes übergehen und kann der Bund über diesen Aktienanteil frei verfügen (vorbehaltlich des eingeräumten Vorkaufsrechts). Für den Fall, dass das vom Bund eingeräumte Vorkaufsrecht durch einen von der VBW namhaft gemachten

Erwerber ausgeübt wird und neuerlich eine Mindestschwelle für die Summe der Ausschüttungen auf das Bundes-Genussrecht und der anrechenbaren Beträge verfehlt wird, haben sich Aktionäre der VBW verpflichtet, dem Bund weitere Stammaktien der VBW im Ausmaß der dem Bund zuvor übertragenen und von dem von der VBW namhaft gemachten Käufer erworbenen Aktien der VBW bei sofortiger freier Verfügungsbefugnis des Bundes zu übertragen.

Die VBW hat gemäß ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Bund bis 30. November eines jeden Jahres den Volksbanken einen Vorschlag für den von der VB RZG im folgenden Kalenderjahr auf das Bundesgenussrecht auszusüttenden Gesamtbetrag und für den Gesamtbetrag der hierfür erforderlichen Beiträge der Primärbanken (Großmutterzuschüsse der Volksbanken und direkter Zuschuss der VBW in die VB RZG) zu erstatten. Die VBW wird gemäß dem Anteil ihres Retailsegments am Volksbanken-Verbund (Bilanzsumme UGB/BWG) belastet.

Im Geschäftsjahr 2017 erfolgten weitere Zahlungen an den Bund aus dem Titel der Restrukturierungsvereinbarung. Damit wurde der erste festgelegte Schwellwert für die anrechenbaren Beträge und Ausschüttungen für das am 31.12.2017 endende Geschäftsjahr bereits übertroffen. Der nächste Schwellwert ist mit der Ausschüttung auf das am 31.12.2019 endende Geschäftsjahr zu erreichen.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde der Punkt 4.1. der Restrukturierungsvereinbarung 2015 durch die Nachtragsvereinbarung vom 12. Dezember 2017 dahingehend geändert, dass Gewinnausschüttungen an nicht konsolidierte Holdinggesellschaften unter bestimmten Bedingungen zugelassen sind.

Rechtsrisiken aus der Spaltung des Zentralorganisationsbetriebes in die VBW

Die VBW hat gemäß dem Spaltungs- und Übernahmevertrag vom 1.6.2015 („Spaltungsvertrag“) den Zentralorganisation- und Zentralinstitut-Funktion Teilbetrieb von der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (nunmehr immigon portfolioabbau ag, „immigon“) übernommen.

Im Nachgang zu dieser Spaltung wurden gegen die immigon Schadenersatzklagen erhoben. Die VBW ist in diesen Verfahren auf Basis des § 15 Abs.1 SpaltG mitbeklagt; die Haftung der VBW ist betraglich mit dem von ihr durch die Spaltung übernommenen Nettoaktivvermögen (im Sinne des § 15 Abs. 1 SpaltG) begrenzt. Die Summe der Streitwerte aus noch anhängigen Klagen gemäß § 15 Abs. 1 SpaltG beträgt EUR 6.883.587,80.

Überdies wurden gegen die immigon und die VBW Klagen auf Leistung von Sicherheit erhoben (§ 15 Abs. 2 SpaltG), in Summe für Verbindlichkeiten in Höhe von noch anhängig EUR 7.000.000,00. Der Anspruch auf Sicherheitsleistung setzt eine Gefährdung der Erfüllung der jeweiligen Forderung durch die Spaltung voraus. Gestützt unter anderem auf Gutachten, die im Zuge der Spaltung etwa durch einen unabhängigen, gerichtlich bestellten sachverständigen Prüfer erstellt wurden, sieht die VBW keine solche Gefährdung. Die VBW haftet ab dem Zeitpunkt des jeweiligen gerichtlichen Verlangens auf Sicherheitsleistung für diese Verbindlichkeiten betraglich unbeschränkt als Gesamtschuldner, bis entweder die Sicherheit geleistet oder die Klage rechtskräftig abgewiesen wird (§ 15 Abs. 3 SpaltG).

Die Verpflichtungen, die den Schadenersatz- und Sicherstellungs-Klagen jeweils zugrunde liegen, sind im Spaltungsvertrag der immigon zugeordnet. Die VBW hat gegenüber der immigon insbesondere im Spaltungsvertrag vereinbarte Schad- und Klagloshaltungsansprüche, wenn die VBW selbst in Anspruch genommen werden sollte. Auf Basis des zum 30.6.2016 veröffentlichten Halbjahresergebnisses der immigon geht die VBW davon aus, dass die immigon in der Lage ist ihre Verbindlichkeiten bedienen zu können. Käme es dennoch zu einer wirtschaftlichen Belastung der VBW, so würde sie diese nicht alleine tragen, sondern gemäß im Volksbanken-Verbund getroffener Vereinbarungen lediglich anteilig mit anderen Mitgliedern des Volksbanken-Verbundes.

2.5 Ergänzende Angaben

Aufstellung über die Vermögensgegenstände, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten gestellt wurden:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Forderungen an Kunden	2.333.356.420,82	2.445.897
Schuldtitle öffentlicher Stellen, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17.223.200,00	17.500
	2.350.579.620,82	2.463.397
Für folgende Verpflichtungen wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	312.074.724,15	282.652
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.021.281.696,67	2.165.745
Verbindlichkeiten Kunden (Spareinlagen)	17.223.200,00	15.000
	2.350.579.620,82	2.463.397

In den als Sicherheiten übertragenen Vermögensgegenständen ist der Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen in Höhe von EUR 2.021.281.696,67 (31.12.2016: TEUR 2.165.745) enthalten.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen** beträgt für das folgende Geschäftsjahr EUR 9.663.393,55 (31.12.2016: TEUR 9.030), davon verbundene Unternehmen EUR 3.805.046,76 (31.12.2016: TEUR 3.805) und für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 44.979.535,10 (31.12.2016: TEUR 40.544), davon verbundene Unternehmen EUR 19.025.233,80 (31.12.2016: TEUR 19.025).

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf Fremdwährungen lauten:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Fremdwährungs-Aktiva	862.872.450,04	1.215.405
Fremdwährungs-Passiva	155.683.441,66	200.346

In der **Barreserve** ist ein Betrag in Höhe von EUR 4.687.000,00 (Vj: TEUR 5.666) enthalten, der für Zwecke des Leistungsfonds verfügungsbeschränkt ist.

Diese Tabelle enthält Informationen über die derivativen Finanzinstrumente (Marktwerte inklusive Zinsabgrenzung):

GESAMT								31.12.2017
	Nominale bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	Nominale über 5 Jahre	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2017	davon Hedge 31.12.2017	Sonstige Forderungen 31.12.2017	Sonstige Verbindlichkeiten 31.12.2017
TEUR								
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	338.493	2.134.963	2.726.101	5.199.558	-194.303	-234.471	338.497	342.810
Caps&Floors	41.354	501.434	332.948	875.737	-578	0	1.499	1.783
FRAs	0	0	0	0	0	0	0	0
Zins Futures	4.800	35.000	0	39.800	28.536	0	0	0
IRS	292.339	1.598.529	2.393.152	4.284.021	-222.262	-234.471	336.998	341.028
Swaptions	0	0	0	0	0	0	0	0
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	634.800	786.290	292.087	1.713.176	-70.911	-20.284	11.769	81.036
Cross Currency Interest Rate Swaps	42.728	786.161	292.087	1.120.975	-70.650	-20.284	11.849	80.965
Devisen Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte / FX SWAPS	592.072	129	0	592.201	-261	0	-80	72
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	0	0	0	0	0	0	0	0
Credit Default Swap Kaufposition	0	0	0	0	0	0	0	0
Credit Default Swap Verkaufposition	0	0	0	0	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	17.812	14.626	306.686	339.124	73	0	2.489	0
Marktpreisgarantien								
Zukunftsvorsorge/Garantiesparfonds	0	0	299.657	299.657	-2.774	0	0	0
Optionen	17.812	14.626	7.029	39.467	2.846	0	2.489	0
GESAMTSUMME	991.105	2.935.879	3.324.874	7.251.857	-265.142	-254.755	352.755	423.847
Check	0	0	0	0	0	0	0	0
hievon intern*	93.987	802.055	1.081.220	1.977.261	0	-283.842	261.422	176
HANDELSBUCH								31.12.2017
	Nominale bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	Nominale über 5 Jahre	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2017	davon Hedge 31.12.2017	Sonstige Forderungen 31.12.2017	Sonstige Verbindlichkeiten 31.12.2017
TEUR								
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	286.500	1.693.455	1.894.491	3.874.446	40.663	0	331.752	341.319
Caps&Floors	38.194	477.416	326.265	841.875	-279	0	1.496	1.783
FRAs	0	0	0	0	0	0	0	0
Zins Futures	4.800	35.000	0	39.800	28.536	0	0	0
IRS	243.506	1.181.039	1.568.226	2.992.771	12.406	0	330.256	339.536
Swaptions	0	0	0	0	0	0	0	0
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	0	67.194	0	67.194	11	0	10.322	10.973
Cross Currency Interest Rate Swaps		67.194		67.194	11	0	10.322	10.973
Devisen Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte / FX SWAPS	0	0	0	0	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	0	0	0	0	0	0	0	0
Marktpreisgarantien								
Zukunftsvorsorge/Garantiesparfonds	0	0	0	0	0	0	0	0
Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0
SUMME HANDELSBUCH	286.500	1.760.649	1.894.491	3.941.640	40.674	0	342.074	352.293
hievon intern*	46.993	404.459	540.610	992.062	284.152	0	261.417	0
BANKBUCH								31.12.2017
	Nominale bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	Nominale über 5 Jahre	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2017	davon Hedge 31.12.2017	Sonstige Forderungen 31.12.2017	Sonstige Verbindlichkeiten 31.12.2017
TEUR								
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	51.993	441.508	831.610	1.325.112	-234.967	-234.471	6.745	1.491
Caps&Floors	3.160	24.018	6.683	33.862	-299	0	3	0
FRAs	0	0	0	0	0	0	0	0
Zins Futures	0	0	0	0	0	0	0	0
IRS	48.833	417.490	824.926	1.291.250	-234.668	-234.471	6.742	1.491
Swaptions	0	0	0	0	0	0	0	0
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	634.800	719.096	292.087	1.645.982	-70.921	-20.284	1.447	70.063
Cross Currency Interest Rate Swaps	42.728	718.967	292.087	1.053.781	-70.661	-20.284	1.527	69.992
Devisen Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte / FX SWAPS	592.072	129	0	592.201	-261	0	-80	72
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	0	0	0	0	0	0	0	0
Credit Default Swap Kaufposition	0	0	0	0	0	0	0	0
Credit Default Swap Verkaufposition	0	0	0	0	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	17.812	14.626	306.686	339.124	73	0	2.489	0
Marktpreisgarantien								
Zukunftsvorsorge/Garantiesparfonds ¹	0	0	299.657	299.657	-2.774	0	0	0
Optionen	17.812	14.626	7.029	39.467	2.846	0	2.489	0
SUMME BANKBUCH	704.605	1.175.230	1.430.383	3.310.218	-305.816	-254.755	10.681	71.554
hievon intern*	46.993	397.596	540.610	985.199	-284.152	-283.842	5	176

* Die Differenzen beim Ausweis des Nominales unter „hievon intern“ entstehen durch die Stichtagsbewertung des Kauf-Legs von Cross Currency Swaps (FW-Nominale im Bankbuch).

¹ Hievon Nominale TEUR 130.327 Risikübernahme durch Verbundbanken.

31.12.2016									
Rückstellungen 31.12.2017	Nominale bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	Nominale über 5 Jahre	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2016	davon Hedge 31.12.2016	Sonstige Forderungen 31.12.2016	Sonstige Verbindlichkeiten 31.12.2016	Rückstellungen 31.12.2016
4.726	991.520	2.624.021	3.278.787	6.894.328	-236.354	-252.056	404.313	400.774	11.022
355	91.679	553.261	390.528	1.035.467	-572	-532	2.229	2.346	23
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	524.000	427.000	0	951.000	41	0	0	0	0
4.371	375.841	1.643.760	2.888.259	4.907.861	-235.824	-251.524	402.084	398.428	11.000
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
298	1.339.113	1.062.646	266.704	2.668.463	-122.004	-44.511	24.852	138.804	1.515
114	530.787	1.055.474	266.704	1.852.965	-128.636	-44.511	16.774	138.633	393
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
184	808.327	7.172	0	815.499	6.632	0	8.077	171	1.123
0			0			0	0	0	
0			0			0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.221	19.315	16.143	384.765	420.223	1.281	0	4.272	0	4.089
2.221	0	0	375.041	375.041	-3.589	0	0	0	4.089
0	19.315	16.143	9.724	45.182	4.870	0	4.272	0	0
7.245	2.349.949	3.702.810	3.930.255	9.983.014	-357.077	-296.567	433.437	539.578	16.627
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	90.909	822.722	1.454.207	2.367.838	0	-315.293	295.188	306	
31.12.2016									
Rückstellungen 31.12.2017	Nominale bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	Nominale über 5 Jahre	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2016	davon Hedge 31.12.2016	Sonstige Forderungen 31.12.2016	Sonstige Verbindlichkeiten 31.12.2016	Rückstellungen 31.12.2016
478	785.698	2.155.567	2.180.520	5.121.785	15.501	0	394.773	398.739	532
0	91.224	525.555	382.561	999.341	-119	0	2.225	2.346	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	524.000	427.000	0	951.000	41	0	0	0	0
478	170.474	1.203.012	1.797.959	3.171.445	15.579	0	392.548	396.393	532
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	38.575	29.673	68.248	13	0	14.350	15.022	0
0		38.575	29.673	68.248	13	0	14.350	15.022	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
478	785.698	2.194.142	2.210.193	5.190.033	15.514	0	409.123	413.761	532
	45.454	415.353	727.070	1.187.878	315.214	0	295.101	0	
31.12.2016									
Rückstellungen 31.12.2017	Nominale bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	Nominale über 5 Jahre	Nominale Summe	Marktwert 31.12.2016	davon Hedge 31.12.2016	Sonstige Forderungen 31.12.2016	Sonstige Verbindlichkeiten 31.12.2016	Rückstellungen 31.12.2016
4.248	205.822	468.454	1.098.267	1.772.543	-251.856	-252.056	9.541	2.035	10.490
355	454	27.706	7.966	36.126	-453	-532	4	0	23
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3.893	205.368	440.748	1.090.300	1.736.416	-251.403	-251.524	9.537	2.035	10.467
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
298	1.339.113	1.024.071	237.031	2.600.215	-122.017	-44.511	10.502	123.783	1.515
114	530.787	1.016.899	237.031	1.784.716	-128.649	-44.511	2.424	123.612	393
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
184	808.327	7.172	0	815.499	6.632	0	8.077	171	1.123
0			0			0	0	0	
0			0			0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.221	19.315	16.143	384.765	420.223	1.281	0	4.272	0	4.089
2.221	0	0	375.041	375.041	-3.589	0	0	0	4.089
0	19.315	16.143	9.724	45.182	4.870	0	4.272	0	0
6.767	1.564.251	1.508.668	1.720.062	4.792.981	-372.592	-296.567	24.314	125.817	16.095
	45.454	407.369	727.137	1.179.960	-315.214	-315.293	87	306	

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinsüberschuss

	2017 EUR	2016 TEUR
Zinsen und ähnliche Erträge		
aus Kredit- und Veranlagungsgeschäften		
für Forderungen an Kreditinstitute	14.993.842,44	16.580
für Forderungen an Kunden	100.543.904,15	99.337
Gebühren und Provisionen mit Zinscharakter	7.966.614,20	5.874
aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	8.393.281,80	8.848
aus sonstigen Aktiven insgesamt	7.656.303,84	10.587
	139.553.946,43	141.226
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
aus Refinanzierungsgeschäften		
für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-13.292.682,81	-14.820
für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-8.760.102,22	-11.981
für verbrieftete Verbindlichkeiten	-9.086.198,49	-7.320
	-31.138.983,52	-34.121
	108.414.962,91	107.106

Negativzinsen

Aufgrund der Zinsentwicklungen am Geldmarkt mit negativen Referenzsätzen wurden im Geschäftsjahr 2017 Zinserträge (negative Zinsaufwendungen) in Höhe von EUR 7.150.637,13 (2016: TEUR 4.130) und Zinsaufwendungen (negative Zinserträge) in Höhe von EUR 8.167.213,70 (2016: TEUR 6.932) realisiert. Die negativen Zinsaufwendungen wurden im Posten Zinsen und ähnliche Erträge aus sonstigen Aktiven und die negativen Zinserträge im Posten Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

	2017 EUR	2016 TEUR
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	818.020,09	915
b) Erträge aus Beteiligungen	2.232.806,18	1.868
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.700.631,96	1.852
	4.751.458,23	4.635

Provisionsergebnis

	2017 EUR	2016 TEUR
Provisionserträge		
aus dem Zahlungsverkehr	34.525.666,77	26.407
aus dem Wertpapiergeschäft	31.155.346,70	33.298
aus dem Kreditgeschäft	13.686.581,37	13.448
aus dem sonst. Dienstleistungsgeschäft	9.796.625,85	6.594
aus dem Devisen, Sorten, Edelmetallgeschäft	70.158,52	113
	89.234.379,21	79.860
Provisionsaufwendungen		
für den Zahlungsverkehr	-4.281.432,26	-2.702
für das Wertpapiergeschäft	-8.978.561,91	-12.524
für das Kreditgeschäft	-14.887.245,06	-14.719
für das sonst. Dienstleistungsgeschäft	-35.682,08	-42
	-28.182.921,31	-29.987
	61.051.457,90	49.872

Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften

	2017 EUR	2016 TEUR
Ergebnis aus Finanzgeschäften		
aktienbezogene Geschäfte	18.222,19	-30
zinsbezogene Geschäfte	1.819.054,77	2.644
Devisengeschäft	-514.185,78	2.480
Valuten- und Edelmetallgeschäft	784.249,27	1.325
sonstige Finanzgeschäfte	967.620,06	-1.704
	3.074.960,51	4.715

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2017 EUR	2016 TEUR
Weiterverrechnete Personal- und Sachaufwendungen	53.048.333,27	81.131
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	10.647.251,10	13.307
Weiterverrechnete Strukturkostenbeiträge	7.638.043,64	10.560
Weiterverr. Beitrag zum Einheitl. Abwicklungsfonds (SRF)	3.866.485,76	8.346
Weiterverrechnete Emissionskosten	3.659.917,24	0
Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen	1.627.781,98	3.411
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	2.472.553,28	2.383
Erträge derivative Finanzinstrumente	2.992.181,83	561
aus anderen Geschäften	1.523.374,52	2.542
	87.475.922,62	122.241

Weiterverrechnete Personal- und Sachaufwendungen beinhalten im Wesentlichen die von der VBW in ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbankenverbundes entstandenen und den Primärinstituten des Volksbankensektors gemäß Vereinbarung über Tragung der Verbundkosten weiterverrechneten Aufwendungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2017 EUR	2016 TEUR
Weiterverrechnete Aufwendungen	12.685.424,98	35.967
Weiterverr. Beitrag zum Einheitl. Abwicklungsfonds (SRF)	3.992.491,27	8.346
Tilgungsverluste Emissionen	7.499,70	93
Aufwendungen derivative Finanzinstrumente	131.115,72	66
andere Aufwendungen	8.514.032,00	7.655
	25.330.563,67	52.127

Die weiterverrechneten Aufwendungen enthalten vorwiegend Weiterverrechnungen von IT-Projekten und Gemeinschaftswerbung. Die anderen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Fondshaftungen EUR 2.613.683,00 (Vorjahr: TEUR: 1.205).

Bewertungs- und Veräußerungsergebnis:

	2017 EUR	2016 TEUR
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	19.206.375,53	-28.005
Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-27.041.859,69	-58.267
Kreditgeschäft	-26.731.941,42	-58.169
Wertpapiere des Umlaufvermögens	-309.918,27	-98
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	33.957.492,80	64.454
Kreditgeschäft	30.532.320,77	64.434
Wertpapiere des Umlaufvermögens	253.082,70	20
Saldo Posten 11 der Gewinn- und Verlustrechnung	6.915.633,11	6.187
Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-13.409.187,62	-40.677
Wertpapiere des Anlagevermögens	-1.063.535,46	-1.216
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	-12.460.652,16	-39.461
Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	25.699.930,04	6.484
Wertpapiere des Anlagevermögens	2.281.347,88	3.091
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	23.418.582,16	3.394
Saldo Posten 12 der Gewinn- und Verlustrechnung	12.290.742,42	-34.192

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betreffen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Der Steueraufwand in Höhe von EUR 321.432,78 (2016: Steuerertrag TEUR 22.132) setzt sich im Wesentlichen aus einem Steueraufwand aus der laufenden Körperschaftsteuer in Höhe von EUR 3.101.432,27 (2016: TEUR 4.890), einem Steuerertrag aus der Aktivierung der latenten Steuern in Höhe von EUR 2.870.319,41 sowie aus einem Körperschaftsteuerertrag aus der laufenden Gruppenverrechnung in Höhe von EUR 127.382,51 (2016: TEUR 3.920) zusammen.

Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15. auszuweisen

Im Posten sonstige Steuern in Höhe von EUR 2.254.159,26 (2016: TEUR 26.128) sind im Wesentlichen die im Jahr 2017 angefallene Bankenabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz mit einem Betrag von EUR 1.938.387,89 (2016: TEUR 9.043) enthalten.

4. Sonstige Angaben

Die VBW als Zentralorganisation erstellt einen Konzernabschluss gemäß § 59 BWG und einen Volksbanken-Verbundabschluss gemäß § 59a BWG. Die Offenlegung des Verbundabschlusses erfolgt von der VBW mit Sitz in Wien beim Handelsgericht Wien.

Die Gesellschaft ist Mutterunternehmen des VBW-Konzerns und stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Der Konzernabschluss ist beim Handelsgericht Wien hinterlegt.

Die VBW berichtet über Konzepte, Ergebnisse und Risiken in Bezug auf Umweltbelange, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Menschenrechte, Korruption und Bestechung und Diversität gemäß Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG) im Rahmen der Konzern-Berichterstattung in einem gesonderten Nachhaltigkeitsbericht.

Im Jahr 2017 waren durchschnittlich 1.202,1 (2016: 1.101,8) Arbeitnehmer beschäftigt. Diese gliedern sich in 1.197,5 (2016: 1.091,8) **Angestellte** und 4,6 (2016: 10,0) **Arbeiter**.

In der Position **Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen** sind Aufwendungen aus Abfertigungen in Höhe von EUR 6.422.136,08 (2016: TEUR 2.380) enthalten.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer sind im Anhang des Konzernabschlusses der Volksbank Wien angegeben.

Gesamtkapitalrentabilität

Gemäß § 64 Abs. 1 Z 19 BWG idF des BGBl I 2014/184 beträgt die Gesamtkapitalrentabilität 0,33 % (2016: 0,25 %). Als Gesamtkapitalrentabilität gemäß BWG ist der Quotient aus Jahresergebnis nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag zu verstehen.

Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. a bis c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013

Durch die Übernahme der Funktion als Zentralorganisation gemäß § 30a BWG durch die VBW unterliegt diese auf Einzelinstituts-ebene den externen Kapitalanforderungen, die auf der CRD IV und der CRR der Europäischen Union beruhen (Basel III).

Gemäß Art. 92 CRR muss die VBW zu jedem Zeitpunkt folgende Eigenmittelanforderungen erfüllen:

- a) eine harte Kernkapitalquote von 4,5 %,
- b) eine Kernkapitalquote von 6,0 % und
- c) eine Gesamtkapitalquote von 8,0 %.

Der Gesamtrisikobetrag gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR beträgt EUR 3.394.265.936,70 (VJ: TEUR 3.171.322).

Die Kapitalquoten errechnen sich wie folgt:

- a) die harte Kernkapitalquote ergibt sich aus dem harten Kernkapital des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die VBW eine harte Kernkapitalquote in Höhe von 13,80 % (VJ: 13,03 %),
- b) die Kernkapitalquote ergibt sich aus dem Kernkapital des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die VBW eine Kernkapitalquote in Höhe von 13,80 % (VJ: 13,03 %) und
- c) die Gesamtkapitalquote ergibt sich aus den Eigenmitteln des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die VBW eine Gesamtkapitalquote in Höhe von 26,70 % (VJ: 14,20 %).

Die anrechenbaren Eigenmittel der VBW gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) betragen per 31.12.2017 EUR 907.329.558,81 (VJ: TEUR 450.270) und stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2017 EUR	31.12.2016 TEUR
Kernkapital (Tier 1)		
Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1)		
Grundkapital	132.893.812,50	126.938
Partizipationskapital Art. 484, 486 CRR	9.907.000,00	9.907
offene Rücklagen	334.396.977,42	276.890
Gewinnvortrag	6.237.103,48	358
	483.434.893,40	414.093
ab: Kürzungsposten		
Abzugsposten		
Wertanpassung (Art. 35 u. Art. 105 CRR)	-426.907,74	-750
immaterielle Vermögensgegenstände (Art. 36 (1) lit b CRR)	-532.048,43	-272
Aufgrund Artikel 3 der CRR	-12.980.000,00	0
	-13.938.956,17	-1.023
	469.495.937,23	413.070
Ergänzungskapital (Tier 2)		
Ergänzungskapital (Pos. 2.7)	424.643.411,02	23.175
Ergänzungskapital (Pos. 2.3)	649.315,07	1.621
Allgemeine Kreditrisikoanpassung (stille Reserven § 57(1) BWG)	29.598.665,55	29.840
	451.891.391,64	54.636
ab: Kürzungsposten		
Eigene Instrumente des Ergänzungskapital	-8.814,92	-220
Korrekturposten für nicht anrechenbares EK	-17.048.955,14	-17.216
	-17.057.770,06	-17.436
	437.833.621,58	37.200
Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 CRR	907.329.558,81	450.270

Hinsichtlich der Aufstellung der konsolidierten anrechenbaren Eigenmittel verweisen wir auf den Konzernabschluss der VBW.

Die Europäische Zentralbank (EZB) führt jährlich einen Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) durch. Darauf basierend wird per Bescheid die Haltung von zusätzlichem harten Kernkapital vorgeschrieben, um in der Säule I nicht oder nicht ausreichend berücksichtigte Risiken abzudecken. Die aus diesem Bescheid resultierende Mindestkernkapitalquote hat neben der Mindestkapitalquote nach CRR auch den Kapitalerhaltungspuffer und den Aufschlag gemäß SREP Bescheid zu umfassen, welche im Volksbanken-Verbund auf Ebene des Verbundkonsolidierungskreises einzuhalten ist. Darüber hinaus wurden ua einigen österreichischen Banken die Haltung eines Systemrisikopuffers vorgeschrieben. Für den Volksbanken-Verbund wurde ein Systemrisikopuffer von 0,25 % ab 1.1.2018 ansteigend auf 1 % ab 1.1.2020 vorgeschrieben.

Angaben zu Geschäften mit nahe stehenden Personen und Unternehmen

Die **Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen** betragen für aktive und ehemalige Vorstandsmitglieder EUR 551.774,34 (2016: TEUR 840). Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für Arbeitnehmer betragen EUR 8.388.584,17 (2016: TEUR 3.374).

Der **Pensionsaufwand** für Zusagen, für die in Form einer Rückstellung vorgesorgt wird, beläuft sich im Geschäftsjahr auf EUR 876.389,18 (VJ: TEUR 1.139). Die Veränderungen der Rückstellungen für Jubiläumsgelder sind im Posten Löhne und Gehälter in Höhe von EUR 369.358,97 (VJ: TEUR 1.050) enthalten.

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr aktiven Aufsichtsratsmitglieder belaufen sich auf EUR 193.063,40 (2016: TEUR 403). Die **Gesamtbezüge des Vorstandes** (ohne Lohnnebenkosten) betragen EUR 1.941.937,68 (2016: TEUR 1.949). Die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der **früheren Mitglieder** des Vorstandes und deren Hinterbliebenen betragen EUR 412.470,40 (2016: TEUR 676).

Zum 31.12.2017 betragen die an Mitglieder des Vorstandes gewährten Kredite EUR 50.000,00 (2016: TEUR 50). Im Geschäftsjahr erfolgten keine Rückzahlungen (Vorjahr: TEUR 0).

Die an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährten Kredite betragen zum 31.12.2017 EUR 498.836,51 (2016: TEUR 532). Im Geschäftsjahr 2017 wurden EUR 17.242,63 (Vorjahr: TEUR 8) zurückbezahlt.

Weitere wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen fanden im Geschäftsjahr nicht statt. Sämtliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen fanden zu marktüblichen Bedingungen statt.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die internationale Ratingagentur Fitch hat am 19. Februar 2018 das langfristige Emittenten Rating des Volksbanken-Verbundes um eine Stufe von BBB- auf BBB angehoben.

Ergebnisverwendung

Es wird vorgeschlagen den Bilanzgewinn in Höhe von EUR 14.656.777,07 wie folgt zu verwenden: EUR 8.309.929,53 werden als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Gemäß den Bedingungen des begebenen Partizipationskapitals wird ein Betrag von EUR 109.744,06 als Dividende an die Inhaber des Partizipationsscheinkapitals abgeführt. Der Restbetrag von EUR 6.237.103,48 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Organe

Vorstand:

Dipl.-Ing. Gerald Fleischmann
Generaldirektor

Josef Preissl
Generaldirektor-Stellvertreter

Mag. Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor

Dr. Thomas Uher
Vorstandsdirektor ab 15.10.2017

Mag. Wolfgang Schauer
Vorstandsdirektor bis 31.01.2017

Aufsichtsrat:

Mag. Heribert Donnerbauer
Donnerbauer & Hübner Rechtsanwälte GmbH
Vorsitzender

Vorstandsdirektor
Mag. Martin Holzer
Volksbank Tirol AG
1. Vorsitzender-Stellvertreter

Vorstandsdirektor
Dr. Rainer Kuhnle
Volksbank Niederösterreich-AG
2. Vorsitzender-Stellvertreter

Mag. Susanne Althaler
IBD Steuerberatung GmbH & Co KG

Franz Gartner
Stadtgemeinde Traiskirchen

Mag. Eva Hieblinger-Schütz
Rechtsanwaltskanzlei Hieblinger-Schütz
Mitglied ab 14.09.2017

Vorstandsdirektor
Mag. Markus Hörmann
Volksbank Tirol AG

Dr. Johannes Linhart
Selbständiger Konsulent für Kapitalmarkt und Finanzen
Mitglied bis 14.09.2017

Mag. Harald Nograsek

Dr. Monika Wildner, LL.M. (NYU)
Selbständige Rechtsanwältin

Direktor Otto Zeller, MBA
Volksbank Salzburg eG

Vom Betriebsrat delegiert:

Manfred Worschiscek
Betriebsratsvorsitzender

Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger
Hans Lang
Rainer Obermayer
Michaela Pokorny

Staatskommissäre:

Ministerialrat
Dipl.-Ing. Dietmar Mitteregger
Staatskommissär bis 31.07.2017

Ministerialrat
Christian Friessnegg
Staatskommissär ab 01.08.2017

Mag. Helga Ruhdorfer
Staatskommissär-Stellvertreterin
bis 31.08.2017

Kommissärin
Mag. Dr. Katharina Hafner
Staatskommissär-Stellvertreterin ab 01.09.2017

Der Vorstand

Wien, 26. Februar 2018



DI Gerald Fleischmann
Generaldirektor



Dir. Josef Preissl
Generaldirektor-Stellvertreter



Mag. Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor



Dr. Thomas Uher
Vorstandsdirektor

Anlagenspiegel 2017 (§ 226 Abs. 1 UGB in Verbindung mit § 43 Abs. 1 BWG; alle Angaben in Euro)

ANSCHAFFUNGSKOSTEN

Anlagevermögen der Aktivpositionen	1.1.2017	Zugänge	Zugänge durch Umgründung	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2017
Wertpapiere						
2.a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	932.570.833,47	11.928.277,55	24.953.700,26	92.304.843,44	0,00	877.147.967,84
3. Forderungen an Kreditinstitute (Wertpapiere)	4.394.980,70	67.831,18	0,00	337.000,04	0,00	4.125.811,84
4. Forderungen an Kunden (Wertpapiere)	17.919.229,68	822.073,41	0,00	619.565,21	0,00	18.121.737,88
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	370.616.555,01	72.442.985,28	40.217.659,10	17.844.793,43	-1.054.199,37	464.378.206,58
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	66.596.236,23	3.119.674,79	123.985,54	27.862.090,29	0,00	41.977.806,27
Summe	1.392.097.835,09	88.380.842,21	65.295.344,90	138.968.292,41	-1.054.199,37	1.405.751.530,41
Beteiligungen						
7. Beteiligungen	162.602.414,11	1.375,00	16.171.290,94	73.976,69	1.975,29	178.703.078,65
Summe	162.602.414,11	1.375,00	16.171.290,94	73.976,69	1.975,29	178.703.078,65
Anteile an verbundenen Unternehmen						
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	125.091.740,38	23.636.259,23	173,78	0,00	0,00	148.728.173,39
Summe	125.091.740,38	23.636.259,23	173,78	0,00	0,00	148.728.173,39
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens / Sachanlagevermögen						
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	25.417.981,11	571.423,57	3.922.900,74	8.203,20	0,00	29.904.102,22
10. Sachanlagen	180.711.480,68	1.743.610,52	27.198.895,53	10.987.152,47	0,00	198.666.834,26
Summe	206.129.461,79	2.315.034,09	31.121.796,27	10.995.355,67	0,00	228.570.936,48
Gesamtsumme	1.885.921.451,37	114.333.510,53	112.588.605,89	150.037.624,77	-1.052.224,08	1.961.753.718,93

ABSCHREIBUNGEN

BUCHWERTE

	kumulierte Abschreibungen 1.1.2017	Abschreibungen des GJ	Zugänge durch Umgründung	Zuschreibungen	Abgänge	Umbuchungen	kumulierte Abschreibungen 31.12.2017	31.12.2017	VJ in TEUR
	12.682,21	39.481,99	0,00	0,00	0,00	0,00	52.164,20	877.095.803,64	932.558
	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00	0,00	0,00	4.125.811,84	4.355
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.121.737,88	17.919
	194.421,49	3.000,00	0,00	0,00	194.421,49	0,00	3.000,00	464.375.206,58	370.422
	6.043.167,78	1.035.517,10	0,00	1.285.995,95	1.393,93	0,00	5.791.295,00	36.186.511,27	60.553
	6.290.271,48	1.077.999,09	0,00	1.285.995,95	235.815,42	0,00	5.846.459,20	1.399.905.071,21	1.385.808
	136.213.746,57	506.284,84	14.198.581,31	22.943.021,49	0,00	0,00	127.975.591,23	50.727.487,42	26.389
	136.213.746,57	506.284,84	14.198.581,31	22.943.021,49	0,00	0,00	127.975.591,23	50.727.487,42	26.389
	99.100.529,40	10.743.367,23	0,00	468.214,36	0,00	12.939.773,64	122.315.455,91	26.412.717,48	25.991
	99.100.529,40	10.743.367,23	0,00	468.214,36	0,00	12.939.773,64	122.315.455,91	26.412.717,48	25.991
	25.145.590,53	311.767,60	3.922.898,86	0,00	8.203,20	0,00	29.372.053,79	532.048,43	272
	105.259.729,72	6.816.087,50	14.702.098,70	0,00	7.635.224,01	0,00	119.142.691,91	79.524.142,35	75.452
	130.405.320,25	7.127.855,10	18.624.997,56	0,00	7.643.427,21	0,00	148.514.745,70	80.056.190,78	75.724
	372.009.867,70	19.455.506,26	32.823.578,87	24.697.231,80	7.879.242,63	12.939.773,64	404.652.252,04	1.557.101.466,89	1.513.912

LAGEBERICHT

182 1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

182 1.1 Geschäftsverlauf

- 182 1.1.1 Geschäftsverlauf
- 182 1.1.2 Wirtschaftliches Umfeld
- 184 1.1.3 Erläuterungen zu Gewinn- und Verlustrechnung
- 185 1.1.4 Erläuterungen zu Bilanz und Eigenmittel

186 1.2 Bericht über die Zweigniederlassungen

186 1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

186 1.4 Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

188 1.5 Nachhaltigkeit

188 2 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Unternehmens

188 2.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

- 188 2.1.1 Wirtschaftliches Umfeld
- 189 2.1.2 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

189 2.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

- 189 2.2.1 Aktuelle Entwicklungen
- 190 2.2.2 Risikopolitische Grundsätze
- 190 2.2.3 Organisation des Risikomanagements
- 190 2.2.4 Aufsichtsrechtliche Anforderungen
- 190 2.2.5 Verbundweites Risiko- und Kapitalmanagement
- 191 2.2.6 Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing
- 192 2.2.7 Wesentliche Risiken in der VBW bzw. dem Volksbanken-Verbund

201 2.3 Verwendung von Finanzinstrumenten

202 3 Bericht über Forschung
und Entwicklung

202 4 **Berichterstattung über wesentliche
Merkmale des internen Kontroll- und
Risikomanagementsystems in Hinblick
auf den Rechnungslegungsprozess**

202 4.1 Kontrollumfeld

202 4.2 Risikobeurteilung

203 4.3 Kontrollmaßnahmen

203 4.4 Information und Kommunikation

203 4.5 Überwachung

LAGEBERICHT

1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

1.1 Geschäftsverlauf

1.1.1 Geschäftsverlauf

Im Februar 2017 wurde in der VBW beschlossen, dass die VBW und die Sparda mit vorbereitenden Gesprächen und Evaluierungen für die Fusion beginnen. In den Haupt- bzw. Generalversammlungen der beiden Gesellschaften wurde von den Eigentümern der beiden Institute noch im ersten Halbjahr 2017 die Einbringung des Bankbetriebs der Sparda in die VBW beschlossen, welche im August 2017 mit Eintragung in das Firmenbuch durchgeführt wurde.

Ebenfalls im Februar 2017 vergab Moody's Investors Service erstmalig mit Baa2 ein Rating für Einlagen der VBW. Ebenfalls erstmalig wurde auch im März 2017 das Covered Bond Programm (hypothekarisch besicherte fundierte Bankschuldverschreibungen) der VBW von Moody's mit einem Rating versehen und zwar mit der bestmöglichen Bewertung von Aaa.

Die Rating Agentur Fitch hob das Langfristige Emittenten-Ausfalls-Rating des Volksbanken-Verbundes im März 2017 von BB+ auf BBB- an und versah dieses mit einem positiven Ausblick.

Seit Ende Juni 2017 besteht eine gesicherte Judikatur zum Umgang mit Negativzinsen. Die VBW war in keinem Verfahren beklagte Partei. Mögliche betroffene Kreditkonten wurden überprüft und im Falle eines Anspruchs wurden zu viel verrechnete Zinsen im Oktober 2017 an unsere Kunden refundiert.

Die VBW hat im Oktober 2017 eine, von Moody's mit Baa3 eingestufte, nachrangige Anleihe (T2) mit einem Emissionsvolumen von EUR 400 Mio. zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung begeben. Dies führte im Oktober dazu, dass Moody's das Rating für Einlagen der VBW auf Baa1 anhebte.

1.1.2 Wirtschaftliches Umfeld

Das österreichische **Bruttoinlandsprodukt** ist laut Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) vom Dezember im Jahr 2017 um 3,0% J/J gewachsen. Dies stellt eine spürbare Zunahme der Dynamik gegenüber dem Jahr 2016 dar, in dem das Wachstum nur 1,5% betragen hatte. Die Wirtschaft Österreichs hat damit im vergangenen Jahr deutlich stärker zugelegt als die der Eurozone, die laut Schätzungen der Europäischen Zentralbank um 2,4% gewachsen ist. Das Wachstum in Österreich beruhte sowohl auf erhöhter Binnennachfrage als auch auf verstärkter Exportnachfrage.

Vor dem Hintergrund dieser Wachstumsbeschleunigung ist die österreichische **Arbeitslosenquote** im vergangenen Jahr leicht gesunken: Sie fiel von 5,7% zu Beginn des Jahres auf 5,4% im November. In der Eurozone war der Abwärtstrend noch deutlicher: Von wesentlich höheren Werten ausgehend fiel die Arbeitslosenrate von 9,6% zu Jahresbeginn auf 8,7% im November. Laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex schwankte die **Inflationsrate** in Österreich in den ersten elf Monaten des Jahres zwischen 2,0% und 2,5%. Österreich gehörte damit, wie schon in den Jahren davor, zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten der Eurozone. Im gemeinsamen Währungsraum lag die Teuerungsrate im vergangenen Jahr zwischen 1,3% und 2,0%.

Die **Geldpolitik** in der Eurozone blieb auch im vergangenen Jahr sehr expansiv. Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 0,00%, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und den Einlagensatz bei -0,40%. Im März entschied die EZB aber, ihre monatlichen Wertpapierkäufe von EUR 80 Mrd. auf EUR 60 Mrd. zu senken. Im Oktober erklärte sie, die Nettokäufe ab Jänner 2018 im verminderten Umfang von monatlich EUR 30 Mrd. zumindest bis September 2018 weiterzuführen.

Die **Geldmarktzinsen** blieben das gesamte vergangene Jahr fast unverändert. Der Dreimonatssatz begann das Jahr mit -0,32% und beendete es mit -0,33%. Die **Renditen** am Kapitalmarkt haben im vergangenen Jahr hingegen geringfügig angezogen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in Österreich stieg 2017 von 0,43% auf 0,59% an. In Deutschland stieg sie von 0,20% auf 0,42%.

Trotz der Straffung der Geldpolitik in den USA – die US-Notenbank hob 2017 ihren Leitzins in drei Schritten um insgesamt 75 Basispunkte an – wertete der **Euro** gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf deutlich auf. Und zwar von 1,05 USD/EUR auf 1,20 USD/EUR. Auch gegenüber dem Schweizer Franken zeigte sich der Euro deutlich stärker.

Regionalentwicklung und Branchen

Gemessen am Zuwachs der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 war die regionale Konjunkturentwicklung in **Wien** mit einem Plus von 2,9% J/J zwar robust, aber unterdurchschnittlich. Mit dem gesamtösterreichischen

Schnitt mithalten konnten lediglich die Bauproduktion sowie die Übernachtungszahlen im Tourismus. Mit Ausnahme der Sachgütererzeugung verzeichneten aber alle Segmente reale Wertschöpfungszuwächse. Die Zahl der Arbeitslosen ist im ersten Halbjahr 2017 gesunken, der Rückgang blieb im Bundesländervergleich aber unterdurchschnittlich.

In **Niederösterreich** entwickelte sich die regionale Bruttowertschöpfung im Bundesländervergleich unauffällig. Bei einem Plus von 3,6 % J/J der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr war die für das Bundesland sehr wichtige Sachgütererzeugung sehr stark. Auffällig schwächer als der österreichische Durchschnitt war dagegen trotz Zuwächsen die Bauproduktion. Der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen war schwächer als in den anderen Bundesländern; im ersten Quartal kam es im Jahresvergleich sogar zu einem leichten Anstieg.

Ebenso sehr ähnlich wie die gesamtösterreichische Entwicklung war die des **Burgenlandes**. Hervorgestochen ist das Bauwesen, das im ersten Halbjahr die bei weitem höchsten Zuwächse aller Bundesländer verzeichnete. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern entwickelte sich der Tourismus am schwächsten, dieser hatte allerdings im Vorjahr auch einen ungewöhnlich starken Zuwachs erlebt. Die Zahl der Arbeitslosen ist überdurchschnittlich stark zurückgegangen.

Die **Steiermark** verzeichnete ebenfalls eine kaum vom gesamtösterreichischen Trend abweichende wirtschaftliche Entwicklung in den ersten beiden Quartalen 2017. Im Bundesländervergleich überdurchschnittlich gut war die Lage im Dienstleistungssektor, vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen. Deutlich verbessert hat sich die Lage am Arbeitsmarkt, der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen war stärker als im österreichischen Durchschnitt.

Kärnten war im ersten Halbjahr 2017 das Bundesland mit dem stärksten Zuwachs bei der Bruttowertschöpfung. Dies hat es unter anderem einem sehr starken Zuwachs bei der Sachgüterproduktion, aber auch beim Bauwesen zu verdanken. Kein einziger Wirtschaftssektor entwickelte sich im Bundesländervergleich unterdurchschnittlich. Dementsprechend kam es in Kärnten auch zu einem deutlichen Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen.

Nach Kärnten konnte **Oberösterreich** im ersten Halbjahr 2017 mit einem Plus von 4,2 % bei der Bruttowertschöpfung die zweitbeste Entwicklung aller Bundesländer verzeichnen. Die Sachgütererzeugung, die in Oberösterreich eine sehr große Rolle spielt, und das Bauwesen trugen wesentlich dazu bei. Der Rückgang bei der Zahl der Arbeitslosen entsprach dem österreichischen Trend.

Salzburg belegte im ersten Halbjahr 2017 bei der wirtschaftlichen Entwicklung den letzten Platz unter den Bundesländern. Die Bruttowertschöpfung war lediglich um 2,0 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Einzelhandel war der einzige Sektor der im Bundesländervergleich eine überdurchschnittliche Zuwachsrate erzielen konnte. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Salzburg aber dennoch zurückgebildet.

Die sehr gute Entwicklung im Tourismus im zweiten Quartal verhalf **Tirol** nach einem enttäuschenden ersten Quartal zu einem durchschnittlichen Anstieg der Bruttowertschöpfung im ersten Halbjahr insgesamt. Die anderen Sektoren zeigten kaum Abweichungen vom österreichischen Muster, ebenso wenig die Zahl der Arbeitslosen.

Vorarlberg belegte im ersten Halbjahr 2017 vor Salzburg den zweitletzten Platz in der regionalen Konjunktorentwicklung. Hauptverantwortlich dafür war die schwache Entwicklung bei der Sachgüterproduktion, die im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres sogar gesunken ist. Auch der Tourismus blieb hinter dem Durchschnitt zurück. Ansonsten zeigte die Vorarlberger Wirtschaft wenig Auffälligkeiten.

Am österreichischen Wohnimmobilienmarkt setzte sich 2017 die gute Entwicklung der Vorjahre fort. Die Preisschere zwischen Wien und den anderen Bundesländern nahm etwas ab. Im dritten Quartal 2017 lagen die Jahreswachstumsraten für die Preise von Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern außerhalb Wiens jeweils bei rund 4 %. In Wien nahmen die Preise für Eigentumswohnungen um 3,6 % J/J, jene für Einfamilienhäuser um 0,6 % J/J zu. Einen starken Anstieg verzeichneten die Preise für Baugrundstücke für Wohnimmobilien mit 11,5 % J/J in Wien und 12,5 % J/J außerhalb Wiens (jeweils Q3/2017). Die Leistbarkeit, gemessen am Verhältnis zwischen Preisen und verfügbarem Nominaleinkommen, war Mitte 2017 sowohl in Wien als auch in Österreich insgesamt etwas besser als im Vorjahr, wobei der entsprechende Index der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) mit 98,4 Punkten in Wien deutlich ungünstiger ausfiel als im restlichen Österreich mit 123,6 Punkten. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Wohnimmobilien schlug sich auch am Kreditmarkt nieder. Die Wachstumsrate der Wohnbaukredite an private Haushalte war in den ersten zehn Monaten des Jahres mit durchschnittlich 4,5 % J/J nur geringfügig schwächer als 2016.

Ebenso wie 2016 war auch 2017 ein gutes Jahr für die österreichische **Tourismuswirtschaft**. Die Wintersaison 2016/2017 brachte trotz Schneemangels knapp einen neuen Nächtigungsrekord, wobei die Nächtigungen ausländischer Gäste leicht rückläufig waren.

In der Sommersaison 2017 wurde das beste Nächtigungsergebnis seit dem Sommer 1992 erzielt. Überdurchschnittliche Zuwächse erzielten in beiden Saisons gewerbliche Betriebe und Ferienwohnungen. Auch der Auftakt der Wintersaison 2017/2018 verlief erfreulich, sodass die Statistik Austria für die ersten elf Monate des Jahres sowohl für die Anzahl der Übernachtungen als auch für die Ankünfte neue Höchstwerte auswies. Alle Bundesländer verzeichneten zunehmende Nächtigungen. Die meisten Nächtigungen entfielen auf Tirol, gefolgt von Salzburg, Wien, der Steiermark, Kärnten, Oberösterreich, Niederösterreich, Vorarlberg und dem Burgenland. Die höchste Wachstumsrate verzeichnete Niederösterreich mit 7,6 %, die geringste Vorarlberg mit 0,4 %.

1.1.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufgrund der rückwirkend zum 1.1.2017 erfolgten Einbringung des Bankbetriebs der SPARDA-BANK AUSTRIA eGen (Sparda) gemäß § 92 BWG ist ein Periodenvergleich mit den Finanzkennzahlen des Vorjahres nur bedingt aussagekräftig.

Der **Nettozinsenertrag** beträgt im Geschäftsjahr EUR 108,4 Mio. (2016: EUR 107,1 Mio.). In diesem Posten sind Zinserträge aus Kundenforderungen in Höhe von EUR 100,5 Mio. (2016: EUR 99,3 Mio.) enthalten. Zinserträge aus Swap-Geschäften in Höhe von EUR 7,7 Mio. (2016: EUR 10,6 Mio.) beinhalten vorwiegend laufende Zinszahlungen von Interest Rate Swaps für eigene Emissionen und Sparbriefe. Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen gegenüber Kunden sanken von EUR 12,0 Mio. auf EUR 8,8 Mio. Der Rückgang des Zinsaufwandes ist vorwiegend auf das allgemein rückläufige Zinsniveau zurückzuführen.

Die **Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren** sanken von EUR 0,9 Mio. auf EUR 0,8 Mio. Dagegen erhöhten sich die **Erträge aus Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen** gegenüber dem Vorjahreszeitraum um rund EUR 0,2 Mio. auf insgesamt EUR 3,9 Mio.

Die **Provisionserträge** betragen EUR 89,2 Mio. (2016: EUR 79,9 Mio.). Hiervon entfallen EUR 31,2 Mio. (2016: EUR 33,3 Mio.) auf das Wertpapiergeschäft, EUR 34,5 Mio. (2016: EUR 26,4 Mio.) auf den Zahlungsverkehr und EUR 13,7 Mio. (2016: EUR 13,4 Mio.) auf das Kreditgeschäft. Der Anstieg der Provisionserträge aus dem Zahlungsverkehr resultiert im Wesentlichen aus der Einbringung des Bankbetriebs der Sparda.

Die **Provisionsaufwendungen** betragen EUR 28,2 Mio. (2016: EUR 30,0 Mio.), hiervon entfallen EUR 9,0 Mio. (2016: EUR 12,5 Mio.) auf das Wertpapiergeschäft, EUR 14,9 Mio. (2016: EUR 14,7 Mio.) auf das Kreditgeschäft und EUR 4,3 Mio. (2016: EUR 2,7 Mio.) auf den Zahlungsverkehr. Der **Provisionssaldo** erhöhte sich damit von EUR 49,9 Mio. auf EUR 61,1 Mio.

Das **Ergebnis aus Finanzgeschäften** weist einen positiven Saldo von EUR 3,1 Mio. auf, verringerte sich allerdings leicht gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,6 Mio. Mit einem Ergebnisbeitrag von EUR 1,8 Mio. (2016: EUR 2,6 Mio.) entfällt der größte Anteil auf das Handels- und Bewertungsergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren. Im Ergebnis aus Finanzgeschäften ist weiters das positive Ergebnis aus Zinsderivaten mit EUR 1,0 Mio. (2016: negatives Ergebnis EUR - 1,7 Mio.), das negative Bewertungsergebnis aus Devisen mit EUR 1,8 Mio. (2016: positives Ergebnis EUR 2,5 Mio.) und das Bewertungsergebnis aus Valuten und Edelmetallen mit EUR 0,8 Mio. (2016: EUR 1,3 Mio.) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von EUR 87,5 Mio. (2016: EUR 122,2 Mio.) enthalten größtenteils weiterverrechnete ZO-Kosten in Höhe von insgesamt EUR 68,2 Mio. (2016: EUR 100,0 Mio.). Der Rückgang spiegelt sich im Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wider (siehe nachfolgend).

Die Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen betragen EUR 10,6 Mio. (2016: EUR 13,3 Mio.) und resultieren vorwiegend aus nicht mehr erforderlichen Vorsorgen für drohende Verluste aus Rechtsrisiken, für Veräußerungen von Sachanlagen aus zu schließenden Filialen und negativen Marktwerten aus FX- und Zinsderivaten.

In den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von EUR 25,3 Mio. (2016: EUR 52,1 Mio.) sind weiterverrechnete Aufwendungen in Höhe von EUR 21,7 Mio. (2016: EUR 44,3 Mio.) enthalten. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem geringeren Aufwand aus dem Bescheid iZm. dem Beitrag zum Abwicklungsfond in Höhe von 4,9 Mio. sowie aus geringeren Projektkosten. Weiters beinhaltete das Ergebnis in 2016 die Weiterverrechnung an die Verwaltungsgenossenschaften der start:Gruppe und der IMMO-BANK in Höhe von 8,7 Mio. im Zuge der Veräußerung der start:bausparkasse und der IMMO-BANK.

Die **allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** betragen insgesamt EUR 211,4 Mio. (2016: EUR 167,3 Mio.) und setzen sich aus dem Personalaufwand in Höhe von EUR 109,9 Mio. (2016: EUR 87,5 Mio.) und dem Sachaufwand in Höhe von EUR 101,5 Mio. (2016: EUR 79,7 Mio.) zusammen. Auch in diesen GuV Positionen sind die Anstiege im Wesentlichen auf den eingebrachten Bankbetrieb der SPARDA zurückzuführen. Im Sachaufwand sind Kosten für die laufende Datenverarbeitung sowie für IT-Projekte in Höhe von EUR 35,4 Mio. (2016: EUR 25,9 Mio.) enthalten.

Das **Betriebsergebnis** 2017 liegt mit EUR 21,4 Mio. unter dem Vorjahreswert von EUR 58,4 Mio. Dies resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Weiterverrechnungen an die Verbundbanken gemäß dem bestehenden Volksbanken-Verbund-Leistungsvertrag.

Das **Bewertungs- und Veräußerungsergebnis** weist für das Geschäftsjahr 2017 einen positiven Saldo von EUR 19,2 Mio. (2016: EUR – 28,0 Mio.) auf. In diesem Ergebnis ist die Auflösung einer Wertberichtigung gemäß § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 3,2 Mio. (2016: Dotierung EUR 16,7 Mio.) enthalten. Abwertungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen bzw. Risikovorsorgen für künftige Beteiligungsabwertungen belasteten das Ergebnis mit EUR 13,4 Mio. (2016: EUR 40,7 Mio.), dies beinhaltet die Dotierung einer Vorsorge für Partizipationsscheine (Bund) aus der Sparda-Fusion in Höhe von 1,1 Mio. sowie aus der Dotierung von Rückstellungen für künftige Beihilfen und Kapitalmaßnahmen für die VB Rückzahlungsgesellschaft mbH in Höhe von EUR 10,0 Mio. (2016: EUR 23,0 Mio.). Der positive Bewertungssaldo aus Zuführungen und Auflösungen für **Wertberichtigungen und Rückstellungen für das Kreditgeschäft** beträgt EUR 6,9 Mio. (2016: EUR 6,2 Mio.).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt per 31.12.2017 EUR 40,6 Mio. und liegt damit über dem Vorjahreswert von EUR 30,4 Mio.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** (Körperschaftsteuern) weisen einen negativen Saldo in Höhe von EUR 0,3 Mio. auf (2016: Steuerertrag EUR 22,1 Mio.). Der Rückgang begründet sich aus der in 2016 erfolgten Aktivierung latenter Steuern in Höhe von 22,7 Mio. (inkl. dem Einmaleffekt aus der Umstellung auf das sog. „temporary concept“ im Zuge der Anwendung des „RÄG 2014“ im Geschäftsjahr 2016).

Sonstige Steuern in Höhe von EUR 2,3 Mio. (2016: EUR 26,1 Mio.) resultieren im Wesentlichen aus der Bankenabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz mit EUR 1,9 Mio. (2016: EUR 9,0 Mio.). Die Reduktion ist auf die einmalige Sonderzahlung gemäß § 5 Abs 1 Z 4 StabAbG idF AbgÄG 2016 in Höhe von EUR 16,6 Mio. im Geschäftsjahr 2016 zurückzuführen.

1.1.4 Erläuterungen zu Bilanz und Eigenmittel

Aufgrund der rückwirkend zum 1.1.2017 erfolgten Einbringungen des Bankbetriebs der Sparda gemäß § 92 BWG ist ein Vergleich mit den Finanzkennzahlen zum 31.12.2016 nur bedingt aussagekräftig.

Die **Bilanzsumme** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rund EUR 612,7 Mio. auf EUR 11,4 Mrd.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** verringerten sich gegenüber dem Vorjahr vor allem aufgrund des geringeren Refinanzierungsvolumens von Verbundbanken von EUR 2,2 Mrd. auf EUR 1,7 Mrd.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verringerten sich im Wesentlichen aufgrund der Einbringung des Bankbetriebs der Sparda von EUR 3,3 Mrd. im Vorjahr auf EUR 2,7 Mrd.

Die **Kundenforderungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr von EUR 4,4 Mrd. auf EUR 4,9 Mrd. Diese Erhöhung ist zu einem Teil auf die Einbringung der Sparda und zum anderen auf eine Erhöhung des Kreditvolumens insbesondere beim Gemeinnützigen Wohnbau, den Projektfinanzierungen und den Corporates zurückzuführen.

Die **Schuldtitel öffentlicher Stellen** verringerten sich im Jahresvergleich von EUR 1.092,1 Mio. auf EUR 1.031,3 Mio. und bestehen größtenteils aus inländischen Schuldtiteln in EUR.

In den **sonstigen Vermögensgegenständen**, die sich im Jahresverlauf von EUR 464,7 Mio. um EUR 90,7 Mio. auf EUR 374,0 Mio. verringerten, sind überwiegend positive Marktwerte von Zinsabsicherungsgeschäften in Höhe von EUR 321,4 Mio. (31.12.2016: 381,1 Mio.) im Handelsbuch enthalten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,1 Mrd. und betragen zum Jahresende EUR 5,9 Mrd. Diese Erhöhung ist zu einem erheblichen Teil auf die Einbringungen des Bankbetriebs der Sparda zurückzuführen. Die hiervon täglich fälligen Verbindlichkeiten in EUR betragen EUR 3,2 Mrd.

In den **sonstigen Verbindlichkeiten** in Höhe von EUR 445,7 Mio. sind vor allem negative Marktwerte aus Interest Rate Swaps und anderen Zinsabsicherungsgeschäften in Höhe von EUR 317,4 Mio. (31.12.2016: 378,7 Mio.) enthalten.

Im Zusammenhang mit der im Geschäftsjahr erfolgten Einbringung wurde eine ordentliche **Kapitalerhöhung** durchgeführt. Das **Grundkapital** erhöhte sich dabei von EUR 126,9 Mio. auf EUR 132,9 Mio. Daneben erhöhten sich die gebundenen Kapitalrücklagen

auf Grund des Agios aus diesen Kapitalerhöhungen von EUR 214,4 Mio. auf EUR 222,9 Mio.

Gemäß Art 92 CRR muss die VBW zu jedem Zeitpunkt folgende **Eigenmittelanforderungen** erfüllen:

- a) eine harte Kernkapitalquote von 4,5%,
- b) eine Kernkapitalquote von 6% und
- c) eine Gesamtkapitalquote von 8,0%.

Die **Bemessungsgrundlage** für die Eigenmittelanforderungen ist der Gesamtrisikobetrag, dieser beträgt zum Jahresende EUR 3,4 Mrd. (31.12.2016: EUR 3,2 Mrd.) Die Mindestanforderungen an die VBW in absoluten Beträgen sind ein hartes Kernkapital von EUR 152,7 Mio., ein Kernkapital von EUR 203,7 Mio. und ein Gesamtkapital von EUR 271,5 Mio. Die tatsächliche harte Kernkapitalquote beträgt 13,8%, womit die Eigenmittelanforderungen um EUR 316,8 Mio. übererfüllt wurden. Die Kernkapitalquote entspricht der harten Kernkapitalquote und wurde um EUR 265,8 Mio. übererfüllt. Die Gesamtkapitalquote beträgt 26,7%. Somit wurden die gesetzlichen Eigenmittelanforderungen um EUR 635,8 Mio. übererfüllt.

1.2 Bericht über die Zweigniederlassungen

Die VBW verfügt über keine Zweigniederlassungen.

1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die bankrechtlichen **Eigenmittel** der VBW betragen zum 31.12.2017 EUR 907,3 Mio. (31.12.2016: EUR 450,3 Mio.). Die risikogewichteten Aktiva betragen zum Ultimo 2017 EUR 3,4 Mrd. und haben sich gegenüber dem Ultimo 2016 (EUR 3,2 Mrd.) vorwiegend aufgrund der Einbringung des Bankbetriebs der Sparda um EUR 0,2 Mrd. erhöht.

Die vorhandenen Eigenmittel überschreiten das regulatorische Erfordernis um EUR 635,8 Mio.

- Die harte **Kernkapitalquote** sowie die Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko betragen jeweils 13,8%. (31.12.2016: 13,0%)
- Die **Gesamtkapitalquote** liegt bei 26,7% (31.12.2016: 14,2%)

Aufgrund der Zentralorganisationsfunktion, welche die VBW für den Volksbanken - Verbund ausübt, sind die folgenden Kennzahlen nur bedingt mit anderen Retailbanken vergleichbar.

Der **Ausleihungsgrad I** beträgt im Berichtsjahr 220,3% (2016: 219,2%). Der Ausleihungsgrad I errechnet sich als Quotient zwischen Kundenforderungen und Spareinlagen.

Der **Ausleihungsgrad II** beträgt im Berichtsjahr 68,3% (2016: 71,1%). Der Ausleihungsgrad II errechnet sich als Quotient zwischen Kundenforderungen und der Summe von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten.

Die **Provisionsspanne** beträgt im Geschäftsjahr 0,5% (2016: 0,45%). Die Provisionsspanne errechnet sich als Quotient aus dem Saldo aus Provisionserträgen und Provisionsaufwendungen und der Bilanzsumme.

Die **Betriebsertragsspanne** beträgt im Geschäftsjahr 2,33% (2016: 2,68%). Die Betriebsertragsspanne errechnet sich als Quotient zwischen Betriebserträgen und Bilanzsumme.

Die **Betriebsaufwandsspanne** beträgt im Geschäftsjahr 2,14% (2016: 2,14%). Die Betriebsaufwandsspanne errechnet sich als Quotient zwischen Betriebsaufwendungen und Bilanzsumme.

1.4 Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Das Projektportfolio des Volksbanken-Verbundes ist in 4 Clustern strukturiert: Vertrieb & Digitalisierung, Effizienz, Infrastruktur und Regulatorik. Im Folgenden werden die wesentlichen Initiativen des Jahres 2017 dargestellt:

Cluster Vertrieb & Digitalisierung

Unter dem Titel „digitales Volksbank Banking“ wurden neue Onlinebanking-Produkte entwickelt. Das umfangreiche Angebot im digitalen Banking am Desktop (mit Personalisierung, Personal Financial Management, globaler Suche uvm.) wurde mit innovativen Volksbank Apps ergänzt (bspw. Banking-App mit allen Funktionen wie am Desktop, Quick-App für eine rasche Kontostandsabfrage und TAN-App als neues sicheres Zeichnungsverfahren). Das digitale Banking als Informations-,

Kommunikations- und Vertriebskanal zwischen Kunde und Bank wurde 2017 somit weiter forciert und wird auch im Jahr 2018 ein großer Schwerpunkt im Volksbanken-Verbund sein.

2017 wurde der Kreditprozess im Volksbanken-Verbund weiter optimiert. Ziel ist die Digitalisierung und Automatisierung der Prozesskette vom Beratungsgespräch bis zur Auszahlung des Kredites. Im Sinne eines Omnikanalansatzes soll ein Prozess umgesetzt werden, der sowohl vom Kunden online als auch in der Filiale verwendet werden kann. Der definierte Prozess wird ab Jänner 2018 implementiert. Dazu werden zunächst die konkreten technischen Anforderungen definiert und anschließend system-technisch und prozessual umgesetzt. Die Integration in das Kernbanksystem soll über definierte Schnittstellen erfolgen.

Die Erarbeitung dieser Schnittstellen – um künftig flexibel Applikationen von Drittanbietern anbinden zu können – erfolgt im Projekt „Flexrail“. Die Flexrail ist eine moderne serviceorientierte Architektur mit standardisierten Schnittstellen, an die künftig sowohl ARZ-Applikationen als auch Drittapplikationen angebunden werden.

Eine erste Anwendung der Flexrail erfolgt im Projekt „Online Kunde werden“. Mit diesem Projekt wurde eine online Antragsstrecke für die Eröffnung eines Girokontos inkl. Karten umgesetzt. Neukunden haben mit dieser Applikation die Möglichkeit ein Girokonto komplett online anzulegen. Die Legitimation erfolgt per Video.

Cluster Effizienz

Im August 2017 wurde die Einbringung des bankgeschäftlichen Unternehmens der SPARDA AUSTRIA Verwaltungsgenossenschaft eGen in die VBW im Firmenbuch eingetragen. Das zugrundeliegende Fusionsprojekt umfasste die organisatorische Eingliederung, die technische Zusammenführung und alle organisatorischen und technischen Maßnahmen zur Führung des Markennamens „SPARDA-BANK eine Marke der VOLKSBANK WIEN AG“.

Im Projekt MSC (Markt Service Center) wurden verbundweit einheitliche Prozesse für die Abwicklung von Kunden-, Konto- und Depotprozessen erarbeitet. Für eine künftig zentrale Servicierung sowie eine einheitliche Weiterentwicklung wurde ein technischer Servicemandant entwickelt. Dieser Servicemandant ermöglicht die zentrale Parametrisierung für den gesamten Volksbanken-Verbund.

Zusätzlich zum MSC wurde ein KSC (Kunden Service Center) eingerichtet. Dieses übernimmt bereits die Inbound-Telefonie für 120.000 Kunden und unterstützt so den Vertrieb. Das KSC übernimmt die Beauskunftung von Kunden, die Terminvereinbarung mit dem Berater und die Durchführung einfacher Prozesse (z.B. Neuausstellung von Karten). Mit Ende des Jahres sind 80.000 Kunden mit 26.000 Girokonten in der Betreuung des KSC.

Cluster Regulatorik

Das regulatorisch erforderliche MiFID II Projekt umfasst die verbundweite Umsetzung aller gesetzlichen Anforderungen aus dem MiFID II/MiFIR Regulativ bzw. dem österreichischen WAG 2018 sowie PRIIPs (Anlegerschutz, Markttransparenz, Meldewesen, etc.). Dabei ist die gesamte Wertschöpfungskette im Wertpapier- sowie Derivatgeschäft gleichsam betroffen. Die Anforderungen betreffend Anlegerschutz beinhalten die Aspekte Produkteinführungs- und Produktüberprüfungsprozess, Anlageberatung inkl. Kundeninformation, Erweiterungen im Geldanlageprofil im Zuge der Zielmarkt-Prüfung (Kunde:Produkt), Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten sowie Einschränkungen von Zuwendungen. Die Markttransparenz setzt sich aus den Themen Systematische Internalisierung, Beste Exekution und Nachhandelstransparenz zusammen. Das Meldewesen befasst sich mit der Transaktionsmeldung, der Verlustschwellenmeldung sowie der Positionsmeldung bei (verbrieften) Warenderivaten/-zertifikaten.

Das Projekt IFRS9, welches bereits 2015 gestartet wurde, ging 2017 rechtzeitig für die Inkraftsetzung per 1.1.2018 in die finale Phase. Dabei wurden im Sinne von IFRS9 Prozesse und Systeme verbundweit umgestellt, wobei die inhaltlichen Schwerpunkte auf die Themengebiete Klassifizierung und Bewertung, der Neuregelung zu den Wertminderungen als auch im Bereich Hedge Accounting fokussierten. Gleichzeitig erfolgte der verbundweite Roll-out eines einheitlichen Sachkontenplans und die Implementierung von SAP FI mit den Modulen NewGL, AA und AP.

Im Rahmen der gemeinsamen Meldewesen-Plattform (GMP), in der die großen österreichischen Bankenverbände das OeNB-Datenmodell über eine gemeinsam genutzte Software (Abacus) über die Austrian Reporting Services GmbH (AuRep) umsetzen, wurden im Projekt GMP 2017 die Meldungen Finrep Solo, FMS Cubes begleitet und erfolgreich in den Betrieb übergeführt sowie die beleghafte Meldung VERA A1a durch die einzelgeschäftsbasierte GMP-Lösung abgelöst. Darüber hinaus wurde das bestehende System gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen aus der Erweiterung des Datenmodells (Version 4.1) weiterentwickelt. Weiters wurde begonnen, die Meldungsanforderungen betreffend AnaCredit umzusetzen.

Die Datenschutz-Grundverordnung DSGVO tritt am 25. Mai 2018 in Geltung. Bis dahin müssen alle Datenanwendungen an die neue Rechtslage angepasst werden. Die verbundweite Umsetzung erfolgt in drei Projekt-Cluster: (1) im ARZ-Buchungsgemeinschaftsprojekt werden die Verfahrensverzeichnisse für ARZ-Services erstellt und die Betroffenenrechte (Löschen, Sperren, Auskunftsrecht, Datenportabilität, Widerspruch, Berechtigung, Profiling) umgesetzt. (2) In der VBW wird ein verbundweites Datenschutzmanagementsystem umgesetzt, die Verfahrensverzeichnisse der VBW erstellt, die ARZ-Verzeichnisse übernommen und ggf. adaptiert, die Folgeabschätzungen durchgeführt und die Betroffenenrechte umgesetzt. (3) In dezentralen Verbundprojekten werden die Verfahrensverzeichnisse für das jeweilige Institut erstellt, die ARZ- und VBW-Verzeichnisse übernommen und ggf. adaptiert und die Betroffenenrechte umgesetzt.

Cluster Infrastruktur

Um die, über viele Jahre gewachsene, IT-Architektur im Hinblick auf die ständig steigenden Anforderungen an Datenmenge und -granularität, Verarbeitungsgeschwindigkeit, Automatisierungsgrad und an die Datenintegrität zukunftssicher und nachhaltig auszurichten, wurde im Jänner 2017 das Programm „Data Architecture“ gestartet. Im Rahmen des Programmes entstanden IT-Architektur-Gesamtbebauungspläne und SOLL-Datenflüsse, welche im Kern ein zentrales Data Warehouse (single point of truth, SPoT) schafft, der sämtliche Einzel- und Kundengeschäftsdaten enthält und für alle Reporting-Adressaten als Quelle dient. Das Projekt „Data Governance“ lieferte als Ergebnis eine neue organisatorische Einheit „FDS – Financial Data Steering“, die ein nachhaltiges Datenmanagement bzw. Data Governance sicherstellen wird. Weiters wurden im Projekt BCBS239 jene Maßnahmen für die Bank definiert, die als Basis für Umsetzungsprojekte dienen werden.

Im Projekt Lingua wird ein einheitliches fachliches Datenmodell im Volksbanken-Verbund erarbeitet. Ziel ist die Schaffung einer einheitlichen, fachlichen Sicht und inhaltliche Definition von Begrifflichkeiten, Datenfeldern und Kennzahlen um auf Basis dessen über verschiedenste Anwendergruppen hinweg ein gemeinsames Verständnis über Dateninhalte und -definitionen herzustellen und in weiterer Folge etwaige Redundanzen im Datenhaushalt zu identifizieren. Zusätzlich wird in diesem Projekt auch die Data Governance weiterentwickelt. Die einzelnen im Zusammenhang mit Datenmanagement notwendigen Rollen wie Data Owner, DQ Manager etc. werden kritisch gewürdigt, etwaige Verantwortlichkeiten überarbeitet und der Datenanforderungsprozess sowie Datenmanagementprozesse optimiert. Diese Maßnahmen dienen unter anderem zur weiteren Steigerung der Datenqualität.

Ein weiterer Schwerpunkt war die verbundweite Implementierung einer gemeinsamen SAP HCM Systemlandschaft. In diesem Zusammenhang konnten eine Reihe von einzelnen Projekten erfolgreich bewältigt werden. Das Gesamtprojekt wird bis Ende 2018 abgeschlossen. Ziel ist eine verbundweite und einheitliche Abwicklung aller HR-relevanten IT-Agenden über SAP. Das ARZ ist dabei für die Entwicklung und laufende Betreuung der Systeme verantwortlich. In den Projektgruppen arbeiten Spezialisten des ARZ, der VBW sowie Vertreter der Verbundbanken zusammen.

1.5 Nachhaltigkeit

Die VBW berichtet über Konzepte, Ergebnisse und Risiken in Bezug auf Umweltbelange, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Menschenrechte, Korruption und Bestechung sowie Diversität gemäß Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG) im Rahmen der Konzern-Berichterstattung in einem gesonderten Nachhaltigkeitsbericht.

2 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

2.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

2.1.1 Wirtschaftliches Umfeld

Laut der im Dezember veröffentlichten Konjunkturprognose des WIFO sollte die österreichische Wirtschaft im Jahr 2018 um 3 % wachsen. Die Europäische Zentralbank hat im Dezember ihre Projektionen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2018 auf 2,3 % erhöht. Die darin enthaltene OeNB-Prognose für Österreich beträgt 2,8 %. Die Nationalbank erwartet positive Wachstumsbeiträge von allen Nachfragekomponenten und eine sich zwar abflachende, aber anhaltend gute Investitionsentwicklung, was auf eine gute Kreditnachfrage hoffen lässt. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen sollen, bei unveränderter Sparquote von 7,2 % laut OeNB um 1,6 % zunehmen. Das wäre eine gute Basis sowohl für die Bonität der privaten Kreditnehmer als auch für das Veranlagungsgeschäft. Die gute Wirtschaftslage lässt über alle Branchen hinweg eine wachsende Kreditnachfrage erwarten. Eine anhaltend gute Entwicklung des Wohnimmobilienmarkt und der entsprechenden Kreditnachfrage kann auch aus der demografischen Entwicklung abgeleitet werden. Die im ersten Halbjahr des Vorjahres verzeichnete Zunahme der Wohnbautätigkeit sowie der Zinsausblick deuten auf eine positive, aber sich abflachende Preisentwicklung in Wien und anderen Ballungszentren hin, während es in von Abwanderung betroffene Regionen auch zu Preisrückgängen kommen kann.

Die Projektion der Europäischen Zentralbank für die durchschnittliche Inflationsrate der Eurozone beträgt für 2018 im Mittel 1,4 %. Damit würde die Teuerungsrate auch im Jahr 2018 das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp 2 % verfehlen. Dies und die entsprechend lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sprechen für ein weiterhin niedriges Zinsniveau, obwohl von der sich fortsetzenden geldpolitischen Straffung in den USA weiterhin ein leichter Aufwärtstrend ausgehen sollte und auch in Europa die Lockerungsmaßnahmen allmählich auslaufen dürften. Das sehr hohe Zinsdifferential zugunsten des US-Dollar sollte einer weiteren Aufwertung des Euro entgegenwirken. Die Währungen der hier betrachteten Volkswirtschaften außerhalb der Eurozone könnten im Jahr 2018 angesichts der guten konjunkturellen Lage von erhöhter Risikobereitschaft der internationalen Investoren und einer guten Entwicklung der Direktinvestitionen profitieren.

Die Risiken für diesen Ausblick sind vielfältig. Dazu zählen etwa die möglichen Beschränkungen des Außenhandels durch die USA, die die österreichischen Exporteure und Zulieferer betreffen können. Eine Wachstumskorrektur in den Nachbarländern könnte teilweise auch den Tourismus treffen. Spannungen in der Europäischen Union im Zusammenhang mit den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien oder eine nachlassende Eurofreundlichkeit in den großen Mitgliedsländern, etwa nach Neuwahlen, stellen ein Risiko für die fortgesetzte wirtschaftliche Erholung der Region dar. Ein rascher Zinsanstieg wäre ebenfalls als Risiko für Konjunktur und Immobilienmärkte einzustufen. Zusätzlich haben auch geopolitische Konflikte das Potenzial, den grundsätzlich freundlichen wirtschaftlichen Ausblick zu trüben.

2.1.2 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Konzentration des Volksbanken-Verbundes soll weiterhin auf das Kundengeschäft gelegt werden, insbesondere unterstützt durch die Verstärkung des Engagements in der Digitalisierung des Vertriebs.

Die VBW plant, trotz anhaltend hoher Investitionen in die Systeme, die Verbesserung der Datenqualität sowie der weiterhin hohen regulatorischen Kosten, ein niedriges zweistelliges EUR Mio.-Jahresergebnis zu erreichen. Die CET 1 Quote soll trotz geplantem Wachstum weiterhin bei über 12 % liegen.

Das für das Jahr 2018 wieder erwartete niedrige Zinsumfeld erfordert eine Straffung der Kostenstruktur sowie eine Erhöhung der Produktivität. Dazu werden unter anderem weitere Zusammenarbeits-Modelle im Volksbanken-Verbund evaluiert.

Derzeit ist geplant den Bankbetrieb der Waldviertler Volksbank Horn reg.Gen.m.b.H. in die VBW einzubringen. Im Falle der Zustimmung der zuständigen Gremien soll die Einbringung noch im ersten Halbjahr 2018 abgeschlossen werden.

2.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Die professionelle Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken ist eine Kernfunktion jeder Bank. Die VBW als ZO des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG bestehend aus VBW und der Primärinstitute des Volksbankensektors erfüllt die zentrale Aufgabe, dass der Kreditinstitute-Verbund über Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren für die Erfassung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken und der Vergütungspolitik und -praktiken (§ 39 Abs. 2 BWG) verfügt. Der Steuerungsfokus und damit auch das Reporting liegt hierbei auf Verbundebene inklusive VBW als Bestandteil des Verbundes. Die Umsetzung der Steuerung im Verbund erfolgt durch Generelle und im Bedarfsfall Individuelle Weisungen

2.2.1 Aktuelle Entwicklungen

Der Volksbanken-Verbund wurde im Jahr 2017 erneut dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus der EZB unterzogen. Der diesjährige SREP berücksichtigte neben dem regulären Prüffeld auch den im Jahr 2016 durchgeführten und den durch die IRRBB (Interest Rate Risk in the banking book)-Sensitivitätsanalyse der EZB ergänzten Stresstest.

Mit Beschluss der EZB vom 19.12.2017 wurde der VBW als Zentralorganisation des Volksbanken Verbundes das Ergebnis des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses übermittelt. Wie bereits in den Jahren davor können die von der EZB auferlegten zusätzlichen Kapitalquoten für das Jahr 2018 erfüllt werden.

Der für den Volksbanken-Verbund festgelegte CET 1 Anforderung in Höhe von 10,925 % für 2018 setzt sich wie folgt zusammen: Säule 1 CET-Anforderung von 4,5 %, Säule 2 Anforderung von 2,5 %, Kapitalerhaltungspuffer von 1,875 %, Systemrisikopuffer 0,25 % und Säule 2 Kapitalempfehlung von 1,8 %. Die Gesamtkapitalanforderung für 2018 beträgt 12,625 % (Säule 1 Anforderung von 8,0 %, Säule 2 Anforderung von 2,5 %, Kapitalerhaltungspuffer von 1,875 %, Systemrisikopuffer 0,25 %). Für die VBW als Einzelinstitut gelten diese Anforderungen nicht.

2.2.2 Risikopolitische Grundsätze

Die risikopolitischen Grundsätze der VBW umfassen die innerhalb des Volksbanken-Verbundes gültigen Normen im Umgang mit Risiken und werden zusammen mit dem Risikoappetit vom ZO-Vorstand festgelegt. Ein verbundweit einheitliches Verständnis zum Risikomanagement ist die Basis für die Entwicklung eines Risikobewusstseins und einer Risikokultur im Unternehmen. Der Volksbanken-Verbund lässt sich in seinen Aktivitäten vom Grundsatz leiten, Risiken nur in dem Maße einzugehen, wie dies zur Erreichung der geschäftspolitischen Ziele erforderlich ist. Die damit verbundenen Risiken werden gesamthaft, unter Anwendung von Grundsätzen für das Risikomanagement, durch die Gestaltung der Organisationsstruktur und der Geschäftsprozesse gesteuert.

2.2.3 Organisation des Risikomanagements

Die VBW hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Marktfolge. Die Funktion eines zentralen und unabhängigen Risikocontrollings ist eingerichtet. An der Spitze des Risikocontrollings steht auf Vorstandsebene der Chief Risk Officer (CRO). Innerhalb des Vorstandsressorts des CRO gibt es eine Trennung zwischen Risikocontrolling und operativem Risikomanagement. Die Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle erfolgt nach dem 4-Augen-Prinzip. Diese Aufgaben werden zur Vermeidung von Interessenskonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Die Vielfältigkeit des Geschäftsmodells erfordert es, Risiken effektiv zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Als Voraussetzung für ein solides Risikomanagement wird das Risk Appetite Framework (RAF) vom Volksbanken-Verbund auch in der VBW laufend weiterentwickelt um den Risikoappetit bzw. den Grad der Risikotoleranz zu definieren, den die VBW bereit ist zu akzeptieren um seine festgelegten Ziele zu erreichen.

2.2.4 Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Die Umsetzung der Vorschriften zur Eigenkapitalausstattung stellen sich in der VBW wie folgt dar:

Säule 1: Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 in der VBW als ZO des Verbundes verfolgt die Erfüllung der regulatorischen Mindestanforderungen. Sowohl beim Kreditrisiko als auch beim Marktrisiko und beim operationellen Risiko kommen die jeweiligen regulatorischen Standardansätze zur Bestimmung der Mindestkapitalanforderungen zur Anwendung.

Säule 2: Internal Capital Adequacy Assessment

Die aufsichtsrechtliche Kontrolle und Mindestanforderungen der Säule 2 werden im Rahmen des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) und im Rahmen des Internal Liquidity Adequacy Assessment Process (ILAAP) umgesetzt. Dabei setzt die VBW alle notwendigen Maßnahmen um jederzeit eine ausreichende Kapital- und Liquiditätsausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten.

Säule 3: Offenlegung

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gemäß Verordnung der FMA zur Durchführung des BWG betreffend die Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (EU Verordnung Nr. 575 / 2013 Teil VIII Offenlegung) auf der institutseigenen Homepage unter Volksbank Wien / Offenlegung Volksbank Wien AG nachgekommen.

2.2.5 Verbundweites Risiko- und Kapitalmanagement

Das Risikocontrolling erstellt die Governance, Methoden und Modelle für die verbundweit strategischen Risikomanagementthemen sowie die Vorgaben zur Steuerung auf Portfolioebene. Die ZO hat zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion Generelle Weisungen (GW) gegenüber den dem Volksbanken-Verbund zugeordneten Kreditinstituten erlassen. Die GW ICAAP & GW ILAAP und die nachgelagerten Verbundhandbücher regeln verbindlich und einheitlich das Risikomanagement. Ziel der GW ICAAP & GW ILAAP ist es, allgemeine und verbundweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Risiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren bzw. festzulegen. Die Vorstände und Geschäftsführer aller Verbundmitglieder haben im Rahmen ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht im Interesse der Gesellschaften ausnahmslos und uneingeschränkt dafür Sorge zu tragen, dass die Generelle Weisungen im jeweiligen Unternehmen formal und faktisch Geltung erlangt. Jegliche Abweichungen und Sonderregelungen zu den Generellen Weisungen sind nur in Ausnahmefällen erlaubt und vorab mit der VBW als ZO abzustimmen.

2.2.6 Interner Kapitaladäquanzprozess – ICAAP und Stress Testing

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen, risikoadäquaten Kapitalausstattung hat die VBW internationaler Best Practice folgend einen internen Kapitaladäquanzprozess (ICAAP) als revolvierenden Steuerungskreislauf aufgesetzt. Der ICAAP startet mit der Identifikation der für die VBW wesentlichen Risiken, durchläuft den Prozess der Risikoquantifizierung und -aggregation, die Ermittlung der Risikotragfähigkeit, die Limitierung und schließt mit der laufenden Risikoüberwachung und daraus abgeleiteten Maßnahmen.

Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (z.B. täglich für die Risikomessung Marktrisiko Handelsbuch, quartalsmäßig für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Festlegung der Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft, bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst und vom Vorstand der ZO abgenommen.

Risikoinventur

Die Risikoinventur verfolgt das Ziel, das Gefahrenpotential neuer eingegangener wesentlicher Risiken zu erheben und bestehende wesentliche Risiken zu bewerten. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst und für den Konzern ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein und bilden den Ausgangspunkt für die Risikotragfähigkeitsrechnung, da wesentliche Risikoarten in der Risikotragfähigkeitsrechnung zu berücksichtigen sind.

Risikostrategie

Die Risikostrategie der VBW basiert auf der Verbund-Risikostrategie und -Geschäftsstrategie und schafft konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für ein einheitliches Risikomanagement. Die Risikostrategie wird zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Sie gibt die Regeln für den Umgang mit Risiken vor, und sorgt für die jederzeitige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in der VBW.

Risikoappetiterklärung (Risk Appetite Statement – RAS) und Limitsystem

Das Kernelement der Risikostrategie stellt ein im Einklang mit der Geschäftsstrategie stehendes Risk Appetite Statement (RAS) und integriertes Limitsystem dar. Das aus strategischen und weiteren (operativen) Kennzahlen bestehende RAS Kennzahlen-Set unterstützt den Vorstand bei der Umsetzung zentraler strategischer Ziele der VBW und operationalisiert diese.

Der Risikoappetit, d.h. die Indikatoren des RAS, werden aus dem Risikoprofil, der Risikokapazität und den Ertragserwartungen bzw. der strategischen Planung abgeleitet. Das auf Teilrisikoarten herunter gebrochene Limitsystem sowie das RAS geben den Rahmen für jenes maximale Risiko vor, das die VBW bereit ist, für die Erreichung der strategischen Ziele einzugehen. Die RAS Kennzahlen werden mit einem Ziel-, einem Trigger- und einem Limitwert versehen und werden ebenso wie die Gesamtbank- und Teilrisikolimits laufend überwacht. Damit wird sichergestellt, dass Abweichungen von der Risikostrategie rasch erkannt werden und zeitgerecht Maßnahmen zur Gegensteuerung eingeleitet werden können.

Risikotragfähigkeitsrechnung

Die Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP dar. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt. Die Einhaltung der Limite werden quartalsweise überwacht und berichtet.

Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit werden unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt, die sich in drei Sichtweisen widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische going concern Sicht
- Ökonomische Liquidationssicht (gone concern Sicht)

Die regulatorische Säule 1 Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Methoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf regulatorischen Definitionen). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit ist gesetzlich vorgegeben und stellt eine Mindestanforderung dar. Die Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikopositionen der VBW entspricht dem Muster einer typischen Retail Bank. Dabei werden Risikopositionen des Kredit- und Markt- und operationellen Risikos sowie der CVA Charge berücksichtigt.

In der going concern Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Kleinere, mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkraftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden. Als Risikodeckungsmasse werden im Wesentlichen stille Reserven, der im laufenden Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss/-fehlbetrag, der Plangewinn/Planverlust für die nächsten 12 Monate sowie jenes Kapital, das die in der Risikostrategie 2017 festgesetzte CET1 Kapitalquote von 8,25 % überschreitet angesetzt. Bei der Risikoquantifizierung wird dafür auf ein Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von einem Jahr abgestellt. Gesamtbankrisikolimit ist mit 85 % der verfügbaren Risikodeckungsmasse in der ökonomischen Going Concern Sicht festgelegt.

In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des „internen“ Kapitals definiert. Dieses baut auf der aufsichtsrechtlichen Definition auf, umfasst aber noch zusätzliche Bestandteile wie z.B. stille Lasten/Reserven. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf interne Verfahren, in der Regel VaR, abgestellt. Dabei wird nicht nur auf die regulatorisch mit Eigenmitteln zu unterlegenden Risiken abgestellt, sondern es werden alle im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich erachteten und quantifizierbaren Risiken in die Betrachtung mit einbezogen. Bei der Risikoquantifizierung in der Liquidationssicht wird ein Konfidenzniveau von 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr verwendet. Das Gesamtbankrisikolimit ist mit 85 % der verfügbaren Risikodeckungsmasse in der ökonomischen Liquidationssicht festgelegt.

Stress Testing

Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken werden regelmäßig risikoartenspezifischen Stresstests unterzogen, wobei die Krisenszenarien derart gestaltet werden, dass das Eintreten von sehr unwahrscheinlichen aber nicht unmöglichen Ereignissen simuliert wird. Anhand dieser Vorgehensweise können u.a. extreme Verluste erkannt und analysiert werden.

Neben diesen risikoartenspezifischen Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden regelmäßig auch bankinterne Stresstests sowie aufsichtliche Stresstests durchgeführt, welche risikoartenübergreifend sind. Der halbjährlich durchgeführte interne Gesamtbank-Stresstest setzt sich aus Szenarioanalysen, Sensitivitätsanalysen und dem Reverse Stresstest zusammen. In den Szenarioanalysen werden volkswirtschaftliche Krisenszenarien definiert und daraus die geänderten Risikoparameter für die einzelnen Risikokategorien und Geschäftsfelder abgeleitet. Neben der Risikoseite werden auch die Effekte der Krisenszenarien auf die Risikodeckungsmassen ermittelt. In einer gestressten Risikotragfähigkeitsrechnung werden schließlich die verschiedenen Auswirkungen der Krisenszenarien auf die Risikotragfähigkeit zusammengefasst und analysiert. Aus den Erkenntnissen des Gesamtbank-Stresstests werden Handlungsempfehlungen definiert und diese in Maßnahmen übergeleitet. So wird beispielsweise das Reporting-Rahmenwerk um neue Aspekte erweitert, zusätzlich Limite definiert, spezielle bzw. risikoreiche Branchen stärker überwacht und Planungsvorgaben für strategische Risikokennzahlen abgeleitet.

Risikoreporting

Das in der VBW implementierte Reporting-Rahmenwerk zielt darauf ab, sicherzustellen, dass alle wesentlichen Risiken vollständig identifiziert, überwacht und effizient, sowie zeitnah gesteuert werden. Das Reporting-Rahmenwerk bietet eine ganzheitliche und detaillierte Darstellung der Risiken und einer spezifischen Analyse der einzelnen Risikoarten.

Als Kernelement des Reporting-Rahmenwerks dient der monatliche Gesamtbankrisikobericht. Der Gesamtbankrisikobericht gibt einen Überblick über die Situation und Entwicklung der RAS-Kennzahlen, die Auslastung der Risikotragfähigkeit, adressiert alle wesentlichen Risiken und enthält u.a. umfangreiche qualitative und quantitative Informationen. Der Gesamtbankrisikobericht liefert dem Vorstand monatlich steuerungsrelevante Informationen und ergeht quartalsweise an den Aufsichtsrat der VBW.

Als Ergänzung zum Gesamtbankrisikobericht komplettieren diverse risikospezifische Berichte (z.B. Analysen im Kreditrisiko über die Entwicklung einzelner Sub-Portfolien) das Reporting-Rahmenwerk.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

Da die VBW dem Volksbanken-Verbund angehört, welcher als ein systemrelevantes Kreditinstitut eingestuft wurde, hat die VBW einen Sanierungsplan entwickelt und bei den relevanten Aufsichtsbehörden (z.B. EZB) eingereicht. Dieser Sanierungsplan wird mindestens einmal jährlich aktualisiert und berücksichtigt sowohl Änderungen in den Geschäftsaktivitäten der Bank, als auch veränderte aufsichtsrechtliche Anforderungen.

2.2.7 Wesentliche Risiken in der VBW bzw. dem Volksbanken-Verbund

Folgende Risiken werden als wesentlich eingestuft und nachfolgend erläutert:

- a) Kreditrisiken
- b) Marktrisiken
- c) Liquiditätsrisiken
- d) Operationelle Risiken
- e) Sonstige wesentliche Risiken
(z.B. Beteiligungsrisiko, strategisches Risiko, Reputationsrisiko, Eigenkapitalrisiko und Business Risk)

a) Kreditrisiko

Unter dem Kreditrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die dadurch entstehen, dass ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt.

Organisation Kreditrisikomanagement

Die mit dem Kreditrisiko im Zusammenhang stehenden Aufgaben werden in der VBW von dem operativen Kreditrisikomanagement und bestimmten Teilbereichen des Risikocontrollings wahrgenommen. Für die operativen Kreditrisikomanagement-Funktionen sind die Einheiten Kreditrisikomanagement Filialen, Kreditrisikomanagement Real Estate & Corporates, Sanierungsmanagement & Betreuung zuständig. Das Risikocontrolling ist für die Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle sowie das Kreditrisikoberichtswesen zuständig.

Operatives Kreditrisikomanagement

Grundsätze Kreditvergabe

- Kreditgeschäfte setzen zwingend Kreditabschlüsse mit kreditnehmerbezogenen Limiten voraus. Die Festlegung und Überwachung der Limite wird einheitlich auf Verbundebene geregelt.
- Die Ratingverpflichtung gilt für alle Obligi über der definierten Mindesthöhe. Der Ratingprozess basiert auf einem Vier-Augen-Prinzip und gilt verbundweit.
- Bei der Auswahl von Kreditsicherheiten wird auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis geachtet und somit auf vornehmlich werthaltige, wenig bearbeitungs- und kostenintensive sowie auf tatsächlich verwertbare Kreditsicherheiten zurückgegriffen. Aus diesem Grund werden Sachsicherheiten, wie beispielsweise Immobiliensicherheiten und finanzielle Sicherheiten, wie Bar- oder Wertpapiersicherheiten, eine bevorzugte Stellung eingeräumt. Die Werthaltigkeit und Durchsetzbarkeit von Kreditsicherheiten ist grundsätzlich vor jeder Kreditentscheidung zu beurteilen. Grundsätze für das Management von Sicherheiten bzw. einheitliche Regeln für die Auswahl, Bestellung, Verwaltung und Bewertung von Kreditsicherheiten gelten auf Verbundebene.
- Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite werden grundsätzlich nicht mehr angeboten bzw. vergeben.
- Der Hauptmarkt des Kreditgeschäftes ist der österreichische Markt. Kreditvergaben an Kunden in den definierten Zielländern Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Slowenien können nur innerhalb der lokal zugeteilten Limite erfolgen.

Entscheidungsprozess

In allen Einheiten der VBW, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, durch die die Einbindung des operativen Risikomanagements und des Vorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Einheiten in einen Rahmen fassen.

Engagement- und Sicherheitenüberwachung

Die Prozesse zur Überprüfung der Engagements und Sicherheiten sind verbundweit geregelt und von allen ZK einzuhalten.

Limitierung

Die Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und von Klumpenrisiken erfolgt anhand differenzierter Limitkategorien.

Im Volksbanken-Verbund wird die Gruppe verbundener Kunden (GvK) als Basis für Limite bei Neukreditvergaben und für Überwachen herangezogen. Hinsichtlich der Limite wird zwischen den Vorgaben auf Ebene des Volksbanken-Verbundes und für die Einzelinstitute unterschieden. Die Überprüfung der Limitierungen auf Einzelgeschäftsebene erfolgt kontinuierlich im operativen

Risikomanagement der Teilinstitute und wird anhand zentraler Auswertungen durch das operative Risikomanagement der VBW in ihrer Rolle als ZO überwacht.

Im Zusammenhang mit Portfoliolimitierungen werden derzeit im Verbund hauptsächlich Länderrisikolimiten und Wesentlichkeitsgrenzen für Regionen und Branchen definiert. Diese Limite sind für den Kreditvergabeprozess relevant und werden monatlich durch das Risikocontrolling überwacht.

Um eine entsprechend nachhaltig gesunde Portfolioqualität zu erzielen, gibt es bonitätsabhängige verbundweite Vorgaben für Geschäfte mit Neukunden und Obligoerhöhungen bei Bestandskunden.

Intensiviertes Kreditrisikomanagement

Unter intensiviertem Kreditrisikomanagement wird im Verbund und damit auch in der VBW die gesonderte Beobachtung von Kunden mit Zahlungsschwierigkeiten und/oder ausfallgefährdeter Kunden verstanden. Das intensivierte Kreditrisikomanagement umfasst unter anderem Prozesse rund um die Früherkennung von ausfallgefährdeten Kunden, das Mahnwesen, Forbearance-Prozesse sowie die Ausfallserkennung.

Früherkennung (EWS): Bei der Früherkennung werden Kunden, welche innerhalb der nächsten Monate ein erhöhtes Ausfallrisiko aufweisen könnten, auf Grund bestimmter Indikatoren systematisch identifiziert. Der VBW wird damit die Möglichkeit gegeben, potentiellen Ausfällen frühzeitig entgegen steuern zu können. Die Früherkennung von ausfallgefährdeten Kunden ist verbundweit in einem einheitlichen Frühwarnsystem (EWS-Early Warning System) geregelt.

Mahnwesen: Das im gesamten Verbund und damit der VBW zum Einsatz kommende Mahnwesen basiert auf einer automatisierten und einheitlichen Basis. Die Kriterien und Vorgaben für das Mahnwesen werden zentral von der VBW für den ganzen Verbund definiert.

Forbearance: Unter Forbearance werden Zugeständnisse verstanden, die der Kreditgeber dem Schuldner im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten oder drohenden finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners gewährt, ansonsten aber nicht gewähren würde. Schuldner, bei denen Geschäfte als forborne eingestuft wurden, unterliegen im Verbund besonderen (Überwachungs-)vorschriften.

Ausfallserkennung: Der Prozess der Ausfallserkennung dient dazu, Ausfälle rechtzeitig zu erkennen. Ein Kunde gilt als ausgefallen, wenn gemäß CRR I ein Leistungsverzug von über 90 Tagen und/oder eine vollständige Begleichung der Verbindlichkeit als unwahrscheinlich angesehen wird. Der Verbund hat 13 mögliche Ausfallseventarten definiert, die für eine verbundweit einheitliche Klassifizierung von Ausfallereignissen verwendet werden. Die Ausfallserkennung baut unter anderem auch auf den oben beschriebenen Frühwarnerkennungs- und Forbearance-Prozessen auf. Zusätzlich gibt es weitere (Prüf-)Prozesse, wie z.B. die Analyse der erwarteten Cash-Flows innerhalb der regulären oder anlassbezogenen Engagementüberprüfung, die eine Einstufung in eine Ausfallsklasse auslösen können.

Problem Loan Management

Im Rahmen des verbundweiten Problem Loan Management-Systems (PLM) erfolgt die Zuordnung der Kunden anhand eindeutig definierter Indikatoren, die verbundweit einheitlich zur Anwendung kommen. Es wird in weiterer Folge zwischen Kunden in

- Intensivbetreuung (negative Änderung der Risikoeinschätzung, aber noch nicht ausgefallen),
- Sanierung (akute Ausfallgefährdung bzw. bereits ausgefallen, Kunde jedoch sanierungswürdig) und
- Betreuung (ausgefallene und nicht sanierungswürdige Kunden)

unterschieden und entsprechend differenzierte Bearbeitungsprozesse sind im Verbund einheitlich aufgesetzt.

Quantitatives Kreditrisikomanagement

Messung und Steuerung des Kreditrisikos

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditentscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die Grundlage für die Portfoliosteuerung.

Die Ergebnisse der Kreditrisikomessung werden monatlich an den Vorstand im Rahmen des Risikokomitees berichtet. Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Modelle und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken.

Ratingsysteme

Verbundweit werden standardisierte Modelle zur Bonitätsbestimmung (die VB Ratingfamilie) und zur Bestimmung der Verlusthöhe im Ausfall angewandt. Die erwartete Ausfallswahrscheinlichkeit jedes Kunden wird über die VB Ratingfamilie geschätzt und über die VB Masterskala ausgedrückt, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Kundensegmente hinweg.

Die Ratingklassen der Ratingstufe 5 decken die verbundweit zur Anwendung kommenden Ausfallsgründe für einen Kredit ab und werden auch zum Reporting nichtperformender Kredite (NPL) herangezogen.

Credit Value at Risk

Die Berechnung des für das Kreditrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarfes erfolgt über die Credit Value at Risk (CVaR) Methodik. Der Verbund hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode entschieden. Im Detail wird für die Modellierung der Kreditrisiken im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Konzentrationen

Die konzernweite Quantifizierung und Bewertung von Konzentrationen erfolgt monatlich einerseits über die ermittelten Risikoparameter und andererseits im Zuge der Erstellung des Risikoberichtes. Ergänzend beleuchtet wird das Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gesamtbank.

Kontrahentenausfallrisiko

Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Value Adjustments (CVA) bzw. Debt Value Adjustment (DVA) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko – Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Für jene Kontrahenten, für die keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads verfügbar sind, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Volksbanken-Verbundes. Der Verbund verwendet kein internes Modell zur Berechnung des Kontrahentenausfallrisikos.

Ausnutzungs- und etwaige Überziehungsreports werden den betroffenen Kreditabteilungen sowie dem Treasury täglich zur Verfügung gestellt.

Kreditrisikominderung

Die Berücksichtigung der Sicherheiten in den Kreditrisikomodellen für CVaR und in den Expected Loss Berechnungen erfolgt primär über die verbundweiten LGD-Modelle. Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufwert.

Zur Reduktion des Kontrahentenrisikos von derivativen Geschäften verwendet der Verbund Kreditrisikominderungstechniken wie Netting und Sicherheitenaustausch. Der Verbund strebt mit allen wesentlichen Marktteilnehmern den Abschluss eines standardisierten ISDA-Rahmenvertrags für das bilaterale Netting und eines entsprechenden Credit Support Annex (CSA) an. Es findet ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit den Kontrahenten statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, müssen diese Überhänge mit Sicherheiten abgedeckt werden. Diese Sicherheiten werden regulatorisch anerkannt und reduzieren das Risiko.

Kreditrisikoberichtswesen

Das Kreditrisiko-Reporting erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehenden Kreditrisikos darzustellen und an den Gesamtvorstand zu berichten. Entsprechende Reports werden für den Konzern, die wesentlichen Konzerneinheiten und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Gesamtbankrisikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden.

Folgende Analysen sind Bestandteil des monatlichen Reports:

- Portfolioverteilung
- Neugeschäftsentwicklung
- Bonitätsverteilungen
- Non-performing loans (NPL)
- Forbearance
- Kreditrisikokonzentrationen
- Ländergruppenanalyse
- Kundensegmente
- Branchenverteilungen

b) Marktrisiko

Marktrisiko ist das Risiko sich verändernder Preise bzw. Kurse wertbestimmender Marktrisikofaktoren (z.B. Zinssätze, Fremdwährungs-Kurse, Zins- und Fremdwährungs-Volatilitäten). Die VBW unterscheidet folgende Risikoarten des Marktrisikos:

- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Credit Spread Risiko
- Marktrisiko im Handelsbuch
- Fremdwährungsrisiko (offene Devisenpositionen)

Darüber hinaus bestehen keine wesentlichen Marktrisiken oder Konzentrationsrisiken. Die Überwachung des Marktrisikos wird in der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Risikocontrolling durchgeführt, welcher organisatorisch auf Vorstandsebene vom Bereich Treasury getrennt ist.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Zinsänderungsrisiken entstehen durch das Eingehen von Fristentransformation, welche durch eine abweichende Zinsbindung zwischen Aktiva und Passiva entsteht. Das Eingehen von Fristentransformation stellt in Form des Strukturbeitrags eine Einkommensquelle für die Bank dar.

Das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch umfasst sämtliche zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte mit Ausnahme von Geschäften des Handelsbuches. Die mit dem Kundengeschäft einhergehende Zinsrisikoposition der VBW besteht hauptsächlich aus variablem indexgebundenem Kreditgeschäft und Einlagen ohne Zinsbindung (in Form von Sicht- und Spareinlagen) sowie impliziten Zinsuntergrenzen sowohl im aktivseitigen als auch passivseitigen Kundengeschäft. Im Kreditgeschäft findet dabei eine Verschiebung von indexgebundenen Positionen hin zu Fixzinspositionen statt, da im Neugeschäft überwiegend Fixzinskredite vergeben werden. Weitere maßgebliche Einflussfaktoren sind Anleihepositionen des Eigendepots, Eigenemissionen und die zur Steuerung der Zinsposition eingesetzten Zinsswaps. Ende des Jahres 2017 weist die VBW eine relativ geringe positive Zinsfristentransformation auf. Das barwertige Zinsänderungsrisiko (aufsichtsrechtliche Zinsrisikostatistik nach OeNB Standardverfahren) lag zum 31. Dezember 2017 bei 6,4 % der Eigenmittel, was deutlich unter dem aufsichtsrechtlichen Limit von 20 % liegt. Die Zinssensitivität in Form des present value of a basis point (PVBP) liegt bei -0,5 Mio. EUR.

Gesteuert wird die Zinsposition der VBW durch das Asset-Liability-Committee (ALCO) im Rahmen von Risikolimiten, welche vom Risikocontrolling festgelegt und vom Vorstand im ALCO genehmigt werden. Das ALCO ist das zentrale Gremium zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken. Es wird monatlich oder bei Bedarf auch ad hoc abgehalten. Die Leitung des ALCO obliegt dem Asset-Liability-Management (ALM), welches organisatorisch dem Bereich Treasury zugeordnet ist. Maßnahmenvorschläge für die Steuerung der Zinsposition werden vom ALM in Abstimmung mit dem Risikocontrolling erarbeitet. Ziel dabei ist die Generierung eines Strukturbeitrages durch positive Fristentransformation. Die Steuerung der Zinsrisikoposition erfolgt sowohl unter Berücksichtigung von Einkommens- als auch von Barwerteffekten. Das Zinsrisikoreporting im ALCO erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko.

Zu den Hauptaufgaben des Risikocontrollings gehören die Risikomodellierung und deren laufende Weiterentwicklung, die Festlegung der Limitstruktur auf Basis des zugeordneten ökonomischen Kapitals und die Überprüfung der Limite, die Parametrisierung der Systeme und das Risikoreporting. Die erstellten Reports dienen im ALCO als Entscheidungsgrundlage für Steuerungsmaßnahmen.

Die Risikomessung und Limitierung erfolgt in der VBW barwertig hauptsächlich auf Basis von Zins-Gaps (Nettoposition der vertraglichen oder modellierten Zinsbindung pro Laufzeitband), einem Zinsbuch-VaR auf Basis historischer Simulation, der Zinssensitivität in Form eines PVBP und der aufsichtsrechtlichen Zinsrisikostatistik. Eine periodenbezogene Risikomessung erfolgt in Form einer Zinsergebnissimulation. Dabei werden für fünf potentiell ungünstige Zins-Szenarien die Auswirkungen auf das Zinsergebnis für die nächsten Jahre berechnet. Für das Jahr 2018 sinkt das Zinsergebnis im ungünstigsten Szenario, einer starken Zinssenkung (parallel 200 BP), um 48 Mio. EUR. Die Ergebnisse der Zinsergebnissimulation und des Zinsbuch-VaR fließen im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung in den ICAAP ein. In beiden Sichten werden Positionen mit unbestimmter Zinsbindung (z.B. in Form von Sicht- und Spareinlagen, Kontokorrentkredite) mittels Replikats- bzw. Rollierungsannahmen einheitlich in die Risikomessung einbezogen. Die Annahmen werden auf Basis statistischer Analysen ergänzt durch Expertenmeinungen festgelegt. Sie werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit überprüft und in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Konzentrationsrisiko

Im Zinsänderungsrisiko bestehen keine Konzentrationsrisiken.

Credit Spread Risiko

Der Credit Spread definiert sich als Aufschlag auf den risikolosen Zins. Das Credit Spread Risiko entsteht aus den Schwankungen der Vermögensbarwerte aufgrund sich im Zeitablauf verändernder Credit Spreads.

Bei den für das Credit Spread Risiko relevanten Geschäften handelt es sich um Veranlagungen im Eigendepot, nicht um Forderungen an Kunden. Dies umfasst im Wesentlichen Anleihen, Fonds, Kreditausfallversicherungen (CDS) sowie Schuld-scheindarlehen. Für diese Positionen werden ein Credit Spread VaR sowie Credit Spread Sensitivitäten berechnet. Das Credit Spread Risiko wird im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung und im Gesamtbankrisikostresstesting berücksichtigt.

Die Berechnung des Credit Spread VaR basiert auf einer historischen Simulation. Dabei wird das Portfolio in 30 Risikocluster gegliedert, abhängig von Rating, Branche, Produktart und Seniorität. Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) überprüft und tourlich in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Der Investmentstrategie entsprechend beinhaltet das Eigendepot hochliquide Anleihen des öffentlichen Sektors und Covered Bonds mit hoher Bonität. Es wird hauptsächlich als Liquiditätspuffer gehalten und ist zum Großteil an die regulatorische Liquidity Coverage Ratio (LCR) anrechenbar.

Konzentrationsrisiko

Konzentrationsrisiken können nur auf Ebene von Emittenten oder Risikoclustern im Sinne von gleichartigen Emittenten entstehen. Im Credit Spread Risiko werden Risikocluster überwacht. Die größte Konzentration besteht derzeit im Risikocluster Sovereign Österreich mit 42% des Buchwerts des Eigendepots. In Covered Bonds liegen 23% und in Sovereign Italien 8%. Einzelemittentenkonzentrationen sind durch die Emittentenlinien im Kreditrisiko begrenzt.

Marktrisiko im Handelsbuch

Das Marktrisiko im Handelsbuch in der VBW hat eine untergeordnete Bedeutung. Zu den Hauptaufgaben des Risikocontrollings gehören die Festlegung der Limitstruktur auf Basis des zugeordneten ökonomischen Kapitals und die tägliche Überprüfung der Limite, die Administration der Front-Office Systeme und die Weiterentwicklung der Systeme und Modelle. Die regulatorischen Eigenmittelerfordernisse des Handelsbuchs werden mittels Standardansatz berechnet - die VBW hat kein internes Modell für Marktrisiko im Handelsbuch im Einsatz. Die Limitstruktur spiegelt die Risiko- und Treasury-Strategie wider.

Das Marktrisiko im Handelsbuch wird im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung und im Gesamtbankrisikostresstest berücksichtigt. Das Reporting erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisiko täglich an das Treasury und monatlich im ALCO.

Zur Risikoüberwachung wird täglich für das Handelsbuch ein VaR nach der Methode der historischen Simulation berechnet. Bei der historischen Simulation werden historische Marktpreisänderungen zur Bewertung des aktuellen Portfolios herangezogen. Es wird ein 99 % VaR für eine Haltedauer von 10 Tagen berechnet. Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft und tourlich in einer von der Modellierung unabhängigen Gruppe validiert.

Neben dem VaR werden zusätzlich noch eine Reihe weiterer Risikokennzahlen täglich errechnet und zur Limitierung verwendet. Diese umfassen im Wesentlichen Zinssensitivitäten und Optionsrisikokennzahlen (Delta, Gamma, Vega, Rho). Zusätzlich existieren noch Management- Action-Triggers und Stop-Loss-Limite.

Da Extremsituationen durch den berechneten VaR nicht abgedeckt sind, werden monatlich bzw. anlassbezogen umfangreiche Stresstests über alle Portfolios des Handelsbuches durchgeführt. Portfoliounabhängige Szenarien, wie beispielsweise Parallelshifts, Kurvendrehungen oder auch Rekonstruktionen historischer Krisen, werden bei jedem Krisentest unverändert auf das aktuelle Portfolio angewendet. Portfolioabhängige Szenarien versuchen möglichst unvorteilhafte Auswirkungen für das aktuelle Portfolio zu finden.

Durch die verwendeten Systeme ist eine tägliche, unabhängige Bewertung der Handelsbuchpositionen sichergestellt.

Fremdwährungsrisiko (offene Devisenpositionen)

Das Fremdwährungsrisiko aus der offenen Devisenposition hat in der VBW eine untergeordnete Bedeutung. Es entsteht durch die Wertänderung offener Forderungen und Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse.

c) Liquiditätsrisiko

Die VBW ist als ZO des Volksbanken-Verbundes für das verbundweite Liquiditätsmanagement zuständig und fungiert als lender of last resort für die Primärinstitute. Über die VBW decken die Primärinstitute ihren Refinanzierungsbedarf ab und legen ihre Überschussliquidität an. In der VBW wird sowohl die operative, kurzfristige Liquiditätssteuerung als auch das mittel- bis langfristige Liquiditätsmanagement zentralisiert im Bereich Treasury durch die Abteilung Liquiditätsmanagement durchgeführt. Die Überwachung und Limitierung des Liquiditätsrisikos sowie die methodischen Vorgaben betreffend Risikomessung werden von der Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling in der VBW wahrgenommen.

Gesteuert wird die Liquiditätsposition der VBW durch das ALCO im Rahmen von Risikolimiten, welche vom Risikocontrolling festgelegt und vom Vorstand im ALCO genehmigt werden. Das ALCO ist das zentrale Gremium zur Steuerung von Liquiditätsrisiken. Das Liquiditätsrisikoreporting im ALCO erfolgt durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling.

Die VBW unterscheidet im Liquiditätsrisiko zwischen dem Illiquiditätsrisiko und dem Fundingverteuerungsrisiko. Das Illiquiditätsrisiko ist die Gefahr, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht bedienen zu können. Beim Illiquiditätsrisiko werden weitere Unterkategorien, wie z.B. das Refinanzierungsrisiko (Roll-Over-Risiko), das Abrufisiko und das Marktliquiditätsrisiko, unterschieden, die insbesondere im Kontext von Liquiditäts-Stresstests von Bedeutung sind. Das Illiquiditätsrisiko besteht für die VBW als Retailbank typischerweise in einem „Bankrun“. Dieser tritt ein, wenn Kunden aufgrund eines Vertrauensverlustes große Volumina an Einlagen abziehen und gleichzeitig der Bank alternative Fundingquellen nicht (mehr) zugänglich sind.

Das Illiquiditätsrisiko wird durch das Vorhalten eines ausreichenden Liquiditätspuffers gesteuert. Der VBW obliegt die zentrale Verwaltung des Liquiditätspuffers für den gesamten Verbund. Der Liquiditätspuffer besteht hauptsächlich aus hochliquiden Anleihen, welche großteils LCR-anrechenbar sind, Einlagen bei der Nationalbank, EZB-Tenderpotenzial, und Covered Bond Emissionspotenzial. Die Liquidität des Liquiditätspuffers wird regelmäßig getestet. Zuständig für das laufende Management des Liquiditätspuffers ist die Abteilung Liquiditätsmanagement im Bereich Treasury.

Das Fundingverteuerungsrisiko ist in der VBW als negativer GuV-Effekt definiert, der aufgrund einer potenziellen zukünftigen Erhöhung der Refinanzierungskosten am Geld- und Kapitalmarkt sowie im Kundenbereich eintritt. Es ist im Rahmen des ICAAP in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Dieses Risiko ist in der VBW von untergeordneter Bedeutung, da wenig Abhängigkeit vom Kapitalmarkt besteht und eine geringe Preissensitivität bei Kundeneinlagen beobachtet wird.

Die Risikomessung und Limitierung des Illiquiditätsrisikos erfolgt über die regulatorischen Kennzahlen LCR und NSFR, die Survival Period aus dem internen Liquiditäts-Stresstesting, und über zusätzliche operative Kennzahlen. Die LCR zielt auf die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von Banken unter Stressbedingungen über einen kurzfristigen Zeithorizont von 30 Kalendertagen ab. Die Berechnung der LCR erfolgt wöchentlich und zum Monatsultimo durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling. Die NSFR beschränkt die Liquiditätsfristentransformation indem in Abhängigkeit der Liquiditätscharakteristika der Aktiva und sonstigen (außerbilanziellen) Geschäftstätigkeiten einer Bank ein Mindestvolumen an stabiler Refinanzierung festgelegt wird. Die Berechnung in der VBW erfolgt derzeit wöchentlich und zum Quartalsultimo durch die Abteilung Markt- und Liquiditätsrisikocontrolling. Beide Kennzahlen lagen 2017 immer deutlich über den regulatorischen Limiten. Die LCR liegt seit März zum Monatsultimo immer über 125% und weist auf eine komfortable Liquiditätssituation hin.

Die Survival Period beschreibt jenen Zeitraum, in dem in einem Stress-Szenario der vorgehaltene Liquiditätspuffer ausreicht, um kumulierte Nettoliquiditätsabflüsse abzudecken. Es werden fünf Stressszenarien unterschiedlicher Schweregrade berechnet: ein schwacher und ein starker Bankstress, ein schwacher und ein starker Marktstress und ein kombiniertes Szenario. Für die Survival Period kommt das ungünstigste der berechneten Szenarien zur Anwendung. Die Survival Period lag in 2017 immer über 128 Tage und zeigt damit die komfortable Liquiditätsausstattung.

Konzentrationsrisiko

Durch das diversifizierte Funding über Kundeneinlagen ist das Konzentrationsrisiko nicht materiell. Die einzigen Risikocluster bestehen auf Kundenebene. Daher werden die größten Einlagen auf Kundenebene sowohl im Risikocontrolling als auch im operativen Liquiditätsmanagement überwacht. Sie liegen durchgängig unter 1 % der Bilanzsumme. Ausnahmen ergeben sich nur kurzfristig bei einigen Großkunden zur Durchführung von Zahlungsverkehrstransaktionen bzw. zum Liquiditätsspitzenausgleich. Diese liegen immer deutlich unter 5 % der Bilanzsumme und stellen für die VB Wien keine langfristige Fundingposition dar. Es bestehen keine sonstigen Risikocluster mit ähnlichen Eigenschaften.

Operatives Liquiditätsmanagement

Die Abteilung Liquiditätsmanagement im Bereich Treasury ist verantwortlich für das operative Liquiditätsmanagement. Die Abteilung ist die zentrale Stelle in der VBW und im Volksbanken-Verbund für Fragestellungen betreffend Pricing von Liquidität (Transferpricing), das verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie und umfasst folgende wesentliche Aufgaben:

- Cash-Management (Settlement aller Transaktionen des Verbundes sowie Disposition der von der VBW unterhaltenen Bankverbindungen)
- Collateralmanagement: EZB-fähige Collateral des Verbundes (Anleihen und Credit Claims) und das Deckungsstockmanagement für fundierte Bankschuldverschreibungen
- Emissionsplanung
- Tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate
- Monitoring der Refinanzierungspositionen des Verbundes sowie das mit Genehmigung des § 30a BWG von der VBW als ZO in Kraft gesetzte Kontrollsystem für die Verbundbanken – u.a. Liquiditätsmeldungen, Refinanzierungssteuerung, Collateralnutzung, Frühwarnsystem
- Einhaltung der Mindestreservevorschriften für den Volksbanken-Verbund
- Reporting an den ZO-Vorstand und das ALCO

d) Operationelles Risiko

Die VBW definiert das operationelle Risiko als Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren (Prozessen), Menschen, Systemen oder externen Ereignissen sowie die damit in Verbindung stehenden Rechtsrisiken. Die Themen Reputations-, Verhaltens-, Modell-, IT- und Sicherheitsrisiko sind mit dem operationellen Risiko eng verbunden und werden aktiv mitberücksichtigt. Die Berechnung des regulatorischen Eigenmittelerfordernisses erfolgt nach dem Standardansatz. Diese Methodik wurde bis 31.12.2017 sowohl für die regulatorische als auch ökonomische Darstellung (ICAAP) herangezogen. Ab 01.01.2018 wird für die ökonomische Betrachtung eine interne Methode nach einem Verlustverteilungsansatz herangezogen.

Organisation

In der VBW ist das Linienmanagement für das Management der operationellen Risiken verantwortlich. Dieses wird dabei durch zentral und dezentral angesiedelte Experten aus den Bereichen operationelles Risiko und internes Kontrollsystem unterstützt. Ziel ist die Optimierung von Prozessen, um die Eintrittswahrscheinlichkeit von operationellen Risiken zu verringern und/oder die Auswirkung operationeller Schäden zu reduzieren. Eine zumindest jährliche Analyse latenter operationeller Risiken im Rahmen der quantitativen Risikoanalyse sowie die laufende Anpassung des internen Kontrollsystems an die Risikosituation der Bank sorgen neben einer engen Zusammenarbeit mit dem Security-, Safety-, betrieblichen Notfallplanungs- und Versicherungsmanagement für eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

Methoden im Management operationeller Risiken

Im Rahmen des Managements operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Quantitative Elemente umfassen beispielsweise die Durchführung von Risikoanalysen, die Durchführung von Stresstests, die Festlegung und Überwachung eines Risikoappetits sowie der Risikoindikatoren und die Erstellung der Ereignisdatensammlung. Qualitative Steuerungsmaßnahmen finden in der Durchführung von Schulungen, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen Risikoanalysen, die Erstellung der Ereignisdatensammlung inkl. Ursachenanalyse, der Implementierung einheitlicher IKS Kontrollen sowie in der Erstellung und Analyse der Risikoberichte Widerklang.

Im Fall der Überschreitung der für das operationelle Risiko definierten Kennzahlen, kommt der definierte Eskalationsprozess zur Anwendung. Dieser sieht eine detaillierte Ursachenanalyse sowie in weiterer Folge die Einleitung von Maßnahmen vor.

Abgeleitet aus der Risikostrategie gelten im Konzern die folgenden Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich in einer elektronischen Plattform, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Operationelle Ereignisse werden konzernweit in einheitlicher Form erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Methoden, Systeme und Prozesse im OpRisk Management müssen unter Einhaltung von Konzernvorgaben, dem Proportionalitätsprinzip folgend, an das jeweilige Institut angepasst werden.
- Die Angemessenheit der Risiko-Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird laufend, zumindest jedoch jährlich, bewertet und an den Vorstand berichtet. Maßnahmen zur Risikosteuerung umfassen beispielsweise Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Überwachung der OpRisk Risikokennzahlen, Durchführung der jährlichen Risikoanalyse. Operationelle (Rest-)Risiken die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch die Geschäftsleitung akzeptiert werden.
- Die Effizienz des OpRisk Managements wird durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt.

Internes Kontrollsystem

In der VBW ist ein internes Kontrollsystem (IKS) nach den Prinzipien der international anerkannten Standards des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) installiert. Es existieren detaillierte Beschreibungen der IKS-Abläufe und der Kontrollmaßnahmen. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sind klar definiert. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting. Kontrollaktivitäten werden dokumentiert und überprüft, die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Somit ist ein laufender Optimierungsprozess gewährleistet. Die Revision prüft in ihrer Funktion als unabhängige Überwachungsinstanz das interne Kontrollsystem. Geprüft werden die Wirksamkeit und Angemessenheit des IKS sowie die Einhaltung der Arbeitsanweisungen. Das OpRisk und IKS-Rahmenwerk stellt die einzelnen untereinander in Zusammenhang stehenden Komponenten dar, die im Volksbanken-Verbund zur Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung des operationellen Risikos implementiert sind. Die enge Verzahnung des OpRisk Managements mit dem IKS gewährleistet die entsprechende Berücksichtigung der operationellen Risiken im Verbund.

Ein Schwerpunkt im Jahr 2017 lag in der Weiterentwicklung der Risikoanalyse bezüglich quantitativer und qualitativer Elemente, sowie der Überarbeitung des Schulungskonzepts und einheitlichen Verbundkontrollen. Weiters wurde für die Verwendung im internen Stresstest und im ICAAP eine interne Methode für die Quantifizierung von OpRisk im ICAAP entwickelt.

e) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich die VBW dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko, dem Business-Risiko sowie dem Beteiligungsrisiko gegenüber.

Das **strategische Risiko** ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das **Reputationsrisiko** ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter **Eigenkapitalrisiko** versteht der Konzern die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das **Business Risk** (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Unter **Beteiligungsrisiko** versteht die Bank das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Da dieses Risiko für die Bank wesentlich ist, wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in folgende Ausprägungen unterteilt:

- Ausfallrisiko von Beteiligungen
- Abwertungsrisiko von Beteiligungen
- FX-Risiko aus Beteiligungen

Das Ausfallrisiko von Beteiligungen wird über das Credit Value at Risk Modell berechnet und im Zuge des Kreditrisikoreportings auch berichtet wobei nicht nur klassische Beteiligungen, sondern auch Kredite an diese Beteiligungen, die der IAS 24 Related Parties Definition entsprechen, in dieser Risikoart berücksichtigt werden.

Das Abwertungsrisiko von Beteiligungen wird mittels Abschlägen von den Buchwerten der Beteiligungen in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das FX-Risiko aus Beteiligungen beschreibt das Risiko der Wertänderung konsolidierter Kernkapitalbestandteile in Nicht-EUR-Währungen aufgrund von Wechselkursschwankungen und wird mittels Value at Risk über das interne Marktisikomodell berechnet.

Das Beteiligungsvolumen zu Anschaffungswerten beträgt zum 31.12.2017 EUR 327,4 Mio. (2016: EUR 287,7 Mio.), wovon EUR 148,7 Mio. (2016: EUR 125,1 Mio.) auf verbundene Unternehmen und EUR 178,7 Mio. (2016: EUR 162,6 Mio.) auf Beteiligungsunternehmen entfallen. Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind vorwiegend dem Finanzdienstleistungssektor zuzuordnen. Der Zugang aus der Retailfusion des Geschäftsjahres beträgt bei den Beteiligungen EUR 16,2 Mio. Zum 31.12.2017 liegen kumulierte Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 122,3 Mio. (2016: EUR 99,1 Mio.) und auf Beteiligungen in Höhe von EUR 128,0 Mio. (2016: EUR 136,2 Mio.) vor. Abwertungen von Beteiligungen und verbundenen Unternehmen wurden 2017 in Höhe von EUR 11,2 Mio. (2016: EUR 16,4 Mio.) vorgenommen. Zuschreibungen erfolgten im Geschäftsjahr in Höhe von EUR 23,4 Mio. (2016 EUR 3,3 Mio.).

Aufgrund der andauernden schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem auch im Bankenumfeld, besteht das Risiko von sinkenden Erträgen und Ausschüttungen aus Beteiligungen. Dies kann zukünftig zu geringeren Marktwerten führen.

Weitere nichtfinanzielle Risiken (Reputationsrisiken, Compliance-Risiken, Rechtsrisiken, Modellrisiken sowie IT- und Systemrisiken) werden u.a. durch das Compliance-Rahmenwerk, IT Riskmanagement Rahmenwerk und das Rahmenwerk für operationelle Risiken berücksichtigt.

Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische und prozessuale Maßnahmen implementiert.

2.3 Verwendung von Finanzinstrumenten

In der VBW sind zinssatz- und währungsbezogene sowie sonstige derivative Finanzinstrumente im Einsatz. Hinsichtlich der Volumina (Derivatespiegel) und der Angaben zu den Finanzinstrumenten gemäß § 237a UGB wird auf den Anhang („Ergänzende Angaben“) des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 verwiesen. Im Bankbuch werden Finanzinstrumente in erster Linie zu Hedgingzwecken verwendet, d.h. zur Absicherung von Liquiditäts-, Fremdwährungs- und Zinsänderungsrisiken.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme “Derivate und Sicherungsinstrumente (UGB)” vom Dezember 2015 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten werden angewendet. Andere im Geschäftsjahr 2017 entstandene Risiken und drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten wurden in der Höhe der negativen Marktwerte durch Dotierung von Rückstellungen berücksichtigt. Effektivitätsmessungen werden für Bewertungseinheiten laufend vorgenommen. Für negative Marktwerte aus ineffektiven Bewertungseinheiten sowie für den ineffektiven Teil von effektiven Sicherungsbeziehungen (negativer Marktwertüberhang des Derivats) werden entsprechende Risikovorsorgen (Rückstellungen) gebildet.

Im Handelsbuch werden Finanzinstrumente mit der Absicht verwendet, Kundencashflows auszusteuern sowie um bestehende oder erwartete Unterschiede zwischen den Kauf- und Verkaufspreisen oder Schwankungen von Marktpreisen kurzfristig zu nutzen. Die Einhaltung der Limite sowohl im Handelsbuch als auch im Bankbuch werden durch eine eigene Marktrisikoaufteilung laufend überwacht und ist in der Richtlinie „Marktrisiko“ geregelt. Für die Kontrolle des Marktrisikos im Handelsbuch werden Backtesting-Berechnungen angestellt, die täglich die Plausibilität und Verlässlichkeit der Risikokennziffern durch Rückvergleiche (Backtesting) überprüfen.

Dem Kontrahentenrisiko für positive Marktwerte aus unbesicherten Zinssteuerungsderivaten des Handelsbuches wird mittels Credit Value Adjustments („CVA“) - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko - Rechnung getragen. Die CVA Charge (Anpassung der Kreditbewertung) ist die Anpassung eines Portfolios von Geschäften mit einer Gegenpartei zum mittleren Marktwert. Diese Anpassung spiegelt den Marktwert des Kreditrisikos der Gegenpartei gegenüber dem Institut wider, jedoch nicht den Marktwert des Kreditrisikos des Instituts gegenüber der Gegenpartei. Die Berechnung erfolgt für alle nicht börsengehandelten Derivate des Handelsbuchs in Bezug auf alle Geschäftstätigkeiten eines Instituts (inkl. Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, sofern die Aufsicht hierbei ein wesentliches CVA-Risiko feststellt).

3 Bericht über Forschung und Entwicklung

Die VBW betreibt keine Forschung und Entwicklung.

4 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

In der VBW ist ein internes Kontrollsystem (IKS) nach dem international anerkannten COSO-Standard installiert. Es existieren detaillierte Beschreibungen der IKS-Abläufe und der Kontrollmaßnahmen. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sind klar definiert. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting. Kontrollaktivitäten werden dokumentiert und überprüft, die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Somit ist ein laufender Optimierungsprozess gewährleistet. Die interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle dem Vorstand zugeordnet und deren Leiter berichtet direkt an den Gesamtvorstand und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

4.1 Kontrollumfang

Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist oberstes Ziel der VBW im Rahmen der Finanzberichterstattung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und gibt in der Konzernrichtlinie IKS einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung obliegt innerhalb VBW der Gruppe OPRISK und Risikogovernance. Für Hauptbuch-Buchungen ist grundsätzlich die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vorgeschrieben. Jeder Beleg hat die Unterschrift des Mitarbeiters, der den Beleg erstellt hat, sowie die Unterschrift des Anweisungs- und Freigabeberechtigten zu enthalten. Im Hauptbuch-Buchungssystem wird in elektronischer Form der Mitarbeiter dokumentiert, der den Buchungsauftrag gegeben hat. Elektronische Belege werden systemtechnisch im 4-Augen-Prinzip freigegeben.

4.2 Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht, um insbesondere die vollständige und korrekte Erfassung sämtlicher Geschäftsfälle, die zeitgerechte Überweisung von Rechnungen und die richtige Berechnung sowie termingerechte Abfuhr von Steuern sicherzustellen. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich zu betrachten sind.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Abschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

4.3 Kontrollmaßnahmen

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potentiellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Im Rahmen des Internen Kontrollsystems werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden.

Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen, die von Mitarbeitern anhand bestimmter Arbeitsschritte durchgeführt werden, automatische Kontrollen, die mit Hilfe von EDV-Systemen durchgeführt werden, präventive Kontrollen, die das Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.

Management-Kontrollen dienen dazu, auf Stichprobenbasis die Einhaltung von operativen Kontrollen durch die Führungskräfte sicherzustellen. Dazu liegt ein eigener Kontrollplan vor, in dem die Periodizität der Überprüfungen in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter) festgelegt ist. Die Stichproben sind für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden halbjährlich an die nächste Führungskraft (Managementreporting) berichtet.

Die gesamte Kontrolldokumentation (Operative Kontrollen und Management-Kontrollen) erfolgt automationsunterstützt mittels der Software „BART“.

Zusätzlich überprüft die interne Revision unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle direkt dem Vorstand zugeordnet, berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

4.4 Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Abteilungs- und Bereichsleitung regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Zusätzlich dazu werden die Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend im Hinblick auf Neuerungen in der Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können.

Ein Managementreport zumindest quartalsweise beinhaltet Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

4.5 Überwachung

Der Vorstand erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. monatliche und quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen.

Über das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet. Der Report beinhaltet eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis. Weiters wird im Report dokumentiert, wie viele Kontrollen in Relation zu den Kontrollvorgaben durchgeführt wurden.

Auch die interne Revision übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

Wien, den 26. Februar 2018

Der Vorstand



DI Gerald Fleischmann
Generaldirektor



Dir. Josef Preissl
Generaldirektor-Stellvertreter



Mag. Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor



Dr. Thomas Uher
Vorstandsdirektor

BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

VOLKSBANK WIEN AG, WIEN,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-Verordnung Nr 537/2014 (im Folgenden EU-VO) und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit von Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden stellen einen wesentlichen Posten der Bilanz dar. Der Buchwert der Forderungen an Kunden beträgt zum 31. Dezember 2017 4.879,9 Mio EUR, ds 43 % der Aktiva 11.368,9 Mio EUR. Darin sind Kreditrisikovorsorgen für Forderungen an Kunden in Höhe von 57,6 Mio EUR und eine Unterbewertung gemäß § 57 Abs 1 BWG in Höhe von 29,6 Mio EUR berücksichtigt.

Der Vorstand der VOLKSBANK WIEN AG beschreibt im Anhang zum Jahresabschluss im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Risikovorsorgen.

Die pauschale Einzelrisikovorsorge und die Portfoliorisikovorsorge basieren auf statistisch berechneten Parametern, wie zum Beispiel historischen Ausfallswahrscheinlichkeiten und Verlustquoten.

Bei individuell signifikanten Forderungen wird der Berechnung der Höhe der Einzelwertberichtigung der Barwert der erwarteten Zahlungsströme, dh der erzielbare Betrag, zugrunde gelegt. Bei Forderungen, die ein definiertes Ausfallereignis aufweisen und aufgrund ihrer Obligohöhe nicht dem individuellen Einzelwertberichtigungsprozess unterliegen, wird eine

BESTÄTIGUNGSVERMERK

pauschale Einzelwertberichtigung gebildet. Für Forderungen, bei denen keine Ausfallereignisse erkannt wurden, wird eine Portfoliowertberichtigung gebildet.

Das Risiko bei der Ermittlung der Kreditrisikovorsorge liegt in der Feststellung von Ausfallereignissen und in der Einschätzung der erwarteten Zahlungsströme, unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Gegenpartei, der Bewertung von Kreditsicherheiten und den verwendeten statistischen Parameterannahmen. Die Vorsorgen sind daher mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Prozessdokumentationen und internen Richtlinien zur Vergabe, Überwachung und Bildung von Kreditrisikovorsorgen analysiert und beurteilt, ob diese geeignet sind, das Vorliegen von Ausfallereignissen zu identifizieren und die Werthaltigkeit dieser Forderungen angemessen abzubilden. Wir haben die relevanten Schlüsselkontrollen erhoben, deren Ausgestaltung und Implementierung beurteilt und in Stichproben deren Effektivität getestet.

Im Bereich der Einzelwertberichtigungen bei individuell signifikanten Forderungen haben wir auf Basis einer Stichprobe von Krediten beurteilt ob Ausfallereignisse vorliegen und ob in angemessener Höhe Einzelwertberichtigungen gebildet wurden. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte hierbei unter besonderer Berücksichtigung von Ratingstufen mit höherem Ausfallrisiko. Im Falle von Ausfallereignissen wurden die Einschätzungen des Kreditinstituts zu Höhe und Zeitpunkt der künftigen Zahlungsströme und die getroffenen Annahmen auf ihre Angemessenheit hin beurteilt und anhand – sofern vorliegend – von externen Nachweisen wie Bewertungsgutachten oder Fortbestandsprognosen beurteilt.

Bei den pauschalen Einzelwertberichtigungen und den Portfoliowertberichtigungen haben wir die Modelle und die darin verwendeten Parameter – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des von der Bank durchgeführten Backtestings – dahingehend beurteilt, ob diese geeignet sind, Vorsorgen in angemessener Höhe zu ermitteln. Zur Unterstützung bei der Beurteilung der Angemessenheit der zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten verwendeten Berechnungsmethoden haben wir unsere Finanzmathematiker als Spezialisten hinzugezogen. Dabei wurden insbesondere die Angemessenheit der verwendeten statistischen Modelle, die mathematischen Funktionsweisen und die Validierung der Parameter beurteilt. Die rechnerische Richtigkeit der Vorsorgen haben wir in Stichproben beurteilt. Weiteres wurden die dem Berechnungsmodell zugrunde liegenden Systeme und Schnittstellen, hinsichtlich der vollständigen und korrekten Übernahme von Daten, von unseren IT-Spezialisten beurteilt.

Abschließend wurde beurteilt, ob die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss zur Ermittlung von Wertberichtigungen für Kundenforderungen angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine erhebliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte austauschen, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält die nach § 243a UGB zutreffenden Angaben, und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahres- bzw Konzernabschluss, den Lage- bzw Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir geben keine Art der Zusage darauf ab.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen und zu überlegen, ob es wesentliche Unstimmigkeiten zwischen den sonstigen Informationen und dem Jahresabschluss oder mit unserem während der Prüfung erlangten Wissen gibt oder diese sonstigen Informationen sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen. Falls wir, basierend auf den durchgeführten Arbeiten, zur Schlussfolgerung gelangen, dass die sonstigen Informationen wesentlich falsch dargestellt sind, müssen wir dies berichten. Wir haben diesbezüglich nichts zu berichten.

Zusätzliche Angaben nach Artikel 10 EU-VO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 18. Mai 2016 als Abschlussprüfer gewählt und am 12. Juli 2017 vom Aufsichtsrat mit der Abschlussprüfung der VOLKSBANK WIEN AG, Wien, beauftragt. Wir sind ohne Unterbrechung seit dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 Abschlussprüfer der Gesellschaft.

Wir erklären, dass das Prüfungsurteil im Abschnitt „Bericht zum Jahresabschluss“ mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 der EU-VO in Einklang steht.

Wir erklären, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen (Artikel 5 Abs 1 der EU-VO) erbracht haben und dass wir bei der Durchführung der Abschlussprüfung unsere Unabhängigkeit von der geprüften Gesellschaft gewahrt haben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Walter Reiffenstuhl.

Wien, am 26. Februar 2018

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

BILANZEID

VOLKSBANK WIEN AG Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, 26. Februar 2018



DI Gerald Fleischmann
Generaldirektor

Digitalisierung, Generalsekretariat, MarktServiceCenter / KundenServiceCenter,
Organisation & IT, Personalmanagement, PR & Kommunikation, Private Banking / Treasury,
Retail, Revision, Verbundstrategie, Vertriebsmanagement / Marketing



Dir. Josef Preissl
Generaldirektor-Stellvertreter

Corporates, Immobiliertöchter,
Real Estate, VB Services für Banken



Mag. Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor

Controlling, Financial Data Steering,
Finanzen, Legal und Compliance



Dr. Thomas Uher
Vorstandsdirektor

Kreditrisikomanagement, Risikocontrolling,
Transition Kredit

PERSONEN UND ADRESSEN

212 VOLKSBANK WIEN AG

213 Terminologie

214 Impressum

VOLKSBANK WIEN AG

ZENTRALE

VOLKSBANK WIEN AG

A-1090 Wien, Kolingasse 14-16

Telefon: +43 (1) 40137-0

Telefax: +43 (1) 40137-7600

e-Mail: kundenservice@volksbankwien.at

Internet: www.volksbankwien.at

ANSPRECHPARTNER

Controlling

Dr. Martin Hauer

e-mail: martin.hauer@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-5061

Telefax: +43 (1) 40137-85061

Corporates

Robert Walenta

e-mail: robert.walenta@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-5474

Telefax: +43 (1) 40137-85474

Digitalisierung

Ing. Mag. Michel Vukusic

e-mail: michel.vukusic@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-4920

Telefax: +43 (1) 40137-84920

Finanzen

Mag. (FH) Martin Scheibenreif

e-mail: martin.scheibenreif@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-3386

Telefax: +43 (1) 40137-83386

Legal und Compliance

MMMag. Dr. Stephan Klinger

e-mail: stephan.klinger@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-5030

Telefax: +43 (1) 40137-85030

MarktServiceCenter / KundenServiceCenter

Mag. Wolfgang Wangel

e-mail: wolfgang.wangel@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-3700

Telefax: +43 (1) 40137-83700

Organisation & IT

Robert Schneider

e-mail: robert.schneider@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-5069

Telefax: +43 (1) 40137-85069

Personalmanagement

Paul Friedrich

e-mail: paul.friedrich@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-3467

Telefax: +43 (1) 40137-83467

PR & Kommunikation

Wolfgang Layr

e-mail: wolfgang.layr@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-3550

Telefax: +43 (1) 40137-7610

Private Banking / Treasury

Michael Santer

e-mail: michael.santer@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-3178

Telefax: +43 (1) 40137-83178

Real Estate

DI Martin Rosar

e-mail: martin.rosar@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-3399

Telefax: +43 (1) 40137-7359

Retail

Bernhard Bregesbauer MSc

e-mail: bernhard.bregesbauer@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-7530

Telefax: +43 (1) 40137-87530

Risikocontrolling

Mag. Maria Elisabeth Groß-Söchstl

e-mail: maria-elisabeth.gross-soechstl@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-7605

Telefax: +43 (1) 40137-87605

Transition Kredit

Mag. Alexander Riess

e-mail: alexander.riess@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-5471

Telefax: +43 (1) 40137-85471

Verbundstrategie

Karl Kinsky, MBA

e-mail: karl.kinsky@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-3338

Telefax: +43 (1) 40137-83338

Vertriebsmanagement / Marketing

Mag. (FH) Florian Dangl

e-mail: florian.dangl@volksbankwien.at

Telefon: +43 (1) 40137-4970

Telefax: +43 (1) 40137-84970

TERMINOLOGIE

Volksbanken-Verbund

Zum Volksbanken-Verbund gehören neben den Banken des Kreditinstitute-Verbunds auch die Volksbank-Einlagensicherung eG sowie die Volksbank Vertriebs- und Marketing eG.

Kreditinstitute-Verbund gem. § 30a BWG

Der Kreditinstitute-Verbund setzt sich aus den Instituten der Primärstufe als Zugeordnete Kreditinstitute und der VOLKSBANK WIEN AG als Zentralorganisation zusammen.

Volksbank Primärstufe

9 regionale Volksbanken, 1 Spezialbank
(Österreichische Ärzte- und Apothekerbank AG)

Stand: Dezember 2017

VOLKSBANK WIEN AG

Ist eine der regionalen Volksbanken und gleichzeitig Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes.

Österreichischer Genossenschaftsverband

Revision und Interessenvertretung erfolgen im Volksbanken-Verbund durch den Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) – kurz ÖGV. Darüber hinaus ist der ÖGV gemäß BWG gemeinsam mit der Volksbank Einlagensicherung eG für die Früherkennung bei seinen Mitgliedern zuständig. Ordentliche Mitglieder des ÖGV sind die Institute der Primärstufe sowie die Volksbank Einlagensicherung eG.

Impressum:

VOLKSBANK WIEN AG
A-1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43 (1) 40137-0
e-Mail: kundenservice@volksbankwien.at
Internet: www.volksbankwien.at

Konzernberichtsteam und Redaktion:

Mag. Tanja Schloegl, Mag. Gudrun Zillich,
Dipl.-Kfm. Christian Haberer, Ing. Mag. Philipp Ackerl,
Mag. Monika Bäumel, Mag. Christina Eder

Gestaltung und Produktion:

VOLKSBANK WIEN AG
A-1090 Wien, Kolingasse 14-16

Fotos:

Robert Polster, Paul Wilke, fotolia

Redaktionsschluss:

April 2018

Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Daten und Informationen kann trotz sorgfältiger Recherche und Erfassung keine Haftung übernommen werden.

Alle Bezeichnungen in diesem Bericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

348.488

KUNDEN

15,37 %¹⁾

KERNKAPITALQUOTE

12,44²⁾

MRD. EUR GESCHÄFTSVOLUMEN

1.327³⁾

MITARBEITER

© fotolia, grafxart